

Beteiligungsbericht
Stadt Brandenburg an der Havel
über das
Geschäftsjahr 2016

Herausgeber: Stadt Brandenburg an der Havel
Die Oberbürgermeisterin

Vorgelegt von: Bürgermeister Herr Steffen Scheller

Redaktion: Fachgruppe Beteiligungen, Steuern und Abgaben

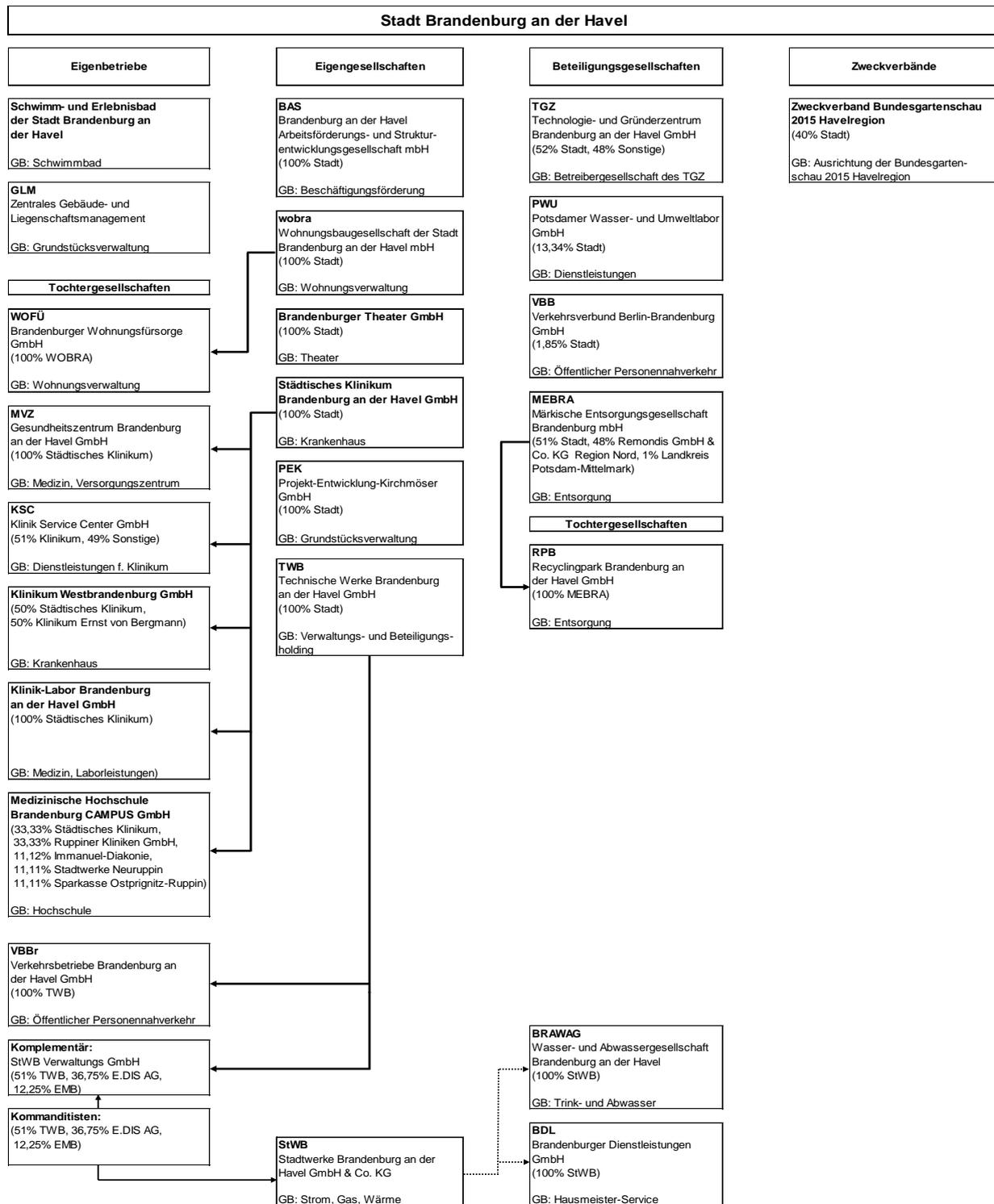
Redaktionsschluss: 31.12.2017

Inhaltsverzeichnis

I.	Graphische Darstellung der städtischen Unternehmen und Beteiligungen.....	3
I.1	Rechtliche Grundlagen.....	4
I.2	Wirtschaftlichkeit kommunaler Unternehmen.....	5
I.3	Verflechtung mit dem städtischen Haushalt.....	7
I.4	Übersicht über die Wirtschaftsprüfer der Eigenbetriebe sowie Eigen- und Beteiligungsgesellschaften.....	9
II.	Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Brandenburg an der Havel nach Branchen.....	10
III.1	Eigenbetriebe.....	12
III.1.1	Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel.....	13
III.1.2	Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement.....	21
III.2	Eigengesellschaften.....	27
III.2.1	wobra Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH.....	28
III.2.1.1	Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH.....	37
III.2.2	Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH.....	43
III.2.2.1	KSC Klinik Service Center GmbH.....	52
III.2.2.2	Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH.....	58
III.2.2.3	Klinik-Labor Brandenburg an der Havel GmbH.....	67
III.2.2.4	Klinikum Westbrandenburg GmbH.....	72
III.2.2.5	Medizinische Hochschule Brandenburg CAMPUS GmbH.....	79
III.2.3	Brandenburger Theater GmbH.....	86
III.2.4	Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH (TWB).....	93
III.2.4.1	Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH.....	102
III.2.4.2	Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH.....	113
III.2.4.2.1	BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel.....	123
III.2.4.2.2	BDL Brandenburger Dienstleistungen GmbH.....	131
III.2.5	BAS Brandenburg an der Havel Arbeitsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft mbH.....	139
III.2.6	PEK Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH.....	150
III.3	Beteiligungsgesellschaften.....	154
III.3.1	Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH.....	155
III.3.2	MEBRA Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH.....	163

III.3.2.1	Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH.....	172
III.3.3	VBB Verkehrsbund Berlin-Brandenburg GmbH.....	179
III.3.4	PWU Potsdamer Wasser- und Umweltlabor GmbH.....	191
III.4	Zweckverbände.....	199
III.4.1	Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion.....	200
IV.	Abkürzungsverzeichnis.....	I
V.	Erläuterungen.....	IV

I. Graphische Darstellung über die Eigenbetriebe, Eigen- und Beteiligungsgesellschaften und des Zweckverbandes der Stadt Brandenburg an der Havel



I.1. Rechtliche Grundlagen

Gemäß § 98 Nr. 3 BbgKVerf hat die Beteiligungsverwaltung der Stadt Brandenburg an der Havel einen Beteiligungsbericht vorzubereiten und jährlich fortzuschreiben.

Neben den Quartalsberichten stellt der Beteiligungsbericht ein weiteres Instrumentarium zur Steuerung und Kontrolle der städtischen Unternehmen und Eigenbetriebe dar. Er hat die Aufgabe, einen generellen Überblick über das Beteiligungsportfolio und den Beitrag der einzelnen Gesellschaften zum Leistungsspektrum der Stadt Brandenburg an der Havel zu geben, insbesondere über ihre Entwicklung in der jährlichen Fortschreibung.

Basierend auf den durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaften testierten Jahresabschlüsse für das Geschäftsjahr 2016 werden die Beteiligungen an Unternehmen gemäß § 92 Abs. 2 Nr. 2 bis 4 BbgKVerf nach folgendem einheitlichen Schema dargestellt:

1. Rahmendaten (§ 61 Nr. 1 KomHKV)

- Anschrift
- Gründungsdatum
- Unternehmensgegenstand
- Stammkapital
- Unmittelbar- und mittelbare Beteiligungen
- Organe des Unternehmens

2. Analysedaten und verkürzter Lagebericht (§ 61 Nr. 2 KomHKV)

3. Voraussichtliche Unternehmensentwicklung (§ 61 Nr. 3 KomHKV)

4. Leistungs- und Finanzbeziehungen (§ 61 Nr. 4 KomHKV)

5. Weitere Informationen (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung)

Die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg, insbesondere § 92 BbgKVerf, ermöglicht der Gemeinde die Gründung von Unternehmen zur wirtschaftlichen Betätigung oder die Beteiligung an solchen Unternehmen. Die dazu notwendigen Voraussetzungen sind in § 91 und in § 92 BbgKVerf definiert:

- Bedient sich die Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben eines Unternehmens in privater Rechtsform, müssen die vertraglichen Vereinbarungen (Gesellschaftsvertrag, Satzung) ausreichend die Aufgabenerfüllung sicherstellen.
- Die Haftung der Gemeinde muss auf einen bestimmten Betrag beschränkt sein.
- Ein angemessener Einfluss in Abhängigkeit von der Höhe der Beteiligung ist sicherzustellen.

Als wirtschaftliche Betätigung definiert § 91 Abs. 1 Satz 1 BbgKVerf das Herstellen, Anbieten oder Verteilen von Gütern, Dienstleistungen oder vergleichbaren Leistungen, die ihrer Art nach auch mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnten.

Voraussetzung für die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde ist demnach, dass ein **öffentlicher Zweck** dies rechtfertigt und die Betätigung nach Art und Umfang in einem

angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht.

Rechtsformen der wirtschaftlichen Betätigung der Stadt Brandenburg an der Havel:

Die kommunalen Unternehmen unterliegen dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit. Allerdings darf hier – im Gegensatz zu privaten Unternehmen – nicht die Gewinnerzielung Hauptzweck der Betätigung sein. Kommunale Unternehmen sind daher angehalten, das Vorsorgeziel mit möglichst geringem Aufwand zu verwirklichen.

Für die wirtschaftliche Betätigung können sich die Gemeinden privatrechtlicher und öffentlich rechtlicher Organisationsformen (§ 92 BbgKVerf) bedienen.

Eigenbetrieb

Der Eigenbetrieb stellt ein aus der Verwaltung ausgegliedertes Sondervermögen dar mit eigener Verfassung (Betriebssatzung) und eigenem Rechnungswesen (kaufmännisches Rechnungswesen), jedoch ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Der Eigenbetrieb verfügt einerseits über besondere Leitungs- und Kontrollorgane (Werkleitung und Werksausschuss), untersteht andererseits der Stadtverordnetenversammlung und der Oberbürgermeisterin als Verwaltungschefin. Die Gemeinde haftet für den Eigenbetrieb unmittelbar und unbeschränkt.

Eigengesellschaft

Eigengesellschaften sind Unternehmen der Gemeinde in der privaten Rechtsform einer GmbH oder AG (AG nicht in der Stadt Brandenburg an der Havel), deren Anteile in ihrer Gesamtheit einem Gesellschafter, hier der Stadt, gehören.

Beteiligungsgesellschaft

Beteiligungsgesellschaften sind Unternehmen der Gemeinde in der privaten Rechtsform einer GmbH oder Aktiengesellschaft (AG nicht in der Stadt Brandenburg an der Havel), an denen diese mit unterschiedlichen Geschäftsanteilen, jedoch unter 100% beteiligt ist.

Zweckverband

Gemeinden und Gemeindeverbände können sich zu Zweckverbänden zusammenschließen, um einzelne Aufgaben, zu deren Wahrnehmung sie berechtigt oder verpflichtet sind, gemeinsam zu erfüllen (Freiverband); für Pflichtaufgaben können sie auch zusammengeschlossen werden (Pflichtverband, § 4 Absatz 1 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg – GKG).

Der Zweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Er verwaltet seine Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze unter eigener Verantwortung (§ 5 Absatz 1 GKG).

Die Rechtsverhältnisse des Zweckverbandes werden im Rahmen des GKG durch eine Verbandssatzung geregelt (§ 7 GKG).

I.2. Wirtschaftlichkeit kommunaler Unternehmen

Die wirtschaftliche Betätigung der Stadt Brandenburg an der Havel in Form der kommunalen Beteiligungen nimmt eine immer bedeutendere Rolle ein. Nur durch sie wird es möglich, grundlegende infrastrukturelle Dienstleistungen zuverlässig und zu akzeptablen Preisen im Sinne der Brandenburger Bürgerinnen und Bürgern sowie der ortsansässigen Unternehmen anzubieten.

Personennahverkehr, Energie- und Wasserversorgung, Abfallbeseitigung, Winterdienst, Stadtreinigung, Bereitstellung von bedarfsgerechtem Wohnraum, Gesundheitswesen, aber auch Kultur- und Bildungsleistungen sind nur einige wesentliche Bereiche, in denen die städtischen Gesellschaften die Verwaltung entlasten.

Statistische Angaben der kommunalen Unternehmen:

Entwicklung Beschäftigte			
	2014	2015	2016
Eigenbetrieb Schwimm- und Erlebnisbad	3	3	3
Eigenbetrieb Gebäude- und Liegenschaftsmanagement	80	80	81
Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH	37	40	41
Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH	9	3	1
Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	975	971	991
Klinik Service Center GmbH	394	370	394
Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH	130	156	171
Klinik-Labor Brandenburg an der Havel GmbH	18	20	20
Klinikum Westbrandenburg GmbH	195	193	203
Medizinische Hochschule Brandenburg CAMPUS GmbH	5	42	62
Brandenburger Theater GmbH	98	99	100
Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH	6	6	7
Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH	143	147	147
Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH	134	135	130
BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel	40	44	44
Brandenburger Dienstleistungen GmbH	66	64	64
BAS Brandenburg an der Havel Arbeitsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft mbH (Stammpersonal)	6	6	6
Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH	0	0	0
Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH	6	4	6
Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH	63	62	62
Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH	0	0	0
Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH	99	100	99
Potsdamer Wasser- und Umweltlabor GmbH	7	3	39
Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion	38	38	4
Gesamt	2.549	2.583	2.672

Abb. 1 - Entwicklung Beschäftigte per 31.12. des Geschäftsjahres

Entwicklung Investitionen			
	2014	2015	2016
Eigenbetrieb Schwimm- und Erlebnisbad	395	25	25
Eigenbetrieb Gebäude- und Liegenschaftsmanagement	7.279	6.406	2.652
Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH	6.347	560	392
Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH	6	0	0
Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	2.089	1.738	4.493
Klinik Service Center GmbH	270	241	49
Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH	70	906	983
Klinik-Labor Brandenburg an der Havel GmbH	0	0	0
Klinikum Westbrandenburg GmbH	122	345	404
Brandenburger Theater GmbH	217	151	151
Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH	10	20	6
Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH	3.868	1.585	2.074
Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH	10.485	4.933	4.020
BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel	7.138	2.417	2.659
Brandenburger Dienstleistungen GmbH	142	131	252
BAS Brandenburg an der Havel Arbeitsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft mbH	5	24	23
Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH	0	0	0
Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH	24	50	29
Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH	414	436	780
Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH	136	182	15
Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH	50	247	203
Potsdamer Wasser- und Umweltlabor GmbH	263	1.026	1.816
Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion	506	506	0
Gesamt	39.836	21.929	21.026

Abb. 2 - Investitionen (Angaben in T€)

I.3. Verflechtung mit dem städtischen Haushalt

Die Unternehmen haben einen öffentlichen Zweck zu erfüllen und müssen oftmals auch politischen Vorgaben Rechnung tragen. Somit ist ein kostendeckendes Wirtschaften oft nicht möglich und die Unternehmen sind auf Zuschüsse seitens der Stadt angewiesen. Die Be-zuschussung erfolgt in der Regel als Ertrags- oder auch Investitionszuschüsse.

Abflüsse aus dem Haushalt

a) Ertragszuschüsse

Die Erfüllung von öffentlichen Aufgaben, die oft aus politischen oder rechtlichen Gründen nicht kostendeckend wahrgenommen werden können, begründet in der Regel die Zahlung von Zuschüssen. Der größte Bedarf an Zuschüssen besteht nach wie vor bei der Verkehrs-betriebe Brandenburg an der Havel GmbH (VBBR), der Brandenburger Theater GmbH (BT) und dem Eigenbetrieb Schwimm- und Erlebnisbad.

b) Investitionszuschüsse

Neben der Fehlbetragsfinanzierung besteht seitens der Stadt auch die Möglichkeit kommunale Unternehmen bei fehlender wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit direkt bei der Realisierung größerer Bauvorhaben oder Investitionen durch finanzielle Zahlungen zu unterstützen.

Zuflüsse zum Haushalt

a) Gewinnanteile/Kapitalentnahmen aus verbundenen Unternehmen

Auf Beschluss der Gesellschafterversammlung können die durch Unternehmen erwirtschafteten Gewinne, an denen die Stadt beteiligt ist, in voller Höhe oder teilweise ausgeschüttet und dem Haushalt der Stadt Brandenburg an der Havel zugeführt werden. Weiterhin besteht für die Gesellschafterin die Möglichkeit der Kapitalentnahme.

b) Konzessionsabgaben

Konzessionsabgaben bilden eine der Haupteinnahmequellen der Stadt aus dem Stadtkonzern.

Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt Brandenburg an der Havel:

Geldflüsse zwischen Unternehmensverbund und Stadt			
Zuschüsse der Stadt an die Gesellschaften in T€	2014	2015	2016
Technische Werke Brandenburg (Zahlungen für den ÖPNV)	6.217	6.132	6.158
Brandenburger Theater (Zuschuss Stadt)	3.531	3.531	3.531
Brandenburger Theater (BbgFAG-Mittel)	1.730	1.730	1.730
BAS Arbeitsförderung- und Strukturangepassungsgesellschaft	234	234	234
Technologie- und Gründerzentrum	135	135	135
Eigenbetrieb Marienbad (inkl. Investitionszuschuss und Kapitaleinlage)	865	1.015	1.392
Fähre Neuendorf (Zahlungen für den ÖPNV)	38	46	33
GLM (Zuschuss Liegenschaften und Forsten)	130	0	0
wobra (Altschuldendienst/Leistung BAVARIA)	900	900	900
Zweckverband BUGA (Umlage)	1.517	0	7.519
Abflüsse aus dem Haushalt insgesamt:	15.297	13.723	21.632
Zuwendungen Land in T€	2014	2015	2016
Zuwendungen Land für VBBr	2.932	3.200	3.045
Landesmittel Theater (direkte Zuweisung an Theater)	1.657	1.770	1.770
Zuschuss BbgFAG (Brandenburgisches Finanzausgleichsgesetz) an Theater	1.730	1.730	1.730
Zuwendungen Land gesamt	6.319	6.700	6.545
Rückflüsse von den Gesellschaften in T€	2014	2015	2016
Gewinnanteile/Kapitalentnahmen aus verbundenen Unternehmen	3.328	7.533	3.954
Konzessionsabgaben in T€			
StWB Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH	2.114	2.049	1.965
E.DIS	116	131	154
EMB	0	0	0
BRAWAG	712	701	780
Zuflüsse zum Haushalt insgesamt in T€:	12.589	17.114	13.398
Differenz Zuflüsse/Abflüsse in T€:	-2.708	3.391	-8.234

Unterdeckung/Überdeckung der Zu-/Abflüsse vom Haushalt in den Unternehmensverbund

Jahr	Differenz Zuflüsse/Abflüsse (T€)
2014	-2.708
2015	3.391
2016	-8.234

I.4. Übersicht über die Wirtschaftsprüfer der Eigenbetriebe, Eigen- und Beteiligungsgesellschaften

	2012	2013	2014	2015	2016
Marienbad	ACCO GmbH	WIKOM AG	WIKOM AG	WIKOM AG	WIKOM AG
GLM	Dr. Röhricht- Dr. Schillen OHG	Dr. Röhricht- Dr. Schillen OHG	WIKOM AG	WIKOM AG	WIKOM AG
wobra	ACCO GmbH	ACCO GmbH	ACCO GmbH	ACCO GmbH	BPG Berlin
Wofü	ACCO GmbH	ACCO GmbH	ACCO GmbH	ACCO GmbH	BPG Berlin
Klinikum	RöverBrönnner GmbH & Co. KG	RöverBrönnner GmbH & Co. KG	Curacon GmbH	Curacon GmbH	Curacon GmbH
KSC	RöverBrönnner GmbH & Co. KG	RöverBrönnner GmbH & Co. KG	Curacon GmbH	Curacon GmbH	Curacon GmbH
MVZ	RöverBrönnner GmbH & Co. KG	RöverBrönnner GmbH & Co. KG	Curacon GmbH	Curacon GmbH	Curacon GmbH
KLB		RöverBrönnner GmbH & Co. KG	Curacon GmbH	Curacon GmbH	Curacon GmbH
Klinikum Westbrandenburg		BDO AG	BDO AG	BDO AG	BDO AG
MHB CAMPUS GmbH			BDO AG	BDO AG	Curacon GmbH
Theater	A. Reichert GmbH	A. Reichert GmbH	A. Reichert GmbH	Anochin Roters Kollegen GmbH & Co. KG	ACCO GmbH
TWB	BPG Berlin	BPG Berlin	BPG Berlin	BPG Berlin	ACCO GmbH
VBBr	BPG Berlin	BPG Berlin	BPG Berlin	BPG Berlin	ACCO GmbH
StWB	Ernst & Young	Ernst & Young	Göken, Pollak & Partner	Göken, Pollak & Partner	Göken, Pollak & Partner
BRAWAG	Ernst & Young	Ernst & Young	Göken, Pollak & Partner	Göken, Pollak & Partner	Göken, Pollak & Partner
BDL	Ernst & Young	Ernst & Young	Göken, Pollak & Partner	Göken, Pollak & Partner	Göken, Pollak & Partner
BAS	ACCO GmbH	Martina Schmidt	Martina Schmidt	Martina Schmidt	Martina Schmidt
PEK	Knauff & Feldhausen	Knauff & Feldhausen	Knauff & Feldhausen	Knauff & Feldhausen	Knauff & Feldhausen
TGZ	ACCO GmbH	ACCO GmbH	Knauff & Feldhausen	Knauff & Feldhausen	Knauff & Feldhausen
MEBRA	WIKOM AG	WIKOM AG	WIKOM AG	Göken, Pollak & Partner	Göken, Pollak & Partner
RPB	WIKOM AG	WIKOM AG	WIKOM AG	Göken, Pollak & Partner	Göken, Pollak & Partner
VBB	WIKOM AG	WIKOM AG	WIKOM AG	Rückert ENERWA GmbH	Rückert ENERWA GmbH
PWU	Göken, Pollak & Partner	Göken, Pollak & Partner	Göken, Pollak & Partner	Göken, Pollak & Partner	Göken, Pollak & Partner

II. Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Brandenburg an der Havel gemäß § 92 Abs. 2 Nr. 1 bis 4 BbgKVerf (nach Branchen) einschließlich ihrer mittelbaren Beteiligungen

Abfallwirtschaft

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH	MEBRA	51,00		51 % Stadt Brandenburg an der Havel 48 % REMONDIS Nord/Ost 1 % Landkreis Potsdam-Mittelmark	15.300,00
Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH	RPB	51,00	MEBRA	100 % Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH	510.000,00

ÖPNV

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH	VBB	100,00	TWB	100 % TWB	1.971.100,00
Verkehrsbund Berlin-Brandenburg GmbH	VBB	1,85		1,85 % Stadt Brandenburg an der Havel	6.000,00

Gesundheits- / Sozialeinrichtungen

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	Klinik	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.600,00
Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH	MVZ	100,00	Klinikum	100 % Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	25.000,00
Klinikum Westbrandenburg GmbH	KWB	50,00	Klinikum	50 % Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH 50 % Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH	12.500,00

Ver- und Entsorgung

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH & Co. KG	StWB	51,00	TWB	51,00 % TWB 36,75 % E.DIS AG 12,25 % EMB GmbH	4.182.000,00
BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel	BRAWAG	51,00	StWB	100 % StWB	3.389.865,14

Immobilienwirtschaft

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement	GLM	100,00		Sondervermögen	50.000,00
Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH	PEK	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.600,00
Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH	wobra	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.564.600,00
Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH	Wofü	100,00	wobra	100 % wobra	332.339,71

Dienstleistungen

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Klinik Service Center GmbH	KSC	51,00	Klinikum	51 % Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH 25 % P. Dussmann GmbH 14 % Gebäudereinigung Brandenburg GmbH 10 % Caritas	12.750,00
Klinik-Labor Brandenburg an der Havel GmbH	KLB	100,00	Klinikum	100 % Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	25.000,00
Brandenburger Dienstleistungen GmbH	BDL	51,00	StWB	100 % StWB	434.600,00
Potsdamer Wasser- und Umweltlabor GmbH	PWU	13,34		13,34 % Stadt Brandenburg an der Havel	34.684,00

Arbeitsförderung

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Brandenburg an der Havel Arbeitsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft mbH	BAS	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.565,00

Technologie und Infrastruktur

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH	TGZ	52,00		52 % Stadt Brandenburg an der Havel 10 % Mittelbrandenburgische Sparkasse 10 % RFT Brandenburg 9 % Technische Hochschule Brandenburg 5 % ITB Industrietransportgesellschaft mbH Brandenburg 3 % REMONDIS GmbH & Co. KG 3 % Atlas Info-Systeme 1 % Bömer GmbH 1 % Ing.-Büro Friedrich 1 % Perkers GmbH 1 % PWU GmbH 1 % Lenz & Mundt Betonsanierung GmbH 1 % HIB 1 % Honeywell GmbH 1 % Gewerbeverein Brandenburg e.V.	26.587,18 5.112,92 5.112,92 4.601,63 2.556,46 1.533,88 1.533,88 511,29 511,29 511,29 511,29 511,29 511,29 511,29 511,29

Kultur- und Freizeit

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Brandenburger Theater GmbH	BT	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.600,00
Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel	Marienbad	100,00		Sondervermögen	25.565,00

Verwaltungs- und Beteiligungsholding

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH	TWB	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	102.400,00

Bildung

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Medizinische Hochschule Brandenburg CAMPUS GmbH	MHB	33,33	Klinikum	33,33 % Städtisches Klinikum Brandenburg 33,33 % Ruppiner Kliniken GmbH 11,12 % Immanuel-Diakonie 11,11 % Stadtwerke Neuruppin 11,11 % Sparkasse Ostprignitz-Ruppin	33.330,00

III.1

Eigenbetriebe

Organe der Gesellschaft

- *Werkleitung*

Fred Ostermann

- *Betriebsführer*

Die Betriebsführung wird durch die Gesellschaft für Management und Entwicklung von Freizeitsystemen mbH & Co. KG, Neuried (GMF) wahrgenommen.

- *Betriebsleiter*

Jens Grosser

- *Gemeinsamer Werksausschuss der Eigenbetriebe*

Originäre Aufgaben des gemeinsamen Werksausschusses sind neben den satzungsmäßig übertragenen Entscheidungsbefugnissen die Vorbereitung und Vorberaterung der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vorzulegenden Angelegenheiten und die Überwachung der Werkleitung.

Im Berichtsjahr fanden neun Sitzungen des Werksausschusses statt.

Der gemeinsame Werksausschuss für die Eigenbetriebe setzte sich 2016 wie folgt zusammen:

Werksausschuss 2016	
Ausschussvorsitz	Herr Ernst Wegerer
Stellvertreter	Herr Matthias Pietschmann
weitere Mitglieder	Frau Doris Seeber
	Herr Norbert Langerwisch (bis 30.06.2016)
	Herr Klaus Hoffmann
	Herr Klaus-Peter Fischer (01.07.2016 bis 30.09.2016)
	Frau Katrin Langerwisch (ab 01.07.2016)
	Herr Michael Raith (ab 01.10.2016)
	Frau Renate Deschner (01.07.2016 bis 30.09.2016)

Gegenstand

Der Gegenstand des Eigenbetriebes ist die Betriebsführung des modernisierten und erweiterten Schwimm- und Erlebnisbades auf dem Marienberg. Der Eigenbetrieb kann alle seinen Betriebszweck fördernden und ihn wirtschaftlich berührenden Hilfs- und Nebengeschäfte betreiben.

Öffentlicher Zweck

Der öffentliche Zweck des Schwimm- und Erlebnisbades besteht in der Absicherung des Schul- und Vereinsschwimmens und des öffentlichen Badebetriebes mit dem Ziel, die

Attraktivität Brandenburgs an der Havel für seine Besucher und die Lebensqualität der Bevölkerung zu erhöhen.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes

Kennzahl	2014	2015	2016
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	93%	93%	88%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	61%	62%	61%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	102%	103%	105%
Zinsaufwandquote	0%	0%	0%
Liquidität 3. Grades	189%	167%	255%
Cashflow*	-61 T€	-86 T€	-5 T€
Gesamtkapitalrentabilität			
Gesamtkapitalrentabilität	-4%	-4%	-3%
Umsatz	1.530 T€	1.598 T€	1.654 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-456 T€	-419 T€	-325 T€
Personalaufwandsquote			
Personalaufwandsquote	10%	8%	8%
Anzahl der Mitarbeiter			
Anzahl der Mitarbeiter	3	3	3

(Begriffserläuterungen siehe Anhang IX)

Lagebericht des Eigenbetriebes

Der Freibadbetrieb wurde am 14.05.2016 aufgenommen und endete am 11.09.2016. Das Jahr 2016 kann durch die konstanten, leicht angestiegenen Besucherzahlen (Ist 2015 = 302.248, Ist 2016 = 305.884) als erfolgreich gewertet werden. Die geplanten Besucherzahlen

für das Wirtschaftsjahr (290.000) wurden um 15.884 überschritten. Dies entspricht einer Steigerung von 5,5%.

Erhebliche Kosten musste der Eigenbetrieb für den allgemeinen Bauunterhalt sowie Instandsetzung von Maschinen und Anlagen aufwenden (z.B. Austausch Bedienungstableaus Lüftungsanlage, Austausch Notstromaggregate, Austausch Aktivkohle in der Filteranlage, Teilsanierung Baukörper und Dächer). Maßnahmen wie Begutachtung/Instandhaltung/Instandsetzen Pumpen Wasserattraktionen und Umwälzung, Reparaturen an Lüftungsanlagen/Kältetechnik, Behebung von Mängeln an Einbruch- u. Brandmeldeanlage sowie Reparatur Antriebstechnik Hallenverfahrung 50 m Becken wurden realisiert bzw. weitergeführt.

Das Marienbad, einst gebaut als Bad zur Sicherung der Daseinsvorsorge, aber auch als touristischer Magnet hat sich bezüglich der Daseinsvorsorge als Sportstätte und als oberzentrales Angebot voll umfänglich bestätigt. Als touristisches Angebot wirkt es eher sekundär. Einerseits fehlen dem Bad hierfür entsprechende Angebotssegmente und andererseits hat sich das Freizeitverhalten der Bürger in den vergangenen Jahren verändert. Es stehen heute neben Bäderangeboten vielfältige Freizeiteinrichtungen im Wettbewerb miteinander.

Konzipiert als Bad mit einer Besucherfrequenz bis zu 350.000 Besuchern hat das Bad trotz fehlender Investitionen in immer neue und spektakulärere Animationen eine Besucherfrequenz von 300.000 Gästen pro Jahr halten können. Das liegt im Besonderen daran, dass die Ausrichtung als sportorientiertes Familienfreizeitbad der Nachfrage am stärksten nachkommt. Dementsprechend sind auch die Angebote ausgeprägt.

Problematisch ist die Entwicklung des Saunabereiches, da trotz erheblicher Investitionen und zusätzlicher Angebote die nachlassende Nachfrage nur abgedeckt werden konnte.

Die Umsatzerlöse des Bades lagen mit 1.654,1 T€ über dem Planansatz von 1.625,2 T€. Die Übererfüllung resultiert im Wesentlichen aus positiven Ergebnissen in den Kernbereichen Sportbad und Aquakurse, resultierend aus im Vergleich zum Planansatz erhöhten Besucherzahlen.

Die 25 m-Halle wurde im Wirtschaftsjahr 2016 zu 56,53% durch den Bereich öffentliches Baden, zu 15,40% durch das Schulschwimmen und zu 28,07% durch das Vereinsschwimmen ausgelastet. Die Gesamtauslastung der 50 m-Halle verteilt sich auf die Bereiche öffentliches Baden 82,96%, Schulschwimmen 4,05% und Vereinsschwimmen 12,99%.

Ertragslage

Der Kommunale Eigenbetrieb „Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel“ ist als Einrichtung der kommunalen Infrastruktur nicht in der Lage, seine Aufwendungen vollständig zu erwirtschaften. Demgemäß sehen die Wirtschaftspläne des Eigenbetriebs einen jährlichen Ausgleich des finanziellen Fehlbedarfs durch Ertragszuschüsse der Stadt Brandenburg an der Havel vor (2016: 840,0 T€; 2015: 840,0 T€). Gemäß Beschluss SVV 366/2016 wurden dem Eigenbetrieb zusätzliche Betriebskostenzuschüsse für die

Reparatur ausfallgefährdeter Aggregate in Höhe von 300 T€ zur Verfügung gestellt. Da diese Sanierungen erst während der Revision im Juli 2017 erfolgen können, wurden die bereitgestellten Mittel passiv als Rechnungsabgrenzungsposten abgegrenzt.

Die Umsatzerlöse erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 55,9 T€, das entspricht 3,4% (2016: 1.654,1 T€; 2015: 1.598,2 T€). Die geplanten Umsatzerlöse wurden um 28,9 T€ überboten. Der finanziellen Situation der Stadt Brandenburg an der Havel entsprechend kann dem Wertverzehr der Anlagen in Form der Abschreibungen (2016: 523,7 T€; 2015: 543,3 T€) nicht Rechnung getragen werden. Unter Gegenrechnung der entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der geförderten Anlagen ertragswirksam aufzulösenden Sonderposten ergibt sich daraus ein jährlicher Fehlbetrag (2016: 319,1 T€; 2015: 333,1 T€), der planmäßig mit den allgemeinen Rücklagen verrechnet wird. Investitionen kann der Eigenbetrieb daher aus eigener Kraft nicht refinanzieren.

Die Besucherzahlen des Schwimm- und Erlebnisbades insgesamt haben sich gegenüber dem Vorjahr um 3.636 auf 305.884 erhöht. Allerdings ist der Bereich Sauna von einem Rückgang der Besucherzahlen um 2.334 auf 37.666 betroffen.

Der geplante Jahresfehlbetrag wurde um 351,3 T€ (Plan: 675,9 T€; Ist: 324,6 T€) unterschritten.

Die betrieblichen Aufwendungen gesamt wurden mit 294,3 T€ unterschritten.

Die Hauptaufwandsposten entwickelten sich planmäßig. So wurden die geplanten Medienkosten mit Einsparungen von insgesamt 74,7 T€ bei Fernwärme entsprechend der positiven Witterungsbedingungen und in der Wasserver- und -entsorgung eingehalten. Weiterhin liegen die geplanten Betriebsführungskosten (Personal und Management) mit insgesamt 55,8 T€ unter den Planwerten. Unterschreitungen der geplanten Instandhaltungskosten um 150,3 T€ resultieren aus zeitlichen Verschiebungen durch aufwändige Planungsprozesse und daraus verzögerter Auftragserteilung.

Der Personalaufwand wurde im Wirtschaftsjahr 2016 gegenüber dem Plan um 0,6 T€ unterschritten. Eine Einzeldarstellung im Zusammenhang mit den personalbasierten Betriebsführungsaufwendungen stellt sich wie folgt dar:

Löhne und Gehälter Mitarbeiter Stadt	111.849,42	Löhne und Gehälter GMF	755.006,88
gesetzliche Sozialauf- wendungen	24.832,87	Beiträge zur Berufs- genossenschaft	9.242,05
Abfindung aus Löhnen und Gehältern	0,00	sonstige Personal- kosten	17.701,18
Rückstellung Altersteilzeit	0,00		
Steuer-Brutto (Summe)	136.682,29	Summe Personal- kostenerstattung	781.950,11
Planansatz	137.300,00	Planansatz	831.700,00
Differenz	617,71	Differenz	49.749,89
		Differenz (Minderkosten) gesamt	50.367,60

Die planmäßigen Abschreibungen sind um 19,6 T€ zum Vorjahr gesunken. Analog dazu sanken die zahlungsunwirksamen Erträge aus Auflösung der Sonderposten für Investitionszuschüsse um 5,6 T€ (2016: 204,6 T€; 2015: 210,2 T€).

Vermögens- und Finanzlage

Wesentliche Abweichungen zum Plan per 31.12.2016 ergaben sich nicht. Die Investitionen (30,2 T€) konzentrierten sich auf eine sicherheitsrelevante Kontrollanlage für die Rutschanlage und Ersatz- und Ergänzungsinvestitionen der Betriebs- und Geschäftsausstattung. Der Investitionskostenzuschuss wurde von den geplanten 25,0 T€ auf 11,5 T€ durch den Zuschussgeber reduziert. Der Barmittelbestand erhöhte sich zum Jahresbeginn um 578,4 T€.

Liquidität

Die Liquidität des Eigenbetriebs war im Wirtschaftsjahr gesichert. Kurzfristigen Zahlungsverpflichtungen in Höhe von 842,8 T€ (inkl. Verwendung der passiv abgegrenzten erhaltenen Zahlungen der Stadt Brandenburg an der Havel) standen zum 31.12.2016 liquide Mittel von 1.202,2 T€ gegenüber. Somit traten keine Belastungen für eine fristgerechte Finanzierung auf.

Statistische Angaben:

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Gesamtbesucher	348.393	317.917	320.287	317.676	311.638	305.018	302.248	305.884

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Durchschnittlicher Umsatz pro Besucher	4,31 €	4,64 €	4,71 €	4,90 €	4,99 €	5,02 €	5,29 €	5,39 €

Voraussichtliche Entwicklung des Eigenbetriebes

Die aktuellen Angebote werden weiter ausgebaut um die Einnahmesituation zu stabilisieren. Für das Jahr 2017 wird erneut ein Besucheraufkommen von 290.000 Personen erwartet, wobei die Verweildauer durch sehr unterschiedliche Zeitanteile (Stunden-, 2-Stunden- und Tageskarten) bestimmt wird. Zur Verbesserung der Einnahmesituation wird angestrebt, die Verweildauer auszubauen.

Der Wirtschaftsplan 2017 wurde mit einem geplanten Zuschuss in Höhe von 840 T€ aufgestellt. Eine Refinanzierung des Anlagenverschleißes aus Einnahmen des Eigenbetriebs kann weiterhin nicht erfolgen. Trotz geplanter Umsatzsteigerung muss mit einem Jahresfehlbetrag von 534,5 T€ gerechnet werden.

Mit dem Ablauf der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer diverser technischer Anlagegüter ohne Einordnung des entsprechenden Ersatzinvestitionsbedarfs sinken die Abschreibungen. Der Ablauf der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer konzentriert sich insbesondere in den hoch belasteten Bereichen der Wasseraufbereitung, Gastronomie und Sauna.

Der finanziellen Situation der Stadt Brandenburg an der Havel Rechnung tragend, wird in die mittelfristige Finanzplanung nur ein Ersatzinvestitionsbedarf von 25,0 T€ p.a. eingeordnet. Dem alterungsbedingten Anlageverschleiß soll durch gezielte Instandhaltungsmaßnahmen begegnet werden.

Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass die nachhaltige Sicherung des Vermögens und der Bestand des Eigenbetriebs direkt von der Leistungsfähigkeit der Stadt Brandenburg an der Havel zur Erbringung der erforderlichen Betriebskostenzuschüsse und (im Bedarfsfall) der erforderlichen Mittel für Ersatzinvestitionen und größere Instandhaltungsmaßnahmen abhängig sind.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	240.000 €
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Betriebskostenzuschuss in Höhe von 1.140.000 €, Investitionskostenzuschuss in Höhe von 11.455,20 €. Es besteht ein Vertrag über Personaldienstleistungen mit der Stadt Brandenburg an der Havel.

Vermögens- und Finanzlage des Eigenbetriebes

(Angaben in T€)			
Bilanz	2014	2015	2016
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	10.940	10.422	9.929
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	10.940	10.422	9.929
B. Umlaufvermögen	791	812	1.384
I. Vorräte	18	13	20
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	164	175	162
III. Kassenbestand, Guthaben	609	624	1.202
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1	1	1
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	7.210	6.941	6.856
I. Gezeichnetes Kapital	26	26	26
II. Rücklagen	7.640	7.790	7.575
III. Jahresfehlbetrag u. Verlustvortrag des Vorjahres	-456	-875	-744
B. Sonderposten mit Rücklagenanteil	3.992	3.807	3.614
C. Rückstellungen	111	42	69
D. Verbindlichkeiten	419	446	474
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	300
Bilanzsumme	11.732	11.235	11.313

Ertragslage des Eigenbetriebes

GuV	(Angaben in T€)		
	2014	2015	2016
1. Umsatzerlöse	1.530	1.598	1.654
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.080	1.070	1.072
3. Materialaufwand	-1.079	-1.009	-989
4. Personalaufwand	-155	-123	-137
5. Abschreibungen	-621	-543	-524
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.187	-1.389	-1.376
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-432	-396	-298
9. außerordentliche Erträge	1	1	0
10. außerordentliche Aufwendungen	-1	-1	0
11. Sonstige Steuern	-24	-24	-26
12. Jahresergebnis	-456	-419	-325

- *Werksausschuss*

Werksausschuss 2016	
Ausschussvorsitz	Herr Ernst Wegerer
Stellvertreter	Herr Matthias Pietschmann
weitere Mitglieder	Frau Doris Seeber
	Herr Norbert Langerwisch (bis 30.06.2016)
	Herr Klaus Hoffmann
	Herr Klaus-Peter Fischer (01.07.2016 bis 30.09.2016)
	Frau Katrin Langerwisch (ab 01.07.2016)
	Herr Michael Raith (ab 01.10.2016)
	Frau Renate Deschner (01.07.2016 bis 30.09.2016)

Im Berichtsjahr fanden neun Sitzungen des gemeinsamen Werksausschuss der Eigenbetriebe statt.

Gegenstand

Gegenstand des Eigenbetriebes ist es, die Gebäude und Liegenschaften der Stadt Brandenburg an der Havel nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen zentral zu bewirtschaften, hiermit verbundene infrastrukturelle Leistungen zu erbringen; Bauunterhaltung, Sanierung, Um- und Ausbau, Neubau sowie Rückbau durchzuführen und ein Liegenschaftsmanagement aufzubauen und zu entwickeln.

Die Überlassung von Räumen, Gebäuden und Liegenschaften erfolgt, soweit zweckmäßig, nach dem Mieter-/ Vermietermodell. Der Eigenbetrieb führt darüber hinaus im Auftrag die Verwaltung von Vermögen der Stadt Brandenburg an der Havel durch, das dem Eigenbetrieb als wirtschaftliches Eigentum übertragen wurde, wie z. B. von Gebäuden und Liegenschaften zum Zwecke des Denkmalschutzes. Hierzu gehört im Rahmen der Gesetze auch die Einrichtung und Unterhaltung von Neben- und Hilfsbetrieben, wenn diese wirtschaftlich mit dem Eigenbetrieb zusammenhängen und der optimalen Aufgabenerfüllung des Eigenbetriebes dienen.

Öffentlicher Zweck

Die strategischen Ziele des Eigenbetriebes sind vor allem die Optimierung der Bewirtschaftungskosten für die Immobilien der Stadt Brandenburg an der Havel.

Der Eigenbetrieb hat zu diesem Zweck die Aufgabe, alle infrastrukturellen Immobiliendienstleistungen zu erbringen und die Bauträgerfunktion für die Liegenschaften der Stadt zu übernehmen.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes

Kennzahl	vorl. 2014	vorl. 2015	vorl. 2016
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	94%	94%	93%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	65%	65%	65%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag [T€]	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	93%	93%	94%
Zinsaufwandquote	6,8%	3,7%	2,7%
Liquidität 3. Grades	96%	90%	96%
Cashflow [T€]	1.166	2.061	2.059
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	-1%	0%	0%
Umsatz [T€]	10.439	17.991	19.787
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag [T€]	-2.527	-1.845	-1.976
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	38%	22%	21%
Anzahl der Mitarbeiter	80	80	81

Lagebericht des Eigenbetriebes

Für das abgelaufene Wirtschaftsjahr 2016 waren Erträge von 22.479,5 T€ und Aufwendungen von 25.034,5 T€, mithin ein Jahresergebnis von -2.555,0 T€ geplant. Es wird davon ausgegangen, dass der Jahresfehlbetrag nach bisher vorliegenden Daten nicht so hoch wie geplant – das Ergebnis also besser ausfallen wird. Voraussichtlich wird ein Jahresverlust von etwa -1.975,7 T€ erwartet. Durch Konkretisierung im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten (periodische Abgrenzungen, Entwicklung von Rückstellungen, Abstimmung und

endgültiger Lauf der Anlagenbuchhaltung) kann sich dieses Ergebnis noch ändern. Es ist – wie insbesondere auch die Bilanzwerte – demnach ausdrücklich als **vorläufig** zu betrachten.

Im Immobilienbereich wurden bei den Bewirtschaftungsaufwendungen (Aufwendungen für laufenden Betrieb und Reparaturaufwand) Einsparungen erzielt. Bei einzelnen Aufwandsarten (Medien, Kosten für Anmietungen von Fremdobjekten für Verwaltungszwecke) waren hingegen Mehraufwendungen zu verzeichnen, die auf Grund der festgelegten Miet- und Betriebskostenzahlungen der nutzenden Organisationseinheiten der Verwaltung an anderer Stelle kompensiert werden konnten. Organisationsbedingt konnten einzelne geplante Instandsetzungs- und Instandhaltungsmaßnahmen nicht oder nur teilweise realisiert werden und wurden daher im Folgejahr neu geplant.

Die geplanten Kapitaleinlagen der Stadt zur Refinanzierung langfristiger Verbindlichkeiten wurden mit 730,4 T€ geleistet; hingegen wurde der Zuschuss zum laufenden Betrieb des Forstbereiches in geplanter Höhe von 65,0 T€ aus dem Stadthaushalt auf Grund der temporär guten Ertragslage nicht gewährt. Die geplanten Kapitalentnahmen der Stadt aus den finanziellen Überschüssen der Veräußerung nicht verwaltungsnotwendiger Immobilien (978,8 T€) hat der Eigenbetrieb GLM im Jahr 2016 geleistet.

Die Liquidität des Eigenbetriebes GLM war über das gesamte Wirtschaftsjahr auf Grund der weitgehend fristgerechten Zahlungen der Mieten und Nebenkostenvorauszahlungen gesichert. Dennoch ist weiterhin eine permanente kurz- und mittelfristige Steuerung der Liquiditätsströme unabdingbar.

Die Investitionen im Wirtschaftsjahr 2016 beliefen sich auf insgesamt 2.652 T€ (2015: 6.406 T€).

Voraussichtliche Entwicklung des Eigenbetriebes

Auch in Zukunft wird die Bereitstellung von Immobilien für die allgemeinen und spezifischen Zwecke der Verwaltung mit von den Nutzern definierten Standards den Schwerpunkt der Tätigkeit des Eigenbetriebes GLM bilden. Zwecks besserer Planbarkeit im Stadthaushalt sowie zur Reduzierung des Verwaltungsaufwandes bei der Realisierung des Vermieter-Mieter-Modelles wurden für Objekte mit gleicher oder ähnlicher Nutzung Gruppen gebildet, denen einheitliche Mietpreise pro m² und Monat beigemessen wurden. Die Mietkalkulation erfolgt demnach über die gesamten Aufwendungen pro Objektgruppe, so dass alle städtischen Nutzer einen einheitlichen „Mietpreis“ pro m² Nutzfläche zahlen.

Ab dem Jahr 2017 wird in einem weiteren Schritt auch die Kalkulation der Betriebs- und Nebenkosten nach diesem Schema vorgenommen, was ebenfalls zu einheitlichen Preisen pro m² Nutzfläche und Objektgruppe führt. Die in der Tat unterschiedlichen Betriebs- und Bewirtschaftungskosten im Vergleich der einzelnen Objekte resultieren im Wesentlichen aus der baulichen Beschaffenheit und anderen objektbezogenen Besonderheiten, weniger im Verhalten der Nutzer. Darüber hinaus haben die Nutzer (Org.-Einheiten der Stadtverwaltung) auch keinen Einfluss darauf, in welchem Objekt sie untergebracht sind. In diesem Zusammenhang wurde zur Vereinfachung des Prozesses der Kostenzuordnung auch festgelegt, die Betriebs- und Nebenkosten als Pauschale, d. h. ohne den Nutzern gegenüber

wirksame Spitzabrechnung nach Jahresfrist, zu berechnen. Dadurch wird einerseits ein immenser Buchhaltungsaufwand – sowohl auf Nutzer-, als auch auf GLM-Seite – eingespart; andererseits ist die Transparenz der Kosten der Raumnutzung bei den Nutzern (Org,- Einheiten der Stadtverwaltung) stark eingeschränkt. Zudem entsteht für GLM dadurch das Erfordernis einer akribischeren und vorausschauenden Planung der Betriebskosten als bisher. Die Risiken unvorhergesehener Kostensteigerungen – sowohl durch Preisentwicklungen an den Beschaffungsmärkten, aber auch durch Anforderungen der Nutzer – bleiben dann auf Grund der fehlenden nachträglichen Abrechnungsmöglichkeit beim Eigenbetrieb GLM.

Eine Einflussnahme auf den laufenden und nachhaltigen Geschäftserfolg kann der Eigenbetrieb GLM daher künftig lediglich im Bereich des Einkaufs, der internen Organisation und der externen Vermietung und Verpachtung erzielen.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Kapitaleinlage von 730.400,- € zur Refinanzierung der Verpflichtungen aus dem ÖPP-Schulprojekt; Kapitalentnahme aus finanziellen Überschüssen durch Grundstücksveräußerungen für 2015 (Restabrechnung) 278.800,- €; für 2016 (lt. Wirtschaftsplan vorbehaltlich endgültiger Abrechnung) 700.000,- €; Entnahme somit insgesamt 978.800,- €
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Im Wirtschaftsjahr aus dem Haushalt der Stadt 45,0 T€ Zuschuss zu größeren Reparaturprojekten; 28,4 T€ Zuschuss zur Aufgabenerfüllung zum Vorverkaufsverzicht und nach § 28 BauGB; 86,6 T€ Zuschüsse zur Bewirtschaftung von touristischer Infrastruktur und Freizeitanlagen (Skaterbahnen, Rodelberg) sowie 2.734,6 T€ investive Zuschüsse für Bauinvestitionen an verwaltungsnotwendigen Immobilien. Der geplante Zuschuss für den Forstbetrieb (65,0 T€) wurde auf Grund von Mehrerlösen aus dem Holzverkauf nicht in Anspruch genommen.

Vermögens- und Finanzlage des Eigenbetriebes

(Angaben in T€)			
Bilanz	vorl. 2014	vorl. 2015	vorl. 2016
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	291.384	292.506	288.767
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	138	108	259
II. Sachanlagen	291.246	292.398	288.508
B. Umlaufvermögen	19.661	19.518	20.520
I. Vorräte	14.911	15.032	15.037
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.395	4.222	4.198
III. Kassenbestand, Guthaben	1.355	264	1.286
C. Rechnungsabgrenzungsposten	65	63	91
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	203.230	202.116	199.892
I. Gezeichnetes Kapital	50	50	50
II. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-2.527	-1.845	-1.976
III. Allgemeine Rücklage	209.101	209.832	209.584
IV. Gewinnvortrag des Vorjahres	-3.394	-5.921	-7.766
B. Sonderposten und Baukostenzuschüsse	66.371	69.371	70.507
C. Rückstellungen	1.582	1.543	1.591
D. Verbindlichkeiten	39.861	38.993	37.315
E. Rechnungsabgrenzungsposten	65	65	74
Bilanzsumme	311.110	312.087	309.379

Ertragslage des Eigenbetriebes

(Angaben in T€)			
GuV	vorl. 2014	vorl. 2015	vorl. 2016
1. Umsatzerlöse	10.439	17.991	19.787
2. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Leistungen	6.949	121	5
3. Sonstige betriebliche Erträge	1.696	1.984	1.952
4. Materialaufwand	-12.733	-12.694	-14.432
5. Personalaufwand	-3.916	-4.025	-4.107
6. Abschreibungen	-3.693	-3.906	-4.035
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-568	-652	-614
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8	5	3
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-711	-660	-526
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2.527	-1.836	-1.967
11. Sonstige Steuern	0	-9	-9
12. Jahresergebnis	-2.527	-1.845	-1.976

III.2

Eigengesellschaften

III.2.1 wobra Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH

Geschäftsbereich

Wohnungsverwaltung

Firmensitz

Hauptstr. 32
14776 Brandenburg an der Havel
Tel. : 03381/ 75 70
Fax: 03381/ 75 76 41
E-Mail: info@wobra.de
Internet: www.wobra.de

Gründung

Die wobra (Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH) wurde auf Grund des Beschlusses der SVV vom 28.08.1991 mit Wirkung zum 19.12.1991 durch Umwandlung des VEB "Gebäudewirtschaft der Stadt Brandenburg an der Havel" als Eigenbetrieb der Stadt Brandenburg an der Havel gegründet.

Mit Inkrafttreten des Einigungsvertrages am 03.10.1990 ist das Vermögen einschließlich der zugehörigen Schulden des ehemaligen VEB Gebäudewirtschaft Brandenburg in das Eigentum der Kommune übergegangen. Mit der Umwandlung des Eigenbetriebes in eine GmbH sind das Vermögen und die Schulden im Rahmen der Gesamtrechtsnachfolge wiederum auf die GmbH übertragen worden.

Die Gesellschaft ist im Handelsregister beim Amtsgericht Potsdam unter der Nummer HRB 4729 P eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	25.564.600 €
Stadt Brandenburg an der Havel	100 %

Unterbeteiligungen

Die wobra ist zu 100% an der Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH beteiligt. Das Stammkapital der Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH beträgt 332.339,71 €.

Aktueller Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag datiert vom 11. März 1999. Die Eintragung in das Handelsregister erfolgte am 18. Mai 1999.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Stephan Falk

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung der Stadt Brandenburg an der Havel in der Gesellschafterversammlung nahm im Jahr 2016 Oberbürgermeisterin Frau Dr. Dietlind Tiemann wahr.

Im Geschäftsjahr 2016 fanden zwölf Gesellschafterversammlungen statt.

- *Aufsichtsrat*

Aufsichtsratsmitglieder 2016	
Aufsichtsratsvorsitz	Frau Dr. Dietlind Tiemann (ab 26.01.2016)
Stellvertreter	Herr Norbert Langerwisch
weitere Mitglieder	Herr Hans-Jürgen Arndt Herr Alfredo Förster (seit 14.07.2016) Herr Lutz Krakau Herr Georg Riethmüller Herr Frank Robby Wallis

Im Berichtsjahr fanden sechs Aufsichtsratsitzungen statt.

Gegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages vorrangig die Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung. Soweit durch einen öffentlichen Zweck gerechtfertigt und der Wohnungsversorgung dienlich, ist die Gesellschaft berechtigt, die Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen (Eigenheime, Mietwohnungen, Eigentumswohnungen) sowie außerdem alle im Bereich des Städtebaus, der Wohnungswirtschaft und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben zu übernehmen, Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte zu erwerben, zu belasten und zu veräußern.

Öffentlicher Zweck

Die unter „Gegenstand des Unternehmens“ aufgeführten Unternehmensziele entsprechen der gesetzlich vorgeschriebenen öffentlichen Zweckbestimmung einer gesicherten Versorgung

der Bevölkerung mit Wohnraum. Die Zweckbestimmung dieses wirtschaftlichen Unternehmens der Gemeinde begründet ihr Engagement.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2014	2015	2016
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	87%	87%	88%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	22%	22%	22%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	102%	100%	100%
Zinsaufwandquote	13,2%	12,2%	10,3%
Liquidität 3. Grades	116%	103%	101%
Cashflow	7.910 T€	11.349 T€	7.376 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	4%	3%	2%
Umsatz	22.913 T€	23.008 T€	23.607 T€
Jahresüberschuss	3.175 T€	1.123 T€	925 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	8%	9%	9%
Anzahl der Mitarbeiter	37	40	41

Lagebericht der Gesellschaft

Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft weist einen Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr 2016 von 924,5 T€ aus; gegenüber dem Erfolgsplan wird ein um 469,3 T€ besseres Jahresergebnis ausgewiesen.

Wesentliche Gründe hierfür sind erhöhte Mieterlöse in den eigenen Beständen sowie eingesparte Betriebskosten und sonstige betriebliche Aufwendungen. Investitionen in Höhe von 198 T€ wurden für die Ersatzbeschaffung von Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie für die Erneuerung und Ergänzung der Firmensoftware verwendet. Die Zugänge zu den Anlagen im Bau in Höhe von 189,0 T€ betreffen das im Geschäftsjahr 2016 begonnene Neubauvorhaben „Kombi-Kita in der Bauhofstraße“ und die Modernisierung der Wilhelmsdorfer Straße 75. Insgesamt wurden 2016 Investitionen in Höhe von 391,8 T€ getätigt.

Ertragslage

Die wesentlichen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung entwickelten sich wie in nachfolgender Tabelle dargestellt. Die Grundsteuern und sonstige Steuern (570 T€; 2015: 517 T€) wurden in den Betriebsaufwand umgegliedert.

	<u>2015</u>	<u>2016</u>	<u>Veränderung</u>
	<u>T€</u>	<u>T€</u>	<u>T€</u>
Betriebsleistung	24.978	25.269	291
Betriebsaufwand	21.859	22.244	385
Betriebsergebnis	<u>3.119</u>	<u>3.025</u>	<u>-94</u>
Finanzergebnis	-2.506	-2.258	248
Betriebsergebnis unter Einbeziehung des Finanzergebnisses	613	767	154
Neutrales und periodenfremdes Ergebnis	607	269	-338
Ergebnis der Neubewertung	0	-85	-85
Gesamtergebnis vor Ertragsteuern	<u>1.220</u>	<u>951</u>	<u>-269</u>
Steuern aus Vorjahren	2	-7	-5
Ertragsteuern	-99	-20	-79
Jahresüberschuss	<u>1.123</u>	<u>924</u>	<u>-199</u>

In den Betriebsleistungen sind Umsatzerlöse in Höhe von 23.607 T€ (2015: 23.007 T€) enthalten. Im Geschäftsjahr 2016 beliefen sich die Umsatzerlöse aus Vermietungen auf 16.210 T€. Die Betriebskostenumlagen 2016 liegen unter anderem witterungsbedingt leicht über den Vorjahreswerten. Die sonstigen betrieblichen Erträge sind von den Weiterberechnungen von Bewirtschaftungsverlusten aus BAVARIA-Objekten gegenüber der Stadt Brandenburg an der Havel entsprechend abstraktem Schuldanerkenntnis geprägt.

Den Betriebsaufwand (22.244 T€; 2015 21.862 T€) betrifft größtenteils Aufwendungen aus der Hausbewirtschaftung; der Anstieg ist auf den erhöhten Aufwand für Instandhaltung zurückzuführen.

Das Ergebnis wird nachhaltig durch den hohen Zinsaufwand beeinflusst. Unter Berücksichtigung des Finanzergebnisses von -2.258 T€ (2015: -2.506 T€) ergibt sich ein positives Betriebsergebnis von 767 T€ (2015: 613 T€). Im Vorjahresvergleich hat sich dieses um 156 T€ verbessert, was insbesondere durch das verbesserte Finanzergebnis begründet werden kann.

Das neutrale und periodenfremde Ergebnis ist im Wesentlichen durch einmalige Effekte, wie Buchgewinne aus Anlagenverkäufen in Höhe von 91,4 T€, Erträgen aus der Entschädigung von Versicherungen in Höhe von 56,0 T€, Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 49,3 T€ und Erträgen aus der Auflösung von Wertberichtigungen in Höhe von 296,7 T€ geprägt.

Finanzlage

Im 5-Jahres-Vergleich stellt sich die Eigenkapitalentwicklung wie folgt dar:

Eigenkapital	2012	2013	2014	2015	2016
- nominal in Mio. €	+ 31,6	+ 32,1	+ 34,8	+ 32,8	+ 32,6
- quotat in %	+ 20,4	+ 20,9	+ 22,4	+ 21,8	+ 22,4

Die Summe der Verbindlichkeiten reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 3.886,5 T€, was im Wesentlichen auf die planmäßigen Tilgungen (4.320,1 T€) und Sondertilgungen (15,0 T€) von Krediten, saldiert mit den Valutierungen von Darlehen für die Neubau- und Sanierungsmaßnahmen mit 497,5 T€ zurückzuführen ist.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern sowie Ausleihungen von der WOFÜ (97.114 T€; 2015: 101.030 T€) betreffen:

	2015 in T€	2016 in T€
Modernisierungs- und Instandhaltungskredite	49.757	47.975
Altschuldenkredite	18.193	17.150
<i>davon neue Altschulden T€ 6.625 Vorjahr T€ 7.656</i>		
Neubaukredite	27.749	26.774
Aufwendungsdarlehen	4.531	4.515
Wendebauten	719	697
Zinsen	82	3

Die Liquidität war im Geschäftsjahr 2016 stets gesichert. Mit dem Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit konnten überschüssige Ausgaben sowohl aus Investitionstätigkeit als auch aus der Finanzierungstätigkeit nahezu ausgeglichen werden.

Vermögenslage

Am 31. Dezember 2016 zählten zum Bestand der wobra 3.802 eigenen Wohnungen (2015: 3.808), 31 Eigentumswohnungen (2015: 31), 116 Gewerbeeinheiten (2015: 119) sowie 1.223 Garagen bzw. Stellplätze (2015: 1.210). Des Weiteren verwaltete die wobra 1.440 Wohnungen und eine Gewerbeeinheit aus dem Bavaria-Bestand. Die Veränderungen des eigenen Bestandes gegenüber dem Vorjahr ergaben sich aus dem Verkauf einer Immobilie.

Die verwalteten 1.440 BAVARIA-Wohnungen wurden 1998 saniert; sie verteilen sich in den Wohngebieten der Stadt Brandenburg an der Havel wie nachfolgend dargestellt:

Wohngebiet	Anzahl der Wohnungen gesamt	Leerstand der Wohnungen gesamt in %	
		2015	2016
Hohenstücken	799	25,3	28,7
Görden	371	7,8	8,9
Nord	270	11,1	9,6
Summe	1.440	18,2	20,0

Die eigenen Wohnungsbestände der wobra verteilen sich auf die Innenstadt und die angrenzenden Wohngebiete sowie auf den Görden, auf die Walzwerksiedlung, auf Nord und auf Hohenstücken.

Der modernisierte Bestand wird am Wohnungsmarkt unverändert stark nachgefragt, was mit der Fertigstellung der Vollsanierungsmaßnahmen in der Innenstadt und am Ring nachhaltig bestätigt wird. Die erzielbaren Wohnungsmieten erlauben - nach Einschätzung des Geschäftsführers auch in der Zukunft - eine kostendeckende Bewirtschaftung. In 2016 waren die neu sanierten Wohnungen der Innenstadt, Ring und am Bahnhof nahezu voll vermietet. Die Leerstandsquote in den seit 2007 neu sanierten Wohngebäuden liegt per 31.12.2016 bei 0,4%.

Wohngebiet	Anzahl der Wohnungen gesamt	davon sanierte Wohnungen	davon Verwertung (Abriss und Verkäufe)	Leerstand der Wohnungen gesamt in %
Innenstadt	601	580	0	2,7
Ring	600	406	0	14,5
Hohenstücken	829	489	340	34,6
Nord	825	825	0	15,0
Görden	766	766	0	3,5
Walzwerksiedlung	181	181	0	13,3
Summe	3.802	3.247	340	14,9
<i>davon Kernbestand</i>	3.462	3.247	0	

Die zum Kernbestand der wobra zählenden 3.462 eigenen Wohnungen sind größtenteils saniert, 114 Wohnungen sind teilsaniert und 89 Wohnungen sind unsaniert. Es befinden sich

per 31.12.2016 12 Wohnungen der Wilhelmsdorfer Str. 75 in der Sanierungsphase. Die Vermietung begann zum 01.04.2017.

Der Leerstand der wobra (eigener Wohnungsbestand) per 31.12.2016 in Höhe von 14,86% untergliedert sich wie folgt:

Objekte	Anzahl von Wohnungen		<u>Leerstandsquote</u>
	<u>Gesamt</u>	<u>Leerstand</u>	
sanierte Wohnungen	3.247	274	8,44 %
teilsanierte Wohnungen	114	35	30,70 %
unsanierte Wohnungen	101	55	54,46 %
Wohnungen Kernbestand	3.462	364	10,51 %
Verwertung	340	201	59,12 %
Summe eigene Wohnungen	3.802	565	14,86 %

Im Geschäftsjahr 2016 verminderte sich das Bilanzvolumen um 4.605 T€ auf 145.969 T€. Das Anlagenvermögen, welches von Wohn- und Gewerbebauten mit Grundstücken geprägt ist, macht 87,5% des Vermögens der wobra aus.

Die Veränderung des Eigenkapitals im Vergleich zum Vorjahr betrifft ausschließlich den Jahresüberschuss 2016 saldiert mit der Gewinnausschüttung 2015.

Im langfristigen Fremdkapital sind die Bankdarlehen, Darlehen anderer Kreditgeber, Darlehen der Wofü und die Kautionen der Mieter mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr berücksichtigt.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Mit Fertigstellung der Neubau- und Vollsanierungsmaßnahmen in der Innenstadt, Bahnhofsvorstadt und am Ring und den daraus resultierenden zusätzlichen Mieteinnahmen können Umsatzaufwände aufgrund von Leerstandserhöhungen, die auf die negativen Auswirkungen der demografischen Entwicklungen und den nicht nachfragegerechten Wohnungen in den Stadtteilen Nord und Hohenstücken zurückzuführen sind, ausgeglichen werden. Für das Geschäftsjahr 2017 wird ein Jahresergebnis von 797 T€ erwartet.

Für den bewussten Umgang mit ihren Risiken hat die wobra ein umfassendes Risikomanagementsystem eingeführt, das im Jahr 2016 weiter ausgebaut wurde. Es stellt eine systematische Steuerung und Überwachung der wesentlichen Risiken sicher, um rechtzeitig geeignete Maßnahmen vorbereiten und bedrohlichen Entwicklungen entgegenwirken zu können.

Die Leerstandsquote hat sich gegenüber dem Vorjahr vermindert. Dieser Rückgang ist vor allem auf das konsequente Durchführen von Leerstands-beseitigungsmaßnahmen in reparaturbedürftigen Wohnungen zurückzuführen. Zusätzlich wurde unterjährig nachhaltig an den wohnungswirtschaftlichen Prozessen gearbeitet und auf eine nachfrageorientierte Angebotsstrategie umgestellt.

Die wobra als städtisches Wohnungsunternehmen der Stadt Brandenburg an der Havel hat entsprechend dem Gesellschaftszweck neben der Gewinnrealisierung auch auf die Versorgung aller Bevölkerungsschichten mit Wohnungen zu achten. Hierzu ist ein Angebot preissensibler und zugleich attraktiver Mietobjekte erforderlich, was mit der Nutzung von Fördermitteln und dem Sparkurs sowohl im Investitionsbereich als auch im operativen Geschäft umgesetzt wurde.

Das Ergebnis der Portfolioanalyse zeigt, dass für die Bestandserhaltung und -entwicklung eine deutliche Aufstockung der Mittel zum Abbau des Instandhaltungsstaus, zur Anpassung des Bestandes an die veränderte Wohnungsnachfrage, zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Wohnungsangebotes und zum Abbau der aktuell ausgewiesenen Leerstandsquote erforderlich sein wird. Da die Finanzierung nicht vollständig aus Eigenmitteln erfolgen kann, werden vereinzelt Objektverkäufe und Kreditaufnahmen unumgänglich sein.

Die Umsetzung der neuen Unternehmensplanung mit den dortigen Grundlagen der Markt- und Standortanalyse und Portfolioanalyse bildet dabei die dringend notwendige Grundlage. Zusätzlich werden die innerbetrieblichen Prozesse fortlaufend optimiert, so dass aus der reinen operativen Arbeit weitere Ergebnisverbesserungen zu erwarten sind.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und -entnahmen (die nicht b. entsprechen)	wobra/Stadt Brandenburg an der Havel: Die Erhöhung der Kapitalrücklage in 2011 um 1,00 € resultiert aus Einbringung des Empfangsgebäudes des Hauptbahnhofes und der zugehörigen Funktionsflächen als Sacheinlage von der Stadt Brandenburg an der Havel in das Gesellschaftsvermögen der wobra zum Zwecke der Sanierung und anschließenden Bewirtschaftung. In 2016 ergaben sich keine Änderungen der Kapitalrücklagen.
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Der Jahresüberschuss 2015 in Höhe von 1.122.533,90 € wurden in 2016 an die Gesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel ausgeschüttet. Vom Jahresüberschuss 2016 in Höhe von 924.508,52 € werden zum 1. Juli 2017 250.000,00 € an die Gesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel ausgeschüttet. Auszahlungen der Gewinnausschüttungen erfolgten nicht. Der jeweilige Betrag wurde/wird gegen die sog. BAVARIA-Forderung der wobra gegenüber der Stadt Brandenburg an der Havel verrechnet. Der nicht ausgeschüttete Jahresüberschuss 2016 von 674.508,52 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Vertrag über die gesamtschuldnerische Haftung für wohnungswirtschaftliche Altschulden mit der Stadt Brandenburg an der Havel.
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Zwischen der wobra und der Stadt Brandenburg an der Havel besteht neben der Vereinbarung eines abstrakten Schuldanerkenntnis über die Übernahme der Bewirtschaftungsverluste aus "BAVARIA" eine Vereinbarung über die Übernahme des Kapitaldienstes für die Altschulden. Die Weiterberechnung der BAVARIA-Verluste an die Stadt wirkte sich forderungserhöhend und gleichzeitig ertrags erhöhend auf die Vermögens- und Ertragslage der wobra aus. Im Geschäftsjahr 2016 zahlte die Stadt an wobra 900.000,00 € zum Ausgleich der BAVARIA-Forderungen. Dienstleistungsvereinbarungen bestehen zwischen der Stadt und wobra zu marktüblichen Konditionen.

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2014	2015	2016
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	135.151	131.416	127.501
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	115	89	171
II. Sachanlagen	133.909	130.200	126.203
III. Finanzanlagen	1.127	1.127	1.127
B. Umlaufvermögen	19.998	18.812	18.105
I. Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und Vorräte	6.679	7.007	7.176
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.370	2.558	1.996
III. Kassenbestand, Guthaben	7.949	9.246	8.933
C. Rechnungsabgrenzungsposten	80	73	89
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	34.824	32.772	32.574
I. Gezeichnetes Kapital	25.565	25.565	25.565
II. Kapitalrücklage	2.112	2.112	2.112
III. Gewinnrücklagen	0	0	0
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	3.973	3.973	3.973
V. Jahresüberschuss	3.175	1.123	925
B. SoPo Investitionszuschüsse	613	551	511
C. Rückstellungen	2.535	3.256	2.888
D. Verbindlichkeiten	115.294	111.883	107.996
E. Rechnungsabgrenzungsposten	1.963	1.840	1.727
Bilanzsumme	155.229	150.301	145.696

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2014	2015	2016
1. Umsatzerlöse	22.913	23.008	23.607
2. Bestandsänderung	-351	329	169
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
4. Sonstige betriebliche Erträge	5.415	2.480	2.606
5. Aufwand für bezogene Lieferungen und Leistungen	-13.141	-14.070	-14.466
6. Personalaufwand	-1.721	-2.032	-2.040
7. Abschreibungen	-7.332	-4.191	-4.714
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.483	-1.281	-1.382
9. Erträge aus Beteiligung	2.200	0	0
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	497	295	182
11. Abschreibungen auf Finanzanlagen	-580	0	0
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-3.015	-2.801	-2.440
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3.403	1.738	1.523
13. Außerordentliche Erträge	0	0	0
14. Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
15. Steuern vom Einkommen und Ertrag	293	-97	-27
16. Sonstige Steuern	-521	-518	-571
17. Jahresergebnis	3.175	1.123	925

III.2.1.1 Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH

Geschäftsbereich

Wohnungsverwaltung

Firmensitz

Hauptstr. 32
14776 Brandenburg an der Havel
Tel.: 03381/ 72 97 0
Fax: 03381/ 72 97 22

E-mail: wohnen@wofue.de
Internet: www.wofue.de

Gründung

Mit notarieller Beurkundung vom 03. März 1937 wurde die Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH (Wofü) von der Stadt Brandenburg an der Havel und zwei gemeinnützigen Wohnungsvereinen gegründet.

Im Jahr 1950 gingen die städtischen Anteile am Stammkapital ins volkseigene Vermögen der DDR über. Gemäß Rückübertragungsantrag der Stadt Brandenburg an der Havel vom 06.05.1993 wurden die Kapitalanteile mit Bescheid vom 24.06.1993 wieder auf die Stadt Brandenburg an der Havel übertragen.

Mit Wirkung vom 30.12.2005 wurden die Geschäftsanteile der Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH an der Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH mit einem Nennwert von 600 TDM auf die Stadt Brandenburg an der Havel übertragen und von dieser zeitgleich als Einlage in die Kapitalrücklage der Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH (wobra) eingebracht. Die Wohnungsgenossenschaft „Einheit“ hat ihren Geschäftsanteil an der Wofü in Höhe von 7,7% am 04.12.2007 mit Wirkung zum 31.12.2007 gekündigt. Mit notariellem Vertrag vom 16.06.2008 wurde der Geschäftsanteil der Wohnungsgenossenschaft „Einheit“ auf die wobra übertragen. Aufgrund des Gesellschafterbeschlusses Nr. 08 / 2008 der wobra vom 24.06.2008 hat die Gesellschafterversammlung der Wofü der Anteilkündigung der Wohnungsgenossenschaft „Einheit“ vom 04.12.2007 mit Wirkung zum 31.12.2007 zugestimmt. Damit wurde die wobra rückwirkend zum 31.12.2007 Alleingesellschafterin des Unternehmens.

Die Gesellschaft ist im Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam unter der Nummer HRB 4074 P eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	332.339,72 €
wobra	100%

Aktueller Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 16. März 1999.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Stephan Falk

- *Gesellschafterversammlung*

Im Jahr 2016 fanden vier Gesellschafterversammlungen statt.

Mitglieder der Gesellschafterversammlung 2016
--

wobra Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH: vertreten durch Herrn Stephan Falk; Geschäftsführer
--

Gemäß Gesellschaftsvertrag der Wofü hat die Gesellschaft keinen Aufsichtsrat und keinen Beirat. Diese Aufgaben werden von der Gesellschafterversammlung wahrgenommen.

Gegenstand

Nach dem Gesellschaftsvertrag ist Gegenstand des Unternehmens vorrangig die Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung. Soweit durch einen öffentlichen Zweck gerechtfertigt und der Wohnungsversorgung dienlich, ist die Gesellschaft berechtigt, die Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen (Eigenheime, Mietwohnungen und Eigentumswohnungen) sowie außerdem alle im Bereich des Städtebaus, der Wohnungswirtschaft und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben zu übernehmen, Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte zu erwerben, zu belasten und zu veräußern. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden, Gewerbebauten, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Einrichtungen auf eigene oder fremde Rechnung erstellen, bewirtschaften, erwerben, veräußern oder bereitstellen. Der Erwerb oder die Gründung von Unternehmen sowie die Beteiligung an Unternehmen sind nicht Gegenstand des Unternehmens.

Öffentlicher Zweck

Nach § 2 Abs. 2 BbgKVerf gehört zu den Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft auch die Verbesserung der Wohnungen der Einwohner durch den sozialen Wohnungsbau, die Förderung des privaten und genossenschaftlichen Bauens sowie eine sozial gerechte Verteilung der Wohnungen. Daher erfüllt die Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2014	2015	2016
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	66%	70%	67%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	85%	92%	95%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 T€	0 T€	0 T€
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	129%	130%	141%
Zinsaufwandquote	0,0%	0,4%	0,0%
Liquidität 3. Grades	601%	3817%	1121%
Cashflow*	-10 T€	-63,8 T€	81 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	0%	1%	7%
Umsatz	479 T€	157 T€	53 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	203 T€	8 T€	109 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	74%	53%	18%
Anzahl der Mitarbeiter	9	3	1

Lagebericht der Gesellschaft

Die Wofü hat ihren gesamten Wohnungsbestand zum 01.09.2007 verkauft. Ab diesem Zeitpunkt wurde die Wofü von einem Wohnungsunternehmen zu einem Fremdverwalter.

Danach ist das wesentliche Betätigungsfeld der Gesellschaft die Verwaltung von Beständen für Dritte im Geschäftsjahr 2016 gewesen.

Im Geschäftsjahr 2016 verwaltete die Wofü zum 31.12.2016 330 Wohneinheiten (2015: 310), 86 Stellplätze (2015: 86) und 12 Pachtverhältnisse (2015: 18).

Vermögenslage

Finanzanlagen

Im Geschäftsjahr weist die Gesellschaft 1 Mio. € für das an die Gesellschafterin ausgereichte Darlehen aus.

Bilanzsumme

Die Bilanzsumme beträgt 1.515,6 T€ und liegt damit um 56,5 T€ über dem Vorjahreswert. Zuwächse haben sich im Wesentlichen bei den liquiden Mitteln ergeben.

Eigenkapital

Der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme beträgt 90,4% (1.369,5 T€).

Die Entwicklung des Eigenkapitals stellt sich wie folgt dar:

	2015	2016
Eigenkapital	T€	T€
nominal	1.337,9	1.369,5
Quote	91,7%	90,4%

Rückstellungen

Die Veränderung der sonstigen Rückstellungen ist maßgeblich beeinflusst durch die Auflösung der Rückstellung zur Berücksichtigung von Herausgabeansprüchen nicht eingeforderter Kautionen aus der Abwicklung der Verwalterverträge sowie Beratungsaufwendungen bezüglich der durch den Eigentümer der Verwaltungsobjekte ausgesprochene Aufkündigung der Verträge.

Finanzlage

Die Finanzlage zum 31.12.2016 ist ausgeglichen. Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr zu jeder Zeit gegeben und auch künftig wird die Wofü ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen.

Zum 31.12.2016 wird ein Bestand an flüssigen Mitteln von 490,2 T€ (2015: 372,0 T€) ausgewiesen.

Ertragslage

Es wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von 108,8 T€ (2015: 8,0 T€) erzielt. Der Jahresüberschuss resultiert im Wesentlichen aus der Auflösung von Rückstellungen (86,3 T€).

Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung betreffen nur das in der Wofü verbliebene Grundstück.

Aus der Betreuungstätigkeit realisierte die Gesellschaft Erlöse in Höhe von 52,7 T€. Der Rückgang zum Vorjahr um 54,5 T€ resultiert aus der Beendigung der Verwalterverträge.

Im Geschäftsjahr 2016 konnte die Gesellschaft 37,4 T€ Zinserträge verbuchen. Darin sind 37,0 T€ Zinsen für das Darlehen an die Gesellschafterin wobra enthalten.

Der Personalaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr um 73,3 T€ gesunken. Ursächlich für den Rückgang der Personalaufwendungen ist der Personalübergang von Mitarbeitern in die wobra.

Bis zum 31.07.2016 beschäftigte die Wofü eine Arbeitnehmerin in der Freizeitphase der Altersteilzeit. Zum 31.12.2016 beschäftigte die Wofü keine Mitarbeiter mehr.

Die Verwaltertätigkeit wird im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages von Mitarbeitern der wobra übernommen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die Position sonstige betriebliche Aufwendungen (13,4 T€) enthalten Sachaufwendungen für den Geschäftsbetrieb und Aufwendungen für die Jahresabschlussprüfung und Steuerberatung.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Für das Geschäftsjahr 2017 plant die Geschäftsführung einen Jahresüberschuss in Höhe von 37,2 T€. Umsatzerlöse aus Fremdverwaltungen für Dritte werden in Höhe von 51,3 T€ erwartet. Die wobra wird über einen Dienstleistungsvertrag die anfallenden Kosten für die Fremdverwaltung an die Wofü weiterberechnen. Gemäß dem Wirtschaftsplan 2017 wird am Ende des Geschäftsjahres 2017 ein Bestand an flüssigen Mitteln von 410,8 T€ erwartet.

Ab dem Geschäftsjahr 2016 verfügt die wofü über ein überschaubares Geschäftsfeld. Die hieraus möglicherweise resultierenden Risiken werden, im Rahmen einer Quartalsabrechnung, durch die Gesellschafterin wobra überwacht. Die mit der Verwaltertätigkeit anfallenden Arbeitsprozesse sind in die Organisationsstruktur der wobra integriert und unterliegen damit dem Risikomanagement der wobra. Das wesentliche Risiko für die Gesellschaft besteht im weiteren Wegfall von Verwaltungsobjekten.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Dienstleistungsverträge zwischen der wobra und Wofü werden zu marktüblichen Konditionen erbracht.

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2014	2015	2016
Aktivseite			
A. Anlagevermögen	1.033	1.026	1.023
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	7	5	3
II. Sachanlagen	26	21	19
III. Finanzanlagen	1.000	1.000	1.000
B. Umlaufvermögen	540	428	493
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	104	56	3
III. Kassenbestand, Guthaben	436	372	490
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1	1	0
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	0	4	0
Passivseite			
A. Eigenkapital	1.330	1.338	1.447
I. Gezeichnetes Kapital	332	332	332
II. Gewinnrücklagen	0	0	0
III. Gewinnvortrag	795	998	1.006
IV. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	203	8	109
B. Rückstellungen	154	110	25
C. Verbindlichkeiten	90	11	44
Bilanzsumme	1.574	1.459	1.516

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2014	2015	2016
1. Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung	0	0	0
2. Umsatzerlöse aus Betreuungstätigkeit	479	107	52
3. Umsatzerlöse aus anderen Lieferungen und Leistungen	0	50	0
4. Bestandsänderung	0	0	0
5. Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
6. Sonstige betriebliche Erträge	512	8	95
7. Aufwendungen für Hausbewirtschaftungen	0	0	0
8. Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	0	0	-35
9. Personalaufwand	-354	-83	-10
10. Abschreibungen	-6	-7	-4
11. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-532	-105	-22
12. Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	105	39	37
14. Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	-1	0
16. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	203	8	115
17. Außerordentliche Erträge	0	0	0
18. Außerordentlicher Aufwand	0	0	0
19. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	-6
20. Sonstige Steuern	0	0	0
21. Jahresergebnis	203	8	109

III.2.2 Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH

Geschäftsbereich

Krankenhaus

Firmensitz

Hochstraße 29

14770 Brandenburg an der Havel

Tel.: 03381/ 41 20 00

Fax: 03381/ 30 10 76

e-mail: skb@klinikum-brandenburg.de

Internet: www.klinikum-brandenburg.de

Gründung

Die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 19. Dezember 1996 (notarielle Urkunde des Notars Karl-Heinz Buhmann, Brandenburg an der Havel, UR-Nr. 2796/96) gegründet und am 27. Mai 1997 ins Handelsregister des Amtsgerichts Potsdam unter HRB 10291 eingetragen.

Bis zum 31.12.1996 wurde das Klinikum als Eigenbetrieb geführt. Die GmbH hat den Eigenbetrieb zum 01.01.1997 gemäß Betriebsübernahmevertrag übernommen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 25.600 €

Stadt Brandenburg an der Havel 100%

Unterbeteiligungen

Zur Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH gehören vier Tochtergesellschaften und Beteiligungen an der Medizinischen Hochschule CAMPUS GmbH und der AGKAMED Holding GmbH. Die Beteiligung AGKAMED ist Ergebnis einer organisatorischen Umstrukturierung der Einkaufsgemeinschaft AGKAMED (Arbeitsgemeinschaft Kardiologie und medizinischer Sachbedarf), der das Klinikum bereits als Mitglied seit 1997 angehört:

Beteiligungen	
Name:	KSC Klinik Service Center GmbH
Sitz:	Brandenburg an der Havel
Stammkapital:	€ 25.000
Anteil:	€ 12.750 (51%)
Name:	Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH
Sitz:	Brandenburg an der Havel
Stammkapital:	€ 25.000
Anteil:	€ 25.000 (100%)
Name:	Klinik-Labor Brandenburg an der Havel GmbH
Sitz:	Brandenburg an der Havel
Stammkapital:	€ 25.000
Anteil:	€ 25.000 (100%)
Name:	Klinikum Westbrandenburg GmbH
Sitz:	Potsdam
Stammkapital:	€ 25.000
Anteil:	€ 12.500 (50%)
Name:	Medizinische Hochschule CAMPUS GmbH
Sitz:	Neuruppin
Stammkapital:	€ 100.000
Anteil:	€ 33.330 (33,33%)
Name:	AGKAMED Holding GmbH
Sitz:	Essen
Stammkapital:	€ 75.000
Anteil:	€ 500 (1%)

Aktueller Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 15. Februar 2016.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Gabriele Wolter

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung der Stadt Brandenburg an der Havel in der Gesellschafterversammlung nahm im Jahr 2016 Oberbürgermeisterin Frau Dr. Dietlind Tiemann wahr.

Die Gesellschafterversammlung hat im Geschäftsjahr 2016 sechs Mal getagt.

- *Aufsichtsrat*

Der Aufsichtsrat kam in 2016 zu vier Sitzungen zusammen.

Aufsichtsratsmitglieder 2016
Aufsichtsratsvorsitz Frau Dr. Dietlind Tiemann
Stellvertreter Herr Dirk Stieger (ab 18.07.2016)
weitere Mitglieder Herr Jean Schaffer
Herr Dr. Christian Sieg'l
Frau Elke Kroll
Frau Marita Lickert
Herr Oliver Kuhlmei
Herr Andreas Kutsche
Frau Dr. Lieselotte Martius
Herr Dr.-Ing. Andreas Herzog (bis 18.07.2016)

Gegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist nach der Übernahme und Fortführung des in Trägerschaft der kreisfreien Stadt Brandenburg an der Havel befindlichen Städtischen Klinikums Brandenburg an der Havel der Betrieb von Krankenhäusern und sonstigen Nebeneinrichtungen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, sich im Ausnahmefall an anderen Gesellschaften gleichen, ähnlichen oder verwandten Gegenstands zu beteiligen und solche Gesellschaften zu übernehmen, wenn sie den Gesellschaftszweck nachhaltig fördern und zu der Erfüllung von Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft beitragen.

Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft verfolgt gem. § 3 des Gesellschaftsvertrages ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke.

Die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH ist eine privatrechtliche Einrichtung und wird nach wirtschaftlichen Grundsätzen als gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung geführt.

Die Sicherstellung der Krankenhausversorgung ist öffentliche Aufgabe des Landes, der Landkreise und der kreisfreien Städte. Nach dem Landeskrankenhausplan gibt es im Land Brandenburg fünf Versorgungsgebiete, wobei das Städtische Klinikum Brandenburg dem Versorgungsgebiet Potsdam zugeordnet ist.

Gemäß § 1 Abs. 3 BbgKHEG (Brandenburgisches Krankenhausentwicklungsgesetz) erfüllen die kreisfreien Städte ihre Aufgabe als Aufgabe der Selbstverwaltung, indem sie eigene Krankenhäuser errichten und betreiben, soweit Krankenhäuser nicht von freien, gemeinnützigen, privaten oder anderen geeigneten Trägern errichtet und betrieben werden.

Zweck des Unternehmens ist es, auf der Basis des jeweils geltenden Krankenhausplans ein hochqualifiziertes medizinisches und pflegerisches Leistungsangebot zu gewährleisten, um eine optimale Krankenhausversorgung der Bevölkerung in Fortführung des gegenwärtig hohen Standards zu sichern.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2014	2015	2016
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	75,5%	74,3%	67,8%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	23,0%	24,5%	23,9%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	101%	114%	124%
Zinsaufwandquote	0,92%	0,77%	0,76%
Liquidität 3. Grades	96%	113%	168%
Cashflow	7.355 T€	8.166 T€	9.085 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	0,60%	1,17%	1,40%
Umsatz	84.037 T€	87.014 T€	92.147 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	277 T€	1.320 T€	1.897 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	57%	56%	56%
Anzahl der Mitarbeiter	975	971	991

Lagebericht der Gesellschaft

Rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH hat mit 437 Planbetten gemäß der Aufnahme in die Fortschreibung des dritten Landeskrankenhausplans vom 20. Dezember 2013 die Aufgabe eines Krankenhauses der Schwerpunktversorgung für die Stadt Brandenburg an der Havel und Umgebung.

Die Städtisches Klinikum GmbH selbst ist ein kommunales Krankenhaus, dessen alleinige Gesellschafterin die Stadt Brandenburg an der Havel ist. Die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH bildet mit der Klinik Service Center GmbH, der Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH und der Klinik-Labor Brandenburg an der Havel GmbH eine Unternehmensgruppe.

Gemeinsam mit dem Klinikum Ernst von Bergmann GmbH wurde die Klinikum Westbrandenburg GmbH als jeweils 50%ige Tochtergesellschaft gegründet. Ziel ist der gemeinsame Betrieb der beiden Kinderkliniken in eigener Rechtsform.

Die Städtisches Klinikum GmbH hat 33,3% der Anteile an der Medizinischen Hochschule Brandenburg Campus GmbH (MHB) mit einem Stammkapital von insgesamt 100 T€ und einer Kapitalrücklage von insgesamt 1,0 Mio. € übernommen. Zweck der Gesellschaft ist der Betrieb der Medizinischen Hochschule Brandenburg „Theodor Fontane“. Die Aufnahme des Studiums ist im April 2015 in den Bereichen Humanmedizin und Psychologie erfolgt. Der Studienbetrieb in Brandenburg an der Havel wurde im Bereich Humanmedizin im April 2017 aufgenommen.

Der Landesbasisfallwert 2016 für das Land Brandenburg betrug 3.278,19 € (2015: 3.190,81 €). Damit betrug die tatsächliche Steigerung je Bewertungsrelation 2,7 Prozent im Land Brandenburg.

Geschäftsverlauf 2016

Die Geschäftsentwicklung der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH war im Geschäftsjahr 2016 durch eine Zunahme von DRG-Fällen geprägt. Dies hat zu einem deutlichen Anstieg bei den Bewertungsrelationen von 24.319 auf 25.142 geführt. Insgesamt konnten 823 Bewertungsrelationen mehr als im Vorjahr abgerechnet werden. Der Geschäftsverlauf wird positiv eingeschätzt.

Die DRG-Fallzahl aus stationärer Behandlung ist hierbei von 22.805 um 662 auf 23.467 gestiegen. Die Verweildauer war mit 5,74 Tagen (2015: 6,0 Tage) leicht rückläufig. Der Schweregrad CMI veränderte sich von 1,074 auf 1,079.

Die Budgetverhandlung 2015 erfolgte am 27. Januar 2016, konnte aber wegen Unstimmigkeiten bei der Erbringung von Mindestmengen erst zum 01.04.2017 genehmigt und umgesetzt werden. Hier entsprach die Vereinbarung den IST-Zahlen unter Berücksichtigung von noch nicht erfolgten MDK-Kürzungen (Medizinischer Dienst der Krankenkassen). In der Summe wurden einschließlich der Überlieger 24.093,751 Bewertungsrelationen vereinbart. Dies be-

deutet eine Steigerung von 693,751 gegenüber dem Vorjahr. Unter Berücksichtigung des dreijährigen Mehrleistungsabschlages aus der Budgetvereinbarung 2013 ergibt sich für das Jahr 2015 ein Mehrleistungsabschlag von 547,3 T€ und für das Jahr 2016 von 366,5 T€.

Investitionen

Im Jahr 2016 wurde ein Investitionsvolumen (gesamtes Anlagevermögen) von insgesamt 4.493,1 T€ realisiert.

Neben den Investitionen für bewegliche Anlagegüter (Investitionspauschale) war am 28. November 2016 Baubeginn für Haus 11, ein viergeschossiges Gebäude für Apotheke, Pathologie und Forschungsbereich der MHB. Hier ist ein Investitionsvolumen von 20.400 T€ vorgesehen. Der Gesellschafter, die Stadt Brandenburg an der Havel, stellt 1.800 T€ aus dem Fonds zur Förderung von strukturschwachen Kommunen für diesen Neubau zur Verfügung. Für die Finanzierung der weiteren 18.600 T€ ist ein Kreditvertrag mit der DKB-Bank über ein KfW-Darlehen für das Bauprojekt abgeschlossen worden.

Ertragslage

Die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH hat im Geschäftsjahr 2016 einen Jahresüberschuss von 1.897,1 T€ (2015: 1.319,7 T€) erwirtschaftet. Damit ist das Ergebnis weitaus besser, als in der Wirtschaftsplanung 2016 (200 T€) vorgesehen.

Das Jahresergebnis der Gesellschaft war mit 776 T€ durch neutrale Effekte (2015: 443 T€) positiv beeinflusst. Es wird zudem durch das negative Finanzergebnis von -638,8 T€ (2015: -608,9 T€) beeinträchtigt. Das Betriebsergebnis (ohne Finanzergebnis) konnte um 938 T€ auf 1.249 T€ verbessert werden.

Vermögenslage und Finanzlage

Die Eigenkapitalquote (bereinigt um Ausgleichsposten) liegt leicht ansteigend bei 15,5% (2015: 15,5%). Unter Einbeziehung der Sonderposten ergibt sich eine Eigenkapitalquote II (bereinigt um Ausgleichsposten) in Höhe von 74,8% (2015: 74,8%).

Im Bereich des Anlagevermögens konnten 2016 Investitionen von 4.493,1 T€ realisiert werden. Nach Abzug der planmäßigen Abschreibungen sowie der Abgänge hat sich das Anlagevermögen um 2.843,1 T€ reduziert.

Die Rückstellungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um 750,1 T€ erhöht. Sie betragen 3.793,5 T€ (2015: 3.043,4 T€). Anpassungen gab es in allen Rückstellungspositionen.

Die Guthaben bei Kreditinstituten und Kassenbestände betragen zum Bilanzstichtag 14.301,3 T€ (2015: 2.090,5 T€).

Die Absolute Liquidität 3. Grades (Kurzfristige Vermögenswerte abzüglich kurzfristiges Fremdkapital) beläuft sich am Bilanzstichtag auf +2.299 T€ (2015: 2.299 T€). Durch Umschuldung sowie durch die positive Entwicklung der Ertragslage konnte diese Kennzahl gegenüber dem Vorjahresstichtag deutlich verbessert werden. Der Liquiditätsbedarf der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH beträgt monatlich im Durchschnitt 7.500 T€ mit

Spitzen in den Monaten Januar und November (Weihnachtsgeld etc.). Damit muss die Liquidität weiterhin als vergleichsweise knapp eingeschätzt werden und gilt mit Blick auf die anstehenden Investitionen unverändert als Herausforderung.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Für das Wirtschaftsjahr 2017 wird bei geplanten Umsatzerlösen von 102,9 Mio. € mit einem Jahresüberschuss von 100,0 T€ gerechnet.

Die Planungen für 2017 bis 2020 sehen bei einem moderaten Anstieg der Umsatzerlöse jeweils einen Jahresüberschuss von 200,0 T€ bis 650,0 T€ vor.

Prognostizierte Budgetsteigerungen mit einhergehenden Kosteneinsparungen im Personal- und Sachbereich werden voraussichtlich zu einer stabilen Entwicklung führen.

Bei den Erlösen aus Krankenhausleistungen wurde in der Planung von 24.230 effektiven Bewertungsrelationen (einschließlich Überlieger) ausgegangen. Diese Annahme entspricht somit annähernd dem Entwurf für die Budgetverhandlung 2016.

Der Landesbasisfallwert für Brandenburg liegt nach Genehmigung des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz bei 3.347,67 € für das Jahr 2017. Dies entspricht einem Anstieg von 2,1%. Neben dem Landesbasisfallwert 2017 kann der sogenannte Versorgungszuschlag von 0,8 Prozent in diesem Jahr nicht mehr abgerechnet werden.

Unter Berücksichtigung der vor- und nachstationären Leistungen sowie dem Budget der Kassen für die Ausbildung werden die Erlöse aus allgemeiner Krankenhausleistung mit 86.624,6 T€ geplant.

Bei den weiteren Erlösen wurde von einer grundsätzlich gleichen Entwicklung wie in den Vorjahren ausgegangen. Die Erträge für Leistungen an Dritte, insbesondere den Apothekenlieferungen, wurden auf Vorjahresniveau geplant.

Die Aufwandsplanung berücksichtigt eine Steigerung der Personalkosten aufgrund der tariflichen Vereinbarungen für das ärztliche Personal für 2017. Bei den nichtärztlichen Mitarbeitern gab es durch das Auslaufen des Tarifvertrages eine Planungsunsicherheit. Hier wurde eine ganzjährige Steigerung der Vergütung um 2,0% angesetzt.

Bei dem Ansatz für die Energiekosten wurde der durchschnittliche Verbrauch aus den letzten Jahren für die bestehenden Häuser zugrunde gelegt. In der Planung wurde auch die gesetzliche Umlage berücksichtigt. In der Summe wird mit einem Energieaufwand von 2.715,2 T€ für das Jahr 2017 geplant.

Der Aufwand für den Wirtschaftsbedarf konnte seit Jahren durch Anpassungen beim Bezug stabil gehalten werden. Hier wurde keine Steigerung angesetzt.

Beim Zinsaufwand wurden die Belastungen durch die Finanzierungen der beiden Neubauten sowie der Großgeräte und Ausstattung Krankenhausneubau entsprechend der bestehenden Kreditvereinbarungen berücksichtigt.

Die nach wie vor zu geringe Investitionsförderung durch das Land stellt ein weiteres Problem für die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH dar. Die jährlichen Investitionen entsprechen bei Weitem nicht der regelmäßigen Höhe der Abschreibungen, sodass auch zukünftig im Bereich der Investitionen Eigenmittel eingesetzt werden müssen, die zunächst erwirtschaftet werden müssen. Inzwischen sind ca. 44% aller Geräte älter als 10 Jahre.

Mehrkosten z. B. durch Tarifsteigerungen und Zinsen müssen über Erlössteigerungen und/oder über Einsparungen aufgefangen werden.

Der Trend des Fachkräftemangels lässt sich auch für die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH für die Zukunft nicht ausschließen. Um diesem entgegenzuwirken hat die Medizinische Schule wieder mit der Ausbildung Kinderkrankenpflege begonnen und es wird ein Stipendienmodell für die Ausbildung MTA/L und MTA/R geprüft. Die Beteiligung an der Medizinischen Hochschule Brandenburg Campus GmbH sowie die aktive Mitgestaltung der privaten Hochschule durch einen Standort am Klinikum Brandenburg soll zur künftigen Ärztegewinnung beitragen.

Der Unternehmensverbund mit langfristigen Verträgen mit der KSC Klinik Service GmbH und der Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH bietet der Gesellschaft ebenfalls Steuerungsmöglichkeiten und somit Chancen. Hervorzuheben ist hierbei die anzustrebende Verzahnung mit dem umfassenden Angebot der Medizinischen Versorgungszentren der Tochtergesellschaft Gesundheitszentrum Brandenburg GmbH. Sowohl Vernetzung als auch Angebot sollen hier in 2017 weiter ausgebaut werden.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Bürgschaft als Gesellschafter der MHB in Höhe von 1,5 Mio. € für einen Liquiditätskredit.
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2014	2015	2016
Aktivseite			
A. Anlagevermögen	131.430	125.538	122.695
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.490	1.473	1.336
II. Sachanlagen	128.674	122.864	120.191
III. Finanzanlagen	1.265	1.200	1.168
B. Umlaufvermögen	19.580	20.265	34.725
I. Vorräte	3.325	3.433	3.958
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	15.336	14.741	16.466
III. Kassenbestand, Guthaben	919	2.090	14.301
C. Ausgleichsposten nach dem KHG	17.661	18.010	18.361
D. Rechnungsabgrenzungsposten	5.312	5.170	5.256
Passivseite			
A. Eigenkapital	40.034	41.354	43.251
I. Stammkapital (Festgesetztes Kapital)	26	26	26
II. Kapitalrücklage	30.045	30.045	30.045
III. Gewinn-/Verlustvortrag	9.687	9.963	11.283
IV. Jahresfehlbetrag/-überschuss	277	1.320	1.897
B. Sonderposten zur Finanzierung des AV	93.097	89.577	86.358
C. Rückstellungen	3.740	3.043	3.793
D. Verbindlichkeiten	37.111	34.991	47.629
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	18	5
Bilanzsumme	173.983	168.983	181.037

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2014	2015	2016
1. Umsatzerlöse	84.037	87.014	92.147
2. Sonstige betriebliche Erträge	10.870	12.533	12.514
3. Personalaufwand	-47.411	-48.812	-51.030
4. Materialaufwand	-32.924	-34.601	-43.002
5.-7. Erträge (Zuwendungen, Ausgleichs- und SoPo)	7.421	8.235	7.882
8.-10. Aufwendungen (KHG, Ausgleichs- und SoPo)	-2.136	-2.512	-2.444
11. Abschreibungen	-7.246	-7.278	-7.188
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-11.719	-12.426	-5.817
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	340	54	52
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-767	-663	-691
15. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	467	1.545	2.423
16. Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
17. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-190	-225	-525
18. Jahresergebnis	277	1.320	1.897

III.2.2.1 KSC Klinik Service Center GmbH

Geschäftsbereich

Dienstleistungen im Gesundheitswesen

Firmensitz

Hochstraße 29
14770 Brandenburg an der Havel

Tel.: 03381/ 41 27 00

Fax: 03381/ 41 27 09

Gründung

Mit Gesellschaftsvertrag vom 31. August 1999 wurde die KSC Klinik Service Center GmbH (KSC), Brandenburg an der Havel, auf der Grundlage eines SVV-Beschlusses vom 21.07.1999 gegründet. Die Handelsregistereintragung beim Amtsgericht Potsdam erfolgte am 8. Juni 2000 unter der Nummer HRB 13766 P.

Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 25.000 €

Die KSC Klinik Service Center GmbH mit Sitz in Brandenburg an der Havel ist ein in Mehrheitsbesitz stehendes Tochterunternehmen der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH. Die Gesellschaftsanteile verteilen sich wie folgt:

Beteiligungsverhältnisse	€	%
Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	12.750,00	51,0
Dussmann Beteiligungs- und Managementgesellschaft mbH	6.250,00	25,0
Gebäudereinigung Brandenburg GmbH	3.500,00	14,0
Caritas-Krankenhilfe Berlin e.V.	2.500,00	10,0
	<u>25.000,00</u>	<u>100,0</u>

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen.

Aktueller Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag datiert vom 8. Juli 2002. Die Gesellschaft wurde unter der Registriernummer HR-B 13766 in das Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam eingetragen.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Gabriele Wolter

Die Geschäftsführung erfolgt ehrenamtlich.

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung in der Gesellschafterversammlung wird durch die Geschäftsführung der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH wahrgenommen.

Im Geschäftsjahr 2016 haben zwei Gesellschafterversammlungen stattgefunden.

- *Aufsichtsrat*

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat. Nach § 9 des Gesellschaftsvertrages kann die Gesellschafterversammlung die Einführung eines Aufsichtsrats beschließen, ansonsten werden dessen Aufgaben durch die Gesellschafterversammlung wahrgenommen.

Gegenstand

Gegenstand der KSC ist die Bewirtschaftung von Krankenhäusern, Seniorenheimen und anderen sozialen Einrichtungen durch die Herstellung und Lieferung von Verpflegung, den Betrieb von gastronomischen Einrichtungen und die Erbringung von sonstigen Dienstleistungen. Hierzu zählen insbesondere der Bereich der Speisenversorgung, das Gebäudemanagement sowie die Installation, Wartung und Instandhaltung von Elektro- und Fernmeldeanlagen und Klima- und Heizungstechnik, der Reinigungsdienst, das Betreiben von Archivräumen, das Erbringen von Schreibleistungen sowie dazugehörige Dienstleistungen. Die Gesellschaft übernimmt alle Arten von Tätigkeiten, welche zur Versorgung der in den sozialen Einrichtungen untergebrachten Personen sowie ihrer Mitarbeiter mit Dienstleistungen und Waren geeignet sind. Die Gesellschaft kann außerdem alle im Bereich der Versorgung sozialer Einrichtungen mit Dienstleistungen und Waren anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte erwerben, belasten und veräußern. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden, Gewerbebauten, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Einrichtungen auf eigene oder fremde Rechnung erstellen, bewirtschaften, erwerben, veräußern oder bereitstellen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Unternehmensgegenstand unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten und ferner Interessengemeinschaften eingehen, soweit der Stadt eine angemessene Einflussnahme ermöglicht wird, der Unternehmensgegenstand durch den öffentlichen Zweck gerechtfertigt ist

und die Betätigung des Unternehmens nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit und zum Bedarf der Stadt steht.

Öffentlicher Zweck

Die KSC ist als Organgesellschaft der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH Dienstleister für den Organträger in den Bereichen Catering, Gebäudereinigung und Wirtschaftsdienste, Technik und Verwaltung. Die Wirtschaftsdienste umfassen den Hol- und Bringdienst, den Patiententransport und den Fuhrpark.

Die unter dem Abschnitt „Gegenstand“ aufgeführten Unternehmensziele dienen der öffentlichen Zweckbestimmung.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2014	2015	2016
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	19,2%	31,3%	32,1%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	13,4%	16,5%	19,8%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	70%	105%	62%
Zinsaufwandquote	0,09%	0,07%	0,15%
Liquidität 3. Grades	100,7%	102,6%	85,0%
Cashflow	110,1 T€	137,0 T€	-155,8 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	1,82%	0,29%	0,00%
Umsatz	13.294 T€	13.046 T€	13.397 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	32 T€	-3 T€	-255 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	69,9%	70,6%	69,8%
Anzahl der Mitarbeiter	394	370	394

Lagebericht der Gesellschaft

Die KSC Klinik Service Center GmbH (KSC GmbH) ist ein in Mehrheitsbesitz stehendes Tochterunternehmen der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH und ist für den Organträger in den Bereichen Catering, Gebäudereinigung, Wirtschaftsdienste, Zentralsterilisation, Technik und Verwaltung tätig.

Die KSC GmbH erbringt den größten Teil ihrer Leistungen gegenüber der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH.

Geschäftsverlauf 2016

Die Geschäftsentwicklung der KSC GmbH verlief im Geschäftsjahr 2016 insgesamt stabil. Zum 31.12.2016 wird ein Jahresergebnis von -254,6 T€ ausgewiesen. Damit liegt das Jahresergebnis weit unter dem geplanten Jahresüberschuss von 30 T€. Das schlechte Jahresergebnis wird maßgeblich von einer Steuerrückstellung von 250,3 T€ bestimmt. Grundlage dieser Rückstellung ist die in 2016 erfolgte steuerliche Betriebsprüfung für die Jahre 2010 – 2013. Hier liegen derzeit nur Prüfungsfeststellungen vor. Ein Abschlussgespräch mit dem Betriebsprüfer steht noch aus. Unter Herausrechnung dieses Aspektes wäre das periodisierte Betriebsergebnis auf Vorjahresniveau.

Die Umsatzerlöse stiegen gegenüber dem Vorjahr um 346,4 T€ auf 13.392,7 T€. Ursächlich hierfür war in erster Linie die Steigerung des Umsatzes für technische Leistungen auf Grund mehr realisierter Projekte für die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH um 281,9 T€ und eine Steigerung der Erlöse bei den Reinigungsleistungen um 30,1 T€. Hier konnten Vertragsanpassungen gegenüber dem Städtischen Klinikum durchgesetzt werden.

Der seit Ende 2012 in Anspruch genommene Kontokorrentrahmen bei der Commerzbank AG in Höhe von 500 T€ wurde Ende Oktober 2015 gekündigt. Die KSC hatte zum 31.12. 2017 keine Kreditverbindlichkeiten.

Investitionen

Aufgrund der spezifischen Geschäftstätigkeit der KSC GmbH ist der Investitionsbedarf vergleichsweise gering. Die in 2016 vorgenommenen Investitionen betragen 49,2 T€ und betreffen die Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Ertragslage

Für das Geschäftsjahr 2016 wird ein Jahresfehlbetrag nach Steuern von -254,6 T€ ausgewiesen.

Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft kann im Geschäftsjahr 2016 als stabil bezeichnet werden. Das Eigenkapital reduzierte sich um 254,6 T€ auf 63,9 T€. Die Liquidität und insbesondere die Barliquidität bleiben weiterhin sehr knapp bemessen. Der ausgewiesene Verlust ist bisher nicht liquiditätswirksam geworden.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Die Innenumsätze wurden auf Basis von einer stabilen Leistungsplanung des Städtischen Klinikums Brandenburg GmbH geplant. Die Pauschalen zur innerbetrieblichen Leistungsverrechnung wurden fortgeschrieben und wie folgt angepasst:

- Der Innenumsatz Technik berücksichtigt insbesondere die Anpassung an den Instandhaltungsplan 2017 im Auftrage des Klinikums Brandenburg für die Instandhaltung, den bestehenden Wartungsverträgen, die Instandsetzung und für geplante Sanierungsmaßnahmen. Dieser Plan enthält insbesondere sicherheitsrelevante Maßnahmen im Bereich Brandschutz und Stromversorgung.
- In der Reinigung wurden der Tarifvertrag der Gebäudereinigung und die Anpassung des Mindestlohnes für 2017 berücksichtigt.

Insgesamt werden die Umsatzerlöse mit 13.593,7 T€ geplant. Im Wirtschaftsplan 2017 wurden die Umsatzerlöse für die Jahre 2018 bis 2021 mit 13.593,7 T€ fortgeschrieben.

Für die Wirtschaftsjahre 2018 bis 2021 wird ein jeweiliger Jahresüberschuss von 25,0 T€ prognostiziert. Für das laufende Geschäftsjahr 2017 wird entsprechend dem Wirtschaftsplan ein Jahresüberschuss von 30,0 T€ erwartet.

Die wesentlichen Chancen und Risiken resultieren aus dem Organschaftsverhältnis mit der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH, für die der weit überwiegende Teil der Lieferungen und Leistungen erbracht wird. Dieser Anteil liegt im Wirtschaftsplan 2017 und für die Folgejahre konstant bei rund 85%.

Eine weitere Chance besteht für die KSC GmbH auch darin, das Leistungsangebot für Dritte auszuweiten. Allerdings ist es aufgrund der Vielzahl an Anbieter in diesen Branchen und deren Kosten- und Preisstrukturen außerordentlich schwierig, neue Marktanteile zu erschließen.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2014	2015	2016
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	459	604	551
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	7	4	8
II. Sachanlagen	453	599	543
B. Umlaufvermögen	1.922	1.312	1.141
I. Vorräte	43	43	43
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.803	1.216	996
III. Kassenbestand, Guthaben	76	53	102
C. Rechnungsabgrenzungsposten	12	14	24
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	322	318	64
I. Stammkapital (Festgesetztes Kapital)	25	25	25
II. Gewinn-/Verlustvortrag	265	297	293
III. Jahresfehlbetrag/-überschuss	32	-3	-255
B. Zuwendungen der öffentlichen Hand	163	332	309
C. Rückstellungen	26	71	340
D. Verbindlichkeiten	1.879	1.206	1.002
E. Rechnungsabgrenzungsposten	4	3	1
Bilanzsumme	2.393	1.930	1.716

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2014	2015	2016
1. Umsatzerlöse	13.294	13.046	13.397
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	0	39	0
3. Sonstige betriebliche Erträge	79	60	111
4. Personalaufwand	-9.248	-9.215	-9.355
5. Materialaufwand	-3.481	-3.306	-3.548
6. Abschreibungen	-78	-96	-99
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-508	-519	-495
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-12	-8	-21
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	48	1	-10
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-13	-1	-242
12. Sonstige Steuern	-3	-3	-3
13. Jahresergebnis	32	-3	-255

III.2.2.2 Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH

Geschäftsbereich

Medizinisches Versorgungszentrum

Firmensitz

Hochstr. 29
14770 Brandenburg an der Havel

Gründung

Mit Gesellschaftsvertrag vom 10. Dezember 2001 hat die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH die Klinikbereich (KB) - Praxis für Innere Medizin GmbH, Brandenburg an der Havel, gegründet.

Die Handelsregistereintragung beim Amtsgericht Potsdam erfolgte am 30. April 2002 unter der Nummer HRB 15884 P.

Mit Gesellschafterbeschluss vom 8. Februar 2005 erfolgte die Umfirmierung der KB - Praxis für Innere Medizin GmbH in die Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH (MVZ). Die Eintragung der Umfirmierung in das Handelsregister wurde am 25. Februar 2005 vorgenommen.

Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	25.000 €
Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	100%

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keiner anderen Gesellschaft beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 18. Dezember 2007.

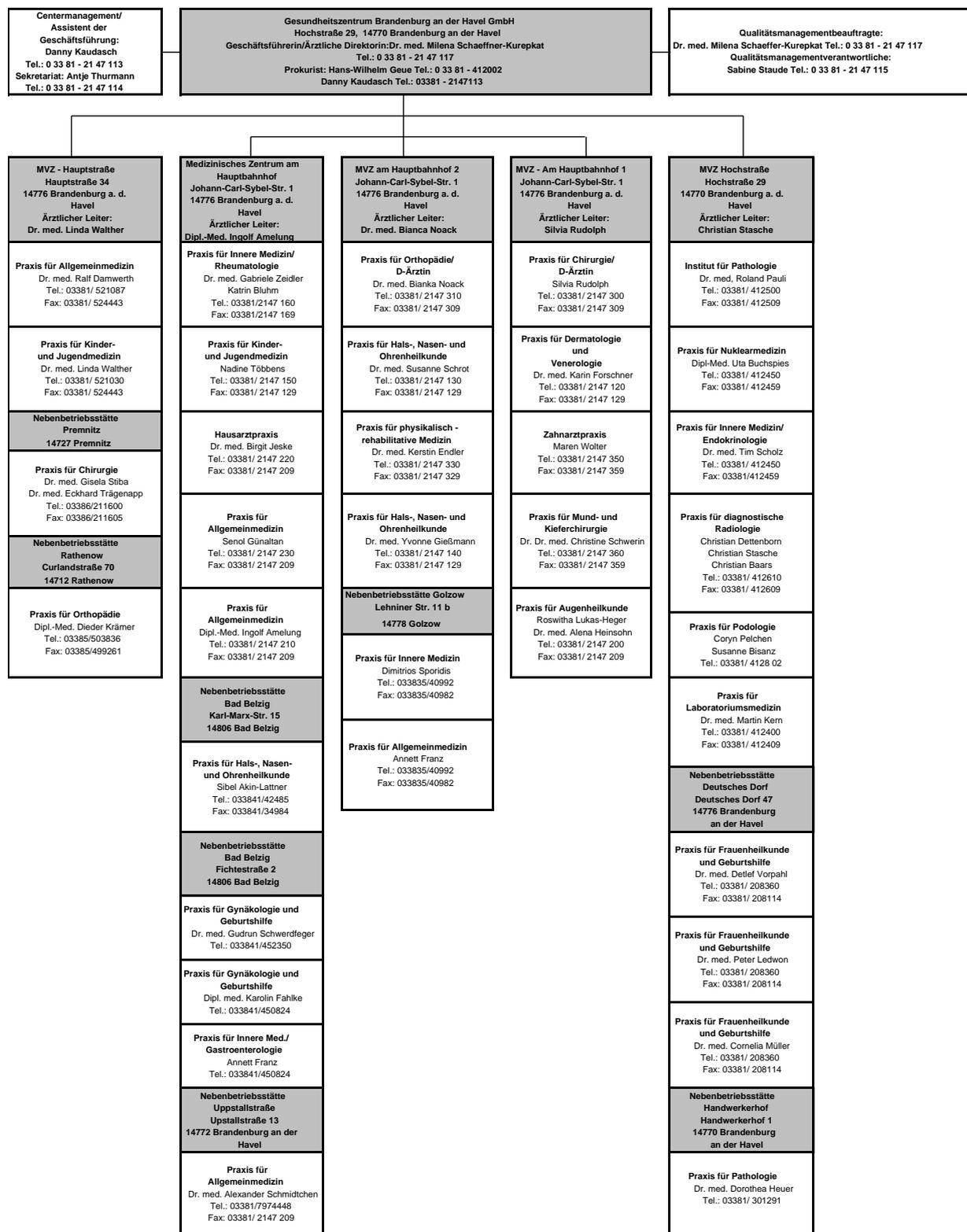
Durch den Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 18. Dezember 2007 und Eintragung in das Handelsregister vom 28. Dezember 2007 ist der Gesellschaftsvertrag, insbesondere § 2 Abs.1 (Gegenstand des Unternehmens) und § 3 (Gemeinnützigkeit und Mildtätigkeit), neu gefasst worden.

Organe der Gesellschaft

• **Geschäftsführung**

Hans-Wilhelm Geue (bis 31.10.2016)

Dr. Milena Schaeffer-Kurepkat (ab 01.11.2016)



- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung erfolgt durch die Geschäftsführung der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH.

Im Berichtsjahr haben drei Gesellschafterversammlungen stattgefunden.

Gegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb medizinischer Versorgungszentren im Sinne des § 95 Sozialgesetzbuch (SGB V), insbesondere im Rahmen der vertragsärztlichen und privatärztlichen Versorgung und der sonstigen ärztlichen Tätigkeiten sowie weiterhin die Fortführung der bestehenden ambulanten Praxis gemäß § 311 Abs. 2 SGB V.

Die Gesellschaft darf ferner alle sonstigen Geschäfte betreiben, die der Erreichung und Förderung ihres Hauptzwecks dienlich sind.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Unternehmensgegenstand unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann.

Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten und ferner Interessengemeinschaften eingehen, soweit der Stadt eine angemessene Einflussnahme ermöglicht wird, der Unternehmensgegenstand durch den öffentlichen Zweck gerechtfertigt ist und die Betätigung des Unternehmens nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit und zum Bedarf der Stadt steht.

Öffentlicher Zweck

Zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde gehört nach § 2 Abs. 2 BbgKVerf u. a. die gesundheitliche Betreuung und damit auch die ambulante Versorgung ihrer Einwohner. Damit erfüllt die Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2014	2015	2016
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	42,6%	49,5%	49,3%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	11,1%	9,0%	5,9%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	80%	42%	30%
Zinsaufwandquote	0,53%	0,47%	0,44%
Liquidität 3. Grades	87,0%	76,6%	69,7%
Cashflow	341,8 T€	215,1 T€	255,9 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	7,41%	1,37%	0,00%
Umsatz	9.545 T€	10.375 T€	12.795 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	205 T€	10 T€	-55 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	57,4%	58,9%	58,6%
Anzahl der Mitarbeiter	130	156	171

Lagebericht der Gesellschaft

Die Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH ist ein Tochterunternehmen der alleinigen Gesellschafterin Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH und in den Bereichen der ambulanten ärztlichen Versorgung tätig.

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft in 2016 beinhaltete im Wesentlichen den Betrieb Medizinischer Versorgungszentren im Sinne des § 95 Sozialgesetzbuch V sowie die Fortführung der bestehenden ambulanten Einrichtung gemäß § 311 Abs. 2 SGB V.

Es besteht ein Auftrag der Gesellschafterin zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung in der Stadt Brandenburg an der Havel.

Das Jahr 2016 stand im Zeichen von Erweiterungen der fünf medizinischen Versorgungszentren als Zweigpraxen außerhalb des Stadtgebietes von Brandenburg an der Havel. Zweigpraxen wurden in Bad Belzig, in Rathenow und in Brandenburg an der Havel etabliert. Hier wurden insgesamt drei Praxen von niedergelassenen Kollegen sowie eine KV RegioMed Praxis übernommen und als Zweigstellen in die bestehenden MVZ integriert. Damit ist die Zahl der Praxen zum 31.12.2016 auf 31 angewachsen. Die Kaufpreise wurden über Bankkredite finanziert.

Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2016 war geprägt von der Betriebsaufnahme der neuen Praxen in den Nebenbetriebsstätten. Hier musste der Praxisbetrieb reorganisiert werden und es waren erhebliche Investitionen in die Praxisausstattung erforderlich. Die Nebenbetriebsstätte im Deutschen Dorf 47 und im Handwerkerhof 1 in Brandenburg an der Havel wurden an das „MVZ Hochstraße“ angehängt, die Nebenbetriebsstätte in Bad Belzig, welche zum „MZ am Hauptbahnhof“ gehört, wurde um die ehemaligen Praxen der KV RegioMed ergänzt und die Nebenbetriebsstätte in Rathenow wurde dem „MVZ Hauptstraße“ zugeordnet.

Die Praxen verzeichneten einen kontinuierlichen Patientenzulauf, die Fallzahlen stiegen weiter an. In 2016 wurden in der Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH (ohne Labor und Pathologie) 105.109 Patienten (was einer durchschnittlichen Fallzahl pro Quartal von 26.277 entspricht) von MVZ-Ärzten behandelt. Dies ist eine Steigerung um 11.727 Patienten gegenüber dem Vorjahr. Für das Geschäftsjahr 2016 wird ein Jahresfehlbetrag von 55,7 T€ (2015: 10,1 T€ Jahresüberschuss) ausgewiesen. Damit wurde das im Wirtschaftsplan avisierte Ergebnis von 80 T€ deutlich nicht erreicht. Das Ergebnis wird durch im Wirtschaftsplan nicht berücksichtigte Abschreibungen in Höhe von 112,5 T€ belastet. Die in 2016 erfolgte steuerliche Betriebsprüfung hat zu einer außerplanmäßigen Steuerrückstellung von 42,6 T€ geführt. Nicht geplante Kosten für Qualitätsmanagement-Maßnahmen belasten ebenfalls das Ergebnis.

Entwicklung der Fallzahlen 2011 - 2016

	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Fallzahlen	50.854	70.753	88.876	87.344	93.713	105.109

Entwicklung der Umsatzerlöse

Die Etablierung der neuen Praxen hat zur Umsatzsteigerung erheblich beigetragen. Der Gesamtumsatz entwickelte sich unterteilt nach Betriebsstätten wie folgt:

	2016 T€	2015 T€	Veränderung %
MVZ - am Hauptbahnhof 2	1.310,1	1.242,5	+ 5,44
MZ am Hauptbahnhof	1.490,2	1.066,4	+ 39,74
MVZ - am Hauptbahnhof 1	1.067,2	919,2	+ 16,10
MVZ Hochstraße	7.650,2	6.516,6	+ 17,39
MVZ Hauptstraße	937,4	546,3	+ 71,59
Allgemein	34,2	84,2	- 59,39
Gesamt	12.489,3	10.375,2	+ 20,37

Insgesamt stieg somit der Umsatz gegenüber dem Vorjahr um 2.114,1 T€ bzw. 20,4%. Der Anteil der Umsätze mit der Städtisches Klinikum GmbH beträgt 9,4% (2015: 10,6%). Die Umsätze mit der Kassenärztlichen Vereinigung, das sind rund 60,6% des Gesamtumsatzes, wurden gesteigert und lagen im Berichtsjahr um 1.291,7 T€ über dem Vorjahresniveau. Hier haben im Laufe des Jahres 2016 die Nebenbetriebsstätten in Rathenow, Bad Belzig und Brandenburg an der Havel den Betrieb aufgenommen und somit zu der Erhöhung der Umsätze beigetragen. Weitere Umsatzsteigerungen konnten über steigende Leistungen des Labors und in der Pathologie generiert werden. Auch im MVZ - am Hauptbahnhof 1 konnten in diesem Jahr die Umsätze durch Erteilung einer D-Arzt Zulassung wieder gesteigert werden.

Der gestiegene Personalaufwand ergibt sich aus den unterjährigen Personalveränderungen, insbesondere durch die Übernahme der Praxen in den Nebenbetriebsstätten.

Der Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren lag mit 2.169,9 T€ noch einmal deutlich über dem Vorjahreswert von 1.873,8 T€. Ursächlich hierfür sind in erster Linie steigende Laborleistungen sowohl im Labor, als auch der steigende Laborbedarf in der Pathologie. Die Abschreibungen in 2016 liegen mit 311,6 T€ um 112,5 T€ über den Planansätzen im Wirtschaftsplan 2016. Hauptursache hierfür ist die in 2015 (im WP 2016 nicht enthaltene) erstmalige anteilige Abschreibung der Praxiswerte von den zulassungsbeschränkten Praxen, die bisher ohne Abschreibung als Vermögensposten in der Bilanz geführt worden sind. Hinzu kommt die AfA für in 2016 neu übernommene Praxen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen um 186,4 T€ über den geplanten Werten in Höhe von 1.633,5 T€. Der Posten sonstige betriebliche Aufwendungen enthält im Wesentlichen die Mietstrukturen inklusive Betriebskosten für die Räumlichkeiten im Gesundheitszentrum am Hauptbahnhof, die Mieten für die neuen Nebenbetriebsstätten sowie die Mietkosten für Laborausstattung und diverse medizinische Geräte.

Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft kann im Geschäftsjahr 2016 als nicht befriedigend bezeichnet werden. Durch den Jahresverlust im Berichtsjahr wurde Eigenkapital aufgezehrt. Die Eigenkapitalquote ist bei steigender Bilanzsumme von 9,0% auf 5,9% gesunken.

Die Liquidität ist, bedingt durch die getätigten umfangreichen Investitionen, sehr angespannt. Sie ist stark abhängig von den Zahlungsterminen der Kassenärztlichen Vereinigung. Die Honorarbescheide und rund 25% des Honorars werden erst fünf Monate nach Quartalsende erstellt und ausbezahlt. Die laufenden Kosten sind vorzufinanzieren. Hier bestehen Vereinbarungen mit dem Gesellschafter und der Hausbank. Die Liquidität ist über Kontokorrentverträge zwischen der Gesundheitszentrum Brandenburg GmbH, der Brandenburger Bank, der Deutschen Kreditbank AG (DKB) und der Gesellschafterin mit einer Gesamthöhe von 670 T€ abgesichert.

Mit der Investitionssumme 2016 von 983,0 T€ wurden im Wesentlichen die Kaufpreise für die Praxisübernahmen sowie Investitionen in die Betriebs- und Geschäftsausstattung finanziert.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Für 2017 waren keine weiteren Praxisübernahmen geplant.

Zum 01. Januar 2017 wurde die Klinik-Labor Brandenburg an der Havel GmbH mit der Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel zu einer Gesellschaft verschmolzen. Hierdurch werden der Laborumsatz von 1.900 T€ mit dem Städtischen Klinikum Brandenburg sowie 19 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf die Gesellschaft übergehen.

Die bisherigen Praxisübernahmen dienen dem Ziel der Sicherstellung der stationären Einweisungen aus den Regionen Havelland und Potsdam-Mittelmark. Alle geplanten Praxisübernahmen sind als Zweigpraxis eines MVZ des Gesundheitszentrums eingerichtet und stehen unter dem Vorbehalt der Zulassung durch den Zulassungsausschuss der KV Brandenburg.

Die GZB GmbH erbringt weiterhin den größten Teil ihrer Leistungen für gesetzlich krankenversicherte ambulante Patienten.

Für 2017 wird insgesamt mit weiter steigenden Umsätzen gerechnet. Insgesamt wird mit Umsatzerlösen von 14.048,5 T€ geplant, wobei allein der Laborbetrieb im MVZ Hochstraße weiterhin den größten Einzelumsatz generieren soll.

Die Aufwandsplanung der Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH wird mit 61,4% sehr stark vom Ansatz für Personalkosten beeinflusst. Die Personalkosten werden inklusive der neuen Praxen mit 8.657,7 T€ angesetzt. Ansonsten wurden bei der Aufwandsplanung die gleichen Prämissen wie bei der Erlösplanung berücksichtigt. Bei der Planung der Sachkosten wurde mit gleichem Kostenniveau wie 2016 geplant.

Für das Geschäftsjahr 2017 wurde durch die Gesellschaft ein Jahresüberschuss von 100,0 T€ geplant.

Für die Zukunft wird eine kontinuierliche Entwicklung der Gesellschaft angestrebt und erwartet. Die drei MVZ-Standorte sollen 2017 weiter vorangebracht werden. Es stehen als größere Investitionen der Ausbau sowie die Ausstattung der Nebenbetriebsstätten an.

Durch Vorhaltung vieler medizinischer Fachbereiche auch in den Nebenbetriebsstätten kann eine umfängliche Versorgung der Patienten angeboten werden. Hier sind noch weitere Einsparpotentiale durch klar strukturierte Praxisabläufe umzusetzen.

Die Gesundheitszentrum GmbH bleibt auch weiterhin stark abhängig von ihrer Gesellschafterin sowie den Banken, die die Praxiskäufe langfristig finanziert haben. Die Rückführung der Verschuldung sowie die Stärkung der Liquidität kann nur bei nachhaltig positiven Betriebsergebnissen gelingen.

Die Gesellschaft hat für 2017 Investitionen in Höhe von 350,0 T€ für den Erwerb von Anlagegütern der Betriebs- und Geschäftsausstattung geplant.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2014	2015	2016
Aktivseite			
A. Anlagevermögen	1.464	2.141	2.813
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.222	1.741	2.222
II. Sachanlagen	242	401	590
III. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen	1.967	2.180	2.867
I. Vorräte	177	151	225
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.790	2.024	2.642
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Guthaben	0	4	0
C. Rechnungsabgrenzungsposten	6	6	22
Passivseite			
A. Eigenkapital	381	391	336
I. Stammkapital	25	25	25
II. Gewinn-/Verlustvortrag	151	356	366
III. Jahresfehlbetrag/-überschuss	205	10	-56
B. Sonderposten mit Rücklagenanteil	4	3	3
C. Rückstellungen	59	36	177
D. Verbindlichkeiten	2.994	3.897	5.017
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	170
Bilanzsumme	3.438	4.328	5.702

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)				
GuV		2014	2015	2016
1. Umsatzerlöse		9.545	10.375	12.795
2. Sonstige betriebliche Erträge		326	357	66
3. Personalaufwand		-5.479	-6.114	-7.502
4. Materialaufwand		-2.663	-2.862	-3.196
5. Abschreibungen		-137	-229	-312
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-1.334	-1.462	-1.820
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		0	0	0
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-50	-49	-57
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		208	17	-26
10. Außerordentliche Erträge		0	0	0
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag		-3	-7	-29
12. Sonstige Steuern		0	0	0
12. Jahresergebnis		205	10	-55

III.2.2.3 Klinik-Labor Brandenburg an der Havel GmbH

Geschäftsbereich

Labordiagnostischer Betrieb

Firmensitz

Hochstr. 15
14770 Brandenburg an der Havel

Gründung

Mit Gesellschaftsvertrag vom 14. November 2012 hat die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH die Klinik-Labor GmbH, Brandenburg an der Havel, gegründet.

Die Handelsregistereintragung beim Amtsgericht Potsdam erfolgte am 13. Juni 2013 unter der Nummer HRB 25916 P.

Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	25.000 €
Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	100%

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keiner anderen Gesellschaft beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 14. November 2012.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Gabriele Wolter

Dr. Thomas Wurche

Die Geschäftsführung erfolgt ehrenamtlich. Die Geschäftsführer werden von der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH gestellt.

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung erfolgt durch die Geschäftsführung der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH.

Im Berichtsjahr haben zwei Gesellschafterversammlungen stattgefunden.

Gegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages der Betrieb eines medizinischen Labors und sonstiger Nebeneinrichtungen.

Öffentlicher Zweck

Zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde gehört nach § 2 Abs. 2 BbgKVerf u.a. die gesundheitliche Betreuung und damit auch die ambulante Versorgung ihrer Einwohner.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2014	2015	2016
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	0,0%	0,0%	0,0%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	47,7%	56,8%	34,5%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)			
Anlagendeckung II	entfällt	entfällt	entfällt
Zinsaufwandquote	0,00%	0,00%	0,00%
Liquidität 3. Grades	190,9%	231,5%	155,5%
Cashflow	50,4 T€	42 T€	-14 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	20,15%	0,00%	0,00%
Umsatz	1.612 T€	1.942 T€	2.096 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	50 T€	44 T€	-14 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	39,1%	38,2%	25,9%
Anzahl der Mitarbeiter	18	20	20

Lagebericht der Gesellschaft

Rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Klinik-Labor Brandenburg an der Havel GmbH (KLB GmbH) ist ein Tochterunternehmen der alleinigen Gesellschafterin Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH. Die Gesellschaft Klinik-Labor Brandenburg an der Havel GmbH ist ausschließlich für die labordiagnostische Versorgung des Städtischen Klinikums Brandenburg GmbH zuständig. In der Umsetzung wird die Laborausstattung des Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH genutzt und hierfür ein Nutzungsentgelt bezahlt.

Geschäftsverlauf 2016

Das Labor wird seit dem Geschäftsjahr 2013 in Zusammenarbeit der KLB GmbH und dem Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH betrieben. Das Labor umfasst hierbei Leistungen in den Bereichen Präanalytik, Klinische Chemie, Immunologie, Hämatologie, Urindiagnostik sowie den Bereich der Point-of-Care-Diagnostik. Ergänzend erfolgen auch die mikrobiologischen Leistungen für das Klinikum Brandenburg.

Seit Mitte 2015 hat das Labor eine Großhandelserlaubnis für Blutprodukte. Die Lieferungen erfolgen neben dem Klinikum Brandenburg an die Asklepios Fachklinik Brandenburg und an die Havellandkliniken.

Die Ärztliche Leistung erfolgt ebenfalls über eine Anstellung im Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH. Diese Form ist notwendig, damit diese Ärzte auch eine kassenärztliche Zulassung erhalten können.

Ertragslage

Die Geschäftsentwicklung der KLB GmbH verlief im Geschäftsjahr 2016 planmäßig und konnte hinsichtlich des um periodenfremde Sachverhalte bereinigten Betriebsergebnisses an das vergangene Jahr nahezu anknüpfen.

Erstmalig ist es in 2016 gelungen, eine genaue Kostenzuordnung für die von der Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH zu erbringenden Leistungen zu machen. Dadurch hat sich der Kostenanteil der KLB signifikant erhöht, so dass in 2016 bei der KLB ein Verlust in Höhe von 14 T€ entstanden ist.

Die Umsätze konnten im Vergleich zum Vorjahr um 142 T€ (7,3%) gesteigert werden.

Materialaufwand

Der Materialaufwand belief sich auf 1.197,9 T€ und umfasst im Wesentlichen Aufwendungen (969,2 T€) für Ressourcenverbräuche, die vom Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH gemäß Vereinbarung über die gemeinsame Nutzung der Labors berechnet wurden sowie Aufwendungen in Höhe von 210,6 T€ für die Beschaffung von Blutprodukten.

Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft entwickelte sich im Ergebnis der letzten drei Jahre insgesamt analog der Ertragslage. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Gesellschaft nur mit einem Startkapital von 25 T€ ausgestattet wurde. Das Eigenkapital konnte in den Jahren 2013 bis 2016 auf 149 T€ verbessert werden. Liquidität war jederzeit gegeben.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Die Gesellschaft wurde zum 01. Januar 2017 mit der Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH auf der Grundlage des Verschmelzungsvertrages zusammengeführt.

Grundlage hierfür war der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Brandenburg an der Havel vom 26. Oktober 2016.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2014	2015	2016
Aktivseite			
A. Anlagevermögen	0	0	0
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	0	0	0
III. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen	250	287	432
I. Vorräte	0	26	29
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	242	232	371
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Guthaben	8	30	32
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Passivseite			
A. Eigenkapital	119	163	149
I. Stammkapital	25	25	25
II. Gewinn-/Verlustvortrag	44	94	138
III. Jahresfehlbetrag/-überschuss	50	44	-14
IV. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
B. Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0	0
C. Rückstellungen	19	6	5
D. Verbindlichkeiten	112	118	278
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	250	287	432

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2014	2015	2016
1. Umsatzerlöse	1.612	1.942	2.096
2. Sonstige betriebliche Erträge	18	11	0
3. Personalaufwand	-631	-742	-659
4. Materialaufwand	-616	-853	-1.198
5. Abschreibungen	0	0	0
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-312	-296	-253
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	72	63	-14
10. Außerordentliche Erträge	0	0	0
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-21	-19	0
12. Sonstige Steuern	0	0	0
13. Jahresergebnis	50	44	-14

III.2.2.4 Klinikum Westbrandenburg GmbH

Geschäftsbereich

Krankenhaus (Kinder- und Jugendklinik)

Firmensitz

Charlottenstraße 72
14467 Potsdam

Gründung

Die Gesellschaft wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 14. Dezember 2012 gegründet.

Gesellschafter sind die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH und das Klinikum Ernst von Bergmann gemeinnützige GmbH Potsdam mit den jeweiligen Geschäftsanteilen von 50%.

Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam unter der Nummer HRB 25968 P eingetragen.

Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	25.000 €	
Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH		50%
Klinikum Ernst von Bergmann gemeinnützige GmbH, Potsdam		50%

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keiner anderen Gesellschaft beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 14. Dezember 2012.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Gabriele Wolter

Steffen Grebner

Die Geschäftsführer werden von der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH und der Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH (KEvB) gestellt.

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung erfolgt durch die Geschäftsführung der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH.

Im Berichtsjahr haben zwei Gesellschafterversammlungen stattgefunden.

Gegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages der Betrieb der Klinikum Westbrandenburg GmbH und sonstiger Nebeneinrichtungen. In der Klinikum Westbrandenburg GmbH sind die Kinder- und Jugendkliniken der Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH und der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH vereinigt. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke.

Öffentlicher Zweck

Zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde gehört nach § 2 Abs. 2 BbgKVerf u. a. die gesundheitliche Betreuung ihrer Einwohner.

Der satzungsmäßige Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege durch Feststellung, Heilung, Linderung oder Verhütung einer Verschlimmerung von Krankheiten, Leiden oder Körperschäden durch ärztliche und pflegerische Hilfeleistungen, die Geburtshilfe sowie die Sicherung einer stabilen Gesundheitsversorgung im pädiatrischen Bereich der Gemeinden Landeshauptstadt Potsdam, Brandenburg an der Havel und im gemeinsamen Versorgungsgebiet Havelland-Fläming.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2014	2015	2016
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	2,2%	5,7%	10,7%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	0,6%	4,5%	5,8%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)			
Anlagendeckung II	28%	164%	54%
Zinsaufwandquote	0,00%	0,01%	0,00%
Liquidität 3. Grades	0,0%	104,0%	104,6%
Cashflow	20,0 T€	320,3 T€	173,8 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	0,27%	4,05%	0,95%
Umsatz	14.900 T€	15.744 T€	18.060 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	14 T€	281 T€	61 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	60,8%	64,3%	61,7%
Anzahl der Mitarbeiter	195	193	203

Lagebericht der Gesellschaft

Das Klinikum Westbrandenburg gehört zu den großen Kinder- und Jugendkliniken in Deutschland. Als Perinatalzentrum Level I ist das Klinikum besonders spezialisiert auf die Betreuung und Behandlung von Frühgeborenen und kranken Neugeborenen. Die Gesellschaft betreibt Fachabteilungen in der Kinder- und Jugendmedizin mit 57 Betten am Standort Potsdam und mit 33 Betten am Standort Brandenburg an der Havel. Die Betriebsaufnahme erfolgte zum 1. Januar 2014 erfolgt.

Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2016 wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von 61 T€ erzielt. Dieser Jahresüberschuss resultiert aus der weiteren Profilschärfung in der Neonatologie am Standort Potsdam sowie einem deutlichen Plus an Überliegerfällen von 2015 nach 2016 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Gerade letztgenannter Aspekt ist in dieser Auswirkung ein einmalig positiver Effekt. Das Ergebnis übersteigt die Erwartungen der Geschäftsleitung. Die Wirtschaftsplanung lag bei 27 T€.

Die im Geschäftsjahr 2016 erzielte Gesamtleistung in Höhe von 18.083 T€ (2015: 15.884 T€) resultiert zu 82,5% aus den stationären Krankenhausleistungen (inkl. Wahlleistungen). Die ambulanten Leistungen des Krankenhauses stellen 11,8% der Gesamtleistung dar.

Gemäß Leistungsstatistiken wurden 2016 21.589 vollstationäre Berechnungs- und Belegungstage bzw. 4.834 vollstationäre Fälle und 1.308 teilstationäre Berechnungs- und Belegungstage geleistet. Die stationäre Verweildauer betrug durchschnittlich 4,6 Tage. Die Summe der DRG-Bewertungsrelation für Jahreslieger betrug zum Jahresende 4.470,474 Punkte.

Der Personalaufwand belief sich im Jahr 2016 auf insgesamt 11.157 T€ (2015: 9.892 T€), davon entfallen 9.296 T€ (2015: 8.203 T€) auf Löhne und Gehälter und 1.861 T€ (2015: 1.689 T€) auf soziale Abgaben, davon 268 T€ (2015: 248 T€) auf Aufwendungen für Altersversorgung (ZVK). Die Personalaufwandsquote gibt den Anteil des Personalaufwands an der Gesamtleistung an und erreichte 2016 in der KWB das Niveau von 61,7%.

In dem Materialaufwand von insgesamt 5.012 T€ (2015: 4.116 T€) sind Aufwendungen für den medizinischen Bedarf in Höhe von 3.081 T€ (2015: 2.390 T€) enthalten. Die Materialaufwandsquote erreicht im Geschäftsjahr 2016 27,7%.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von insgesamt 1.829 T€ (2015: 1.583 T€) resultieren im Wesentlichen aus der Zuführung zur pauschalierten Einzelwertberichtigung (280 T€; 2015: 224 T€), dem Verwaltungsaufwand (206 T€; 2015: 229 T€) sowie Aufwendungen für Mieten und Pachten (474 T€; 2015: 465 T€). Die Instandhaltungsaufwendungen sind im Geschäftsjahr 2016 in Höhe von 172 T€ (2015: 141 T€) angefallen.

Im Geschäftsjahr 2016 weist die KWB die Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen in Höhe von 441 T€ (2015: 516 T€) aus.

Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögensstruktur wird durch das Umlaufvermögen, zu 66,7% durch Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, dominiert.

Das Anlagevermögen stieg zum 31. Dezember 2016 im Vergleich zum Vorjahr um 292 T€ auf 688 T€.

Die Investitionen des Geschäftsjahres 2016 von insgesamt 404 T€, davon 337 T€ in Einrichtungen und Ausstattungen für den medizinischen Bereich, wurden in Höhe von 39 T€ aus Förder- und Drittmitteln finanziert.

In den Forderungen an Gesellschafter (197 T€) sind vorrangig Leistungsabrechnungen der KWB für die medizinische Versorgung der Patienten des Klinikums Ernst von Bergmann enthalten.

Die Eigenkapitalquote beträgt zum Stichtag 6,4% (2015: 4,7%). Der Jahresüberschuss aus dem Vorjahr wurde auf neue Rechnung vorgetragen.

Die sonstigen Rückstellungen 832 T€ (2015: 898 T€) betreffen überwiegend die Personalarückstellungen 434 T€ (2015: 457 T€) für noch nicht genommenen Urlaub, variable Bezüge und Schichtzulagen und Dienstplansalden sowie die MDK-Rückstellung 324 T€ (2015: 236 T€) und sonstige Rückstellungen für ausstehende Rechnungen.

Die Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht betreffen im Wesentlichen in Höhe von 1.654 T€ (2015: 566 T€) Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausentgeltgesetz aus den zum Stichtag berechneten Erlösausgleichen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern 1.306 T€ (2015: 3.143 T€) und verbundenen Unternehmen 301 T€ (2015: 316 T€) resultieren aus dem Lieferungs- und Leistungsverkehr und bestimmen zu 27,4% die Kapitalstruktur.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Der Wirtschaftsplan 2017 wurde auf der Grundlage der aktuellen Gesetzgebung im Gesundheitswesen erstellt. Dabei geht die Planung der Umsatzerlöse von einem Wachstum entsprechend der erwarteten Entwicklung im Gesundheitssektor aus. Für die Planung wurde eine Leistungssteigerung angesetzt. Die geplanten Umsatzerlöse für das Jahr 2017 betragen 18.249 T€.

Den im Planungszeitraum angesetzten absoluten und relativen Erhöhungen des Personalaufwands wird mit striktem Kostencontrolling der Material- und sonstigen betrieblichen Aufwendungen begegnet sowie mit einer Fallzahlsteigerung, welche einen positiven Erlöseffekt zur Folge hat.

Der Materialaufwand wurde in der Planung entsprechend den Analysen der beiden Standorte angesetzt. Für die Inanspruchnahme der Mutterunternehmen für Lieferungen und Leistungen sind entsprechende Verrechnungspreise gebildet worden, die gemäß den vertraglichen Vereinbarungen abgerechnet werden. Des Weiteren werden durch das Sachkostencontrolling die Entwicklung der Kosten überwacht und rechtzeitig Gegenmaßnahmen eingeleitet.

Der Jahresüberschuss wird für das Jahr 2017 mit 154 T€ geplant. In den Folgejahren wird der Jahresüberschuss ebenfalls mit positiven Ergebnissen geplant.

Im Bereich der Neonatologie erfolgen Strukturfestlegungen durch den gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) gem. §136b Abs. 1 im Hinblick von quantitativen und qualitativen Personalbesetzungen im pflegerischen und ärztlichen Bereich sowie Mindestmengenregelungen für die Versorgung von Früh- und Neugeborenen mit einem Geburtsgewicht von <1250g. Die KWB begegnet dem mit konsequenter Personalentwicklung im Pflegedienst und der Hinzunahme von zusätzlichen Ausbildungskapazitäten an beiden Standorten.

Die geforderte Mindestmenge von 14 Patienten mit einem Geburtsgewicht von <1250 g wurde in 2015 erstmals vom Standort Brandenburg unterschritten. Auf Grund einer positiven Prognose wurde eine Ausnahmeregelung beim Land Brandenburg für den Teilbereich Brandenburg beantragt damit trotz tatsächlicher oder möglicher Unterschreitung dieser Kriterien diese Leistungen weiter abrechnungsfähig sind. Die Genehmigung wurde für 2016 und 2017 erteilt.

Mittelfristige Ziele für die KWB sind die Etablierung neuer Leistungsbereiche der Kinder- und Jugendmedizin an den Standorten Potsdam und Brandenburg an der Havel. Die KWB arbeitet in enger Kooperation mit der KEvB und der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH auf dem Gebiet der Kinderchirurgie zusammen, um eine kindgerechte Versorgung der kinderchirurgischen Fälle sicherzustellen.

Um die personelle und fachliche Einhaltung der Vorgaben des gemeinsamen Bundesausschusses für Neonatologiestandorte sicherzustellen und dem allgemeinen Fachkräftebedarf zu entsprechen, wurde von der Geschäftsführung der KWB einvernehmlich beschlossen, sowohl am Standort Potsdam wie auch am Standort Brandenburg jeweils eine Ausbildungsklasse mit 20 Gesundheits- und Kinderkrankenpflege-Schülern zu etablieren. Demgegenüber steht eine Refinanzierung durch den Ausbildungs-Zuschlag im Rahmen der DRG-Vergütung durch die Kostenträger

Seit dem 1. Januar 2016 wurde eine standortübergreifende kardiologisch-pädiatrische Versorgung aufgebaut, die in 2017 durch eine gastroenterologische Kooperation ergänzt wird. Im Jahr 2017 werden die Tageskliniken an beiden Standorten ausgebaut.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2014	2015	2016
Aktivseite			
A. Anlagevermögen	116	396	688
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	5	11	9
II. Sachanlagen	110	385	679
III. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen	5.104	6.563	5.757
I. Vorräte	174	538	505
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.666	4.748	4.171
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Guthaben	264	1.277	1.080
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2	0	0
Passivseite			
A. Eigenkapital	32	313	374
I. Stammkapital	25	25	25
II. Gewinn-/Verlustvortrag	-6	7	288
III. Jahresfehlbetrag/-überschuss	14	281	61
IV. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
B. Sonderposten mit Rücklagenanteil	94	336	565
C. Rückstellungen	431	898	832
D. Verbindlichkeiten	4.664	5.413	4.672
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	5.222	6.959	6.445

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2014	2015	2016
1. Umsatzerlöse	14.900	15.744	18.060
2. Sonstige betriebliche Erträge	2	139	23
3. Personalaufwand	-8.960	-9.892	-11.157
4. Materialaufwand	-4.231	-4.116	-5.012
5.-6. Erträge (Zuwendungen, Ausgleichs- und SoPo)	367	544	530
7.-8. Aufwendungen (KHG, Ausgleichs- und SoPo)	-363	-516	-441
9. Abschreibungen	-6	-39	-113
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.696	-1.583	-1.829
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	1
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	-1	0
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	14	281	61
14. Außerordentliche Erträge	0	0	0
15. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0
16. Sonstige Steuern	0	0	-1
17. Jahresergebnis	14	281	61

III.2.2.5 Medizinische Hochschule Brandenburg CAMPUS GmbH

Geschäftsbereich

Medizinische Hochschule

Firmensitz

Fehrbelliner Straße 38

16816 Neuruppin

Tel.: 03391 - 39 14110

Fax: 03391 - 39 14109

E-Mail: dekanat@mhb-fontane.de

Internet: www.mhb-fontane.de

Gründung

Die Gesellschaft wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 15. Dezember 2014 gegründet.

Gesellschafter sind die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH, Ruppiner Kliniken GmbH, Immanuel Diakonie GmbH, Stadtwerke Neuruppin GmbH und die Sparkasse Ostprignitz-Ruppin.

Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam unter der Nummer HRB 7829 NP eingetragen.

Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	100.000 €
Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	33,33%
Ruppiner Kliniken GmbH	33,33%
Immanuel Diakonie GmbH	11,12%
Stadtwerke Neuruppin GmbH	11,11%
Sparkasse Ostprignitz-Ruppin	11,11%

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keiner anderen Gesellschaft beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 15. Dezember 2014.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Prof. Dr. Edmund Neugebauer (seit 01.09.2016)

Martin Pangritz (seit 01.04.2016)

Prof. Dr. Dieter Nürnberg (bis 31.08.2016)

Dr. Gunnar Pietzner (bis 31.12.2016)

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung der Gesellschafterin Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH in der Gesellschafterversammlung erfolgt durch die Geschäftsführerin der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH.

- *Aufsichtsrat*

Aufsichtsratsmitglieder 2016	
Aufsichtsratsvorsitz	Herr Ralf Reinhardt (Landrat des Landkreises Ostprignitz-Ruppin)
Stellvertreter	Herr Prof. Dr. Joachim Schindler (Immanuel Diakonie GmbH)
weitere Mitglieder	Frau Dr. Dietlind Tiermann (Oberbürgermeisterin der Stadt Brandenburg an der Havel)
	Frau Dr. Margrit Spielmann (Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH)
	Herr Olaf String (Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH)
	Herr Jens-Peter Golde (Bürgermeister der Fontanestadt Neuruppin)
	Herr Ronny Kretschmer (Ruppiner Kliniken GmbH)
	Herr Manfred Richter (Stadtwerke Neuruppin GmbH)
	Herr Ralf Osterberg (Sparkasse Ostprignitz-Ruppin)

Gegenstand

Ziel des Unternehmens ist die Gewinnung von Medizinern zur Sicherung der öffentlichen Gesundheitsversorgung. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke.

Öffentlicher Zweck

Zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde gehört nach § 2 Abs. 2 BbgKVerf u. a. die gesundheitliche Betreuung ihrer Einwohner.

Die satzungsmäßigen Zwecke der Gesellschaft sind a) die Förderung von Wissenschaft und Forschung, b) die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der Gesundheitspflege, c) die Förderung der Erziehung, Volks- und Berufsbildung einschließlich der Studentenhilfe. Daneben kann die Gesellschaft auch die ideelle und finanzielle Förderung anderer steuerbegünstigter Körperschaften, von Körperschaften des öffentlichen Rechts oder auch von ausländischen Körperschaften zur Förderung von Wissenschaft und Forschung vornehmen.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2014	2015	2016
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	0,0%	7,1%	4,0%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	0,0%	1,8%	0,0%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	1.381,0 T€
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	0%	291%	0%
Zinsaufwandquote	0,00%	0,19%	0,00%
Liquidität 3. Grades	0,0%	206,1%	133,3%
Cashflow	0 T€	-868,4 T€	-1.359,8 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	0,00%	-67,17%	0,00%
Umsatz	20 T€	1.412 T€	3.026 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-184 T€	-889 T€	-1.405 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	0,0%	90,9%	92,6%
Anzahl der Mitarbeiter	5	42	62

Lagebericht der Gesellschaft

Der Aufbau und der Studienbetrieb verliefen im Medizinstudiengang im Geschäftsjahr 2016 planmäßig. Im April wurden weitere 48 Studierende immatrikuliert. Für den Medizinstudiengang konnten im Geschäftsjahr 2016 insgesamt 31 (2015: 29) Darlehensplätze durch kooperierende Krankenhäuser an Studierende vergeben werden.

Der die MHB-Studierenden der Medizin mit Studierenden anderer Universitäten vergleichende Progress Test Medizin ergab ein durchweg positives Abschneiden der MHB-Studierenden.

Für den Bachelorstudiengang der Psychologie wurden im Oktober 2016 36 Studierende immatrikuliert und erstmals Immatrikulationen für den Masterstudiengang vorgenommen. Dort haben sich sieben Studierende eingeschrieben. Die Stiftung der Sparkasse Ostprignitz-Ruppin hat zur Unterstützung der Studierenden des Studienganges Stipendien ausgereicht.

In 2016 wurden 11 (2015: 19) Berufungsverfahren eröffnet und neun Professoren berufen (vollständig abgeschlossene Berufungsverfahren). Darüber hinaus wurden im Laufe des Jahres 20 Mitarbeiter eingestellt, davon 15 wissenschaftliche Mitarbeiter.

Insgesamt stellt sich die Wettbewerbssituation in der Psychologie deutlich anders dar als in der Medizin. Während für den Medizinstudiengang für das Sommersemester 2016 über 650 Bewerbungen eingegangen sind, waren in der Psychologie für den Bachelorstudiengang nur rund 90 Bewerbungen und für den Masterstudiengang nur zehn Bewerbungen für das Wintersemester 2016 zu verzeichnen. In der Psychologie wirkt sich der Wettbewerb mit anderen privaten und staatlichen Hochschulen in Berlin und Brandenburg auf die Bewerberzahlen aus. In der Medizin ist die MHB in Berlin und Brandenburg konkurrenzlos.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Während sich die Umsetzungen des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BilRUG) nur marginal auf die Vergleichbarkeit mit dem Vorjahresabschluss auswirken, bewirkte der weitere Auf- und Ausbau der Studienbetriebsstrukturen erheblichen Veränderungen.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2016 weist die Gesellschaft eine Bilanzsumme von 4.123 T€ (2015: 1.320 T€) aus. Erwartungsgemäß stellen die Forderungen aus Zuwendungen und Zuschüssen mit 2.004 T€ (2015: 234 T€) den größten Vermögenswert dar. Die Gesellschaft ist plangemäß bilanziell überschuldet. Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag beträgt bei einem Jahresfehlbetrag von 1.405 T€ (2015: -889 T€) 1.381 T€ (2015: 0 T€), bezogen auf die Bilanzsumme 33,5%. Eine Überschuldung im insolvenzrechtlichen Sinne liegt nicht vor, da eine positive Fortführungsprognose besteht und die Liquidität gesichert ist.

Die MHB erwirtschaftet während der Aufbau- und Konsolidierungsphase geplant Verluste. Höhere Einnahmen sowie gegenüber dem Plan geringere Sachaufwendungen und Abschreibungen und ersparte Zinsen führen dazu, dass das Geschäftsjahr 2016 mit einem um rd. 391 T€ geringen Jahresfehlbetrag als geplant abgeschlossen werden konnte.

Die Erhöhung des Studierendenbestandes und die Aufnahme des Forschungsbetriebes spiegeln sich in der Entwicklung der Umsatzerlöse wieder. Die Umsatzerlöse, die um 1.614 T€ anstiegen, enthalten im Wesentlichen Studiengebühren in Höhe von 2.215 T€ (2015: 991 T€), erhaltene Zuwendungen und Zuschüsse in Höhe von 647 T€ (2015: 219 T€) sowie vereinnahmte Bewerbungs- und Semesterticketgebühren 109 T€ (2015: 143 T€).

Zur Absicherung der Lehrverpflichtung hat die MHB auch im Geschäftsjahr 2016 in einem erheblichen Umfang auf externe Dozenten zurückgreifen müssen, deren Honorarkosten in den

Aufwendungen für bezogene Leistungen ausgewiesen sind. Daneben wirken sich des Weiteren Kosten im Zusammenhang mit den durchgeführten Forschungsprojekten und vergebenen Stipendien im Materialaufwand aus. Im Rahmen des laufenden Personalaufbaus für den Hochschulbetrieb hat sich die Mitarbeiterzahl der Gesellschaft stichtagsbezogen von 42 auf 72 Mitarbeiter (42,9 VK, 2015: 34,6 VK) erhöht. Die Erhöhung des Personalaufwandes von 1.284 T€ auf 2.803 T€ trägt dieser Entwicklung Rechnung.

Die Gesellschaft arbeitet weiter an der Etablierung der Hochschule. Gegenüber dem Vorjahr wurde das Budget für die Kosten für Werbemaßnahmen und die Öffentlichkeitsarbeit noch einmal aufgestockt (153 T€; 2015: 133 T€). Der Raumbedarf des Geschäftsjahres schlägt sich in den Mietaufwendungen nieder, die von 153 T€ auf 183 T€ gestiegen sind. Die höheren Verwaltungsaufwendungen sowie Beratungskosten und Repräsentationsaufwendungen sind weitere Verursacher des Anstieges der sonstigen betrieblichen Aufwendungen.

Aufgrund der sowohl im Vorjahr als auch im Berichtsjahr geringeren erwirtschafteten Verluste als ursprünglich geplant, waren die zur Verfügung stehenden Mittel der Gesellschaft ausreichend, um den Finanzbedarf zu decken, so dass kein Zinsaufwand angefallen ist.

Die Liquidität der Gesellschaft war in 2016 insgesamt gesichert und die zur Verfügung stehenden Mittel reichten jederzeit aus, um die kurzfristigen Verbindlichkeiten zu erfüllen. Die Gesellschaft verfügte zum Stichtag über Finanzmittel in Höhe von 412 T€ (2015: 949 T€), die zinstragend angelegt worden sind. Zur Sicherung des zukünftigen Liquiditätsbedarfes besteht eine Kreditlinie über 4,5 Mio. EUR, für die die Gesellschafter der MHB bürgen.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Der Fokus der Gesellschaft besteht derzeit im Aufbau und Ausbau der Hochschule. Als privat finanzierte Einrichtung steht und fällt die Entwicklung der Hochschule mit der Bewerberlage und der Anzahl der Studierenden. Aufgrund der ausgezeichneten Bewerberlage in 2015 und 2016 für die Humanmedizin ist davon auszugehen, dass auch zukünftig eine hohe Anzahl an Interessenten für dieses Studium an der Hochschule vorhanden ist und mittelfristig eine Ausweitung des Modellstudienganges nicht ausgeschlossen ist. Des Weiteren verringern auch die bereits abgeschlossenen Kooperationsvereinbarungen und Darlehenszusagen das Ausfallrisiko von Studiengebühren.

Das Risiko ist im Studiengang Psychologie höher einzuschätzen, da hier die Bewerberlage bei ausgeprägter Konkurrenz in der Region Berlin/Brandenburg eine deutlich andere ist. Die intensiven Marketingmaßnahmen haben allerdings erste Erfolge gezeigt, so dass in 2016 schon deutlich mehr Bewerbungen eingegangen sind als noch im Vorjahr. Die Durchführung des Studienganges mit den ursprünglich avisierten Studierendenzahlen wird dennoch erst längerfristig möglich sein.

Der Ausbau von Kooperationen sowohl mit den Gesellschaftern als auch externen lokalen und regionalen Partnern bietet der Hochschule die Chancen, sich weiter zu vernetzen und zu verankern. Die Ausbildung von medizinischen und psychologischen Fachkräften an der Hochschu-

le trägt insbesondere zur persönlichen Bindung an den jeweiligen Standorten bei und unterstützt somit die Gesellschafter und Kooperationspartner bei der Fachkräftebindung.

Die Einnahmesituation wird auch in den kommenden Jahren nicht ausreichen, um die Kosten zu decken. Während dieser, einige Jahre andauernden Aufbauphase, wird die Gesellschaft geplant Verluste erwirtschaften. Für 2017 geht die Geschäftsführung von einem negativen Ergebnis in Höhe von rd. 1,5 Mio. EUR aus.

Gemäß der aktuellen Wirtschaftsplanung wird die Gesellschaft bis zum Jahr 2019 Verluste erwirtschaften. Ab 2020 plant die Gesellschaft Jahresüberschüsse und einen nachhaltig positiven Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit.

Die Liquidität der Gesellschaft ist durch die bis zum 31. Dezember 2021 von der Sparkasse Ostprignitz-Ruppin gewährte Kreditlinie von 4,5 Mio. EUR und Einlagen der Gesellschafter sichergestellt.

Der Brandenburgische Landtag hat mit Beschlüssen vom 16. November 2016 und zuvor vom 12. Juni 2015 das Konzept der Landesregierung zur Gestaltung des sog. Gesundheitscampus Brandenburg angenommen. Ziele des Gesundheitscampus sind die Erforschung der Medizin des Alterns und von in Brandenburg häufig auftretenden Erkrankungen, die Stärkung der Wissenschafts- und Forschungslandschaft, die Fachkräftesicherung und die Stärkung der medizinischen und pflegerischen Versorgung. Der Gesundheitscampus soll unter gleichberechtigter Beteiligung der TU Cottbus-Senftenberg, der Uni Potsdam und der MHB verwirklicht werden. Die Finanzierung des Gesundheitscampus soll dauerhaft durch das Land erfolgen.

Außer der MHB hat keine brandenburgische Hochschule ein medizinisches Curriculum, sondern nur verwandte Studiengänge (z. B. Gesundheitsmanagement, Biotechnologie etc.). Für die MHB risikobehaftet ist die weitere Ausgestaltung der Zusammenarbeit der o.g. drei Hochschulen. Gleichzeitig birgt der Gesundheitscampus aber eine Chance zur wesentlichen Unterstützung der an der MHB betriebenen Forschung und deren Aufbau. Für die Akkreditierung der MHB durch den Wissenschaftsrat im Jahr 2020/2021 wird insbesondere die Forschung eine herausragende Rolle spielen.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2014	2015	2016
Aktivseite			
A. Anlagevermögen	4	94	164
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	22	22
II. Sachanlagen	4	73	142
III. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen	1.055	1.204	2.566
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	396	255	2.154
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Guthaben	659	949	412
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	22	11
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	1.381
Passivseite			
A. Eigenkapital	913	24	0
I. Stammkapital	100	100	100
II. Kapitalrücklage	1.000	1.000	1.000
III. Gewinn- /Verlustvortrag	-3	-187	-1.076
IV. Jahresfehlbetrag/-überschuss	-184	-889	-1.405
V. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	1.381
B. Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0	0
C. Rückstellungen	47	126	752
D. Verbindlichkeiten	51	834	2.690
E. Rechnungsabgrenzungsposten	48	336	681
Bilanzsumme	1.059	1.320	4.123

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2014	2015	2016
1. Umsatzerlöse	20	1.412	3.026
2. Sonstige betriebliche Erträge	132	10	32
3. Personalaufwand	-105	-1.284	-2.803
4. Materialaufwand	-10	-204	-662
5. Abschreibungen	-4	-21	-45
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-216	-801	-944
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	2	1
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-3	-3	-1
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-184	-889	-1.397
10. Außerordentliche Erträge	0	0	0
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	-8
12. Sonstige Steuern	0	0	-1
12. Jahresergebnis	-184	-889	-1.405

III.2.3 Brandenburger Theater GmbH

Geschäftsbereich

Theater

Firmensitz

Grabenstraße 14

14776 Brandenburg an der Havel

Tel.: 03381/ 51 11 0

Fax: 03381/ 51 11 60

E-Mail: sekretariat@brandenburgertheater.de

Internet: www.brandenburgertheater.de

Gründung

Die Gesellschaft mit gemeinnützigem Charakter wurde am 19.12.1995 gegründet und mit Wirkung zum 01.01.1996 unter dem Namen Brandenburger Theater GmbH (BT) ins Handelsregister eingetragen.

Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 25.600 €

Stadt Brandenburg an der Havel 100 %

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag datiert vom 16.06.1999.

Die Gesellschaft wurde unter der Registriernummer HRB 9850 in das Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam eingetragen.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Jörg Heyne (bis 30.09.2016)

Klaus Deschner (ab 13.07.2016)

- *Gesellschafterversammlung*

Im Geschäftsjahr 2016 fanden acht Gesellschafterversammlungen statt.

Die Vertretung der Stadt Brandenburg an der Havel in der Gesellschafterversammlung nahm im Jahr 2016 Oberbürgermeisterin Frau Dr. Dietlind Tiemann wahr.

- *Aufsichtsrat*

Der Aufsichtsrat besteht gemäß § 9 Gesellschaftsvertrag aus sieben Mitgliedern und tagte im Jahr 2016 sechsmal.

Aufsichtsratsmitglieder 2016

Aufsichtsratsvorsitz	Herr Dr. Wolfgang Erlebach
Stellvertreterin	Frau Birgit Patz
weitere Mitglieder	Frau Dr. Birgit Didczuneit-Sandhop
	Herr Florian Schmidt
	Herr Udo Geiseler
	Herr Klaus Hoffmann (bis 24.11.2016)
	Frau Marlis Eichhorn (ab 24.11.2016)
	Herr Tim Freudenberg

Gegenstand

Das Brandenburger Theater soll als selbständiger Betrieb Konzerte, Schauspiel- und Musiktheater aufführen und ähnliche kulturelle Veranstaltungen anbieten, um damit das kulturelle Leben am Sitz der Gesellschaft sowie in der Region zu erweitern.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des § 51 ff. der Abgabenordnung. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigene wirtschaftliche Zwecke.

Für die Stadt Brandenburg an der Havel handelt es sich um eine freiwillige Aufgabe im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung. Die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg spricht in § 2 Abs. 2 von der Aufgabe der „Entwicklung des kulturellen Lebens“ in der Gemeinde.

Öffentlicher Zweck

Da die Gemeinde gemäß § 2 Abs. 2 BbgKVerf ihren Einwohnern die Teilnahme am kulturellen Leben ermöglichen soll, erfüllt die Brandenburger Theater GmbH einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf.

Statistische Angaben

Spielstätten des Brandenburger Theaters	
Großes Haus	419 Plätze
Studiobühne	288 Plätze
Probenbühne	60 Plätze
Puppenbühne	72 Plätze
Foyer Großes Haus	bis zu 68 Plätze
Foyer Kleines Haus	bis zu 51 Plätze

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Besucher im eigenen Haus (ohne Vermietungen)	56.613	59.237	53.123	53.449	51.201	56.863	55.600
Besucher im eigenen Haus (inkl. Vermietungen)	79.808	78.367	71.168	64.515	60.075	66.188	62.699
Besucher Gastspiele	15.569	18.715	16.615	19.821	18.251	30.163	26.859
Besucher Gesamt	95.377	97.082	87.783	84.336	78.326	96.351	89.558

Unternehmensspezifische Kennzahlen	2014	2015	2016
Auslastungsgrad Vorstellungen Gesamt	81,0%	82,0%	83,7%
Zuschuss je Besucher (incl. ext. Gastspiele, ohne Besucher Vermietung)	89 €	82 €	86 €
Kostendeckungsgrad II (Vollkosten)	11,4%	12,2%	12,8%
Personalkostenanteil	69,8%	67,9%	67,9%
Materialkostenanteil	17,6%	18,6%	17,8%

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2014	2015	2016
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	33%	28%	22%
Eigenkapitalquote	52%	45%	43%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	79%	114%	148%
Zinsaufwandquote	1,2%	0,0%	0,0%
Liquidität 3. Grades	290%	252%	320%
Cashflow	102 T€	316 T€	276 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	-8%	7%	5%
Umsatz	825 T€	874 T€	977 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-129 T€	105 T€	90 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	616%	558%	536%
Anzahl der Mitarbeiter	98	99	100

Lagebericht der Gesellschaft

Die Programmangebote konnten 2016 in Struktur, Qualität und Quantität gehalten werden. Es sind 437 Veranstaltungen vor Ort und 35 eigene auswärtige Gastspiele in den Sparten Musiktheater, Schauspiel, Kinder- und Jugendtheater, Literarische Lesungen, Puppenspiel, Kabarett, Ausstellungen sowie künstlerische Workshops und sonstige Veranstaltungen durchgeführt worden. Davon sind 185 Veranstaltungen auf eigene Inszenierungen und 18 Veranstaltungen auf Vermietungen zurückzuführen. 234 Veranstaltungen wurden eingekauft.

Erfreulich sind auch die, trotz der Unsicherheiten in der Programmausführung, relativ hohen Besucherzahlen. Im Geschäftsjahr 2016 konnten insgesamt

- 62.699 Besucher im Theater (inkl. Vermietungen) und
- 26.859 Besucher bei auswärtigen BT-Gastspielen verzeichnet werden.
- **89.558 Besucher insgesamt (2015: 96.351, 2014: 78.326)**

Der Auslastungsgrad beträgt insgesamt 83,7% (2015: 82,0%, 2014: 81%). Der Kostendeckungsgrad liegt bei 12,8% und der Zuschuss je Besucher bei 78,51 € (ohne Besucher aus Vermietungen bei 85,84 €).

Die Kunsthalle Brennabor wurde, aufgrund der finanziellen Unterdeckung, mit Wirkung zum 01.01.2016 an die Stadt Brandenburg an der Havel zurückgeführt.

Die Zusammenarbeit zwischen dem Brandenburger Theater (BT), dem Theater der Altmark Stendal (TdA) und der Kammeroper Schloss Rheinsberg konnte in 2016 weiter durchgeführt werden.

Die stetig wachsende Qualität und Popularität des BT-Jugendtheaters erreichte in 2016 mit der Inszenierung „Die Werther Story“ einen weiteren Höhepunkt.

Die vor rund zehn Jahren etablierten Lesereihen sind fortgeführt und erweitert worden, die Publikumsnachfrage ist in 2016 weitergewachsen.

Die theater- und musikpädagogischen Arbeiten in Schulen und für/ mit Schüler(n) und Lehrer(n) im BT wurden wesentlich verstärkt. Veranstaltungseinführungen, Vorträge und Workshops fanden eine große Resonanz und steigende Nachfrage. Einmal mehr darf die Konzeption und Durchführung der „Brandenburger Schultheatertage“ hervorgehoben werden, die bereits seit einigen Jahren größte Leistungsschau von schulischen Theatergruppen im Land ist.

Die seit Jahren erfolgreich geleistete Bespielung städtischer Veranstaltungsorte (u.a. St. Paulikloster, Regattastrecke und Dom) wurde mit unterschiedlichsten Programmen (u.a. Sinfonie- und Kammerkonzerte, Lesungen) weitergeführt.

Ertragslage

Mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 89,7 T€ wurde das gemäß dem Wirtschaftsplan für 2016 geplante ausgeglichene Jahresergebnis von 0 T€ übertroffen.

Die Umsatzerlöse lagen in 2016 leicht über dem Wirtschaftsplan. Das ist insbesondere auf eine Erhöhung der Einnahmen im Ticketverkauf zurückzuführen. Allerdings muss festgestellt werden, dass die Einnahmen aus externen Gastspielen geringfügig unter dem Plan lagen.

Die Personalaufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr um 2,4% auf 5.486 T€ gestiegen. Enthalten im Personalaufwand sind jedoch Rückstellungen für Abfindungen und Prozesskosten. Der in 2017 auslaufende Haustarifvertrag für die künstlerisch Beschäftigten konnte erfolgreich verlängert werden, so dass ein Anstieg der Personalkosten, wie im Wirtschaftsplan 2016 mit 360 T€ prognostiziert, in 2017 vermieden werden kann.

Finanzlage

Die Liquiditätssituation ist insgesamt sehr stark abhängig von der fristgerechten Zahlung der Zuschussraten. Die Zuschüsse erreichten das Haus im Geschäftsjahr planmäßig, sodass die Liquidität zu jeder Zeit gesichert war.

Für im Geschäftsjahr notwendige Investitionen wurde seitens der Stadt Brandenburg an der Havel ein Investitionskostenzuschuss in Höhe von 146 T€ gewährt, der in voller Höhe in Anspruch genommen wurde.

Wie im Vorjahr bestehen keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist stabil. Das Eigenkapital weist jetzt eine Quote (bereinigt um den pRAP und unter Einbezug des hälftigen Sonderpostens) von 42,8% aus. Der Anteil des langfristigen Vermögens am Gesamtvermögen verringerte sich jedoch von 27,8% auf 21,6%. Insgesamt weist der Finanzmittelbestand gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung um 195,6 T€ auf 1.269 T€ aus.

Investitionen wurden im Geschäftsjahr 2016 in Höhe von 151,4 T€ getätigt. Mittel- bis langfristig ergibt sich ein erhöhter Investitionsbedarf überwiegend für Ersatzbeschaffungen.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Durch die zahlreichen, durch das Brandenburger Theater angebotenen Kindervorstellungen und Kinderprojekte sowie die neu eingeführten Education-Projekte werden weitere Zielgruppen angesprochen und somit Neukunden gewonnen. Hier zahlt sich die jahrelange kontinuierliche Zusammenarbeit mit Kindergärten und Schulen in der Region aus. Im Weiteren wird intensiver auf die Werbewirksamkeit geachtet, um die Neukundengewinnung und Kundenbindung zu forcieren.

Neben den Vorstellungen und Konzerten könnten weitere Geschäftsfelder effektiver ausgebaut werden. Dazu gehört u.a. die aktive Vermarktung von Werbeflächen, z.B. im Programmheft, Programmflyer sowie auf der Webseite.

Durch erfolgreiche Verhandlungen zur Fortführung des Haustarifvertrages auf der Lohnbasis 2013 konnten Mehraufwendungen im Personalbereich durch die Aufholung der Tariferhöhungen der letzten Jahre vermieden werden. Weitere Mehraufwendungen im

Personal- und Verwaltungsbereich sollen durch höhere Zuschüsse (Stadt und Land je 100 T€) aufgefangen werden, so dass der Programm-Etat zunächst stabil gehalten werden kann.

Die langfristigen Risiken resultieren aus inhaltlich-/ und organisatorisch-strukturellen Problemen, Gesetzänderungen sowie negativen Änderungen in der Wirtschaftsstruktur. Diese Risiken sind nicht berechenbar, können beim Eintritt jedoch einen hohen Schaden verursachen.

Die Lage des Brandenburger Theaters stellt sich enorm unterschiedlich dar. Positiv zu vermelden ist, dass sich die Geldgeber auch im vergangenen Berichtsjahr zum Theater bekannt haben, die regelmäßigen Zahlungen ohne Verzögerungen eintrafen. Außerdem gibt es zurzeit keine erkennbaren Bestrebungen, dass Theater in seiner jetzigen Vielfalt einzuengen oder gar ganz zu schließen. Das trifft insbesondere auch auf die Aktivitäten der Brandenburger Symphoniker zu. Es ist zu verzeichnen, dass man mit der Konsolidierung der derzeitigen Lage und der Festschreibung des derzeitigen Angebots begonnen hat. Die Lage der Brandenburger Symphoniker hat sich außerdem durch die Verlängerung des Haustarifvertrages um weitere zehn Jahre erheblich verbessert.

Problematisch wirkt sich auf das Brandenburger Theater die derzeitige Finanzstruktur aus. Es ist nicht damit zu rechnen, dass es im Bereich der Förderungen durch Stadt und Land zu nennenswerten Erhöhungen kommt. Aus diesem Grund muss über eine Anhebung der Eintrittspreise diskutiert werden. Allerdings zeigen sich die Effekte von Preiserhöhungen erst in ein bzw. eineinhalb Jahren. Kurzfristig ist nicht mit einer Steigerung der Einnahmen im Bereich der Ticketverkäufe zu rechnen.

Das Brandenburger Theater hat in 2016 eine Profildiskussion hinter sich gelassen und behauptet sich in den nächsten Jahren - mit dem Orchester als Flaggschiff, flankiert von dem eigenproduzierenden BT Jugendtheater und der BürgerBühne sowie wenigen eigenproduzierten Musiktheaterproduktionen - mit einem aussagekräftigen Profil.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Zuschuss Stadt i.H.v. 3.385.400 € Investitionszuschuss i.H.v. 145.773,89 €

Städtische Zuschüsse / Landeszuschüsse

	2011 €	2012 €	2013 €	2014 €	2015 €	2016 €
Zuschuss Stadt Brandenburg an der Havel	3.595.400	3.325.400	3.275.400	3.385.400	3.385.400	3.385.400
Zuschuss Land Brandenburg	1.700.000	1.700.000	1.700.000	1.656.750	1.770.000	1.770.000
Zuschuss BbgFAG (Brandenburgisches Finanzausgleichsgesetz)	1.400.000	1.730.000	1.730.000	1.730.000	1.730.000	1.730.000
Sonderzuschuss Stadt Brandenburg an der Havel (Brennabor-Galerie)	50.000	50.000	0	0	0	0
Sonstige projektabhängige Zuschüsse	86.000	1.625	146.000	146.000	146.000	145.774
Gesamt	6.831.400	6.807.025	6.851.400	6.918.150	7.031.400	7.031.174

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2014	2015	2016
Aktivseite			
A. Anlagevermögen	514	451	407
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	97	50	8
II. Sachanlagen	417	402	400
B. Umlaufvermögen	1.004	1.163	1.470
I. Vorräte	4	9	5
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	217	80	195
III. Kassenbestand, Guthaben	783	1.074	1.269
C. Rechnungsabgrenzungsposten	10	9	11
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensrechnung	8	0	0
Passivseite			
A. Eigenkapital	408	513	602
I. Gezeichnetes Kapital	26	26	26
II. Kapitalrücklage	1	1	1
III. Gewinnvortrag	510	381	486
IV. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-129	105	90
B. SoPo Investitionszuschüsse	398	396	387
C. Rückstellungen	282	215	411
D. Verbindlichkeiten	347	461	460
E. Rechnungsabgrenzungsposten	101	39	27
Bilanzsumme	1.536	1.623	1.888

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2014	2015	2016
1. Umsatzerlöse	825	874	977
2. Erträge aus Zuschüssen	6.890	7.033	7.078
3. Sonstige betriebliche Erträge	72	87	46
4. Inszenierungsaufwand	-1.391	-1.466	-1.434
5. Personalaufwand	-5.531	-5.359	-5.486
6. Abschreibungen	-203	-213	-195
7. Sonstige betriebl. Aufwendungen	-782	-846	-895
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	1	2
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-11	-4	-1
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-127	107	91
11. Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
11. Sonstige Steuern	-2	-2	-2
12. Jahresergebnis	-129	105	90

III. 2.4 Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH

Geschäftsbereich

Verwaltungs- und Beteiligungsholding

Firmensitz

Hauptstr. 32
14776 Brandenburg
Tel.: 03381/ 62 97 0
Fax: 03381/ 62 97 23

E-mail: gf@twb-brb.de

Gründung

Die TWB (Technische Werke Brandenburg GmbH) wurde am 06.07.1991 von der Stadt Brandenburg an der Havel gegründet.

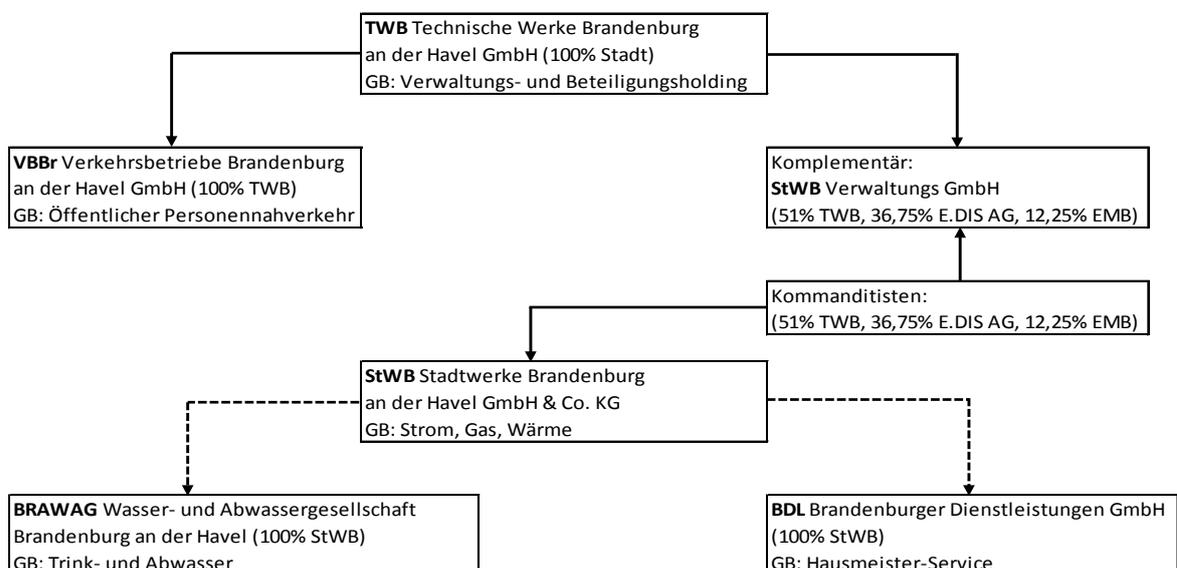
Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 102.400 €

Stadt Brandenburg an der Havel 100 %

Unterbeteiligungen

Die TWB ist Holding Gesellschafterin mit unterschiedlichen Geschäftsanteilen von zwei juristisch selbstständigen Tochterunternehmen. Mittelbar ist die TWB an zwei weiteren Gesellschaften über die StWB beteiligt.



Verbundene Unternehmen (Stand 31.12.2016)				
Name und Sitz	Stammkapital/Festkapital der jeweiligen Gesellschaft in T€	Anteil am Stammkapital/ Kommanditeinlage in T€	Kapitalanteil in %	Gegenstand
a.) Unmittelbare Beteiligungen				
Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH & Co. KG (StWB)	8.200,0	4.182,0	51,0	Planung, Errichtung, Erwerb und Betrieb von Anlagen, die der Versorgung mit Elektrizität, Gas und Wärme sowie Wasser und Abwasser dienen.
Komplementär: StWB Verwaltungs GmbH	30,0	15,3	51,0	Die Gesellschaft ist als persönlich haftender Gesellschafter (phG) einzelvertretungsberechtigter Komplementär ohne Beteiligung an Vermögen, Ergebnis und Kapital der StWB GmbH & Co. KG.
Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH (VBB)	1.971,0	1.971,0	100,0	Planung, Bau und Vorhaltung von Verkehrsanlagen, Betrieb von Straßenbahnen, Omnibussen, Fahrgastschiffen, Fähren und anderen der Personenbeförderung dienenden Fahrzeugen
b.) Mittelbare Beteiligungen				
BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel	6.647,0	3.390,0	51,0	Planung, Finanzierung, Bau und Betrieb von Einrichtungen der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Klärschlamm Entsorgung
Brandenburger Dienstleistungen GmbH (BDL)	434,6	221,6	51,0	Hausmeisterdienste, Garten- und Landschaftspflege, technische und Reinigungsdienstleistungen, Werk- und Dienstleistungen bezüglich Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Klärschlamm Entsorgung

Die StWB erstellt einen Teilkonzernabschluss, in dem die BRAWAG GmbH und die BDL GmbH eingebunden werden.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 28.10.1999.

Die Eintragung ins Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam ist unter der Registernummer HRB 2807 P am 01. Dezember 1999 erfolgt.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Steffen Scheller

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung der Stadt Brandenburg an der Havel in der Gesellschafterversammlung nahm im Jahr 2016 Oberbürgermeisterin Frau Dr. Dietlind Tiemann wahr.

Im Berichtsjahr fanden 17 Gesellschafterversammlungen statt.

- *Aufsichtsrat*

Der Aufsichtsrat der TWB besteht aus neun Mitgliedern. Die Oberbürgermeisterin ist kraft ihres Amtes Mitglied des Aufsichtsrates.

Aufsichtsratsmitglieder 2016

Aufsichtsratsvorsitz	Frau Dr. Dietlind Tiemann
Stellvertreter	Herr René Kretzschmar
weitere Mitglieder	Frau Elke Conrad
	Herr Tobias Dietrich
	Frau Marlis Eichhorn (bis 07.10.2016)
	Herr Carsten Eichmüller (30.06. bis 07.10.2016)
	Frau Britta Kornmesser (seit 07.10.2016)
	Herr Walter Paaschen
	Frau Anett Willer (bis 30.06.2016)
	Herr Klaus Windeck
	Herr Gerhard Zepf
	Herr Hans-Joachim Kynast (seit 07.10.2016)

Im Geschäftsjahr 2016 fanden zwei Aufsichtsratssitzungen statt.

Gegenstand

- Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen an Unternehmen, insbesondere an Unternehmen der kommunalen Wirtschaft der Stadt Brandenburg an der Havel
- Förderung dieser Unternehmen und sonstiger kommunaler Einrichtungen auch wirtschaftlicher Natur, insbesondere durch Beratung und Erbringung von Dienstleistungen
- Abschluss von Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträgen mit Tochtergesellschaften
- Erwerb, die Verwaltung, die Bewirtschaftung und die Veräußerung von bebauten und unbebauten Grundstücken

Diese Tätigkeiten kann die Gesellschaft nur insoweit ausüben, als sie durch einen öffentlichen Zweck gerechtfertigt sind und in Verbindung zur Aufgabe der Beteiligungsverwaltung stehen. Darüber hinaus ist die Gesellschaft berechtigt, alle Geschäfte einzugehen, die der Förderung und Wirtschaftlichkeit des Unternehmensgegenstandes dienen. Bedient sich die Gesellschaft zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen, beteiligt sich oder errichtet, erwirbt oder pachtet solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe, muss der Stadt Brandenburg an der Havel eine angemessene Einflussnahme ermöglicht werden.

Die TWB verfolgt im Wesentlichen die Aufgabe kaufmännische Dienstleistungen für die Stadt Brandenburg an der Havel und die städtischen Unternehmen und Beteiligungen zu erbringen. Der TWB-Konzern erfüllt in der Stadt Brandenburg an der Havel die Aufgabe der Energie- und Wasserversorgung als auch Abwasserentsorgung sowie des öffentlichen Nahverkehrs. Außerdem zählen zu den Tätigkeiten des Konzerns Gebäudedienstleistungen, der Erwerb, die

Verwaltung, die Bewirtschaftung und Veräußerung von bebauten und unbebauten Grundstücken sowie der Erwerb, die Verwaltung und die Steuerung von Beteiligungen.

Die TWB GmbH dient in ihrer Holdingfunktion als Aufsichts- und Verwaltungsorgan und stellt das Bindeglied zwischen den Tochtergesellschaften und der Stadt Brandenburg an der Havel dar. Wesentlicher Zweck der TWB ist die Beteiligung an den städtischen Unternehmen, die Herstellung eines steuerlichen Querverbundes und die Nutzung von Synergieeffekten, insbesondere auf den Gebieten der Finanzierung und des Controllings.

Öffentlicher Zweck

Der öffentliche Zweck der TWB ergibt sich aufgrund der Holdingstruktur aus den öffentlichen Zwecken der Tochtergesellschaften. Diese werden jeweils in diesem Beteiligungsbericht ausführlich aufgezeigt. Zudem wird mit dem Konstrukt der TWB der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit beachtet sowie Synergieeffekte genutzt.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2014	2015	2016
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	76%	77%	74%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	100%	99%	99%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 €	0 €	0 €
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	131%	129%	134%
Zinsaufwandquote	0%	0%	0%
Liquidität 3. Grades	6619%	3918%	2694%
Cashflow	2.446 T€	2.087 T€	3.324 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	8%	7%	10%
Umsatz	166 T€	240 T€	187 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	2.444 T€	2.083 T€	3.318 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	237%	167%	171%
Anzahl der Mitarbeiter	6	6	7

Lagebericht der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2016 wurden die Dienstleistungen für städtische Unternehmen um die Endabrechnung des Zweckverbandes Bundesgartenschau 2015 Havelregion ergänzt. Die geplante Übernahme der Geschäftsführung für die Brandenburger Theater GmbH wurde nur für eine kurze Zeit von der TWB übernommen.

Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2016 wurde ein Jahresüberschuss von 3.318 T€ (2015: 2.083 T€) realisiert. Die Aufwendungen aus der Verlustübernahme für die Durchführung des ÖPNV in der Stadt Brandenburg an der Havel von 4.404 T€ (2015: 4.479 T€) wurden von der Stadt Brandenburg an der Havel mit 4.402 T€ (2015: 4.352 T€) übernommen.

In der nachfolgenden Darstellung wurden die Zahlungen der Stadt Brandenburg an der Havel als Zuwendungen für ÖPNV und Fähre vom Betriebsergebnis umgegliedert in eine separate Zeile, um den Vergleich zu Vorjahren darzustellen.

Die Entwicklung der Ertragslage stellt sich im Mehrjahresvergleich wie folgt dar:

	2012 T€	2013 T€	2014 T€	2015 T€	2016 T€
Betriebsergebnis ohne Zuwendungen für ÖPNV	-494	-486	-458	-445	-362
Finanzergebnis	-1.982	-1.592	-1.555	-1.926	-476
<i>davon Verlustübernahme ÖPNV</i>	4.380	4.497	4.456	4.479	4.404
Neutrales Ergebnis	1	1	1	147	25
Jahresfehlbetrag vor Zuwendungen ÖPNV und Fähre	2.475	2.077	2.012	2.224	813
Zuwendungen ÖPNV und Fähre	4.380	4.239	4.456	4.352	4.402
Ertragsteuern				45	271
Jahresüberschuss	1.905	2.162	2.444	2.083	3.318

Vermögen- und Finanzlage

Im Geschäftsjahr 2016 erhöhte sich die Bilanzsumme um 1.360 T€, was insbesondere auf die positive Ergebnisentwicklung durch die erhöhte Gewinnausschüttung der StWB KG zurückzuführen ist.

Im Eigenkapital führte im Geschäftsjahr der Jahresüberschuss (3.318 T€), saldiert mit der Gewinnausschüttung an die Gesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel (2.083 T€), zur

Erhöhung um 1.236 T€. Mit einer den Aufgaben einer Beteiligungsholding entsprechenden Eigenkapitalquote von 99,1% (2015: 99,5%) ist die Finanzierung des langfristig gebundenen Vermögens gesichert.

Primäre Einnahmequelle der TWB ist das Ausschüttungspotenzial der StWB Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH & Co. KG, das jedoch nach gegenwärtigem Stand die Aufwendungen für die Durchführung des ÖPNV in der Stadt Brandenburg an der Havel nicht nachhaltig decken kann.

Im Geschäftsjahr 2016 wurden die Aufwendungen der TWB für die Durchführung des ÖPNV in der Stadt Brandenburg an der Havel nahezu vollständig ausgeglichen. Die Gewinnausschüttung an die Gesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel über 2.083 T€ wurde im Geschäftsjahr aus der Gewinnausschüttung 2015 der StWB in Höhe von 3.927 T€ finanziert.

Der Finanzmittelbestand erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 1.974 T€ oder 47% von 4.209 T€ auf 6.183 T€. Die Liquidität der Gesellschaft war im Geschäftsjahr gesichert.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zeigt, dass die TWB derzeit gut aufgestellt ist. Mit der Gewinnausschüttung der StWB kann die Gewinnausschüttung an die Gesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel bedient werden. Zum Verlustausgleich der VBBR sind weiterhin Zuwendungen der Stadt Brandenburg an der Havel entsprechend dem Verkehrsvertrag notwendig.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Die wirtschaftliche Entwicklung der Beteiligungen wird durch den zunehmenden Wettbewerb beeinflusst. Die Beschränkung der wirtschaftlichen Betätigung kommunaler Unternehmen durch die brandenburgische Kommunalverfassung auf dem Gebiet der Kommune wirkt sich zusätzlich hemmend auf die Unternehmensaktivitäten aus.

Den hieraus erwachsenden Risiken wird im Rahmen des Konzernverbundes der TWB mit kontinuierlicher konzeptioneller Arbeit zur Erhöhung der Effektivität begegnet.

Auch die Einbindung in den Stadtkonzern eröffnet die Chance, die Energiewende auf kommunaler Ebene durch Vernetzung und intelligente Steuerung zu erreichen. Beispielhaft sind hier zu nennen: neue Mobilitätskonzepte im ÖPNV oder die gemeinsame Quartierentwicklung mit städtischen Wohnungsunternehmen.

Teilkonzern Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH & Co. KG

Im Teilkonzern StWB besteht ein Risikomanagement, das im gesamten Steuerungsprozess des Unternehmens verankert ist. Damit wird sichergestellt, dass in allen Bereichen mögliche Risiken frühzeitig erfasst, bewertet und ggf. entsprechende Gegenmaßnahmen eingeleitet werden.

Vorrangig werden die Auslastung der Erzeugungsanlagen sowie die Absatz- und Beschaffungsmärkte überwacht. In dem regulierten Bereich besteht für die StWB nach wie vor das

Risiko der Nichtanerkennung bzw. erheblichen Kürzung der Kosten durch die Bundesnetzagentur (BNetzA).

Weitere Eingriffe in den Rechtsrahmen der Energiewirtschaft, u. a. durch die Steigerung der bestehenden Umlagen sowie teilweiser Erhöhung der Netzentgelte, bewirken Unsicherheiten bei den Verbrauchern und somit in der Vertriebsarbeit. Durch den Ausbau der Kundenakquisition in näherem Umland werden weitere Absatzsteigerungen im Sonderkundenbereich erwartet.

In der demographischen Entwicklung der Stadt als auch in der zunehmenden Digitalisierung der Energiewirtschaft werden positive Impulse für die Zukunft gesehen. Durch die zunehmende Vernetzung aller Energiemarktteilnehmer sieht der Teilkonzern StWB die Chance, sich vom klassischen Energieversorger zum umfassenden Energiemanager zu entwickeln.

Im Trinkwasserbereich bleiben die Preise konstant, es wird mit leicht sinkenden Umsätzen in 2017 gerechnet. Die ermittelte Überdeckung der Gebühren der Stadt Brandenburg an der Havel für 2015 im Bereich des Schmutz- und Niederschlagswassers wird in 2017 gebührenwirksam ausgeglichen. Aufgrund der Unterdeckung in 2015 sinken die Niederschlagswassergebühr und die Grundwassereinleitgebühr zum 1. Januar 2017.

Der bestehende Margenrückgang in dem angestammten Geschäft soll durch Investitionen in neue Geschäftsfelder kompensiert werden. Die daraus resultierende Steigerung der Anlagenintensität bedingt einen höheren Kapitalbedarf, der durch eine dementsprechende Ausschüttungspolitik im Hinblick auf eine ausgeglichene Kapitalstruktur gedeckt werden sollte.

Bei BDL wurden Umsatzausfälle aufgrund des Wegfalls eines Anlagen- und Objektbetreuungsvertrages teils mit Personaleinsparungen kompensiert. Weiteren voraussichtlichen Verschiebungen im Auftragsbestand des Bereiches Freiflächenpflege Anfang 2018 soll bereits in 2017 entgegengewirkt werden. Als Ergebnis und durch Erfahrungen der BDL bei der in 2015 und 2016 vermehrten Erbringung weiterführender allgemeiner Dienstleistungen im Bereich Freiflächenpflege, wird für das kommende Geschäftsjahr ein spezieller Fokus auf die Akquisition von derartigen Zusatzaufträge gelegt.

Aufgrund der Kooperation mit kommunal geprägten Entsorgungsunternehmen wird die BDL in 2017 zusätzlich Kehrleistungen mittels Kleinkehrmaschine durchführen.

Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH

Die VBBR erhielt aufgabenbedingt auch im Jahr 2016 Zuwendungen zum ÖPNV, die sie von der Aufgabenträgerin, der Stadt Brandenburg an der Havel, über ihre Gesellschafterin TWB bekam.

Als Risiko wird eine mögliche Systemumstellung von der Straßenbahn zum Omnibus im Falle des Verlustes der Kreisfreiheit aufgrund des Referentenentwurfs des Ministerium des Innern und für Kommunales zum Gesetz zur Neugliederung der Landkreise und der kreisfreien Städte im Land Brandenburg gesehen.

Weitere Risiken sieht die Geschäftsführung der VBB in der Entwicklung des Preises für Dieselkraftstoff, aus der Entwicklung der staatlichen Umlagen und Abgaben für Strom sowie aus dem Aufteilungsverfahren und den Prämissen zur Einnahmeverteilung.

Mit Gewinnausschüttungen der StWB KG konnten Zahlungen für Gewinnausschüttungen im Geschäftsjahr mehr als ausgeglichen werden und führten zur Erhöhung des Liquiditätsbestandes der TWB.

Zur Sicherung der VBB ist der Ausgleich des in der Wirtschaftsplanung 2017 mittelfristig definierten Zuschussbedarfes durch die Stadt Brandenburg an der Havel, wie in der Verkehrsvereinbarung geregelt, erforderlich.

Weitere Eingriffe in den Rechtsrahmen der Energiewirtschaft, die Steigerung bestehender Umlagen sowie teilweise Erhöhungen von Netzentgelten führen in Summe zu Unsicherheiten bei den Verbrauchern und damit in der Vertriebsarbeit.

Insgesamt geht die StWB in den Bereichen Strom und Gas von sinkenden Umsatzerlösen aus. Trotz günstiger Einkaufskonditionen, insbesondere bei der Gasbeschaffung, sind bedingt durch den Wettbewerbsdruck sinkende Margen zu erwarten. Auch die BRAWAG geht bei konstanten Trinkwasserpreisen von leicht sinkenden Umsatzerlösen 2017 gegenüber 2016 aus.

Trotz des schwierigen Marktumfeldes wird der StWB-Konzern durch Optimierung der internen Prozesse in und zwischen den Gesellschaften und Nutzung der sich am Markt ergebenden Chancen durch Diversifikation der Produktpalette aktiv daran arbeiten, seine Position als erfolgreicher und vor allem kundenorientierter Dienstleister weiter auszubauen.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Gewinnausschüttung 2016 in Höhe von 2.083 T€
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	<p>1. Vertragsbeziehungen bestehen neben Gesellschaften des TWB-Konzerns mit unmittelbaren städtischen Betrieben: Dienstleistungsverträge mit der PEK, der TGZ sowie dem Eigenbetrieb Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel über die Durchführung der Buchführung und die Erarbeitung des Jahresabschlusses, der Quartals- und Wirtschaftspläne; Verkehrsvereinbarungen zwischen der Stadt Brandenburg an der Havel, der VBB sowie der TWB zu erteilten Linienkonzessionen in der Stadt Brandenburg an der Havel.</p> <p>2. Dienst- und Leistungsbeziehungen zwischen der TWB und wobra (Hausmeistervertrag, Mietvertrag, Bilanzbuchhaltung, IR) sowie mit der StWB über die Interne Revision.</p> <p>3. Dienst- und Leistungsbeziehungen zwischen der TWB und der Stadt Brandenburg an der Havel zur Abwicklung bzw. Erledigung der Restarbeiten für den ZV BUGA 2015 Havelregion.</p>

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2014	2015	2016
Aktivseite			
A. Anlagevermögen	23.395	23.411	23.396
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1	1	1
II. Sachanlagen	30	30	15
III. Finanzanlagen	23.365	23.380	23.380
B. Umlaufvermögen	6.619	5.995	7.464
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.550	1.787	1.281
III. Kassenbestand, Guthaben	3.068	4.209	6.183
C. Rechnungsabgrenzungsposten	849	839	745
Passivseite			
A. Eigenkapital	30.763	30.092	31.328
I. Gezeichnetes Kapital	102	102	102
II. Kapitalrücklage	27.449	27.449	27.449
III. Gewinnvortrag	768	458	458
IV. Jahresüberschuss	2.444	2.083	3.318
B. Rückstellungen	71	95	254
C. Verbindlichkeiten	29	58	23
Bilanzsumme	30.863	30.245	31.605

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2014	2015	2016
1. Umsatzerlöse	166	240	187
2. Bestandsänderungen	0	0	0
3. Sonstige betriebliche Erträge	4.461	4.357	4.431
4. Materialaufwand	0	-24	-27
5. Personalaufwand	-396	-401	-318
6. Abschreibungen	-2	-4	-6
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-231	-261	-201
8. Erträge aus Beteiligungen	2.856	2.550	3.927
9. Erträge aus Ausleihungen	0	0	0
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	45	149	2
11. Aufwendungen aus Verlustübernahme	-4.456	-4.479	-4.404
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.444	2.128	3.589
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	-46	-271
15. Sonstige Steuern	0	0	0
16. Jahresergebnis	2.444	2.083	3.318

III.2.4.1 Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH

Geschäftsbereich

Öffentlicher Personennahverkehr

Firmensitz

Upstallstr. 18
14772 Brandenburg an der Havel
Tel.: 03381/53 41 00
Fax: 03381/53 41 01
E-mail: info@vbbr.de
Internet: www.vbbr.de

Gründung

Die Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH (VBBr) ist durch Umwandlung des in Eigenregie übernommenen VEB Verkehrsbetriebe Brandenburg entstanden. Die Gesellschaft wurde am 24.06.1991 gegründet. Die Gesellschaft ist im Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam unter HRB 1685 P eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	1.971.100 €
TWB GmbH	100 %

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft hat keine Tochterunternehmen und ist an keinem Unternehmen beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Es gilt der Gesellschaftsvertrag vom 10. November 1999. Der Gesellschaftsvertrag wurde am 08.02.2000 in das Handelsregister eingetragen.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Jörg Vogler

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung in der Gesellschafterversammlung wird durch die Geschäftsführung der TWB wahrgenommen.

Im Berichtsjahr fanden sechs Gesellschafterversammlungen statt.

- *Beirat*

Der Beirat setzt sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

Beiratsmitglieder 2016

Herr Michael Kilian
Herr Andreas Bergner
Frau Kerstin Huch
Herr Gerd Walter
Herr Manfred Friedrich
Herr Gernot Niepel
Herr Rudi Reimer
Herr Dr. Waldemar Bauer

Im Geschäftsjahr 2016 fand eine Beiratssitzung statt.

In der Stadtverordnetenversammlung vom 16.12.2015 wurde beschlossen, die bisherigen Mitglieder und Stellvertreter im Beirat der VBBr abzurufen und neu zu besetzen. Der Beirat wurde zu Informations- und Beratungszwecken der VBBr eingerichtet. Das Informationsbedürfnis wurde durch Gremiovorlagen und Informationen im Aufsichtsrat der TWB GmbH bereits abgedeckt. Als neuer Schwerpunkt des Beirates der VBBr wird nunmehr vorgeschlagen den Beirat zukünftig als Fahrgastforum auszurichten und Fahrgäste sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger der Stadt Brandenburg an der Havel zu berufen. Die entsprechenden Gesellschafterbeschlüsse wurden in 2016 gefasst. Die erste Beiratssitzung fand im September 2016 statt. Da nicht alle Mitglieder anwesend waren, konnte in 2016 keine Konstituierung stattfinden.

Gegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist laut § 2 des Gesellschaftsvertrages:

- Planung, Bau und Vorhaltung von Verkehrsanlagen, der Betrieb von Straßenbahnen, Omnibussen, Fähren und anderen der Personenbeförderung dienenden Fahrzeugen zur bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung mit ÖPNV-Leistungen zu sozialverträglichen Preisen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten im Rahmen und nach Maßgabe des Nahverkehrsplanes der Stadt Brandenburg an der Havel
- Betrieb artverwandter und branchenüblicher Nebengeschäfte sowie aller sonstigen Geschäfte, die der Erreichung und Förderung des Hauptzwecks dienlich sind

- Durchführung aller Maßnahmen und Geschäfte, durch die der Unternehmensgegenstand unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann
- Beteiligung, die Errichtung, der Erwerb oder die Pacht anderer Unternehmen sowie die Eingehung von Interessengemeinschaften zur Erfüllung ihrer Aufgaben, soweit der Stadt eine angemessene Einflussnahme ermöglicht wird, der Unternehmensgegenstand durch den öffentlichen Zweck gerechtfertigt ist und die Betätigung des Unternehmens nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit und dem Bedarf der Stadt steht

Die Aufrechterhaltung der Personenbeförderung hat Vorrang vor wirtschaftlichen Gesichtspunkten, soweit dies mit der Haushaltslage der Gesellschafterin in Einklang zu bringen ist. Ein vorrangiges Ziel, Gewinn zu erzielen, liegt nicht vor.

Öffentlicher Zweck

Gemäß § 2 Abs. 1 ÖPNV-Gesetz (Gesetz über den Öffentlichen Personennahverkehr im Land Brandenburg) stellt die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr eine Aufgabe der Daseinsvorsorge dar. Diese obliegt gemäß § 3 Abs. 3 ÖPNV-Gesetz den Landkreisen und kreisfreien Städten. Hierzu ist je nach Bedarf ein Liniennetz aufzubauen, dass in einer bestimmten Taktdichte befahren wird. Der Begriff "ausreichend" ist insoweit unbestimmt und wird erst durch die vorhandene Nachfrage ausgefüllt. Die Stadt Brandenburg an der Havel bedient sich zur Erfüllung dieser Aufgabe der Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH.

Dafür werden derzeit vier Straßenbahnlinien, neun Tagesbuslinien und drei Nachtbuslinien betrieben sowie Sonderformen des Linienverkehrs (Schülerfahrten, Marktfahrten und Theaterfahrten) durchgeführt. Der Betrieb der Fähre „Neuendorf“ wird über einen Dienstleistungsvertrag sichergestellt.

Die VBBr ist Kooperationspartner im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2014	2015	2016
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	85%	88%	84%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	17%	19%	18%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	101%	100%	99%
Zinsaufwandquote	4%	3%	2%
Liquidität 3. Grades	107%	91%	100%
Cashflow	1.791 T€	580 T€	2.260 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	2%	0%	0%
Umsatz	5.490 T€	5.705 T€	5.826 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	448 T€	0 T€	0 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	106%	104%	102%
Anzahl der Mitarbeiter	143	147	147

Lagebericht der Gesellschaft

Das Verkehrsangebot auf den 4 Straßenbahnlinien und den 12 Omnibuslinien wurde durch die VBBr mit 1.968 T Fahrplankilometern (2015: 1.896 TFkm) qualitätsgerecht und zuverlässig erbracht. Im Berichtsjahr wurden 8.164 Tausend Fahrgäste (2015: 7.920 Tausend Fahrgäste) befördert. Die Berechnung erfolgte anhand der Verkaufsstatistik.

Der Gesamtpünktlichkeitsgrad (unter Einfluss aller Faktoren, auch Fremdverschuldung, wie z.B. Behinderung durch Falschparker und Unfälle) betrug 2016 95,36% (2015: 95,99%).

Ertragslage

Das Jahresergebnis ist auf Grund des abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrages ausgeglichen. Für 2016 ist ein Ertrag aus Verlustübernahme in Höhe von 2.533,68 € zu verzeichnen.

Die Umsatzerlöse liegen unter Berücksichtigung der gebildeten Rückstellung (+395 T€ gegenüber Plan) mit 96 T€ unter dem Plan und mit 121 T€ über dem Ist 2015. Ohne Berücksichtigung des Fremdverkaufs von Dieselmotoren liegen die Umsatzerlöse nur mit 6 T€ unter dem Plan und mit 13 T€ über dem Ist Vorjahr.

Ursache für diese Abweichungen ist die seit 2016 zu erfolgende Neuordnung, u.a. des Fremdverkaufs von Dieselmotoren aus den sonstigen betrieblichen Erträgen zu den Umsatzerlösen. Grundlage ist hier die Neufassung des § 277 (1) HGB nach dem Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG).

Geplant waren Rückstellungen in Höhe von 450 T€ für zukünftige Einnahmeaufteilungen. Demgegenüber stehen 845 T€, orientiert an den höheren Beförderungsentgelten von 436 T€ (gegenüber Plan +491 T€).

Im Bartarif Brandenburg AB, BC, ABC wurden Mehrerlöse in Höhe von 66 T€ gegenüber dem Vorjahr erzielt.

Die Tendenz geht weiterhin zu den Zeitkarten (Kundenbindung), was durch die Tarifmaßnahme, die Zeitkartentarife nicht anzuheben, gewünscht ist.

Mehrerlöse bei Zeitkarten „Jedermann“ für das Tarifgebiet Brandenburg AB, BC, ABC belaufen sich auf +145 T€ (u.a. Monatskarte Umwelt AB + 996 Stück = +37 T€).

Weiterhin Mehrerlöse in Höhe von 82 T€ wurden beim Mobilitätsticket BRB AB-ABC erzielt (u.a. +2.380 Stück AB). Das Land Brandenburg finanzierte 2016 mit 4,4 Mio € den Ausgleich der verbundweit verkauften Mobilitätstickets, was als ausreichend angesehen wird.

Im Regionaltarif und Lokaltarif wurden Mehrerlöse gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 208 T€ erzielt. Das bedeutet erhöhte Rückstellungen für die Einnahmeaufteilung insgesamt von 283 T€ gegenüber dem Vorjahr.

Das Semesterticket wird gegenüber dem Plan 2016 mit 15 T€ und gegenüber dem Ist des Vorjahres mit 12 T€ unterschritten. Der Grund liegt in der Reduzierung des Anteils der VBBr bei der Einnahmeaufteilung (ab 2016 19%, vorher 21,85%).

Die für die drei kreisfreien Städte in Zusammenarbeit mit dem Verkehrsverbund in Auftrag gegebene Tarifanalyse und Umsetzung gibt der VBBr die Möglichkeit auch in den nächsten zwei Jahren die Zeitkarten stabil zu halten und ein erweitertes angepasstes Angebot für die ältere Generation zu platzieren.

	Plan 2016 T€	Ist 2016 T€	Ist 2015 T€	2016/2015 Differenz T€
Umsatzerlöse	5.921,9	5.826,4	5.705,4	121,0
Brandenburg AB, BC, ABC	3.468,7	3.646,5	3.408,5	238,0
<i>darunter Bartarif Brandenburg</i>	1.922,7	1.849,5	1.783,2	66,3
<i>darunter Zeitkartentarif Jedermann</i>	1.020,0	1.251,4	1.106,7	144,7
Lokaltarif	55,0	65,9	59,1	6,8
Regionaltarif	1.190,0	1.497,0	1.295,8	201,2
Semesterticket	84,0	68,7	80,7	-12,0
Berlin/Potsdam/Cottbus/Frankfurt	0,0	10,5	8,8	1,7
Beförderungsentgelte VBB	4.797,7	5.288,6	4.852,9	435,7
Sonstiger Linienverkehr	113,0	146,9	123,2	23,7
Beförderungsentgelte Linienverkehr	4.910,7	5.435,5	4.976,1	459,4
Linienverkehr Vorjahr (EA)	10,0	-47,3	102,9	-150,2
Gelegenheitsverkehr	4,0	7,7	6,0	1,7
Erhöhtes Beförderungsentgelt	48,0	57,9	40,0	17,9
Ausgleichszahlung Schülerverkehr	696,0	682,4	688,9	-6,5
Ausgleich für unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen nach §150 SGB IX	362,2	318,5	356,5	-38,0
Sonstige Umsätze (u.a. Fahrplan, Reklame)	341,0	216,2	96,1	120,1
Rückstellungen für Einnahmeaufteilung	-450,0	-844,5	-561,1	-283,4

	Plan 2016	Ist 2016	Ist 2015
Fahrstrom in T€	340	376	329
in TKWh	2.700	2.808	2.657
in ct/KWh	12,61	13,40	12,40
Dieselmotorkraftstoff in T€	496	412	438
in ct/Liter	98	81	89

Die Reduzierung des Materialaufwandes von -166 T€ zum Plan und -180 T€ zum Vorjahr ist hauptsächlich auf Einsparungen beim Dieselmotorkraftstoff (-84 T€ gegenüber Plan) sowie dem

geringeren Verkauf von Dieselmotoren (-86 T€) zurückzuführen. Der Aufwand für bezogene Leistungen wird gegenüber der Planung mit 10 T€ unterschritten.

Dagegen wird der Fahrstrom mit 36 T€ gegenüber dem Plan überschritten und liegt mit 47 T€ über dem Ist von 2015. Die Planüberschreitung resultiert hauptsächlich aus dem Anstieg des Durchschnittspreises durch steuerlich veranlasste Umlagen (22 T€).

Der Kostendeckungsgrad bezogen auf die Umsatzerlöse beträgt im Berichtsjahr 56% (2015: 54%). Der Gesamtkostendeckungsgrad lag bei 58% (2015: 58%).

Vermögens- und Finanzlage

Bei der Bilanzsumme ist eine Zunahme von 998 T€ gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Die Veränderung resultiert zu einem aus der geringeren Investitionstätigkeit (Investitionen 2.074 T€ / Abschreibungen -2.391 T€; Investitionszuschüsse 1.154 T€ / Abschreibung Sonderposten -1.362 T€) und zum anderen aus der Zunahme der flüssigen Mittel (1.154 T€) einhergehend mit der Erhöhung der langfristigen und kurzfristigen Verbindlichkeiten (Lieferungen und Leistungen + 1.590 T€ / Rückstellungen für Einnahmeaufteilung -196 T€).

Die Verbindlichkeit gegenüber dem Gesellschafter aus nicht verbrauchten Investitionszuschüssen besteht weiterhin in Höhe von 298 T€ bis zur endgültigen Prüfung der Baumaßnahmen Hauptbahnhof (Gleis- und Oberleitung) und Zentraler Omnibusbahnhof durch das Landesamt Bauen und Verkehr.

Das Nettoumlaufvermögen (Umlaufvermögen minus kurzfristige Fremdmittel) hat sich um 780 T€ erhöht, hauptsächlich durch die Erhöhung des Anteils langfristiger Rückstellungen.

Die Eigenkapitalquote beträgt 17,9% (2015: 18,5%) und unter Berücksichtigung des Sonderpostens 71,2% (2015: 74,5%).

Die Zahlungsfähigkeit war während des Geschäftsjahres stets gesichert.

Die VBB hat 2016 einen Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von 2.260 T€ (2015: 580 T€) erwirtschaftet. Aus der Investitionstätigkeit ergab sich ein Cashflow von -2.020 T€ (2015: -1.561 T€) bzw. aus der Finanzierungstätigkeit von 914 T€ (2015: -255 T€). Der Bestand der liquiden Mittel hat sich um 1.154 T€ auf 2.902 T€ erhöht.

Notwendige Investitionen wurden im Geschäftsjahr 2016 durchgeführt. Die Modernisierung der zehn Straßenbahnen vom Typ KTNF6 wurde mit vier weiteren Fahrzeugen erfolgreich fortgesetzt. In 2017 soll diese Maßnahme mit ca. 548 T€ abgeschlossen werden. Die kontinuierliche Ersatzbeschaffung der Omnibusse wird fortgeführt. Der demografische Wandel betrifft sowohl die Fahrgäste der VBB als auch ihre Mitarbeiter. Auf die daraus resultierenden großen Veränderungen muss sich die VBB einstellen. So wurde in 2016 beispielsweise damit begonnen, bei der Beschaffung neuer Busse und bei der Innengestaltung modernisierter Straßenbahnen mehr Platz für mobilitätseingeschränkte Fahrgäste auszuweisen bzw. zu reservieren. Neben der Fahrzeugflotte sind vollständig barrierefreie Haltestellen ein weiterer Handlungsschwerpunkt für die nächsten Jahre.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Der Gesellschafter der VBBR hatte in seiner Sitzung am 28. November 2015 dem Wirtschaftsplan 2016 zugestimmt. Der Fahrplan mit Gültigkeit vom 14. Dezember 2014 bildet grundsätzlich die Basis für das Verkehrsangebot 2017, da die Deutsche Bahn nach jetzigen Erkenntnissen keine Änderungen im Fahrplan vornimmt. Alle Linien fahren, wie im Verkehrsvertrag beschrieben.

Nicht nur bei der VBBR, sondern auch bei den kreisfreien Städten Cottbus und Frankfurt/Oder, bleibt die Einnahmeentwicklung (insbesondere nach Tarifmaßnahmen) hinter den Erwartungen und den zentralen VBB-Berechnungen zurück. In reinen Tariferhöhungen wird keine zukünftige Lösung für gewünschte Einnahmesteigerungen gesehen. Daher wurde für die drei kreisfreien Städte in Zusammenarbeit mit dem Verkehrsverbund eine Tarifanalyse in Auftrag gegeben, um Möglichkeiten einer strukturellen bzw. produktbezogenen Tarifänderung aufzuzeigen. Die Ergebnisse sind in die Tarifvorstellungen für die Tarifmaßnahmen zum 01.01.2017 und folgende Jahre eingeflossen.

Es soll eine Tariferhöhung im Bartarif erfolgen, (Einzelfahrausweis AB von 1,60 € auf 1,70 € und für die Tageskarte AB von 3,30 € auf 3,60 €) die durch das neue Produkt der 4-Fahrtenkarte bei Einzelfahrausweisen – auch im Ermäßigungstarif – auf Basis des Fahrpreises für Einzelfahrausweise Stand 01.01.2016 für unsere Fahrgäste (Gelegenheitskunden) kompensiert wird.

Im Zeitkartentarif BRB AB (Stammkunden) soll es keine Tariferhöhung geben. Auch hier soll ein neues Tarifprodukt eine Marktlücke schließen. Als Vorstufe zum VBB ABO 65+, soll es ab 01.01.2017 ein ABO „65 vor Ort“ geben, das personengebunden ist, aber ohne zeitliche Begrenzungen für das Tarifgebiet BRB AB.

Beim Semesterticket reduziert sich ab 2016 erneut der VBBR-Anteil aus der Einnahmeaufteilung auf 19%, bisher 21,85%. Nach Abrechnung über Leistungsdaten wäre er noch deutlich geringer. Das Problem liegt nicht nur in der Einnahmeaufteilung über die Gewichtung Regionalverkehr, sondern hauptsächlich im Preis des Semestertickets. Daher läuft bereits ein Evaluierungsverfahren zum Semesterticket. Ein neues Tarifangebot soll den Brandenburger Hochschulen und Universitäten zum Sommersemester 2018 unterbreitet werden. Zurzeit laufen die Abstimmungen zwischen dem Verkehrsverbund, den Verkehrsunternehmen, den Aufgabenträgern und den Ministerien.

Für das Planjahr 2017 beträgt der Lieferpreis für Fahrstrom 3,8 ct/kWh bei einem Gesamtpreis von 12,29 ct/kWh. 2018 wurde mit 4,35 ct/kWh, 2019 mit 4,5 ct/kWh, 2020 mit 4,6 ct/kWh und 2021 mit 4,70 ct/kWh kalkuliert.

Die Reduzierung der EEG-Umlage auf 20% wurde für die Planjahre 2017-2021 berücksichtigt. Als Verbrauch wurden 2.700 T kWh für die Jahre in Ansatz gebracht.

Der Dieselkraftstoff wurde mit 0,89 €/Liter für 2017 geplant (446 T€). Um den Verbrauch des Dieselkraftstoffes so gering wie möglich zu halten, werden weiterhin regelmäßig Schulungen des Fahrpersonals mit einem Verbrauchsmessgerät durchgeführt und der Einsatz von

Gelenkonnibussen wird durch die Auswertung der Fahrgastzählssysteme gesteuert. Für 2018 wurden 0,95 €/Liter in Ansatz gebracht und für die Folgejahre je 1 Cent Erhöhung eingeplant.

Für das Instandhaltungsmaterial und die bezogenen Leistungen für die Straßenbahnwerkstatt werden jährlich 2016 – 2020 400 T€ als festes Budget für eine vorbeugende planmäßige Instandhaltung zur Verfügung gestellt.

Die VBB hat für 2017 Investitionen im Gesamtvolumen von 3.285 T€ geplant.

Die Omnibusersatzbeschaffung wird mit zwei Standardomnibussen und einem Gelenkbus in Höhe von 930 T€ 2017 fortgesetzt (Investzuschuss Aufgabenträger 129 T€ und Kreditaufnahme 801 T€).

Für die Folgejahre sind geplant: 2018 – 1.205 T€ (3 Standardomnibusse, 1 Gelenkonnibus), 2019 – 860 T€ (3 Standardomnibusse), 2020 – 670 T€ (1 Standardomnibus, 1 Gelenkonnibus) und 2021 – 580 T€ (2 Standardomnibusse). Das Alter der auszusondernden Omnibusse liegt zwischen 13 und 15 Jahren.

In den behindertengerechten Ausbau der Haltestelle Geranienweg – Silokanal werden 400 T€ investiert, der Investzuschuss beträgt 400 T€.

Das Programm zur Modernisierung der Straßenbahnen vom Typ KTNF6 wird mit vier Fahrzeugen und einem Investitionsvolumen von 548 T€ 2017 fortgeführt und ist damit abgeschlossen. Die Finanzierung erfolgt gemäß § 1 Abs. 4 ÖPNVFV (5,0 Mio. € für Straßenbahnbetriebe; VBB plant 2017 mit einem Zuschuss von 600 T€).

Mittelfristig sind jährlich 1.077 T€ Investitionszuschüsse gemäß ÖPNV-Gesetz und der ÖPNV-Finanzierungsverordnung über den Aufgabenträger eingeplant, 2017 beträgt er 2.020 T€. Enthalten ist mit 943 T€ der mobilitätsgerechte Ausbau der Haltestelle Magdeburger Straße sowie die Haltepunkte Neustadt Markt, Katharinenkirche und Steinstraße sowie Luckenberger Straße.

Als Konzernrisiko (lt. Konzernrichtlinie) wurde bei der Risikoinventur die Einnahmeaufteilung im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg und eine mögliche Systemumstellung von der Straßenbahn zum Omnibus im Falle des Verlustes der Kreisfreiheit festgestellt.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Ergebnisabführungsvertrag TWB/VBB (vom 27.11.2015) Verlustausgleich 2015 = 23.010,48 € Verlustausgleich 2016 = 2.533,68 €
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	konsumtiver Zuschuss der Stadt 2016: 4.368.400 € Ausgleichszahlung Schülerverkehr (§45a PBefG): 682.401,31 € Zuschuss der Stadt (Fähre Neuendorf): 33.236,04 € Investitionszuschuss der Stadt 2016: 1.129.705,14 €

Städtische Zuschüsse / Landeszuschüsse 2016:

Zuschüsse	Gesamtsumme	Hiervon Landeszuweisung	Hiervon städtischer Eigenanteil
Zuschuss konsumtiv	4.368.400	1.254.594	3.113.806
Zuschuss Fähre	33.236	0	33.236
Ausgewiesener Subventionsbedarf	4.401.636	1.254.594	3.147.042
Investitionszuschuss	1.108.093	1.108.093	0
Zuweisung für den Ausbildungsverkehr	682.402	682.402	0
Gesamtsumme	6.192.131	3.045.089	3.147.042

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2014	2015	2016
Aktivseite			
A. Anlagevermögen	25.414	24.588	24.251
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	174	187	145
II. Sachanlagen	25.237	24.398	24.103
III. Finanzanlagen	3	3	3
B. Umlaufvermögen	4.734	3.144	4.478
I. Vorräte	532	532	554
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.219	864	1.022
III. Kassenbestand	2.983	1.748	2.902
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	1
Passivseite			
A. Eigenkapital	5.144	5.144	5.144
I. Gezeichnetes Kapital	1.971	1.971	1.971
II. Gewinnrücklagen	3.370	3.370	3.370
III. Verlustvortrag	-645	-197	-197
IV. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	448	0	0
B. SoPo für Investitionszuschüsse	16.195	15.528	15.320
C. Rückstellungen	1.894	1.523	1.299
D. Verbindlichkeiten	6.671	5.276	6.707
E. Rechnungsabgrenzungsposten	244	261	260
Bilanzsumme	30.148	27.732	28.730

Ertragslage der Gesellschaft

GuV	(Angaben in T€)	2014	2015	2016
1. Umsatzerlöse		5.490	5.705	5.826
2. Sonstige betriebliche Erträge		5.391	4.771	4.512
3. Materialaufwand		-2.405	-2.190	-2.010
4. Personalaufwand		-5.814	-5.955	-5.969
5. Abschreibungen		-2.310	-2.405	-2.391
6. Zuführungen zum SoPo für Investitionszuschüsse		1.319	1.355	1.362
7. Sonstige betriebl. Aufwendungen		-1.037	-1.151	-1.228
8. Erträge aus Beteiligungen		0	0	0
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		18	14	24
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-192	-158	-118
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		460	-13	8
12. Erträge aus Verlustübernahme		0	23	3
13. Außerordentlicher Aufwand		0	0	0
14. Sonstige Steuern		-12	-10	-10
15. Jahresergebnis		448	0	0

III.2.4.2 Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH & Co. KG

Geschäftsbereich

Energieversorgung

Firmensitz

Upstallstr. 25

14772 Brandenburg an der Havel

Tel.: 03381/75 20

Fax: 03381/75 23 18

E-mail: info@stwb.de

Internet: www.stwb.de

Gründung

Die Gründung der Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH (StWB) erfolgte am 27.01.1995 auf der Grundlage eines Konsortialvertrages mit gleichem Datum zwischen dem kommunalen Partner und den privaten Energieversorgungsunternehmen (EVU).

Hintergrund war eine schrittweise Rückübertragung des Vermögens der örtlichen Strom- und Gasversorgung auf die Kommunen gegen die Rückgabe der von den Kommunen gehaltenen Kapitalanteile an dem privaten EVU entsprechend dem diesbezüglichen Vergleich vor dem Bundesverfassungsgericht (Stromvergleich).

Mit der Einbringung des Strom- und Fernwärmevermögens und der Einbringung der Energieversorgung Stadt Brandenburg/Havel GmbH (EBH) und der damit verbundenen Kapitalerhöhung zum 01.04.1996 wurde Ende 1996 die Gründungsphase abgeschlossen.

Der in den Vorjahren geplante steuerliche Querverbund in der Stadt Brandenburg an der Havel wurde durch die Umwandlung der Stadtwerke GmbH in eine Personengesellschaft, die StWB Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH & Co. KG, in 2015 vollzogen.

Die Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH wurde steuerlich rückwirkend zum 01. Januar 2015 am 24. August 2015 formwechselnd gemäß §§ 190 ff. 226, 228 ff. UmwG in eine Kommanditgesellschaft, die StWB Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH & Co. KG umgewandelt. Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam unter HR A 6290 P eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Durch den Formwechsel der Gesellschaft wurden aus den Geschäftsanteilen an der Gesellschaft in Form einer GmbH, Anteile an der Kommanditgesellschaft.

Festkapital 8.200.000,00 €

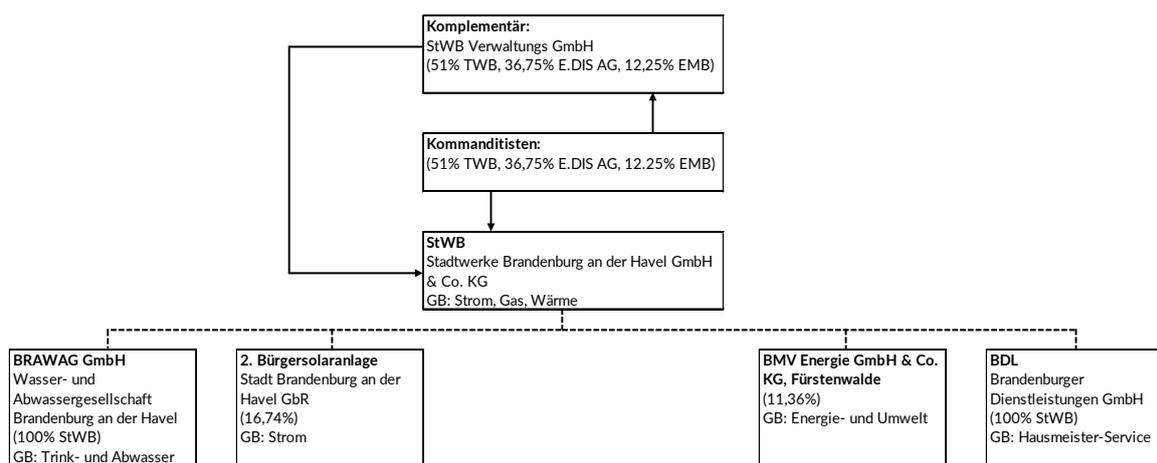
Anteilsverhältnisse:

<u>Anteilsverhältnisse</u>	%	T€
Kommanditisten		
Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH (TWB)	51,00%	4.182,0
E.DIS AG Fürstenwalde	36,75%	3.013,5
EMB Beteiligungsgesellschaft mbH Potsdam	12,25%	1.004,5
	<u>100,00%</u>	<u>8.200,0</u>
Komplementärin		
StWB Verwaltungs GmbH	0,0%	0,0

Die StWB Verwaltungs GmbH ist als persönlich haftender Gesellschafter einzelvertretungsberechtigter Komplementär ohne Beteiligung an Vermögen, Ergebnis und Kapital der KG.

Unterbeteiligungen

BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel	100,00%
BDL Brandenburger Dienstleistungen GmbH	100,00%
BMV Energie GmbH & Co. KG, Fürstenwalde	11,36%
2. Bürgersolaranlage der Stadt Brandenburg an der Havel GbR	16,74%



Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag datiert vom 24.08.2015.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung (Komplementärin als Geschäftsführungs- und Vertretungsorgan)*

Uwe Müller (Kaufmännischer Geschäftsführer)

Gunter Haase (Technischer Geschäftsführer)

Die Geschäftsführung der Gesellschaft wird ab dem 24.08.2015 mit Formwechsel gemäß § 12 des Gesellschaftsvertrages durch die Komplementärin StWB Verwaltungs GmbH ausgeübt.

- *Gesellschafterversammlung*

Die Stimmrechte in der Gesellschafterversammlung verteilen sich entsprechend der Anteile am Festkapital.

Im Geschäftsjahr fand eine Gesellschafterversammlung statt.

- *Aufsichtsrat*

Im Jahr 2016 fanden zwei Aufsichtsratssitzungen statt.

Aufsichtsratsmitglieder 2016

Aufsichtsratsvorsitz	Herr Steffen Scheller
Stellvertreter	Herr Bernd Dubberstein
weitere Mitglieder	Herr Thomas Krüger
	Herr Stephan Gothe
	Herr Dr. Jens Horn
	Herr Michael Kilian
	Herr Dirk Stieger (bis 05.07.2016)
	Herr Matthias Pietschmann
	Herr Dr. Andreas Reichel
	Frau Renate Deschner (ab 05.07.2016)

Gegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen, die der Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wärme, der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und der Klärschlamm Entsorgung dienen sowie die Vornahme aller damit in Zusammenhang stehenden Geschäfte. Das Unternehmen ist zu allen Maßnahmen berechtigt, die mittelbar oder unmittelbar diesen Zwecken dienen.

Versorgungsgebiet:

Brandenburg an der Havel mit Ausnahme der Stadtteile Götting, Gollwitz, Mahlenzien, Klein Kreuz, Schmerzke und Wust

Öffentlicher Zweck

Bei Aufgaben, die den in § 2 Abs. 2 BbgKVerf bezeichneten Betätigungsfeldern zuzurechnen sind (beispielsweise die Energieversorgung einschließlich der Energieproduktion), ist von einer Rechtfertigung durch einen öffentlichen Zweck auszugehen (vgl. Rundschreiben zu den Regelungen der Kommunalverfassung über die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen (§§ 91 – 100 BbgKVerf) vom 13.11.2013).

Die Unternehmensziele dienen der öffentlichen Zweckbestimmung der Grundversorgung der Bevölkerung mit Leistungen im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge und begründen das Engagement der Gemeinde.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2014	2015	2016
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	85%	78%	73%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	43%	48%	50%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	74%	92%	98%
Zinsaufwandquote	1,9%	1,3%	1,2%
Liquidität 3. Grades	45%	100%	135%
Cashflow in T€	22.572	22.356	19.965
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	29%	12%	11%
Umsatz in T€	80.170	81.817	84.624
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag in T€	31.270	12.414	11.898
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	12%	11%	11%
Anzahl der Mitarbeiter	134	135	130

Lagebericht der Gesellschaft

Vermögens- und Finanzlage sowie Investitionen

Das Bruttoinvestitionsvolumen - ohne Berücksichtigung der erhaltenen Fördermittel und Ertragszuschüsse in Höhe von 0,8 Mio. € - lag im Berichtsjahr unter dem Vorjahr (4,0 Mio. €, 2015: 4,9 Mio. €). Insbesondere durch außerplanmäßige Abschreibungen verringerte sich das Anlagevermögen gegenüber Vorjahr um 3,9 Mio. €.

Die Anlagenintensität beläuft sich auf 73% (2015: 78%).

Das Eigenkapital ist auf ca. 59,0 Mio. € gestiegen (2015: 55,0 Mio. €). Diese positive Entwicklung basiert auf dem Jahresergebnis 2016.

Unter dem Umlaufvermögen (30,9 Mio. €, 2015: 24,2 Mio. €) erfolgt der Ausweis der Vorräte (Heizöl und Emissionen), Forderungen gegen verbundene Unternehmen, der sonstigen Vermögensgegenstände und der liquiden Mittel. Die Liquidität III. Grades beträgt 135% (2015: 100%).

Die Zinsaufwandsquote (1,2%) hat sich gegenüber dem Vorjahr (1,3%) verringert.

Der Cashflow in Höhe von 19.965 T€ (2015: 22.356 T€) hat sich gegenüber dem Vorjahr verringert.

Die Gesamtkapitalrentabilität ist mit 11% (2015: 12%) nahezu unverändert geblieben.

Die Investitionsausgaben betrafen in 2016 Investitionen in die Leitungsnetze und die zugehörigen Anlagen in den Sparten Strom (1,9 Mio. €), Gas (0,6 Mio. €) und Wärme (1,0 Mio. €). Des Weiteren wurden ca. 0,2 Mio. € in die Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie ca. 0,3 Mio. € in die Hard- und Software investiert.

Der Liquiditätsbestand betrug stichtagsbedingt zum 31.Dezember 2016 ca. 13,4 Mio. € (2015: 6,0 Mio. €).

Die Gesellschaft konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr ihren finanziellen Verpflichtungen jederzeit nachkommen.

Ertragslage

Das operative Ergebnis beläuft sich auf 10,5 Mio. € und liegt damit um ca. 0,5 Mio. € über dem Vorjahresergebnis.

Die Umsatzerlöse (84,6 Mio. €, 2015: 81,8 Mio. €) sind leicht gestiegen. Die Umsatzrendite beläuft sich auf 12,4% (2015: 12,3 %).

Im Geschäftsbereich Strom-Vertrieb liegen die Absatzmengen auf Vorjahresniveau. Der rückläufige Trend im Netzgebiet der StWB, insbesondere im Haushaltskundenbereich, konnte durch die gestiegene Absatzmengen bei den exterritorialen Tarif- und Sondervertragskunden nahezu kompensiert werden.

Die Kooperationsvereinbarung mit den Stadtwerken Oranienburg wurde von den Stadtwerken Oranienburg zum 31.12.2016 gekündigt; mit den Städtischen Betriebswerken Luckenwalde wird die Kooperation fortgesetzt. Die Abrechnung der für die Kooperationspartner gehandelten Mengen erfolgt direkt mit dem Lieferanten und wird nicht mehr über StWB abgewickelt.

Die Inanspruchnahme des StWB-Stromnetzes durch fremde Händler stieg um ca. 2,0 GWh auf rd. 124 GWh. Mengen- und preisbedingt ist der Umsatz um ca. 0,5 Mio. € gegenüber dem Vorjahr gestiegen (5,7 Mio. €, 2015: 5,2 Mio. €). Die Aufwendungen für das vorgelagerte Netz sind im Geschäftsjahr 2016 um ca. 1,2 Mio. € gestiegen.

Der Umsatz in der Stromeinspeisung liegt um ca. 0,3 Mio. € über dem Vorjahresniveau (3,3 Mio. €, 2015: 3,0 Mio. €). Geringere Umsatzerlöse aus dem Verkauf des Stromes am Terminmarkt konnten durch die rückwirkend zum 1. Januar 2016 gewährte Bestandsförderung gemäß novellierten KWK-Gesetz kompensiert werden.

Im Geschäftsbereich Gas-Vertrieb konnten die Absatzmengen im Tarifikundengeschäft um rd. 12 GWh gesteigert werden (289 GWh, 2015: 277 GWh). Die Umsatzerlöse stiegen um ca. 0,3 Mio. € auf 13,8 Mio. €.

Die Inanspruchnahme des StWB-Gasnetzes durch fremde Händler ist in 2016 um 61 GWh auf 568 GWh gesunken. Aufgrund gestiegener Netznutzungsentgelte ist der Umsatz trotzdem um 0,3 Mio. € auf 2,6 Mio. € gestiegen.

Im Geschäftsbereich Wärmeversorgung liegen die Absatzmengen über dem Vorjahr (168 GWh, 2015: 164 GWh). Die Umsatzerlöse sind aufgrund neuer Festpreisverträge um 0,5 Mio. € auf 14,8 Mio. € gesunken.

Die sonstigen betrieblichen Erträge (4,2 Mio. €, 2015: 8,4 Mio. €) liegen in 2016 aufgrund von in 2015 vorgenommenen Auflösungen von Rückstellungen sowie die Auflösung von Sonderposten im Zusammenhang mit außerplanmäßigen Abschreibungen unter Vorjahr.

Der Materialaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken (53,5 Mio. €, 2015: 54,1 Mio. €).

Die Abschreibungen liegen unter dem Vorjahresniveau (7,9 Mio. €, 2015: 9,8 Mio. €). Dies ist zum größten Teil auf geringere außerplanmäßige Abschreibungen in 2016 zurückzuführen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind gegenüber 2015 gestiegen (7,2 Mio. €, 2015: 6,8 Mio. €).

Der Jahresüberschuss in Höhe von 11,9 Mio. € liegt um rd. 0,5 Mio. € unter dem Ergebnis des letzten Jahres.

Die Finanzlage ist als gut, die Vermögens- und Ertragslage sind als sehr gut einzuschätzen. Die Eigenkapitalquote beträgt 50% (2015: 48%).

Aufgrund der mit den Hausbanken vereinbarten Kreditlinien können die geplanten Investitionen problemlos getätigt werden.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Der sich aus der lokalen Präsenz ergebende persönliche Kundenkontakt stellt einen wesentlichen Beitrag zum Erfolg des Unternehmens dar. Ein breites Produktportfolio ermöglicht es dem Unternehmen, die Energielieferung individuell auf die Bedürfnisse des Kunden auszurichten.

Trotz zunehmenden Wettbewerbs konnte StWB sich auf dem angestammten lokalen Markt gut behaupten. Das gelingt zum einen durch den Ausbau der Onlineaktivitäten und einer daraus resultierenden Effizienzsteigerung sowie eine Optimierung der Beschaffungskosten durch einen strukturierten Energieeinkauf. Die sich daraus ergebenden Kostenvorteile werden an die Kunden der StWB weitergegeben.

Das Unternehmen verfolgt eine Wachstumsstrategie, wobei sich die Aktivitäten weitestgehend im Haushalts- und Gewerbekundenbereich auf den ostdeutschen Raum beschränken.

Die StWB setzt weiter auf den Ausbau sowie die Optimierung der Fernwärmeversorgung. Der zukünftigen Herausforderung einer regionalen, umwelt- und klimafreundlichen Versorgung der Kunden mit Strom, Gas und Wärme stellt sich das Unternehmen durch den Einsatz hocheffizienter Erzeugungs- und Verteileranlagen.

Als Netzbetreiber für das Strom- und Gasnetz der Stadt Brandenburg an der Havel sind die regulatorischen Rahmenbedingungen maßgeblich. Die StWB trifft hierbei die Entscheidungen hinsichtlich Investitionen und Instandhaltung unter Beachtung der Gesichtspunkte Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit.

In der künftig stärker digitalisierten Energiewirtschaft sieht das Unternehmen die Chance, sich vom klassischen Energieversorger hin zum umfassenden Energiemanager zu entwickeln, da alle Akteure – Netzbetreiber, Energieversorger, Vertriebe, private Haushalte, Unternehmen und Speicherbetreiber – miteinander vernetzt werden. Ein erster konzeptioneller Ansatz hierzu war das aktive gestalterische Begleiten des Klimaschutzkonzeptes für die Stadt Brandenburg an der Havel. Die zunehmende Digitalisierung schafft auch die Möglichkeit, interne Geschäftsprozesse zu automatisieren und die Kundenkommunikation entsprechend neu aufzubauen. Mit einem neu eingerichteten Kundenbeirat wird StWB diese Thematik intensiv diskutieren, um auch zukünftig den sich verändernden Kundenwünschen gerecht zu werden.

Auch die Einbindung in den Stadtkonzern eröffnet die Chance, die Energiewende auf kommunaler Ebene durch Vernetzung und intelligente Steuerung zu erreichen. Beispielhaft sind hier zu nennen: neue Mobilitätskonzepte im ÖPNV oder die gemeinsame Quartierentwicklung mit städtischen Wohnungsunternehmen.

Diese Nähe zum Kunden, die regionale Verwurzelung und die Tatsache, dass die gesamte Wertschöpfungskette – Erzeugung, Verteilung und Vertrieb – abgedeckt wird, bieten Vorteile gegenüber anderen Wettbewerbern.

Es ist davon auszugehen, dass zur Kompensation des Margenrückgangs im angestammten Geschäft Investitionen in neue Geschäftsfelder notwendig werden. Die daraus resultierende Steigerung der Anlagenintensität bedingt einen erhöhten Kapitalbedarf, der durch eine dem-

entsprechende Ausschüttungspolitik im Hinblick auf eine ausgeglichene Kapitalstruktur gedeckt werden sollte.

Prognosebericht

Beim Gas wurden die günstigeren Einkaufskonditionen zum 1. Januar 2017 an die Privat- und Gewerbekunden weiter gegeben. Neben der Preissenkung im Gas in Höhe von brutto 0,40 ct/kWh wurden den Kunden zusätzlich Festpreisprodukte für Strom und Gas mit einem Rabatt von brutto 1,20 ct/kWh angeboten. Die Responsequote beträgt beim Strom 59% und beim Gas 69%. Das belegt die Attraktivität dieser Produkte bei den Kunden.

Die staatlichen Umlagen für Strom sind zum 1. Januar 2017 durch EEG, KWKG, § 19 Strom-NEV um ca. 0,50 ct/kWh gestiegen. Ebenso mussten viele Verteilnetzbetreiber ihre Netzentgelte beim Strom aufgrund der drastischen Erhöhung der Netzentgelte der Übertragungsnetzbetreiber deutlich anpassen. Diese Entwicklung konnte nur teilweise durch bessere Beschaffungskonditionen abgeschwächt werden. Daher mussten die Strompreise im Privat- und Gewerbekundensegment zum 1. Januar 2017 um brutto 1,34 ct/kWh erhöht werden.

Weitere Eingriffe in den Rechtsrahmen der Energiewirtschaft, die Steigerung bestehender Umlagen sowie teilweise Erhöhungen von Netzentgelten führen in Summe zu Unsicherheiten bei den Verbrauchern und damit in der Vertriebsarbeit.

Die Kundenakquise im näheren Umland wird ausgebaut, so dass weitere Absatzsteigerungen im Sonderkundenbereich zu erwarten sind.

In der Wärmeversorgung liegen weitere Anfragen für den Anschluss an das Fernwärmenetz, insbesondere für die Klingenbergstraße, August-Bebel-Straße sowie für eine Nahwärmeversorgung in der Einsteinstraße vor.

Trotz der Vertriebsaktivitäten mit dem Ziel der Steigerung der Absatzmengen rechnet die StWB mit sinkenden Umsatzerlösen. Die günstigen Einkaufskonditionen, insbesondere bei der Gasbeschaffung, können den Margenverfall, bedingt durch den Wettbewerbsdruck, nicht kompensieren. Das Ergebnis vor Steuern wird für das Geschäftsjahr 2017 voraussichtlich ca. 10,0 Mio. € betragen.

Das geplante Investitionsvolumen beläuft sich auf ca. 4,5 Mio. €. Davon sollen 1,2 Mio. € in das Stromnetz sowie 0,7 Mio. € in das Gasnetz fließen. Weitere Investitionen sind für die Erneuerung und Ausbau des Fernwärmenetzes sowie für die Nahwärmeanlagen von insgesamt 1,4 Mio. € geplant. Zudem sollen ca. 1,2 Mio. € in die Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Informationstechnik einschließlich Hard- und Software investiert werden.

Die Finanzierung der geplanten Investitionen wird aus dem Cashflow der laufenden Geschäftstätigkeit erfolgen.

Trotz des schwierigen Marktumfeldes wird die StWB durch Optimierung der internen Prozesse und Nutzung der sich am Markt ergebenden Chancen durch Diversifikation der Produktpalette aktiv daran arbeiten, seine Position als erfolgreicher und vor allem kundenorientierter Energiedienstleister weiter auszubauen.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Erhöhung Gewinnvortrag um 4.713.649,65 € nicht ausgeschütteter Gewinn aus 2015 gemäß Gesellschafterbeschluss vom 21.06.2016.
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Vom Jahresüberschuss 2015 in Höhe von 12.413.649,65 € wurden 7.700.000,00 € gemäß Beschluss vom 21.06.2016 an die Gesellschafter ausgeschüttet.
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2014	2015	2016
Aktivseite			
A. Anlagevermögen	94.835	89.819	85.890
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	727	889	787
II. Sachanlagen	61.149	55.970	52.143
III. Finanzanlagen	32.960	32.960	32.960
B. Umlaufvermögen	16.305	24.235	30.883
I. Vorräte	1.004	924	943
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	14.192	17.324	16.539
III. Kassenbestand, Guthaben	1.109	5.987	13.401
C. Rechnungsabgrenzungsposten	213	381	166
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensberechnung	94	125	253
Passivseite			
A. Eigenkapital	48.229	54.977	58.995
I. Gezeichnetes Kapital	8.181	8.200	8.200
II. Kapitalanteile	0	-491	-15
II. Kapitalrücklage	3.662	34.855	34.198
III. Gewinnrücklagen	623	0	4.714
IV. Gewinnvortrag	4.493	0	0
V. Jahresüberschuss	31.270	12.414	11.898
B. SoPo mit Rücklagenanteil	3.762	3.162	2.637
C. SoPo für Investitionszulagen	2.427	1.560	1.667
D. Baukostenzuschüsse	8.779	8.244	7.791
E. Rückstellungen	8.013	8.013	10.104
F. Verbindlichkeiten	40.220	38.589	35.992
G. Rechnungsabgrenzungsposten	17	15	7
Bilanzsumme	111.447	114.560	117.193

Ertragslage der Gesellschaft

GuV	(Angaben in T€)		
	2014	2015	2016
1. Umsatzerlöse	80.170	81.817	84.624
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	92	85	78
3. Sonstige betriebliche Erträge	22.753	8.421	4.211
4. Materialaufwand	-54.491	-54.081	-53.473
5. Personalaufwand	-9.434	-9.235	-9.103
6. Abschreibungen	-5.483	-9.787	-7.915
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-9.832	-6.833	-7.230
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	31	25	105
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.492	-1.054	-1.011
10. Erträge aus Beteiligungen	1.939	1.892	128
11. Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen	0	4.344	5.004
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	24.254	15.595	15.418
13. Außerordentliche Erträge	10.422	0	0
14. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-2.510	-2.832	-2.794
15. Sonstige Steuern	-895	-349	-726
16. Jahresergebnis	31.270	12.414	11.898

III.2.4.2.1 BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel

Geschäftsbereich

Trinkwasserversorgung und Abwasserbetrieb

Firmensitz

Upstallstr. 25
14772 Brandenburg an der Havel
Tel.: 03381/54 30
Fax: 03381/54 31 99
Internet: www.brawag.de

Gründung

Die BRAWAG (Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel) wurde auf der Grundlage des zwischen der Stadt Brandenburg an der Havel, der TWB (Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH), der Metallgesellschaft AG (MG) und der Westfälischen Ferngas AG (WFG) am 12.08.1993 geschlossenen Konsortialvertrages gegründet.

Die Metallgesellschaft hat mit Kauf- und Abtretungsverträgen vom 19.05.1998 ihren Geschäftsanteil an die TWB und an die Westfälische Ferngas AG mit Gewinnbezugsrecht ab 01.01.1998 veräußert.

Mit Kauf- und Abtretungsvertrag vom 08.10.2002 erwarben die Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH (StWB) die Anteile der TWB an der BRAWAG in Höhe von 67,55% und wurde somit zum Mehrheitsgesellschafter der BRAWAG.

Am 12.12.2005 haben die StWB den notariellen Kauf- und Abtretungsvertrag mit der RWE Energy AG über den Erwerb der Restbeteiligung von 32,45% an der BRAWAG unterzeichnet. Die BRAWAG ist nunmehr 100%-ige Tochter der StWB.

Die Stadt Brandenburg an der Havel hat die Trinkwasserversorgung auf die BRAWAG übertragen. Mit rechtlicher und wirtschaftlicher Wirkung wurde das der TWB zuvor von der Stadt Brandenburg an der Havel übertragene Trinkwasservermögen als Sacheinlage in die BRAWAG zum 01.07.1994 eingelegt.

Der Abwasserbetrieb wurde bereits am 24.06.1993 als eigenbetriebsähnliche Einrichtung gegründet. Bis zum Inkrafttreten der Eigenbetriebsverordnung des Landes Brandenburg als gesetzliche Grundlage für Eigenbetriebe am 27.03.1995 war der Abwasserbetrieb formalrechtlich wie ein als Eigenbetrieb geführter Regiebetrieb der Stadt anzusehen.

Der BRAWAG wurden die Aufgaben der Betriebsführung des städtischen Abwasserbetriebs mit wirtschaftlicher und rechtlicher Wirkung zum 01.07.1994 übertragen.

Mit Vertrag vom 24.08.1998 übertrug die Stadt Brandenburg an der Havel ihren Abwassereigenbetrieb im Wege der Ausgliederung nach den §§ 168, 123 ff. Umwandlungsgesetz (UmwG) auf die BRAWAG mit Ausgliederungstichtag 01.01.1998. Das übertragene Vermögen ging mit Eintragung in das Handelsregister am 21.12.1998 mit dinglicher Wirkung auf den übernehmenden Rechtsträger BRAWAG über.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 6.646.794,46 €

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt zum 31. Dezember 2006 TDM 13.000 (=6.647 T€). Die Umstellung auf Euro steht bislang noch aus.

StWB GmbH & Co. KG 100%

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft hat keine Tochterunternehmen und ist an keinem Unternehmen wesentlich beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag datiert vom 24. August 1998. Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam unter der HRB-Nr. 67 22P eingetragen.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Uwe Müller

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung wird seit 08.10.2002 durch die Geschäftsführung der StWB wahrgenommen.

Im Geschäftsjahr 2016 fanden zwei Gesellschafterversammlungen statt.

Gegenstand

Planung, Finanzierung, Bau und Betrieb von Einrichtungen der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Klärschlamm Entsorgung, fachliche Beratung in diesen Bereichen sowie die Übernahme aller Werk- oder Dienstleistungen für Unternehmen der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Klärschlamm Entsorgung.

Gegenstand ist insbesondere der Betrieb von derartigen Einrichtungen für Dritte auf Grund von Betreiber- und Dienstleistungsverträgen. Die Gesellschaft ist ein Ver- und Entsorgungsunternehmen. Es beliefert seine Kunden mit Trinkwasser, das durch eigene Anlagen gefördert,

erzeugt und transportiert wird. Des Weiteren betreibt sie auf Grundlage eines Betreibervertrages mit eigenen Anlagen die Abwasserbehandlung und Abwasserentsorgung für die Stadt Brandenburg an der Havel. Dafür erstattet die Stadt Brandenburg an der Havel der BRAWAG den zur Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen vereinbarten Selbstkostenfestpreis.

Öffentlicher Zweck

Gemäß § 2 Abs. 1 der Kommunalverfassung des Land Brandenburg (BbgKVerf) erfüllt die Gemeinde alle Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung. Hierzu gehört gemäß § 2 Abs. 2 BbgKVerf auch die Versorgung mit Wasser sowie die Abwasserbeseitigung und -behandlung. Diese Aufgaben werden konkretisiert durch § 59 und § 66 des Brandenburgischen Wassergesetzes. Weitere zu beachtende Grundlagen sind die Trinkwasserversorgungssatzung, die Grubensatzung, die Entwässerungssatzung und Abwassergebührensatzung der Stadt Brandenburg an der Havel. In diesem Zusammenhang bedient sich die Stadt Brandenburg an der Havel der BRAWAG.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2014	2015	2016
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	98%	97%	96%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	59%	57%	58%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	75%	78%	81%
Zinsaufwandquote	3,6%	3,4%	2,7%
Liquidität 3. Grades	9%	18%	23%
Cashflow	26.388 T€	8.759 T€	9.547 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	18%	6%	7%
Umsatz	19.803 T€	20.039 T€	20.822 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	14.736 T€	0 T€	0 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	13%	13%	13%
Anzahl der Mitarbeiter	40	44	44

Lagebericht der Gesellschaft

Geschäftsverlauf

Die verkaufte Trinkwassermenge ist im Vergleich zum Vorjahr um 0,9% gestiegen.

Die auf die Kläranlage auf geleiteten Mengen sind in Folge geringerer Niederschlagsmengen gegenüber dem Vorjahr um ca. 0,7% gesunken.

Im Geschäftsjahr 2016 hat sich die Anzahl der Schäden im Trinkwassernetz gegenüber dem Vorjahr leicht verschlechtert (37, 2015: 18). Der Anstieg ist hauptsächlich auf die angestrebte Druckerhöhung von 2,4 auf 4,4 bar im Versorgungsgebiet Kirchmöser und den damit verbundenen Rohrbrüchen zurückzuführen; die Schwachstellen wurden in der Zwischenzeit beseitigt. Die TW-Leitung DN 400 Silokanal sowie die TW-Leitung Ziesarer Landstraße mit je 2 Rohrbrüchen in 2016 werden 2017 saniert. Die Anzahl der Störungen ist an Abwasserhauptleitungen von 112 auf 93, an Abwasserpumpwerken von 359 auf 301 und auf der Kläranlage Briest von 447 auf 378 gesunken.

Die Qualität des an die Kunden gelieferten Trinkwassers entsprach ganzjährig weitestgehend den Vorgaben der Trinkwasserverordnung. Im IV. Quartal 2016 und im I. Quartal 2017 wurden die Grenzwerte Koloniezahl bei 22°C und 36°C sowie Trübung überschritten. Als Ursache für die Belastung des Trinkwassers konnte ein einmaliger Eintrag von Staub während der Bauarbeiten im Wasserwerk Mahlenzien ermittelt werden. Die Problematik ist mittlerweile gelöst.

Trinkwasser

Versorgungsmengen	Leitungsnetz	Trinkwasserhausanschlüsse
- durchschnittlich 10.500 m ³ täglich	- Hauptleitungen = 94,19 km - Versorgungsleitungen = 292,29 km - Hausanschlussleitungen = 137,3 km - die größten Leitungen haben einen Durchmesser von 800 mm	- 12.095 Stück im Versorgungsgebiet

Abwasser

Entsorgungsmengen	Leitungsnetz
- Trockenwetter: ca. 9.000 m ³ /d - Regenwetter: bis zu 33.000 m ³ /d	- Abwasserdruckleitungen: 76,3 km - Mischwassersammler: 56,5 km - Schmutzwassersammler: 166,3 km - Regenwassersammler: 109,6 km - begehbare Kanäle: 3,9 km - Anzahl Hausanschlüsse: 10.350 Stück

Der Abwasser-Anschlussgrad bezogen auf die Einwohner im Versorgungsgebiet beträgt 92,12%.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse von insgesamt 20,8 Mio. € sind gegenüber dem Vorjahr um 3,9% gestiegen.

Die Umsatzerlöse aus Trinkwasserverkauf (7,1 Mio. €) liegen leicht über dem Vorjahr. Die Umsatzrendite beläuft sich auf 24,0% (2015: 21,7%). Das Betreiberentgelt für den Betrieb der Abwasserentsorgungseinrichtungen ist gegenüber dem Vorjahr um 3,1% auf 12,4 Mio. € netto gestiegen.

Im Geschäftsjahr wurden mehr Hausanschlüsse hergestellt und abgerechnet (0,3 Mio. €, 2015: 0,2 Mio. €).

Die sonstigen betrieblichen Erträge (0,4 Mio. €, 2015: 0,5 Mio. €) sind im Wesentlichen durch geringere Auflösung von Rückstellungen gegenüber dem Vorjahr um 0,1 Mio. € gesunken.

Der Materialaufwand beträgt 4,9 Mio. € (2015: 5,0 Mio. €) und ist im Wesentlichen gegenüber dem Vorjahr durch geringere sonstige Fremdleistungen gesunken.

Der Personalaufwand (2,6 Mio. €) liegt annähernd auf Vorjahresniveau.

Das Finanzergebnis beträgt -0,6 Mio. € und liegt 0,1 Mio. € über dem Vorjahr.

Die ausgewiesenen Ertragssteuern -0,1 Mio. € im Geschäftsjahr betreffen Steuerrückstellungen für Vorjahre, die aufgrund der zurzeit laufenden Betriebsprüfung für die Jahre 2010 bis 2013 gebildet wurden.

Die Gesellschaft weist zum 31. Dezember 2016 ein Jahresergebnis von 0,00 € aus. Grund hierfür ist der in 2015 abgeschlossene Ergebnisabführungsvertrag zwischen der BRAWAG und der StWB KG. Die BRAWAG führt ihren Jahresgewinn 2016 in Höhe von 5.004 T€ an die StWB als Muttergesellschaft ab.

Vermögens- und Finanzlage sowie Investitionen

Das Vermögen der BRAWAG (Anlagenquote) setzt sich zu 96,1% (2015: 96,8%) aus dem Anlagevermögen zusammen. Es beinhaltet die Trink- und Abwassernetze, die Wassergewinnungs-, Wasseraufbereitungs- und Wasserspeicherungsanlagen, Pumpwerke und die Kläranlage Brandenburg-Briest.

Im Geschäftsjahr 2016 wurden insgesamt 2,7 Mio. € (2015: 2,4 Mio. €) investiert, davon 1,1 Mio. € (2015: 1,1 Mio. €) im Trinkwasserbereich, 1,5 Mio. € (2015: 1,2 Mio. €) im Abwasserbereich und 0,1 Mio. € (2015: 0,1 Mio. €) im Verwaltungsbereich. Schwerpunkte waren die Projekte Erneuerung Trinkwasserleitungen Schmöllner Weg, Gertrud-Piter-Platz und Thüringer Straße. Des Weiteren wurden Regenwasserleitungen in der W.-Alexis-Straße und der Johann-Strauß-Straße erneuert. Zudem erfolgten der Neubau des Pumpwerks Potsdamer Landstraße und die Erneuerung des Zwischenpumpwerks auf der Kläranlage Briest.

Das Eigenkapital in Höhe von 48,3 Mio. € liegt aufgrund der gesamten Ergebnisabführung auf Vorjahresniveau. Die Eigenkapitalquote hat sich gegenüber dem Vorjahr verbessert (58%, 2015: 57%).

Bei dem Fremdkapital sind die Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter (5,1 Mio. €, 2015: 4,4 Mio. €) gestiegen. Das ist im Wesentlichen auf das höhere Ergebnis im Geschäftsjahr gegenüber dem Vorjahr zurückzuführen. Die Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Brandenburg an der Havel haben sich um 0,8 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr verringert. Die Bankverbindlichkeiten (19,5 Mio. €, 2015: 20,6 Mio. €) sind gesunken. Die Lieferantenverbindlichkeiten (0,5 Mio. €, 2015: 0,5 Mio. €) liegen auf Vorjahresniveau. Der Neuaufnahme von Darlehen (2,5 Mio. €) stehen Tilgungen (3,6 Mio. €) bei den Kreditinstituten gegenüber.

Die Gesellschaft konnte ihren finanziellen Verpflichtungen im gesamten Geschäftsjahr jederzeit nachkommen. Der Liquiditätsbestand betrug zum Jahresende 2,4 Mio. € (2015: 2,0 Mio. €). Die Liquidität 3. Grades hat sich um 5% verbessert und beläuft sich auf 23%.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Der Trinkwasserpreis bleibt in 2017 konstant. Das Betreiberentgelt für den Betrieb der BRAWAG-eigenen Abwasseranlagen als Selbstkostenfestpreis gemäß Betreibervertrag mit der Stadt Brandenburg an der Havel für 2017 beträgt 12.540.983 € netto und wurde durch die Stadt Brandenburg an der Havel bestätigt.

Insgesamt geht BRAWAG von leicht sinkenden Umsatzerlösen in 2017 gegenüber 2016 aus.

Das geplante Investitionsvolumen der BRAWAG für das Jahr 2017 beträgt 3,5 Mio. €. Davon sollen 3,0 Mio. € in Erneuerung, Neubau und Ausbau von Trink- und Abwasserleitungen fließen. Weitere Investitionsmaßnahmen sind für das Wasserwerk Kaltenhausen (0,1 Mio. €) sowie für die Kläranlage Briest (0,2 Mio. €) geplant. Außerdem werden 0,2 Mio. € in Betriebs- und Geschäftsausstattung investiert.

Die Finanzierung der geplanten Investitionen wird aus dem Cashflow der laufenden Geschäftstätigkeit und geplanten Darlehensneuaufnahmen erfolgen.

Das Ergebnis vor Steuern der BRAWAG wird voraussichtlich 4,5 Mio. € betragen.

Aus der Nachkalkulation der Gebühren der Stadt Brandenburg an der Havel für Schmutz- und Niederschlagswasser für das Jahr 2015 ergibt sich eine Überdeckung, die in 2017 gebührenwirksam ausgeglichen wird. Die Schmutzwassermengengebühr sowie die Aufleitgebühr betragen demnach 3,05 €/m³, die Niederschlagswassergebühr 1,02 €/m² und die Grundwassereinleitgebühr 1,70 €/m³ zum 1. Januar 2017.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Ab 2015 Ergebnisabführungsvertrag, gezeigt als Verbindlichkeit an Gesellschafter StWB.
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Betreiberentgelt gemäß Betreibervertrag (vom 12.01.1999) in Höhe von 12.449.275,00 € netto für das Jahr 2016.

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2014	2015	2016
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	83.813	81.815	79.917
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	279	175	103
II. Sachanlagen	83.534	81.640	79.814
B. Umlaufvermögen	1.271	2.627	3.169
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	929	658	772
III. Kassenbestand, Guthaben	342	1.969	2.397
C. Rechnungsabgrenzungsposten	246	80	44
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	50.120	48.320	48.320
I. Gezeichnetes Kapital	6.647	6.647	6.647
II. Kapitalrücklage	20.533	20.533	20.533
III. Gewinnrücklagen	8.204	21.140	21.140
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	0
V. Jahresfehlbetrag/-überschuss	14.736	0	0
B. Sonderposten	6.398	6.715	6.451
C. Rückstellungen	1.256	1.203	1.417
D. Verbindlichkeiten	27.486	28.217	26.878
E. Rechnungsabgrenzungsposten	70	67	64
Bilanzsumme	85.330	84.522	83.130

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2014	2015	2016
1. Umsatzerlöse	19.803	20.039	20.822
2. Aktivierte Eigenleistungen	165	50	57
3. Sonstige betriebliche Erträge	4.173	508	373
4. Materialaufwand	-5.387	-5.025	-4.896
5. Personalaufwand	-2.586	-2.601	-2.644
6. Abschreibungen	-3.694	-4.415	-4.542
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.930	-3.511	-3.465
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	3	1
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-714	-686	-567
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	7.832	4.361	5.139
11. Außerordentliche Erträge	8.496	0	0
12. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-1.575	0	-116
13. Sonstige Steuern	-17	-17	-18
14. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführter Gewinn	0	-4.344	-5.004
15. Jahresergebnis	14.736	0	0

III.2.4.2.2 BDL Brandenburger Dienstleistungen GmbH

Geschäftsbereich

Servicegesellschaft (z.B. Hausmeisterservice, Gebäudedienstleistungen usw.)

Firmensitz

Am Industriegelände 7
14772 Brandenburg an der Havel

Tel.: 03381/797 24 11

Fax: 03381/797 24 29

E-mail: info@bdl-brb.de

Internet: www.bdl-brb.de

Gründung

Der frühere VEB Dienstleistungsbetrieb wurde am 01.06.1990 in die Brandenburger Dienstleistungen GmbH (BDL) umgewandelt.

Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam im Handelsregister unter der HRB Nr. 365P seit dem 10. August 1990 eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	434.600,00 €
--------------	--------------

StWB GmbH & Co. KG	100%
--------------------	------

Die Gesellschaft ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH & Co. KG (StWB); oberstes Mutterunternehmen sind die Technischen Werke Brandenburg an der Havel GmbH. Die BDL wird sowohl in den Teilkonzernabschluss der StWB GmbH & Co. KG als auch in den Konzernabschluss der Technische Werke Brandenburg GmbH, Brandenburg an der Havel, als Muttergesellschaft der StWB GmbH & Co. KG einbezogen.

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag datiert vom 27. Januar 2004.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Holger Ulbricht

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung erfolgt durch die Geschäftsführung der StWB. Im Geschäftsjahr 2016 haben drei Gesellschafterversammlungen stattgefunden. Gesonderte Ausschüsse bestehen nicht.

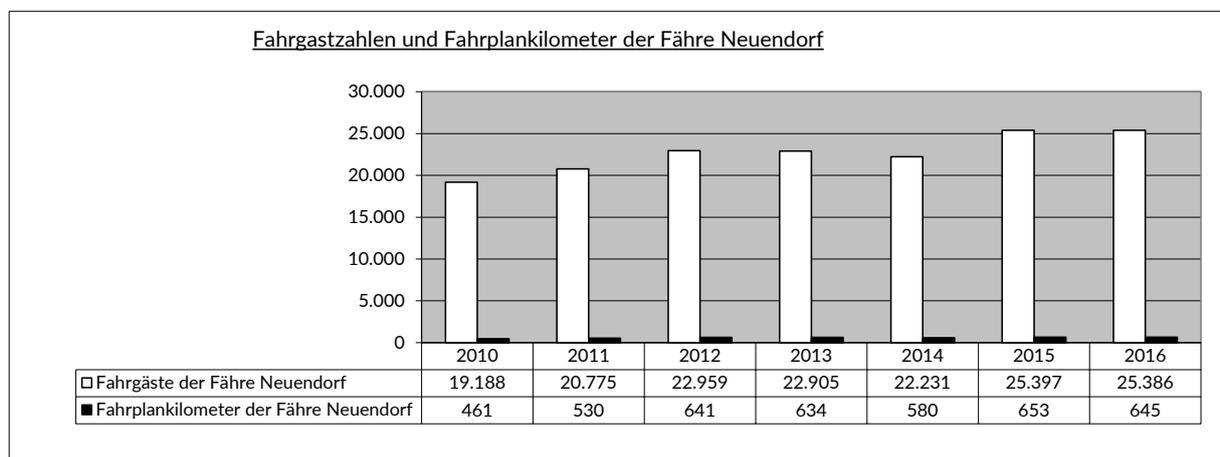
Gegenstand

- Übernahme von kaufmännischen und technischen Betriebsführungen
- Erbringung von kaufmännischen und technischen Dienstleistungen für Dritte
- Übernahme von Werk- und Dienstleistungen bezüglich von Anlagen der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Klärschlamm Entsorgung einschließlich deren Betrieb im eigenen Namen für Dritte
- Ausführung von Gebäudedienstleistungen und Hausbetreuungs-, Hausmeister- und Abrechnungsdienste
- Erbringung von EDV-Dienstleistungen sowie die Installation, Instandhaltung, Wartung derselben
- Betrieb und Wartung von Heizungs- und Sanitäranlagen im eigenen Namen für Dritte
- Betreiber der Fähre Neuendorf

Öffentlicher Zweck

Die BDL unterstützt als Service-Gesellschaft die StWB in der Erfüllung ihres öffentlichen Zwecks.

Statistische Angaben



Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2014	2015	2016
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	39%	30%	25%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	81%	75%	73%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	208%	255%	288%
Zinsaufwandquote	0,01%	0,00%	8,00%
Liquidität 3. Grades	325%	283%	273%
Cashflow	322 T€	389 T€	575 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	10%	13%	16%
Umsatz	2.947 T€	2.988 T€	3.441 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	147 T€	223 T€	372 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	67%	66%	63%
Anzahl der Mitarbeiter	66	64	64

Lagebericht der Gesellschaft

Im zurückliegenden Geschäftsjahr gliederte sich die Brandenburger Dienstleistungen GmbH in folgende Abteilungen:

- **Technischer Bereich**

- **Technischer Dienst** mit den Arbeitsbereichen Zählerwesen (Plantausch, Ablesung, Lager, Inkasso) der Medien Strom, Gas und Wasser, Hausanschlusskontrollen sowie Hauswartleistungen

- **Wärmemess- und Abrechnungsdienst** mit den Arbeitsbereichen Vermietung und Ablesung der Wohnungswasser- und Wärmezähler sowie Heizkostenverteiler und Erstellung der verbrauchsabhängigen Abrechnung
- Betrieb der **Havelfähre Neuendorf** (im Auftrag der VBB)
- Objektbezogene Dienstleistungen auf der **Regattastrecke "Beetzsee"**
- **Freiflächenpflege und Landschaftsbau** mit den Arbeitsbereichen Freiflächenpflege und Winterdienst, Landschaftsbau und bautechnische Dienstleistungen, Sonstige allgemeine Dienstleistungen
- **Hausbetreuung und Gebäudemanagement** mit den Arbeitsbereichen Glas- und Gebäudereinigung, Treppenhausreinigung, Maschinelle Gehwegreinigung, Graffitidienst
- **Wasser- und Abwassertechnik** mit den Arbeitsbereichen Rohr- und Kanalreinigung und Wartung von Abwasserpumpwerken sowie in Kooperation mit Fachunternehmen - TV-Kanalbefahrung einschließlich digitaler Dokumentation

Geschäftsverlauf

Die BDL hat im Geschäftsjahr 2016 Umsatzerlöse deutlich über dem Vorjahresniveau erwirtschaftet. Die Steigerung betrug mehr als 15% und weist einen Umsatz aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von 3.441 T€ (2015: 2.988 T€) aus. Durch die Steigerung des Umsatzes und der sonstigen betrieblichen Erträge (116,4 T€, 2015: 72,9 T€) wurde verbunden mit einer weiteren Optimierung des betrieblichen Aufwendungen und trotz Erhöhung des Personalaufwandes und der Abschreibungen ein ordentliches Betriebsergebnis von 566,5 T€ (2015: 326,1 T€) erzielt.

Das Geschäftsjahr 2016 war speziell im Bereich Freiflächenpflege gekennzeichnet von einem ab dem April 2016 wirksam werdenden MEBRA-Nachunternehmerauftrag der Stadt Brandenburg an der Havel zur maschinellen Gehwegreinigung und Pflege des öffentlichen Straßenbegleitgrüns sowie des Winterdienst für Straßenquerungen und Haltestellen des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV).

Hinzu kamen eine Reihe von akquirierten Sonderaufträgen, die insbesondere in den Monaten außerhalb der Vegetationsperiode die Auslastung der Mitarbeiter deutlich verbesserte und somit zu dem sehr positiven Geschäftsverlauf 2016 beitrugen.

Es hat sich auch im zurückliegenden Berichtszeitraum bestätigt, dass die Ausrichtung der Gesellschaft mit ihrem breiten Spektrum an Dienstleistungen sowie die im Unternehmen nachhaltig entwickelte Kundenorientierung erfolgversprechende Faktoren sind.

Im zurückliegenden Geschäftsjahr ist es wiederholt gelungen, Aufträge mit einer hohen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit zu akquirieren bzw. fortzuführen und diese zur vollen Zufriedenheit der Kunden zu realisieren. Beispiele hierfür sind die Erbringung von objektbezogenen technischen Dienstleistungen auf der Regattastrecke "Beetzsee", der Auftrag zur Bestreifung und Beseitigung von Farbschmierereien an Objekten der Stadt Brandenburg an

der Havel, der Betrieb der touristisch wichtigen Havelfähre Neuendorf sowie nicht zuletzt in Kooperation mit dem kommunalen Entsorgungsbetrieb MEBRA mbH.

Ertragslage

Als Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit werden 567 T€ ausgewiesen, was einem Plus gegenüber dem Wirtschaftsplan 2016 von +426 T€ (+302%) und im Vergleich zum Vorjahr von +241 T€ (+73,9%) entspricht.

Der Jahresüberschuss nach Steuern beträgt im Geschäftsjahr 372 T€ (2015: 223 T€) und liegt mit 275 T€ über dem geplanten Jahresüberschuss von 97 T€.

Die Ergebnisverbesserung ist in der erhöhten Betriebsleistung sowie dem im Verhältnis zur Umsatzsteigerung geringeren sonstigen betrieblichen Aufwand begründet.

Aus den Kerngeschäften der Gesellschaft wurden Umsatzerlöse mit 3.441 T€ erzielt. Sie lagen mit 476 T€ (+16,0%) deutlich über dem geplanten Wert in Höhe von 2.965 T€ und 453 T€ (+15,2%) über dem Vorjahreswert von 2.988 T€.

Die Umsatzrendite beläuft sich auf 10,8% (2015: 7,5%).

Der Materialaufwand in Höhe von 330 T€ lag mit -20 T€ unter dem Planansatz für das Jahr 2016, jedoch 29 T€ über dem Ist des Vorjahres. Die größten Steigerungen gegenüber dem Vorjahr lagen hier beim Bezug von Treibstoffen (+4,3 T€ = +7,7%), bedingt durch Auftragsmehrungen beim Materialeinkauf (+11,7 T€ = +17,2%) sowie in einer Steigerung bei den bezogenen Leistungen speziell im Bereich Abwassertechnik (+14,2 T€ = +12,3%).

Die Personalaufwendungen betragen 2.156 T€ und überschreiten den Planansatz nicht im kongruenten Verhältnis zur eingetretenen Umsatzsteigerung um 126 T€ (+6,2%). Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr beträgt +179 T€ (+9,0%). Grund dafür sind eine effektive Personalplanung verbunden mit einer verbesserten Auslastung bei der Auftragsabarbeitung sowie der kostengünstigere Einsatz von Aushilfskräften bei Auftragsspitzen.

Die Abschreibungen liegen mit 203 T€ deutlich (+29 T€ = +16,7%) über dem Planansatz 2016 und +37 T€ über dem Vorjahresniveau. Ursache für den Anstieg ist die Anschaffung von zwei Kleinkehrmaschinen zu einem Gesamtwert von 172 T€ im April 2016 auf Basis einer Änderung des Investitionsplanes 2016 im Zuge eines Umlauf-Gesellschafterbeschlusses.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen blieben trotz des signifikant höheren Umsatzes im Kerngeschäft mit 302 T€ fast auf Planniveau (305 T€) und überschritten den Vorjahreswert von 291 T€, im Verhältnis zum Umsatzplus von 16% nur marginal um 3,8%. In diesem Bereich gab es in den vergangenen Jahren eine Reihe von Optimierungsprozesse. Diese Prozesse waren sehr ergebnisfördernd. Weitere Optimierungen sind nunmehr aber nur noch mit kleineren Auswirkungen umzusetzen.

Vermögens- und Finanzlage

Im Geschäftsjahr 2016 erhöhte sich die Bilanzsumme um 501 T€ auf 2.267 T€, was insbesondere in der Erhöhung des Kassenbestandes (Bankguthaben) begründet ist.

Das Anlagevermögen per 31. Dezember 2016 erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr von 521 T€ auf 572 T€ auf Grund der im Vergleich zu den Abschreibungen höheren Investitionen. Investiert wurden im Wesentlichen mit 189 T€ in Fahrzeuge, mit 41 T€ in Mess- und Zählgeräte sowie mit 19 T€ in übrige Betriebs- und Geschäftsausstattung. Die Anlagenquote beläuft sich somit per 31.12.2016 auf 25,2% (2015: 29,5%).

Das Eigenkapital erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 322 T€ auf 1.646 T€. Dies ist dem gegenüber der Gewinnausschüttung im Geschäftsjahr 2016 höheren Jahresüberschuss 2016 begründet. Die Eigenkapitalquote beläuft sich auf 72,7% (2015: 75,1%).

Der Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit 252 T€ (2015: 131 T€) und Gewinnausschüttung (50 T€) konnte durch den Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit 779 T€ (2015: 650 T€) vollständig gedeckt werden. Die Liquidität betrug zum 31. Dezember 2016 1.306 T€ (2015: 830 T€).

Der Gesellschaft war es 2016 zu jeder Zeit möglich, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Außerbilanzielle Verpflichtungen bestehen wie im Vorjahr nicht.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Im Geschäftsjahr 2017 sollen die zu veränderten Bedingungen bestehenden vertraglichen Beziehungen mit Bestandskunden wieder weiter ausgebaut und durch Neuakquise gestärkt sowie die internen Arbeitsabläufe nach den strukturellen und personellen Veränderungen des Jahres 2016 wieder optimiert werden. Entwicklungsmöglichkeiten werden im Bereich der Freiflächenpflege durch die Übernahme neuer, zusätzlicher Aufträge (maschinelle Gehwegreinigung, Erweiterung des Leistungsportfolios), im Bereich des Wärmemess- und Abrechnungsdienstes sowie der Abteilung Technische Dienste mit dem Ausbau des Leistungsangebotes in Bezug auf Hausanschlusskontrollen, Zählerdienst und Jahresablesungen gesehen.

Die Erhöhung der bestehenden Preisstruktur konnte bei Bestandskunden auf Basis von veränderten Tarifabschlüssen von Flächentarifverträgen sowie Änderungen des Mindestlohngesetzes durchgesetzt werden. Daher wird es auch im Jahr 2017 verstärkt darauf ankommen, alle Kostenpositionen genauen Prüfungen zu unterziehen und selbst bei vermeintlich kleineren Ausgabebudgets eine Optimierung vordergründig umzusetzen.

Insgesamt sind für das Geschäftsjahr 2017 Investitionen in Höhe von 165 T€ geplant, welche aus dem laufenden Finanzmittelbestand der Gesellschaft finanziert werden.

Im Mittelpunkt der Geschäftstätigkeit steht weiterhin die Verbesserung der Kundenzufriedenheit und damit einhergehend die Stabilisierung bestehender Kundenbeziehungen. Neuakquisitionen werden bis auf den Bereich Abwassertechnik in allen Bereichen angestrebt.

Für das Geschäftsjahr 2017 wird mit einem positiven Jahresergebnis gerechnet.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Vom Jahresüberschuss 2016 (371.731,98 €) wurden 100.000 € an die Gesellschafter ausgeschüttet. Vom Jahresüberschuss 2016 (371.731,98 €) wurden 271.731,98 € in die Gewinnrücklagen eingestellt.
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Zwischen der BDL und der Stadt Brandenburg an der Havel bestehen vertraglich geregelte Leistungsbeziehungen zu marktüblichen Preisen.

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2014	2015	2016
Aktivseite			
A. Anlagevermögen	556	521	572
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2	11	7
II. Sachanlagen	554	509	565
B. Umlaufvermögen	863	1.245	1.695
I. Vorräte	0	0	2
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	501	414	386
III. Kassenbestand, Guthaben	363	831	1.306
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Passivseite			
A. Eigenkapital	1.153	1.326	1.648
I. Gezeichnetes Kapital	435	435	435
II. Gewinnrücklagen	530	627	800
III. Gewinnvortrag	42	42	42
IV. Jahresüberschuss	147	223	372
B. Rückstellungen	140	196	328
C. Verbindlichkeiten	126	243	291
Bilanzsumme	1.419	1.766	2.267

Ertragslage der Gesellschaft

GuV	(Angaben in T€)		
	2014	2015	2016
1. Umsatzerlöse	2.947	2.988	3.441
2. Bestand an unfertigen Leistungen	0	0	0
3. Sonstige betriebliche Erträge	71	73	116
4. Materialaufwand	-349	-301	-330
5. Personalaufwand	-1.969	-1.977	-2.156
6. Abschreibungen	-173	-166	-203
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-317	-291	-302
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	3
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	-3
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	211	326	567
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-55	-95	-187
12. Sonstige Steuern	-8	-8	-8
13. Jahresergebnis	147	223	372

III.2.5 BAS Brandenburg an der Havel Arbeitsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft GmbH

Geschäftsbereich

Beschäftigungsförderung

Firmensitz

Neuendorfer Str. 89
14770 Brandenburg an der Havel
Tel.: 03381/2087 4080
Fax: 03381/2087 4085

E-mail: info@bas-brandenburg.de
Internet: www.bas-brandenburg.de

Gründung

Die BAS GmbH wurde am 24.01.1994 gegründet.

Die BAS wird im Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam seit dem Eintrag vom 27. Mai 1994 unter dem Aktenzeichen HRB 7186 P geführt.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 25.564,59 €

Seit dem 17.05.2000 hält die Stadt Brandenburg an der Havel 100% der Anteile.

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag wurde zuletzt durch die Gesellschafterversammlung vom 27. Mai 1997 geändert.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*
Margitta Scholz

- *Beirat*

Die Gesellschaft verfügt über keinen Aufsichtsrat, sondern über einen ehrenamtlichen Beirat.

Er ist beratend tätig und steht als Sachverständiger der Geschäftsführung und der Gesellschafterversammlung mit seinem Wissen und seiner Erfahrung zur Verfügung.

Im Geschäftsjahr 2016 fanden zwei Beiratssitzungen statt.

Der Beirat setzte sich im Geschäftsjahr 2016 wie folgt zusammen:

Beiratsmitglieder 2016	
Beiratsvorsitz	Frau Dr. Tiemann (Oberbürgermeisterin Stadt Brandenburg an der Havel)
weitere Mitglieder	Herr Lambeck/ Herr Heublein (Fachgruppe Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarkt)
	Frau Schöbe (Fachbereichsleiterin Jugend, Soziales und Gesundheit)
	Frau Köppe (Gleichstellungsbeauftragte Brandenburg an der Havel)
	Frau Scholz (Geschäftsführerin BAS GmbH)
	Frau Fredrich (Industrie- und Handelskammer, Regionalcenter Brandenburg an der Havel)
	Herr Mischker (Kreishandwerkerschaft Brandenburg/Belzig)
	Frau Prof. Dr.-Ing. Wieneke-Toutaoui (Technische Hochschule Brandenburg)
	Frau Beutel (Deutscher Gewerkschaftsbund)
	Herr Krüger (Stadtmarketing- und Tourismusgesellschaft mbH)
	Herr Karg (Arbeitsgemeinschaft Selbstständiger Unternehmer e. V.)
	Frau Bergner (ZAB Zukunftsagentur Brandenburg GmbH)
	Frau Taege (Jugendhilfeausschuss Brandenburg an der Havel)
	Herr Griebel (LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege)

Gegenstand

Nach § 3 des Gesellschaftsvertrages ist der Gegenstand des gemeinnützigen Unternehmens die Hilfe für arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Frauen und Männer einschließlich Sozialhilfeempfänger mittels sozialpädagogischer Betreuung, Beratung, Orientierung, Qualifizierung, Beschäftigung mit dem Ziel der Einzelfallhilfe und der Förderung und Wiederherstellung der Eingliederungsfähigkeit des genannten Personenkreises in den Arbeitsmarkt. Der Zweck wird insbesondere verwirklicht durch:

- Sozialpädagogische und sozialarbeiterische Hilfestellung und Begleitung gegenüber einzelnen Personen
- Maßnahmen zur Wiederherstellung bzw. Förderung der Voraussetzungen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt
- Konzipierung und Durchführung von Maßnahmen, die auf Qualifizierung und Beschäftigung vorbereiten bzw. Qualifizierung und Beschäftigung vermitteln oder leisten
- Erprobung und Entwicklung neuer, zusätzlicher Arbeitsfelder, soweit sie die vorstehend genannten Ansätze des Konzeptes der Gesellschaft unterstützen bzw. als Voraussetzung hierfür erforderlich sind

Zur Unterstützung dieser Ziele bemüht sich die Gesellschaft um die Kooperation mit der Kommune, mit orts- und regionalansässigen Betrieben, mit Trägern der beruflichen

Qualifizierung, mit dem Jobcenter, mit den Ministerien und anderen ebenfalls in diesen Tätigkeitsfeldern Aktiven.

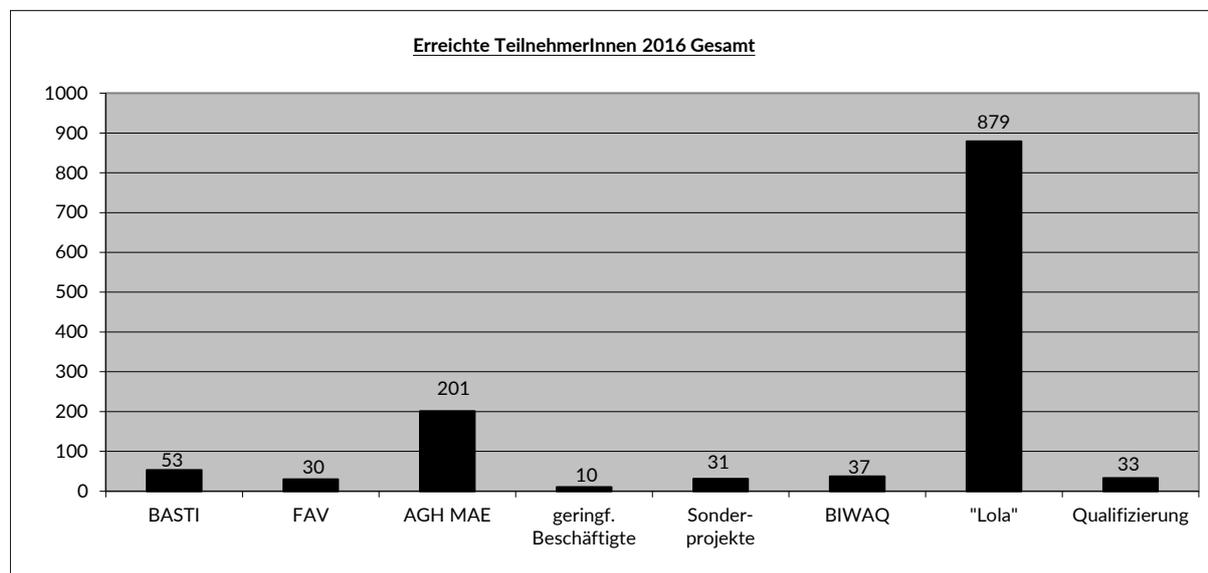
Öffentlicher Zweck

Die Tätigkeit der BAS als Arbeitsförderungsgesellschaft ist darauf gerichtet, Personen, die durch Ausgrenzung am Arbeitsmarkt und ihrer daraus resultierenden sozialen Situation betroffen sind zu unterstützen und diesen Personenkreis für die Aufnahme einer Arbeit zu qualifizieren und zu integrieren. Mit der Erfüllung dieser Aufgabe wird der öffentliche Zweck der Gesellschaft im Rahmen der jeweiligen Projekte realisiert.

Im Rahmen der gemeinnützigen Tätigkeit der BAS GmbH wurden im Berichtszeitraum 23 (2015: 17) Einzelmaßnahmen durchgeführt. Diese Projekte wurden von 395 TeilnehmerInnen durchlaufen.

	2012	2013	2014	2015	2016
Erreichte TeilnehmerInnen	656	668	456	378	395

Die Summe ergibt sich aus dem Bestand der am 1. Januar bereits zugewiesenen TeilnehmerInnen und den im Verlauf des Jahres neu eingetretenen TeilnehmerInnen, die in den verschiedenen Förderinstrumenten beschäftigt werden. Dazu kamen 879 Kinder und Jugendliche sowie 59 Familien (auch Flüchtlinge), die im Rahmen des Projektes gegen Kinderarmut „Lola“ aktiviert werden konnten.



FAV: Förderung von Arbeitsverhältnissen

BASTI: Betreuen, Aktivieren, Strukturieren, Trainieren, Integrieren

BIWAQ: Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier

„Lola“: Projekt gegen Kinderarmut

AGH MAE: Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung

Erläuterungen:

Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (MAE)

Für erwerbsfähige Hilfebedürftige (Langzeitarbeitslose), die keine Arbeit finden können, sollen Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden, durch die die individuelle Beschäftigungsfähigkeit verbessert wird. Der Teilnehmer erhält für die geleisteten Stunden eine Mehraufwandsentschädigung. Die Arbeiten selbst begründen kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts. Durch die Beschäftigung der TeilnehmerInnen in den unterschiedlichen Projekten werden Vermittlungshemmnisse ermittelt und an der Verringerung bzw. Beseitigung gearbeitet. In den Arbeitsgelegenheiten dürfen nur im öffentlichen Interesse liegende zusätzliche Tätigkeiten ausgeführt werden.

Förderung von Arbeitsverhältnissen (FAV) gemäß § 16 e SGB II

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind langzeitarbeitslos und haben Vermittlungshemmnisse und Wettbewerbsnachteile. Dies können beispielsweise gesundheitliche Einschränkungen, ein fehlender Abschluss und/oder familienbedingte Unterbrechung der Berufstätigkeit sowie mangelnde Berufserfahrung sein. Die Möglichkeit der Förderung setzt den Bezug von Arbeitslosengeld II und die Zuweisung durch das Jobcenter voraus.

Die Förderhöhe und Förderdauer sind abhängig von der individuellen Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmerin oder des Arbeitnehmers bezogen auf den konkret angebotenen Arbeitsplatz (Minderleistung). Die Förderung kann bis zu einer Höhe von 75 Prozent des regelmäßig gezahlten Arbeitsentgelts betragen und kann innerhalb von fünf Jahren als monatlicher Zuschuss für eine maximale Dauer von 24 Monaten geleistet werden. Berücksichtigungsfähig sind das zu zahlende Arbeitsentgelt (tariflicher Lohn bzw. das ortsübliche Gehalt) und der pauschalierte Anteil des Arbeitgebers am Gesamtsozialversicherungsbeitrag. Unberücksichtigt bleibt jedoch der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung.

Sonderprojekte

- „Quartiersmanagement und Koordinierung Bürgerhaus Hohenstücken“

Die BAS GmbH hat zusätzliche Aufgaben des Quartiersmanagements Hohenstücken übernommen. In der Betreuung des Anwohnertreffs im Bürgerhaus im Stadtteil Hohenstücken wurde eine weitere Chance gesehen, kleinteilige Angebote zur Berufsorientierung, Bewerbungshilfen oder soziale Beratungsangebote und kulturelle Angebote für Arbeitslose und Bürger zu etablieren bzw. fortzusetzen und diese wiederum auch für die Angebote der BAS GmbH für weitergehende Maßnahmen zu interessieren.

Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)

Ziel des ESF-Programms BIWAQ war die gezielte Verzahnung von städtebaulichen Investitionsmaßnahmen für benachteiligte Stadtquartiere aus dem Städtebauförderungsprogramm "Soziale Stadt" mit arbeitsmarktpolitischen Instrumenten zur Stabilisierung und ganzheitlichen Aufwertung von benachteiligten Quartieren. Dazu förderte das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) passgenaue arbeitsmarktpolitische Projekte, die

insbesondere in den Programmgebieten des Städtebauförderungsprogramms "Soziale Stadt" die Qualifikation und berufliche Situation der Bewohnerinnen und Bewohner vor Ort sowie die lokale Ökonomie verbessern. Gefördert wurden Projekte zur Integration von langzeitarbeitslosen Frauen und Männern in Arbeit, zur Integration von Jugendlichen in Ausbildung und Arbeit (inklusive der Verbesserung des Übergangs von der Schule in den Beruf) sowie zur Stärkung der lokalen Ökonomie. Neu im Rahmen der aktuellen 2. Förderrunde BIWAQ ist die Förderung von quartiersbezogener sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung im gemeinnützigen Bereich als eigenständiges Handlungsfeld "Quartiersarbeit". Mit Quartiersarbeit sollten Langzeitarbeitslosen, die bis jetzt nicht in den allgemeinen Arbeitsmarkt integriert werden konnten, eine neue Perspektive gegeben werden. Gleichzeitig sollte im Sinne eines integrierten Handelns Stadtentwicklungspolitik mit städtebaulichen Investitionen und Arbeitsmarktpolitik vor Ort besser verzahnt werden.

Projekt Integrationsbegleitung BASTI (Betreuen, Aktivieren, Strukturieren, Trainieren, Integrieren)

Gefördert werden in den Landkreisen und kreisfreien Städten des Landes Brandenburg Projekte mit dem Ziel, die Projektteilnehmenden schrittweise an Arbeit heranzuführen und in Erwerbstätigkeit oder Bildung zu integrieren sowie die soziale Teilhabe und das Zusammenleben in den teilnehmenden Familien zu stärken. Hierzu wird die Kombination einer intensiven Einzelberatung durch Integrationsbegleiter/innen (sozialpädagogische Begleitung) mit bedarfsorientierten Unterstützungsmodulen gefördert. Zuwendungsempfänger und damit antragsberechtigt sind juristische Personen des privaten und des öffentlichen Rechts sowie rechtsfähige Personengesellschaften.

In die Projekte können als Teilnehmende eintreten:

- Langzeitarbeitslose, die als arbeitsmarktfremd gelten und dem Rechtskreis des SGB II zugeordnet werden können
- Personen aus Paar-Bedarfsgemeinschaften oder Alleinerziehenden-Bedarfsgemeinschaften mit mindestens einem unterhaltspflichtigen Kind unter 18 Jahren, in der kein Angehöriger der Bedarfsgemeinschaft einer Erwerbstätigkeit nachgeht

Projekt „Lola“

Das Projekt ‚Lola‘ (benannt nach der Slawischen Göttin der Familie) ist ein Sonderprojekt welches vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie gefördert wird und unter der Initiative „Starke Familien – Starke Kinder“ läuft. Das Projekt konzentriert sich speziell auf von Kinderarmut betroffene Kinder, Jugendliche und Familien. Über eine intensive Zusammenarbeit mit besonderen Netzwerkpartnern (z.B. dem Verband alleinerziehender Mütter und Väter und der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Brandenburg an der Havel) wird die Zielgruppe sensibel angesprochen und akquiriert. Die Module des Projektes, welche zum Großteil im Slawendorf Brandenburg an der Havel umgesetzt werden, bilden vor allem in den Bereichen Bildung und Kultur sowie der sozialen Teilhabe ihren Schwerpunkt. Im Jahr 2016 wurden 879 Kinder und Jugendliche (2015: 459) sowie 59 Familien erreicht.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2014	2015	2016
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	15%	16%	14%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	33%	36%	37%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	314%	330%	360%
Zinsaufwandquote	0,03%	0,46%	0,32%
Liquidität 3. Grades	227%	243%	216%
Cashflow	48 T€	28 T€	18 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	-0,3%	0,0%	0,0%
Umsatz	2.338 T€	1.495 T€	1.543 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-3 T€	0 T€	0 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	85%	79%	77%
Anzahl der Mitarbeiter (Stammpersonal)	6	6	6

Lagebericht der Gesellschaft

Mit der kommunalen Tochtergesellschaft BAS GmbH verfügt die Stadt Brandenburg an der Havel über ein Instrument und einen Dienstleister, der seine Zielstellung auf die Senkung der Arbeitslosigkeit ausgerichtet hat.

Die Rahmenbedingungen werden weitestgehend durch die gesetzlichen Vorgaben nach dem SGB II und III, durch Vorschriften des ESF (Europäischer Sozialfonds), des Landesprogrammes

„Arbeit für Brandenburg“ sowie durch Fördervoraussetzungen anderer Zuwendungsgeber determiniert.

Auch bei aktuell anziehender Konjunktur und Diskussionen um Fachkräftemangel gilt das Bild vom „zweigespaltenen Arbeitsmarkt“ weiter: einige Millionen Menschen in Deutschland sind derzeit ohne Arbeit, gelten als arm oder sind von Armut bedroht und dies häufig schon über längere Zeiträume.

Der Rückgang der geförderten Beschäftigung schwächt die Integrations- und Teilhabechancen der betroffenen Menschen und führt auch zu erheblichen Auswirkungen auf die regionale Kaufkraft.

Die BAS GmbH als kommunale und gemeinnützige GmbH erfüllt den öffentlichen sozialen Zweck, auf die kommunale Daseinsvorsorge für Benachteiligte und ausgegrenzte Personengruppen ausgerichtet zu sein.

Mit der insgesamt positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt im Jahr 2016 ist auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen in Brandenburg an der Havel gesunken. Die positive Entwicklung hat sich weiter fortgesetzt. Die Langzeitarbeitslosigkeit verbleibt trotzdem auf hohem Niveau.

	Dezember 2014	Dezember 2015	Dezember 2016	Veränderung zum Dezember 2015
Arbeitslose Personen	4.732	4.336	3.798	-12,4%
dar. Alg. II Empfänger	3.909	3.636	3.134	-13,8%
dar. Langzeitarbeitslose	2.182	2.106	1.702	-19,2%
dar. Jüngere unter 25 Jahre	335	265	308	116,2%

Im Einsatz für Tätigkeiten der kommunalen und sozialen Daseinsvorsorge können Langzeitarbeitslose gesellschaftlich integriert werden und ihre Leistungen kommen dem regionalen Gemeinwohl zugute.

Gerade aber dafür sind die Mittel für die Beschäftigungsprogramme vom Bund und Land in den letzten Jahren erheblich zurückgefahren, drastisch gekürzt oder ersatzlos gestrichen worden.

Die Erlöse aus Zuschüssen im ideellen Bereich der Gesellschaft konnten durch die gewonnenen Ausschreibungen für drei ESF-Projekte wieder um 9% gesteigert werden. Die Gesellschaft ist bemüht, neben den Zuschüssen verstärkt andere Einnahmen zu erwirtschaften. Diese Umsatzerlöse konnten nicht auf dem Niveau des BUGA-Jahres gehalten werden. Sie sind um 11% gesunken.

Die Aufwandsseite wird zu 74% durch den Personalaufwand bestimmt. Die Personalaufwandsquote ist mit 77% geringfügig gesunken, jedoch damit branchenüblich hoch. Am Jahresende waren noch sechs MitarbeiterInnen im Stammpersonal beschäftigt.

Durch die Stadt Brandenburg an der Havel wurde 2016 ein Betriebskostenzuschuss in Höhe von 234 T€ bereitgestellt, so dass die Gesellschaft das Geschäftsjahr mit einem ausgeglichenen Ergebnis abschließt.

Die Bilanzsumme der BAS GmbH hat sich von 922 T€ auf 916 T€ unwesentlich verringert.

Die Vermögenslage der BAS GmbH ist zu 66% (2015: 48,9%) durch die liquiden Mittel gekennzeichnet. Der Bestand an liquiden Mitteln hat sich stichtagsbedingt gegenüber dem Vorjahr um 154 T€ erhöht. Die Liquidität 3. Grades beträgt 216%. Obwohl dies nur ein Stichtagswert ist und mit dieser Kennzahl keine sichere Aussage zur Liquiditätsentwicklung getroffen werden kann, bleibt festzustellen, dass die Liquiditätslage der Gesellschaft stabil war und ist, die Zahlungsfähigkeit im Berichtsjahr jederzeit gegeben war.

Die Anlagenintensität beträgt 13,7% (2015: 15,6%) und ist damit leicht rückläufig. Der Anlagendeckungsgrad in Höhe von 360% zeigt, dass das Anlagevermögen der Gesellschaft durch langfristiges Kapital vollständig und daneben auch das Umlaufvermögen teilweise gedeckt ist.

Die Passiva enthalten überwiegend Eigenkapital, Verbindlichkeiten und Rückstellungen. Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft beträgt inklusive Sonderposten 47,9% (2015: 50,6%).

Die Investitionen über insgesamt 22,9 T€ erstreckten sich im Geschäftsjahr 2016 vorwiegend auf den Ersatz eines PKWs sowie Ersatzbeschaffungen im Bereich der Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Die Finanzierungs- und Liquiditätskennzahlen gemäß § 61 Nr. 2 KomHKV zeigen, dass die Gesellschaft einen positiven Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit von 18,2 T€ zu verzeichnen hatte. Die Zahlungsfähigkeit im Berichtsjahr war jederzeit gegeben. Eine Aufnahme von Krediten war nicht erforderlich, was die niedrige Zinsaufwandsquote in Höhe von 0,32% zeigt. Zinsen sind nur im Zusammenhang mit der Aufzinsung der langfristigen Rückstellungen angefallen.

Die Liquiditätsgrade stellen sich folgendermaßen dar:

	2016	2015
	<u>in %</u>	<u>in %</u>
Liquidität I		
flüssige Mittel/kurzfristige Mittel*100%	168,1%	143,2%
Liquidität II		
(flüssige Mittel+kurzfristige Forderungen)/kurzfristige Mittel*	216,1%	242,9%
Liquidität III		
Umlaufvermögen/kurzfristige Mittel*100%	216,4%	243,5%

Die BAS ist als Träger nach dem Recht der Arbeitsförderung bis 05.03.2020 zugelassen. In einem jährlichen Überwachungsaudit wird die Einhaltung der Anforderungen überprüft und die Zulassung durch ein Zertifikat bestätigt. Für das Jahr 2016 und auch bereits für das Jahr 2017 ist diese Zulassung erteilt worden.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Erhebliche Veränderungen am Arbeitsmarkt hatten und haben auch Auswirkungen auf die Wirtschaftskraft der BAS GmbH. Im Spannungsfeld der BAS als Anbieter öffentlich geförderter Beschäftigung, im Auftrag der Stadt versus Bund und Land – waren die Grundlagen der Arbeit der BAS den neuen Herausforderungen anzupassen und konsequent auszurichten.

Die Unternehmensziele der BAS GmbH orientieren sich an der Wahrnehmung der kommunalen und sozialen Daseinsfürsorge sowie den beschäftigungspolitischen Leitlinien der Stadt. Sie sind auf die selbstlose Unterstützung von Personen gerichtet, die durch die Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt hilfebedürftig sind. Die Unterstützungsleistungen umfassen sozialpädagogische Betreuung, Beratung, Orientierung, Qualifizierung und Beschäftigung sowie die schnelle Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt. Die nachhaltige Verringerung von Arbeitslosigkeit, die Erschließung zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten zur Regionalentwicklung, die Flankierung des demografischen Wandels und die Herausforderungen der Flüchtlingskrise sind weitere flankierende Ziele.

Mit den verschiedensten Beschäftigungsmaßnahmen werden Beiträge zur kommunalen Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung in den Bereichen Ökologie/Umwelt und Tourismus sowie zur Stabilisierung und Unterstützung sozialer Dienstleistungen erbracht.

Zur Umsetzung dieser ergebnis- und produktorientierten Ausrichtung auf regional strukturwirksame gemeinwohlorientierte Ziele werden Langzeitarbeitslose im Rahmen von Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen eingesetzt. Im Rahmen der Projektarbeit wird auf eine beruflich qualifizierende und integrationsfördernde Personalentwicklung abgezielt.

Das größte und bestandsgefährdende Risiko für das Unternehmen wird in der hohen Abhängigkeit von politischen Entscheidungen und den damit in der Regel einhergehenden kurzfristigen Unwägbarkeiten der finanziellen Ausgestaltung gesehen. Letztendlich ist es auch bei bester und qualitätsgerechter Arbeit unternehmenseitig nicht beeinflussbar.

Auch das fortdauernde, kurzfristige Ändern der Rahmenbedingungen, wie es sich in den letzten Jahren abzeichnete - mit immer weniger Arbeitsförderinstrumenten, geringeren finanziellen Mitteln, insbesondere für den Overhead und kurzfristigen Maßnahmelaufzeiten sowie steigenden bürokratischen Aufwendungen, erschweren die Planbarkeit des Gesamtunternehmens und führen zu unkalkulierbaren Risiken.

Die BAS GmbH wird ihre Kernkompetenz weiterhin auf drei Bereiche orientieren:

1. Einbindung und Verzahnung öffentlich geförderter Beschäftigung in kommunale und soziale Infrastruktur sowie Gestaltung kommunaler Netzwerkarbeit
2. Fördermittelmanagement bei regionalen Förder- und Beschäftigungsprogrammen
3. „Sozialbetrieb“ zur Beschäftigung Langzeitarbeitsloser im Schwerpunkt „Saubere Stadt“

Diese Ausrichtung, die alle Unternehmensbereiche betrifft, hat bereits zu einer Verkleinerung des Unternehmens geführt, ermöglicht aber weiterhin ein flexibles Reagieren auf Marktentwicklungen oder Anforderungen der Kommune.

Im Weiteren ist die BAS beauftragt worden, ein Nachnutzungskonzept für das größte städtische BUGA-Areal, den Marienberg, zu erstellen. Schwerpunkt ist es, für schwerbehinderte Menschen dauerhafte Arbeitsplätze in der Pflege und Bewirtschaftung des Marienberges anzubieten.

Auf der Basis dieses Konzeptes ist die BAS mit der Aufgabenwahrnehmung ab 01.01.2017 betraut worden. Noch im Jahr 2016 wurde mit dem Personalauswahlverfahren begonnen, um die terminlich geforderte Aufgabenwahrnehmung und auch die Anforderungen des Integrationsamtes zur Anerkennung als Inklusionsprojekt zu sichern.

Mit dem Inklusionsprojekt für das Gartendenkmal Marienberg wird die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft stabilisiert. Auf dieser Basis können zukünftig weitere gemeinnützige Geschäftsfelder eröffnet werden. Hierzu gehören insbesondere Geschäftsaktivitäten im Bereich Förderung des Naturschutzes und der Landschaftspflege gemäß § 52 Nr. 8 AO, die Förderung des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege gemäß § 52 Nr. 6 AO und Förderung der Kunst und Kultur gemäß § 52 Nr. 5 AO. Hierdurch werden sich auch entsprechende Veränderungen in der BAS ergeben, die den langfristigen Fortbestand des Unternehmens sicherstellen sollen.

Die BAS wird weiterhin die Aufgaben des Quartiersmanagements Hohenstücken übernehmen. In der Betreuung des Anwohnertreffs im Bürgerhaus im Stadtteil Hohenstücken seit Juli 2007 wird eine weitere Chance gesehen, kleinteilige Angebote zur Berufsorientierung, Bewerbungshilfen oder soziale Beratungsangebote und kulturelle Angebote für Arbeitslose und Bürger zu etablieren bzw. vorzuhalten und diese wiederum auch für die Angebote der BAS GmbH für weitergehende Maßnahmen zu interessieren.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	lfd. Betriebskostenzuschuss (BKZ) 234 T€ zuz. Verbrauch unv. BKZ aus Vorjahr 21 T€, 18 T€ Zuschuss der Stadt für Arbeit für Brandenburg (eingesparte KdU), Jobcenter 202 T€ (ca. 50% der Gesamterlöse des Jobcenter), 86 T€ Sach- u. Personalkostenzuschüsse für Projekte (Begleitservice u.a.), 122 T€ Quartiersmanagement und Koordinierung Bürgerhaus Hohenstücken, 135 T€ Dienstleistungen für die Stadt

KdU – Kosten der Unterkunft

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2014	2015	2016
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	153	144	126
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	153	144	126
B. Umlaufvermögen	848	767	779
I. Vorräte	2	2	1
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	121	314	173
III. Schecks, Kassenbestand, Bankguthaben	725	451	605
C. Rechnungsabgrenzungsposten	11	11	11
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	336	336	336
I. Gezeichnetes Kapital	26	26	26
II. Kapitalrücklagen	286	286	286
III. Gewinnrücklagen	25	25	25
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	0	0	0
B. SoPo aus Zuschüssen zum Anlagevermögen	153	131	103
C. Rückstellungen	235	207	214
D. Verbindlichkeiten	284	248	262
E. Rechnungsabgrenzungsposten	4	1	0
Bilanzsumme	1.012	922	916

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2014	2015	2016
1. Umsatzerlöse	2.338	1.495	1.543
2. Sonstige betriebliche Erträge	196	74	47
3. Materialaufwand	0	0	0
4. Personalaufwand	-1.987	-1.181	-1.182
5. Abschreibungen	-45	-33	-41
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-516	-360	-360
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	14	14	0
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1	-7	-5
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2	2	1
10. Außerordentliche Erträge	0	0	0
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
12. Sonstige Steuern	-2	-2	-1
13. Jahresergebnis	-3	0	0

III.2.6 PEK Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH

Geschäftsbereich

Verwertung und Verwaltung von Grundstücken

Firmensitz

Friedrich-Franz-Str. 19
14770 Brandenburg an der Havel

Telefon: 03381 - 38 10 01

Gründung

Die PEK (Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH) wurde im Jahre 1992 unter anderem Namen und mit anderem Gesellschaftszweck gegründet. Am 29. April 1993 hat die Generalversammlung die Änderung der Firma in „Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH“ und die Neufassung des Gesellschaftsvertrages beschlossen.

Mit dem Geschäftsanteilskauf- und -abtretungsvertrag vom 30. Juni 2003 (UR-Nr. CS 130/2003 des Notars Christian Steinke, Berlin) hat die Stadt Brandenburg an der Havel den einzigen Geschäftsanteil an der PEK GmbH mit Wirkung zum 01. Januar 2003 erworben.

Die PEK GmbH ist im Handelsregister (HRB 6777) beim Amtsgericht Potsdam eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 25.600,00 €

Stadt Brandenburg an der Havel 100%

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Es gilt der Gesellschaftsvertrag vom 11. Juli 2003.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Hans-Joachim Freund

Der Geschäftsführer ist ehrenamtlich tätig.

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung der Stadt Brandenburg an der Havel in der Gesellschafterversammlung nahm im Jahr 2016 Oberbürgermeisterin Frau Dr. Dietlind Tiemann wahr.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Das Unternehmen war mit der Verwertung und Verwaltung von Grundstücken im Wohn- und Gewerbegebiet Brandenburg an der Havel - Kirchmöser und angrenzenden Flächen betraut, insbesondere die die Stadt Brandenburg an der Havel vom Bundeseisenbahnvermögen (BEV) erworben hat. Nach der Übertragung der Immobilienverwaltung an den Eigenbetrieb Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement der Stadt Brandenburg an der Havel ist somit die Geschäftsgrundlage der Gesellschaft entfallen und die Gesellschaft seit 01.01.2011 ohne Personal – und nur durch den Geschäftsführer vertreten - vorläufig – bis zu einer anderen Entscheidung der Gesellschafterin – in geringem Umfang tätig.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2014	2015	2016
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	0,00%	0,00%	0,00%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	33%	53%	86%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 €	0 €	0 €
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	0%	0%	0%
Zinsaufwandquote	0,00%	0,00%	0,00%
Liquidität 3. Grades	149%	212%	700%
Cashflow	-9 T€	8 T€	5.607 €
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	-17%	17%	15%
Umsatz	0 T€	0 T€	0 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-9 T€	8 T€	6 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	0%	0%	0%
Anzahl der Mitarbeiter	0	0	0

Lagebericht der Gesellschaft

Die Gesellschaft war Dienstleister der 100 %igen Eigentümerin Stadt Brandenburg an der Havel im Ortsteil Kirchmöser und hatte im Rahmen des Verwaltervertrages bis im Jahre 2010 für die am 01.01.2003 vom Bundeseisenbahnvermögen (BEV) übernommenen Flächen (ca. 400 ha zzgl. ca. 10 ha ehemalige NVA-Flächen an der Uferstraße abzüglich zwischenzeitlicher Verkäufe) die Betreuung sowie die Verkehrssicherungspflicht wahrgenommen.

Die Verwaltung der noch nicht veräußerten und verwalteten Immobilienbestände der Stadt Brandenburg an der Havel, die Freiflächen, die Garten- und Pachtgrundstücke wurden zum Jahresende 2010 dem Eigenbetrieb Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement der Stadt Brandenburg an der Havel zugeordnet.

Ferner führte die Gesellschaft für die Gesellschafterin die Fördermaßnahme „Regionalmanagement der Stadt Brandenburg für das bahnaffine Gewerbe“ gegen Erstattung aller Kosten in 2011 fort. Ende August 2011 wurde diese Fördermaßnahme endgültig von der Gesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel eingestellt.

Mit der Kündigung des Verwaltervertrages zum 31.12.2010 ist die wesentliche Geschäftsgrundlage der Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH zum Jahresende 2010 weggefallen. Die GmbH wird seit 01.01.2011 ohne Personal - und nur durch den Geschäftsführer vertreten - vorläufig - bis zu einer anderen Entscheidung der Gesellschafterin - im geringen Umfang fortgeführt.

Seit dem Wegfall der Geschäftsgrundlage erzielt die Gesellschaft keine eigenen operativen Erträge mehr, jedoch fallen weiterhin betriebliche Aufwendungen an.

Auf Grund des Forderungsverzichts der Gesellschafterin gegenüber der Gesellschaft in Höhe von 13.778,19 € wird für das Geschäftsjahr 2016 ein Jahresüberschuss von 5.607,20 € und das gezeichnete Kapital in vollständiger Höhe ausgewiesen.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Brandenburg an der Havel wurde am 29. März 2017 die Verschmelzung der Gesellschaft mit der Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH beschlossen.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Auf Grund des Forderungsverzichts der Gesellschafterin gegenüber der Gesellschaft in Höhe von 13.778,19 € wird für das Geschäftsjahr 2016 ein Jahresüberschuss von 5.607,20 € und das gezeichnete Kapital in vollständiger Höhe ausgewiesen.

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2014	2015	2016
Aktivseite			
A. Anlagevermögen	0	0	0
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen	52	48	36
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1	1	2
III. Kassenbestand, Guthaben	51	47	34
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Passivseite			
A. Eigenkapital	17	26	31
I. Gezeichnetes Kapital	26	26	26
II. Gewinnrücklagen	0	0	0
III. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	1	-8	0
IV. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-9	8	6
B. Rückstellungen	4	4	4
C. Verbindlichkeiten	31	19	1
Bilanzsumme	52	48	36

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2014	2015	2016
1. Umsatzerlöse	0	0	0
2. Bestand an unfertigen Leistungen	0	0	0
3. Sonstige betriebliche Erträge	0	17	14
4. Materialaufwand	0	0	0
5. Personalaufwand	0	0	0
6. Abschreibungen	0	0	0
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-9	-9	-9
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-9	8	6
11. Sonstige Steuern	0	0	0
12. Jahresergebnis	-9	8	6

III.3

Beteiligungs- gesellschaften

III.3.1 Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH

Geschäftsbereich

Betreibergesellschaft des Technologie- und Gründerzentrums der Stadt Brandenburg an der Havel.

Firmensitz

Friedrich-Franz-Str. 19
14770 Brandenburg an der Havel

Telefon: 03381 - 38 10 01

Telefax: 03381 - 38 10 02

E-mail: info@tgz-brb.de

Internet: www.tgz-brb.de

Gründung

Die Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH (TGZ) wurde am 31.01.1995 gegründet. Sie ist Betreibergesellschaft des Technologie- und Gründerzentrums der Stadt Brandenburg an der Havel.

Die Eintragung in das Handelsregister erfolgte unter HRB 8845 P am 29.11.1995 beim Amtsgericht Potsdam.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 51.129,19 €

Beteiligungsverhältnisse 2016		
	EUR	%
Stadt Brandenburg an der Havel	26.587,18	52
Mittelbrandenburgische Sparkasse Potsdam	5.112,92	10
RFT Kabel Brandenburg GmbH	5.112,92	10
Technische Hochschule Brandenburg	4.601,63	9
Manfred Villmann Industrietransportgesellschaft mbH	2.556,46	5
REMONDIS Entsorgungswirtschaft GmbH & Co. KG, Region Ost	1.533,88	3
ATLAS Informationssysteme GmbH	1.533,88	3
Börner Heizungs- und Sanitärtechnik GmbH	511,29	1
PERKERS SRS Maschinenvertrieb und Anlagenbau GmbH	511,29	1
PWU Potsdamer Wasser- und Umweltlabor GmbH	511,29	1
Lenz & Mundt Betonsanierung GmbH	511,29	1
HIB Hoch- und Ingenieurbau GmbH	511,29	1
Honeywell GmbH	511,29	1
Ingenieurbüro Friedrichs	511,29	1
Gewerbeverein Brandenburg e.V.	511,29	1

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrages in der derzeit gültigen Fassung ist datiert vom 12.08.1997.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Hans-Joachim Freund

Der Geschäftsführer ist ehrenamtlich tätig.

- *Gesellschafterversammlung*

Vertreter der Mehrheitsgesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel in der Gesellschafterversammlung ist Bürgermeister Herr Steffen Scheller.

Im Jahr 2016 fanden zwei Gesellschafterversammlungen statt.

- *Beirat*

Im Berichtszeitraum fanden zwei Beiratssitzungen statt.

Beiratsmitglieder 2016

Beiratsvorsitzender	Herr Rainer Schmidt (Heidelberger Druckmaschinen AG)
weitere Mitglieder	Frau Anne Slonina (Creditreform Brandenburg)
	Herr Peter Effenberger (ZAB Zukunftsagentur Brandenburg)
	Frau Kathrin Fredrich (IHK Potsdam, Regionalcenter Brandenburg an der Havel)
	Herr Ingo Borkenhagen (Mittelbrandenburgische Sparkasse in Potsdam)
	Frau Monika Obuch (Agentur für Arbeit Brandenburg)
	Herr Jirka Rau (IAT Rudolphi & Rau GmbH)
	Herr Michael Burg (Handwerkskammer Potsdam)
	Herr Jörg Kotlowski (BBV Baustahl- und Blechverarbeitungsgesellschaft Kirchmöser)
	Herr Jan Güldenpfennig (E.DIS AG)
	Frau Susanne Resech (ZF Friedrichshafen AG)
	Herr Thomas Schulik (Knauff & Schulik Steuerberatungsgesellschaft mbH)
	Frau Diana Rosenthal (Technische Hochschule Brandenburg)
	Frau Katrin Kramm (netPR Strategisches City- & Immobilienmarketing)
	Frau Barbara Mangelsdorff (Betriebsberatung)

Gegenstand

Unternehmensgegenstand ist gemäß § 2 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages die Förderung der regionalen Wirtschaft durch die Unterstützung aller innovativen und technologieorientierten Unternehmen sowie Existenzgründer, insbesondere durch die Unterstützung des Technologietransfers auf dem Gebiet der Wissenschaft und Forschung.

Insbesondere sollen dabei Unternehmen Berücksichtigung finden, die auf dem Gebiet der Forschung sowie der Dienstleistungen u. a. schwerpunktmäßig Themen des Umweltschutzes oder der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) arbeiten.

Dazu vermietet oder verpachtet die Gesellschaft kostengünstig Geschäfts- und Gewerberäume, Büro- und Betriebseinrichtungen und anderes Anlagevermögen an zu errichtende oder bereits bestehende Unternehmen, um zunächst deren Ansiedlung zu erleichtern sowie erbringt und vermittelt kostengünstig Dienst-, Beratungs- und Bildungsleistungen.

Damit soll die Entwicklung der Wirtschaftsstruktur im Raum Brandenburg durch die Ansiedlung von technologieorientierten Unternehmen und die Unterstützung der bestehenden Betriebe durch diese Unternehmen gefördert werden.

Die Gesellschaft ist in diesem Sinne auch als Mittler zwischen Wirtschaft und Wissenschaft tätig und fördert durch Information, Beratung und Vermittlung von Kontakten den Technologietransfer.

Öffentlicher Zweck

Die unter dem Begriff „Gegenstand des Unternehmens“ aufgeführten Unternehmensziele dienen der öffentlichen Zweckbestimmung der Wirtschaftsförderung.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2014	2015	2016
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	56%	55%	46%
Eigenkapitalquote (ohne SoPo)	12%	11%	10%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	27%	26%	29%
Zinsaufwandquote	0,0%	0,0%	0,0%
Liquidität 3. Grades	80%	90%	87%
Cashflow	16 T€	18 T€	19 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	0%	0%	0%
Umsatz	478 T€	459 T€	476 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0	0	0
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	34%	36%	35%
Anzahl der Mitarbeiter	6	4	6

Lagebericht der Gesellschaft

Die Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH (TGZ GmbH) leistete im Jahr 2016 durch die Ansiedlung von Firmen im Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel (TGZ) im Rahmen der Entwicklung zur Stärkung der regionalen Wirtschaftsstruktur im Entwicklungsraum Westbrandenburg wieder einen wesentlichen Beitrag. Das TGZ suchte aufgrund der räumlichen Nähe die Zusammenarbeit mit der Technischen Hochschule Brandenburg und der örtlichen Wirtschaftsförderung. Schwerpunkte sind u. a. die Vermietung an Existenzgründer für einen zeitlich beschränkten Zeitraum, die Anwen-

derung des Förderprogramms „Studenten im TGZ“ (StuTZ), sowie die Förderung von Ansiedlungen von bereits bestehenden Unternehmen.

Die TGZ GmbH ist seit 18 Jahren Mitglied im TGB e. V. und arbeitet in der Dachorganisation der Technologie- und Gründerzentren im Land Brandenburg mit und gehört zu den 17 Technologie- und Gründerzentren, die mit ihrer Vereinsarbeit zusammen mit der Wirtschaftsförderung Brandenburg (WFBB) Existenzgründern und innovativen Unternehmen aktive Unterstützung geben.

Insgesamt sind per 31.12.2016 im TGZ 43 Firmen (2015: 41) angesiedelt, davon sind 17 Firmen (2015: 15) im technologieorientierten Bereich tätig. Im TGZ arbeiten ca. 220 Menschen. Die Auslastung der vermietbaren Flächen betrug im Jahr 2016 durchschnittlich 68% (2015: 67%), davon sind vier Unternehmen Existenzgründer. An die Stadt Brandenburg an der Havel wurden an die Fachgruppe Wirtschaftsförderung 212 m², an den Fachbereich Schule, Sport und Kultur 565 m² sowie an die Zulassungsstelle 402 m² vermietet. Die Vermietung an die FG Wirtschaftsförderung ist als wirtschaftlicher Vorteil zu sehen, da dadurch umfangreiche Synergieeffekte in der wirtschaftlichen Entwicklung vor Ort erreicht werden.

Seit dem 01.03.2009 ist die TGZ GmbH Träger des Lotsendienstes der Stadt Brandenburg an der Havel. Im Jahr 2016 wurden acht Development Center (DC) (2015: 5) mit unterschiedlichen Durchführungszeiten (2-4 Tage) durchgeführt, in denen die wirtschaftliche Tragfähigkeit des Gründungsvorhabens und die Gründerpersönlichkeit der Gründungswilligen einer eingehenden Prüfung unterzogen und für die Phase nach der Gründung Berater beiseite gestellt wurden.

Ertragslage

Die TGZ GmbH weist für das Geschäftsjahr 2016 ein Jahresergebnis von 0 T€ aus, welches sich wie folgt errechnet:

	T€
Betriebsleistung	705
Betriebsaufwendungen	757
Betriebsergebnis	-52
Finanzergebnis	0
Periodenfremdes und Neutrales Ergebnis	52
Jahresergebnis	0

Die Betriebsleistung ergibt sich mit 473 T€ aus Umsatzerlösen und mit 232 T€ aus sonstigen betrieblichen Erträgen; im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Betriebserträge aufgrund der höheren Auslastung der vermieteten Flächen leicht erhöht.

Die Betriebsaufwendungen resultieren mit 547 T€ im Wesentlichen aus sonstigen betrieblichen Aufwendungen, die sich im Vergleich zum Vorjahr hauptsächlich aufgrund erhöhter Honorare im Zusammenhang mit der Durchführung der Projekte um 42 T€ erhöht haben.

Das neutrale Ergebnis resultiert im Wesentlichen aus periodenfremden Aufwendungen und Erträgen.

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme beträgt zum 31.12.2016 insgesamt 493 T€. Davon entfällt auf das Anlagevermögen 228 T€. Das Anlagevermögen wird zu 86% durch mittel- und langfristiges Kapital gedeckt. Das Umlaufvermögen von 259 T€ besteht mit 194 T€ im Wesentlichen aus liquiden Mitteln. Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt unter Hinzurechnung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse am 31.12.2016 183 T€. Die Eigenkapitalausstattung beträgt 37% (2015: 43%). Das Fremdkapital beträgt 310 T€ und betrifft überwiegend kurzfristig fällige Verbindlichkeiten.

Die Investitionen des Jahres 2016 belaufen sich auf insgesamt 29 T€.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Die Chancen der TGZ GmbH werden darin gesehen, dass weitere Projekte zur Förderung von Existenzgründungen durchgeführt werden. Dadurch wird die Möglichkeit geschaffen, den Bekanntheitsgrad zu steigern und somit neue Mieter für das TGZ Brandenburg an der Havel zu akquirieren.

Bestandsgefährdende oder die Entwicklung beeinträchtigende Risiken waren 2016 nicht zu verzeichnen. Zu beachten ist, dass die TGZ GmbH aus dem laufenden Geschäft heraus keine größeren Investitionen in die Instandhaltung des Gebäudes erwirtschaften kann. Hierzu sind regelmäßig Investitionszuschüsse zu beantragen. Das Ergebnis wird zukünftig in den nächsten Jahren dadurch beeinflusst, ob die Auslastung der vermieteten Flächen noch weiter gesteigert werden kann.

Die künftige Entwicklung der TGZ GmbH hängt unverändert von der Auslastung der vermieteten Flächen ab.

Die notwendigen wirtschaftsfördernden Maßnahmen sind in der kurz- und mittelfristigen Haushaltsplanung der Stadt Brandenburg an der Havel eingestellt; die Fortführung der Geschäftstätigkeit ist nachhaltig sichergestellt.

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Brandenburg an der Havel wurde am 29. März 2017 die Verschmelzung der Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH (Vorlagen-Nr. 046/2017) auf die TGZ GmbH beschlossen.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	<p>Der Betreibervertrag mit der Stadt Brandenburg an der Havel ist bis zum 31. Dezember 2017 geschlossen. Der Betreibervertrag verlängert sich jeweils um weitere zwei Jahre, wenn er nicht ein halbes Jahr vor Vertragsablauf schriftlich gekündigt wird. Eine Kündigung des Betreibervertrages ist nicht vorgesehen. Die TGZ GmbH erhält von der Stadt Brandenburg an der Havel notwendige Zuschüsse im Sinne einer wirtschaftsfördernden Maßnahmen in Höhe von 115.000 € pro Jahr sowie einen investiven Zuschuss in Höhe von 20.000 € pro Jahr. Im Wirtschaftsjahr 2016 wurde von dem erhaltenen Zuschuss für wirtschaftsfördernde Maßnahmen 85.362,77 € zum Ausgleich der die Erträge übersteigenden Aufwendungen verwendet. Der nicht verbrauchte Zuschuss 2016 wurde in den Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin ausgewiesen.</p> <p>Außerdem besteht zwischen der Stadt und dem TGZ ein Mietvertrag. Die TGZ GmbH zahlte Mieten für das Gebäude und Stellflächen im Geschäftsjahr 2016: 139.011,91 €, 2015: 136.157,74 €, 2014:143.320,87 €, 2013: 148.937,18 €, in 2012: 154.905,02 € und in 2011: 160.519,77 €.</p> <p>Umgekehrt besteht ein Mietvertrag der TGZ GmbH mit dem Gebäude- und Liegenschaftsmanagement über Räume für das Schulamt, der Fachgruppe Wirtschaftsförderung und seit 2010 auch für die Kfz-Zulassungstelle.</p> <p>Zwischen der Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH und der TGZ GmbH besteht seit 18. September 2001 eine Dienstleistungsvereinbarung. Im Rahmen dieser Vereinbarung erstellt die TWB die Wirtschaftspläne und die Quartalsberichte für das TGZ.</p> <p>Seit 01.03.2009 ist die TGZ GmbH Träger des Lotsendienstes.</p>

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2014	2015	2016
Aktivseite			
A. Anlagevermögen	235	245	228
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	235	245	228
B. Umlaufvermögen	176	198	259
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	93	66	65
II. Kassenbestand, Guthaben	83	131	194
C. Rechnungsabgrenzungsposten	5	5	6
Passivseite			
A. Eigenkapital	51	51	51
I. Gezeichnetes Kapital	51	51	51
II. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
B. Sonderposten für Investitionszuschuss	133	143	132
C. Rückstellungen	55	85	67
D. Verbindlichkeiten	173	167	242
E. Rechnungsabgrenzungsposten	5	2	1
Bilanzsumme	416	448	493

Ertragslage der Gesellschaft

GuV	(Angaben in T€)		
	2014	2015	2016
1. Umsatzerlöse	478	459	476
2. Sonstige betriebliche Erträge	305	262	289
3. Materialaufwand	0	0	0
4. Personalaufwand	-164	-167	-165
5. Abschreibungen	-38	-40	-45
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-582	-515	-550
7. Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	2	1	0
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	0	4
10. Sonstige Steuern	0	0	-4
11. Jahresergebnis	0	0	0

III.3.2 MEBRA Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH

Geschäftsbereich

Abfallentsorgung

Firmensitz

August-Sonntag-Straße 3
14770 Brandenburg an der Havel
Tel.: 03381/ 323 700
Fax: 03381/ 323 725
E-Mail: info@mebra-mbh.de
Internet: www.mebra-mbh.de

Gründung

Nach der Übertragung der VEB Stadtwirtschaft in kommunales Eigentum wurde am 6.11.1990 die Brandenburgische Entsorgungsgesellschaft mbH (BEG) gegründet.

Mit der Abtretung von 50% der Geschäftsanteile an die Firma Rethmann Entsorgungswirtschaft am 05.03.1991 wurde die Firmierung in Rethmann-Brandenburger Entsorgungswirtschaft mbH geändert (notarielle Urkunde des Notars von Oppeln-Brunikowski, Berlin, UR-Nr. 107/1991).

Die Änderung des Firmennamens erfolgte durch Beschluss der Gesellschafterversammlung am 26.08.2004 in Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH (MEBRA).

Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam unter HRB 1267 eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 30.000 €

Gesellschafter sind die Stadt Brandenburg an der Havel, der Landkreis Potsdam-Mittelmark und die REMONDIS GmbH & Co.KG.

Beteiligungsverhältnisse		
zu	51%	die Stadt Brandenburg an der Havel
zu	48%	die REMONDIS GmbH & Co. KG
zu	1%	der Landkreis Potsdam-Mittelmark

Unterbeteiligungen

Die MEBRA ist zu 100% an der Recyclingpark Brandenburg GmbH beteiligt. Das Stammkapital der Recyclingpark GmbH beträgt 1.000.000 €.

Gesellschaftsvertrag

Der ursprüngliche Gesellschaftsvertrag wurde mit Datum vom 5. März 1991 notariell beurkundet. Am 17.01.2003 erfolgte die notarielle Beurkundung des neuen Gesellschaftsvertrages und die Änderung der Gesellschafteranteile.

Danach hat die Stadt Brandenburg an der Havel 51%, die REMONDIS GmbH & Co. KG – Region Ost 48% und der Landkreis Potsdam Mittelmark 1%. Des Weiteren hat die Gesellschafterversammlung vom 26.08.2004 die Änderung des Gesellschaftsvertrages im § 1 Abs. 1 (Firmenname neu: Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH) beschlossen. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 22. September 2004.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Thomas Schiefelbein

Holger Ulbricht

- *Gesellschafterversammlung*

Mitglieder der Gesellschafterversammlung in 2016:

Name	für
Herr Detlef Reckow	Stadt Brandenburg an der Havel
Herr Dr. Sven Heincke	REMONDIS GmbH & Co. KG, Region Ost
Herr Landrat Wolfgang Blasig (bis 31.07.2016)	Landkreis Potsdam-Mittelmark
Herr Norbert Gehricke (ab 01.08.2016)	Landkreis Potsdam-Mittelmark

Im Berichtsjahr wurden sämtliche Gesellschafterbeschlüsse im Umlaufverfahren gefasst.

- *Beirat*

Beiratsmitglieder 2016

Beiratsvorsitz	Herr Detlef Reckow
Stellvertreter	Herr Dr. Sven Heincke
weitere Mitglieder	Herr Manfred Otto
	Herr Dr. Henning Gehm
	Herr Norbert Gehricke
	Herr Carsten Eichmüller

Im Berichtsjahr haben drei Beiratssitzungen stattgefunden.

Gegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß gültigem Gesellschaftsvertrag das Sammeln und Deponieren von Hausmüll und hausmüllähnlichem Gewerbemüll, Fäkalienabfuhr, Sperrmüllabfuhr und Containerdienste sowie Wertstoffeffassung im Sinne von § 1 Abs. 1 Abfallentsorgungsgesetz sowie die Übernahme artverwandter Dienstleistungen.

Die Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH ist ein zertifizierter Entsorgungsfachbetrieb. Das Einsatzgebiet erstreckt sich in der Stadt Brandenburg an der Havel sowie in Bereichen des Landkreises Potsdam-Mittelmark und anderen Landkreisen des Landes Brandenburg. Weiterhin wurde das Qualitätsmanagement nach DIN EN ISO 9001 eingeführt.

Die kommunale Entsorgung umfasst das Gebiet der Stadt Brandenburg an der Havel und des Landkreises Potsdam-Mittelmark.

Öffentlicher Zweck

Gemäß § 2 Abs.1 des Brandenburgischen Abfallgesetzes vom 06.06.1997 sind kreisfreie Städte öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger im Sinne des § 13 Abs.1 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes. Sie erfüllen diese Aufgabe als pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe. Im Rahmen der Erfüllung dieser Entsorgungsaufgabe bedient sich die Stadt Brandenburg an der Havel der Märkischen Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH. Die Bedingungen sind im Deponiebewirtschaftungsvertrag und dem Abfallentsorgungsvertrag festgehalten.

Mit der Tochter Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH wird die MEBRA verstärkt in der Aufbereitung von Abfällen und der Vermarktung der wieder gewonnenen Stoffe tätig.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2014	2015	2016
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	42%	43%	42%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	66%	69%	68%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	189%	191%	163%
Zinsaufwandquote	0,5%	0,3%	0,3%
Liquidität 3. Grades	172%	180%	179%
Cashflow	0 T€	-10 T€	1.073 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	-1%	0%	6%
Umsatz	6.799 T€	6.649 T€	7.567 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-107 T€	-48 T€	415 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	35%	26%	24%
Anzahl der Mitarbeiter	63	62	62

Lagebericht der Gesellschaft

Die Umsatzerlöse der MEBRA setzen sich im Wesentlichen aus Leistungen in den Bereichen Entsorgung im freien und gewerblichen Bereich, aus der Sammlung und Vermarktung von Wertstoffen, Straßenreinigung und Winterdienst, aus Entsorgungsleistungen im Rahmen der Dualen Systeme sowie dem Betrieb des Wertstoffhofes zusammen.

Die im Berichtsjahr erzielten Umsätze in Höhe von 7.566,9 T€ (2015: 6.648,9 T€) sind gegenüber dem Vorjahr um 918,0 T€ gestiegen. Die Veränderung resultiert im Wesentlichen

aus dem neuen Straßenreinigungs- und Winterdienstvertrag ab April 2016. Des Weiteren wurden im gewerblichen Bereich höhere Erlöse erzielt. Ab dem Berichtsjahr werden gemäß BilRUG die Mieterlöse unter den Umsatzerlösen ausgewiesen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge von 202,9 T€ verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 232,70 T€.

Der Materialaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um 485,0 T€ auf 3.257,3 T€ gestiegen. Dabei erhöhten sich die Aufwendungen für bezogene Leistungen um 453,1 T€ im Wesentlichen aufgrund in Anspruch genommener Subunternehmerleistungen. Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe stiegen um 31,9 T€ aufgrund höherer Kosten für den Einkauf von Wertstoffen.

Das Rohergebnis betrug 4.527,3 T€ (2015: 4.317,7 T€).

Die Personalaufwendungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 41,3 T€ und betragen 1.799,2 T€ (2015: 1.757,9 T€). Die Regelungen des Haustarifvertrages wirken sich positiv auf die Personalkosten aus. Die Erhöhung resultiert aus Rückstellungen für Personalaufwendungen.

Die Abschreibungen in Höhe von 586,1 T€ sind gegenüber dem Vorjahr (520,7 T€) aufgrund von Investitionen in Sachanlagen gestiegen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 1.913,1 T€ (2015: 1.938,6 T€) sanken um 25,5 T€. Die wesentlichen Einsparungen konnten bei den Kosten für Kraftstoffe, Kfz-Reparaturen sowie Rechts- und Beratungskosten erzielt werden.

Durch den bestehenden Ergebnisabführungsvertrag mit der Tochtergesellschaft Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH erzielte die Gesellschaft im Jahr 2016 Erträge aus der Ergebnisabführung in Höhe von 127,8 T€ (2015: Fehlbetrag 192,6 T€).

Somit weist die Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH einen Jahresüberschuss in Höhe von 414,9 T€ (2015: Fehlbetrag 48,0 T€) aus.

Cashflow aus operativer Tätigkeit:

Für die Finanzierung der laufenden Geschäftstätigkeit standen im Berichtsjahr ausreichend Mittel zur Verfügung. In Anlehnung an den Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 21 ergibt sich ein positiver Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 1.101,0 €. Der Finanzmittelfonds am Ende der Berichtsperiode beträgt 876,9 T€.

Cashflow aus Investitionstätigkeit:

Der Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit nach Berücksichtigung der Erlöse aus Anlagenabgängen beträgt 649,7 T€. Im Berichtsjahr tätigte die Gesellschaft Investitionen in Höhe von 779,7 T€.

Cashflow aus Finanzierungstätigkeit:

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betragen 1.218,4 T€ (2015: 890,9 T€).

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit beträgt 307,5 T€. Er resultiert aus der Neuaufnahme von Darlehen sowie deren planmäßiger Tilgung.

Die Gesellschaft war im Berichtsjahr jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Die Bilanzsumme der Gesellschaft hat sich im Jahr 2016 auf 7.380,2 T€ (2015: 6.689,8 T€) erhöht.

Auf der Aktivseite der Bilanz steht ein um die getätigten Investitionen erhöhtes Sachanlagevermögen in Höhe von 1.952,3 T€. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände verringerten sich gegenüber dem Vorjahr stichtagsbedingt um 198,5 T€.

Auf der Passivseite der Bilanz erhöhte sich das Eigenkapital um den Jahresüberschuss des Berichtsjahres in Höhe von 414,9 T€. Bezogen auf die Bilanzsumme ergibt sich eine Eigenkapitalquote von 68% (2015: 69%).

Die Rückstellungen erhöhten sich um 72,3 T€ auf 444,5 T€.

Die Verbindlichkeiten erhöhten sich auf 1.890,5 T€ (2015: 1.686,0 T€), wobei die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen stichtagsbedingt anstiegen.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Hauptgeschäftsfelder der Gesellschaft sind Leistungen der Kreislauf- und Abfallwirtschaft. Diese umfassen im Wesentlichen die Sammlung und Verwertung von Gewerbeabfällen sowie das Einsammeln von Wertstoffen, deren Aufbereitung und Vermarktung sowie die schadlose Entsorgung von Abfällen.

Weitere Leistungen werden im Rahmen der Straßenreinigung und des Winterdienstes sowie der Dualen Systeme erbracht. Darüber hinaus bewirtschaftet die Gesellschaft den kommunalen Wertstoffhof.

Nach dem Verlust des Hausmüllvertrages ist die MEBRA im Rahmen der ARGE für die Kommune nur noch für die Verwertung von kommunalem Altpapier, den Behälterdienst und die Einsammlung und Verwertung von Problemabfällen sowie für die Bewirtschaftung des Wertstoffhofes zuständig.

Die durchgeführte Umstrukturierung im Personalbereich hat im Geschäftsjahr zu einer Stabilisierung des Unternehmens beigetragen. Die Anpassung der Lohnstruktur an das Wettbewerbsniveau konnte durch den Abschluss eines Haustarifvertrages realisiert werden.

Die Gesellschaft hält Verträge zur Sammlung von Glas und LVP (Leichtverpackungen – gelber Sack) als direkter Vertragspartner des DSD in der Stadt Brandenburg an der Havel sowie für LVP im Landkreis Potsdam-Mittelmark. Zum Teil werden diese Verträge mit Hilfe von Subunternehmern abgewickelt.

Weiterhin sammelt die Gesellschaft im Rahmen eines DSD-Vertrags Altglas in Teilen des Landkreises Potsdam-Mittelmark.

In 2015 wurde im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung der Straßenreinigungs- und Winterdienstvertrag für die Stadt Brandenburg an der Havel zu verbesserten Konditionen ab 01.04.2016 gewonnen, so dass hier eine deutliche Ergebnisverbesserung erreicht werden konnte.

Zusätzlich erhielt die MEBRA verschiedene Winterdienstaufträge von kommunalen und privaten Auftraggebern in der Stadt Brandenburg an der Havel.

Am Standort der geschlossenen Deponie Fohrde betreibt die Gesellschaft im eigenen Namen weiterhin einen Kompostplatz und produziert dort güte zertifizierten Kompost.

Zusammenfassend zeigte sich aus der Sicht der Unternehmensleitung im Berichtsjahr eine gute Entwicklung der Gesellschaft, da sich das operative Ergebnis trotz des Verlustes des Hausmüllvertrages deutlich über Plan entwickelt hat. Es konnte ein positives Betriebsergebnis erzielt werden, welches trotz geringerer Erlöse aufgrund von Kostensenkungen vor allem im Personalbereich und bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen erreicht wurde.

Durch den Ergebnisabführungsvertrag übernahm die MEBRA den Gewinn der Tochtergesellschaft in Höhe von 127,8 T€. Die Gesellschaft erzielte im Berichtsjahr einen Jahresüberschuss von 414,9 T€.

Die Gesellschaft verfügt über ein rechnungslegungsbezogenes internes Kontrollsystem (IKS), welches dem Geschäftszweck und -umfang angemessen ist.

Für die Berichtsgesellschaft wird ein monatliches Ergebnisreporting und eine jährliche Budgetierung inklusive Mittelfristplanung erstellt. Gegenüber dem Hauptgesellschafter erfolgt zusätzlich eine Quartalsberichterstattung. Im Rahmen dieser regelmäßigen Prozesse wird die Ergebnis- und Liquiditätssituation der Gesellschaft überwacht, einem Planabgleich unterzogen und eine Früherkennung von Fehlentwicklungen gesichert.

Unter Berücksichtigung der Forderungen aus Cash-Pooling an die Tochtergesellschaft ist der Finanzmittelfonds der MEBRA in 2016 um 758,9 T€ gestiegen.

Trotz der bereits umgesetzten Maßnahmen besteht aufgrund des allgemeinen Wettbewerbsdrucks in der Branche, insbesondere durch die im Vergleich zum Wettbewerb noch zu hohen Personalkosten, das Risiko, bei kommenden Ausschreibungen von Altverträgen diese zu verlieren bzw. nur zu deutlich schlechteren Konditionen erneut zu gewinnen.

Die Geschäftsführung geht von einer zukünftig ausgelasteten Halle des RPB durch die langfristige Vermietung an eine REMONDIS-Tochter aus. Eine stabile Ertragslage beim RPB wirkt sich positiv auf das Ergebnis der Märkischen Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH aus.

Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr ihren Sitz nach Brandenburg an der Havel verlegt. Die Eintragung ins Handelsregister ist im Januar 2017 erfolgt und somit rechtskräftig geworden. Der Umzug der MEBRA nach Brandenburg an den Standort des Recyclingparks wurde vollzogen, um die fixen und variablen Kosten langfristig weiter zu senken und die Effizienz in den internen Abläufen zu erhöhen.

Die deutsche Entsorgungsbranche befindet sich im Wandel. Mit den verschiedenen Novellen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes, dem möglichen Wertstoffgesetz sowie der schwierigen Situation der dualen Systeme ändern sich zurzeit die Rahmenbedingungen und führen zu neuen Herausforderungen.

Mindestlöhne und Personalmangel sowie die demografische Entwicklung erfordern neue Lösungsansätze. Mit dem Gesellschafter REMONDIS hat die MEBRA einen Partner an der Seite, mit dem diese Herausforderungen auch als Chance im Wettbewerb genutzt werden können.

Neben der weiteren Anpassung der Kostenstruktur ist die deutliche stärkere Nutzung der vorhandenen Ressourcen in der MEBRA bzw. der Tochtergesellschaft Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH das wesentliche Ziel in 2017. Die Erhöhung der Auslastung der Halle des Recyclingparks durch weitere Umsätze im Bereich Umschlag, Lagerfläche bzw. Recycling, die Erweiterung der Angebotspalette der Dienstleistungen des Wertstoffhofes und neue Geschäftsfelder im Bereich Dienstleistung durch die MEBRA können das Ergebnis in den nächsten Jahren wieder verbessern.

Die Stadt Brandenburg an der Havel hatte den bis 31.03.2016 laufenden Vertrag zur Straßenreinigung und Winterdienst neu ausgeschrieben. Die MEBRA hatte sich an der Ausschreibung beteiligt. Im Rahmen des Vergabeverfahrens wurden alle drei Lose an die MEBRA vergeben. Durch den neuen Vertrag war eine deutlich verbesserte Ergebnissituation möglich.

Für 2017 sind Investitionen in Höhe von 825,0 T€ vorgesehen.

Durch die geplante Anpassung der Genehmigungen für den Betrieb des Recyclingparks soll in der Tochtergesellschaft die Voraussetzung für weiteres Umsatzwachstum durch externe Aufträge und neue Mieter geschaffen werden, so dass die RPB langfristig positive Ergebnisse realisieren kann, die durch den Ergebnisabführungsvertrag von der MEBRA übernommen werden.

Unter Zugrundelegung der zuvor beschriebenen Annahmen wird auch im Jahr 2017 mit einem positiven Ergebnis gerechnet.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Gewinnübernahme in Höhe von 127,8 T€ durch Ergebnisabführungsvertrag mit der RPB GmbH.
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2014	2015	2016
Aktivseite			
A. Anlagevermögen	2.971	2.880	3.073
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	1.850	1.759	1.952
III. Finanzanlagen	1.121	1.121	1.121
B. Umlaufvermögen	3.976	3.748	4.298
I. Vorräte	199	237	227
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.437	3.393	3.195
III. Kassenbestand, Guthaben	339	118	877
C. Rechnungsabgrenzungsposten	9	9	9
D. Aktive latente Steuern	52	52	0
Bilanzsumme	7.008	6.690	7.380
Passivseite			
A. Eigenkapital	4.656	4.608	5.023
I. Gezeichnetes Kapital	30	30	30
II. Andere Gewinnrücklagen	1.725	1.725	1.725
III. Gewinn-, Verlustvortrag	3.008	2.901	2.853
IV. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-107	-48	415
B. Rückstellungen	855	372	444
C. Verbindlichkeiten	1.481	1.686	1.890
D. Rechnungsabgrenzungsposten	16	23	22
E. Passive latente Steuern	0	0	0
Bilanzsumme	7.008	6.690	7.380

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2014	2015	2016
1. Umsatzerlöse	6.799	6.649	7.567
2. Bestandsänderung an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-59	6	15
3. Sonstige betriebliche Erträge	653	436	203
4. Materialaufwand	-2.451	-2.772	-3.257
5. Personalaufwand	-2.391	-1.758	-1.799
6. Abschreibungen	-535	-521	-586
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.108	-1.917	-1.913
8. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	0	0	128
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	71	64	71
10. Aufwendungen aus Verlustübernahme	-44	-193	0
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-37	-22	-20
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-102	-28	407
13. Steuern vom Einkommen und Ertrag	18	2	8
14. Sonstige Steuern	-23	-22	0
15. Jahresergebnis	-107	-48	415

III.3.2.1 Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH

Geschäftsbereich

Abfallbehandlung

Firmensitz

August-Sonntag-Straße 3
14770 Brandenburg an der Havel
Tel.: 03381/32 37 00
Fax: 03381/32 37 31
E-mail: recyclingpark-brandenburg@remondis.de

Gründung

Die Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH wurde am 25.02.1994 gegründet.
Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam unter HRB 7458 eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	1.000.000 €	
Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH		100 %

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keinen weiteren Unternehmen beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der gültige Gesellschaftsvertrag datiert vom 25. Februar 1994 in der zuletzt geänderten Fassung vom 17.01.2003.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführer*

Thomas Schiefelbein

Holger Ulbricht

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung erfolgt durch die Geschäftsführung der Märkischen Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH.

Im Berichtsjahr wurden sämtliche Gesellschafterbeschlüsse im Umlaufverfahren gefasst.

- *Beirat*

Die Beiratsfunktion wird durch den Beirat des Mutterunternehmens wahrgenommen.

Gegenstand

Gegenstand des Unternehmens sind gemäß gültigem Gesellschaftsvertrag:

- Aufgaben der Abfallentsorgung
- Vorbehandlung von Abfällen für eine ordnungsgemäße Verwertung bzw. Ablagerung

Öffentlicher Zweck

Kreisfreie Städte sind gemäß § 2 Abs.1 des Brandenburgischen Abfallgesetzes öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger im Sinne des § 13 Abs.1 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes.

Neben dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz wurden neue Regelwerke für die Restabfallentsorgung geschaffen. Dazu gehört insbesondere die Technische Anleitung Siedlungsabfall (TASi). Grundlage des Geschäftsbetriebes ist die Zielhierarchie des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes, nach der in erster Linie Abfälle zu vermeiden, in zweiter Linie zu verwerten und erst als letzte Möglichkeit Abfälle zu beseitigen sind. Ziel ist die Einsparung von Primärenergie.

Ziel der TASi war der Ausstieg aus der Ablagerung von Restabfällen auf herkömmlichen Deponien. Die TASi enthält Vorschriften über die Beschaffenheit von abzulagernden Restabfällen und die Bewirtschaftung von Deponien auf der Basis des zum 01.06.2005 in Kraft getretenen Deponierungsverbotes für unbehandelte Abfälle.

Die RPB GmbH ist Entsorgungsfachbetrieb. Der Hauptzweck des Unternehmens ist die seit dem 01.06.2005 gesetzlich vorgeschriebene Aufbereitung und Vorbehandlung von Siedlungs- bzw. Gewerbeabfällen zur weiteren thermischen Verwertung.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2014	2015	2016
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	94%	97%	97%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	24%	25%	27%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	28%	28%	28%
Zinsaufwandquote	3%	3%	3%
Liquidität 3. Grades	9%	5%	6%
Cashflow	398 T€	326 T€	380 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	0%	2%	1%
Umsatz	2.487 T€	1.880 T€	1.704 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0	0	0
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	0%	0%	0%
Anzahl der Mitarbeiter	0	0	0

Lagebericht der Gesellschaft

Im Berichtsjahr ergibt sich ein Jahresumsatz von 1.703,9 T€ (2015: 1.880,5 T€). Die Umsatzerlöse betreffen fast ausschließlich die Aufbereitung von Siedlungs- bzw. Gewerbeabfällen. Ausschlaggebend für den Umsatzrückgang ist die Auslagerung der Transportdienstleistungen von der Umschlagstation zur Verwertung im Rahmen des neuen Dienstleistungsvertrages mit der Stadt Brandenburg an der Havel über die Umladung von Abfällen. Korrespondierend zu dieser Verminderung der Umsatzerlöse sind auch die Materialaufwendungen auf 610,6 T€ (2015: 1.204,0 T€) gesunken.

Das Rohergebnis beträgt im Berichtsjahr 1.160,7 T€ (2015: 873.5 T€).

Im Berichtsjahr fiel in der Gesellschaft kein Personalaufwand an, da die Bewirtschaftung der Anlage über die Muttergesellschaft erfolgt.

Die Abschreibungen betragen 327,9 T€ und liegen somit um 10,6 T€ über dem Vorjahreswert.

Das Jahresergebnis 2016 in Höhe von 127,8 T€ liegt deutlich über dem Ergebnis des Vorjahres (-192,6 T€). Es konnte ein Gewinn erwirtschaftet werden, der im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages an die Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH abgeführt wird.

Die Gesellschaft war im Berichtsjahr durch Gesellschafterleistungen im Rahmen des Cash-Pooling mit der MEBRA jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Die Verbindlichkeiten aus dem Cash-Pool mit der MEBRA betragen zum 31. Dezember 2016 1.858,1 T€. Entsprechend des angewandten Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 21 ergibt sich ein Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 644,3 T€.

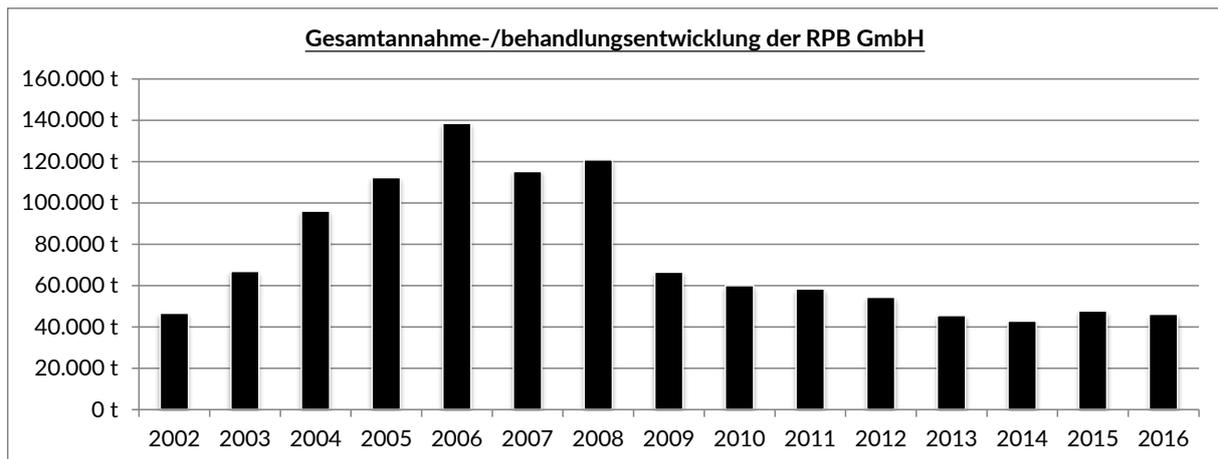
Im Berichtsjahr erfolgten keine nennenswerten Investitionen. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit lag bei -14,6 T€.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit betrug 66,4 T€. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit konnte die Zahlungsflüsse aus der Investitionstätigkeit und aus der Finanzierungstätigkeit vollständig decken. Aus dem Grund sind die Verbindlichkeiten gegenüber der MEBRA aus dem Cash Pool um 696,0 T€ gesunken.

Die Bilanzsumme der Gesellschaft verringerte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 3.724,8 T€ (2015: 4.029,1 T€). Die Eigenkapitalquote beträgt 27,3% (2015: 25,3%).

Das Anlagevermögen auf der Aktivseite der Bilanz liegt mit 3.594,3 T€ auf dem Niveau des Vorjahres (3.907,3 T€), wobei die planmäßigen Abschreibungen über den Investitionen lagen. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind gestiegen und betragen 129,0 T€ (2015: 119,6 T€).

Auf der Passivseite der Bilanz verminderte sich der Sonderposten durch planmäßige Auflösung. Die sonstigen Rückstellungen betragen zum Bilanzstichtag 190,1 T€. Die Verbindlichkeiten in Höhe von 2.128,7 T€ sanken gegenüber dem Vorjahr (2.436,4 T€) im Wesentlichen aufgrund der um 30,0 T€ geringeren Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie aufgrund der rückläufigen Verbindlichkeiten aus dem Cashpool in Höhe von 696,0 T€. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich durch die Neuaufnahme eines Darlehens, der planmäßige Tilgungen gegenüber stehen.



Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Durch den Vertrag für die Umladung von Abfällen aus der Stadt Brandenburg an der Havel bis 31.12.2020 ist eine stabile Grundauslastung der Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH gesichert.

Im Rahmen eines Subunternehmervertrages behandelt die Gesellschaft weiterhin auch Sperrmüll aus dem Landkreis Potsdam-Mittelmark. Die Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH liefert gewerbliche Abfallmengen aus dem freien Bereich an.

Die Muttergesellschaft betreibt am Standort der Gesellschaft den in 2014 komplett neu gestalteten kommunalen Wertstoffhof im Auftrag der Stadt. Auf dem gewerblichen Teil des Wertstoffhofs des Recyclingparks werden Abfälle von Gewerbetunden angenommen und verwertet.

Des Weiteren werden auf dem Gelände und in der Halle der Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH Glas, Papier und andere Wertstoffe für die MEBRA umgeschlagen. Ebenso befinden sich das Streumittelager und der Solebehälter für den Winterdienstvertrag der Muttergesellschaft in der Halle des RPB.

Wesentliches Ziel in 2016 war und ist auch zukünftig die stetige Erhöhung der Auslastung der Halle. Eine entscheidende Rolle spielt dabei die Umsetzung des Projektes REMINE und die damit einhergehende Vermietung eines großen Teils der Halle an die TSR-Tochter REMINE GmbH. Darüber hinaus ist es gelungen, durch die zielgerichtete Vermarktung der einzelnen Wertstoffe, weitere Ergebnispotentiale zu heben.

Zusammenfassend zeigte sich aus der Sicht der Unternehmensleitung im Berichtsjahr eine gute Entwicklung der Gesellschaft.

Insgesamt wird sichergestellt, dass die Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH in vollem Umfang ihren vertraglichen Verpflichtungen gerecht wird. Die Gesellschaft konnte im Rahmen der Ausschreibung den Zuschlag für die aus ergebnistechnischer Sicht relevante Dienstleistung – Umschlag von Hausmüll und Sperrmüll – bis zum 31.12.2020 gewinnen.

Ziel ist es, neue Stoffströme zu generieren, die von der Gesellschaft behandelt bzw. umgeschlagen werden. Weiterhin bestehen gute Chancen, durch ein Projekt mit einer REMONDIS Tochtergesellschaft einen Mieter für einen Großteil der Hallenfläche zu gewinnen. Die notwendigen Genehmigungsanträge sind durch die Behörden genehmigt worden. Eine rechtliche Wirksamkeit wird Ende 2. Quartal 2017/Anfang 3. Quartal 2017 erwartet. Ein weiterer wesentlicher Bestandteil ist der Wertstoffhof, dessen Betrieb die Muttergesellschaft im Rahmen der europaweiten Ausschreibung mindestens bis zum 28.02.2019 gewonnen hat. Das Grundstück, auf dem der Wertstoffhof betrieben wird, wird von der RPB an die MEBRA vermietet.

Die Gesellschaft war im Berichtsjahr durch Gesellschafterleistungen im Rahmen des Cash-Pooling mit der MEBRA jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Auch im Folgejahr ist die Gesellschaft zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit auf die Inanspruchnahme des Cash-Pools mit der Gesellschafterin angewiesen. Die Liquidität der Gesellschaft ist somit eng verbunden mit der wirtschaftlichen Lage der MEBRA, so dass die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft von der Zahlungsfähigkeit der MEBRA abhängig ist. Die Zahlungsfähigkeit der MEBRA ist zurzeit und, entsprechend der Mittelfristplanung, bis 2020 aufgrund bestehender Kreditvereinbarungen gewährleistet.

Die Gesellschaft verfügt über ein rechnungslegungsbezogenes internes Kontrollsystem (IKS), welches dem Geschäftszweck und -umfang angemessen ist.

Für die Berichtsgesellschaft wird ein monatliches Ergebnisreporting und eine jährliche Budgetierung inklusive Mittelfristplanung erstellt. Die Gesellschaft erstellt quartalsweise Berichte, die die jeweiligen Abweichungen zwischen Plan und Ist des Berichtszeitraumes darstellen und erläutert die aktuelle Geschäftsentwicklung. Im Rahmen dieser regelmäßigen Prozesse wird die Ergebnis- und Liquiditätssituation der Gesellschaft überwacht, einem Planabgleich unterzogen und eine Früherkennung von Fehlentwicklungen gesichert.

Durch die geplante Ausweitung und Flexibilisierung der Genehmigungen für den Betrieb des Recyclingparks sollen die Voraussetzung für weiteres Umsatzwachstum durch externe Aufträge und neue Mieter geschaffen werden, um langfristig nachhaltig positive Ergebnisse realisieren zu können.

Für das Jahr 2017 geht die Gesellschaft wiederum von einem positiven Ergebnis vor Ergebnisübernahme aus. Für 2018 geht die konservative Mittelfristplanung dann von weiter steigenden positiven operativen Ergebnissen aus, die in den Folgejahren verstetigt werden.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Ergebnisabführung an die MEBRA GmbH in Höhe von 127,8 T€ aufgrund Ergebnisabführungsvertrag mit der Muttergesellschaft.
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2014	2015	2016
Aktivseite			
A. Anlagevermögen	4.042	3.908	3.594
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	4.042	3.907	3.594
B. Umlaufvermögen	240	122	130
I. Vorräte	13	2	1
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	228	120	129
III. Kassenbestand, Guthaben	0	0	0
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	4.283	4.029	3.725
Passivseite			
A. Eigenkapital	1.017	1.017	1.017
I. Stammkapital (Festgesetztes Kapital)	1.000	1.000	1.000
II. Gewinn-/Verlustvortrag	17	17	17
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	486	438	389
C. Rückstellungen	130	138	190
D. Verbindlichkeiten	2.650	2.436	2.129
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	4.283	4.029	3.725

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2014	2015	2016
1. Umsatzerlöse	2.487	1.880	1.704
2. Verminderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Erzeugnissen	11	-11	-1
3. Sonstige betriebliche Erträge	290	208	69
4. Personalaufwand	0	0	0
5. Materialaufwand	-1.804	-1.204	-611
6. Abschreibungen	-341	-317	-328
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-552	-618	-651
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-69	-65	-54
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	21	-127	128
11. Sonstige Steuern	-64	-65	0
12. Erträge aus Verlustübernahme	-44	-193	0
13. Aufwendungen aus Ergebnisabführung	0	0	-128
14. Jahresergebnis	0	0	0

III.3.3 VBB Verkehrsverbund Berlin – Brandenburg GmbH

Geschäftsbereich

Verkehr

Firmensitz

Hardenbergplatz 2

10623 Berlin

Tel.: 030/25 41 44 50

Fax: 030/25 41 41 11

E-mail: info@vbb.de

Internet: www.vbb.de

Gründung

Die Gesellschaft wurde am 8. Dezember 1994 gegründet. Die Grundsatzentscheidung über den Beitritt der Stadt Brandenburg an der Havel zur VBB GmbH wurde von der SVV am 18.12.1997 getroffen. Die Gesellschaft ist eingetragen unter der Nr. HRB 54603 im Handelsregister des Amtsgerichtes Berlin-Charlottenburg.

Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 324.000 €

Die Gesellschafterstruktur der VBB GmbH ist einheitlich: Neben den beiden Ländern Berlin und Brandenburg, die je ein Drittel der Anteile des Stammkapitals, das insgesamt 324 T€ beträgt, halten und jeweils vier Vertreter in den Aufsichtsrat entsenden, sind alle achtzehn kommunalen Gebietskörperschaften im Land Brandenburg selbst Gesellschafter der VBB GmbH; sie halten jeweils einen Geschäftsanteil von 6 T€ (1,85%) und entsenden je einen Vertreter in den Aufsichtsrat.

Gesellschafter:	Anteil am Stammkapital	Stamm-einlage
Land Berlin	33,33%	108.000 €
Land Brandenburg	33,33%	108.000 €
Stadt Brandenburg an der Havel	1,85%	6.000 €
Stadt Frankfurt (Oder)	1,85%	6.000 €
Stadt Cottbus	1,85%	6.000 €
Landeshauptstadt Potsdam	1,85%	6.000 €
Landkreis Barnim	1,85%	6.000 €
Landkreis Dahme-Spreewald	1,85%	6.000 €
Landkreis Elbe-Elster	1,85%	6.000 €
Landkreis Havelland	1,85%	6.000 €
Landkreis Märkisch-Oderland	1,85%	6.000 €
Landkreis Oberhavel	1,85%	6.000 €

Landkreis Oberspreewald-Lausitz	1,85%	6.000 €
Landkreis Oder-Spree	1,85%	6.000 €
Landkreis Ostprignitz-Ruppin	1,85%	6.000 €
Landkreis Potsdam-Mittelmark	1,85%	6.000 €
Landkreis Prignitz	1,85%	6.000 €
Landkreis Spree-Neiße	1,85%	6.000 €
Landkreis Teltow-Fläming	1,85%	6.000 €
Landkreis Uckermark	1,85%	6.000 €
		<u>324.000 €</u>

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag datiert vom 01.12.2005.

Gesellschaftsanteile

Gemäß § 16 des Gesellschaftsvertrages wird die laufende Finanzierung der Gesellschaft in einem gesonderten Konsortialvertrag geregelt. Aus diesem ergibt sich die Verpflichtung aller Gesellschafter, den für die Geschäftstätigkeit der VBB GmbH anfallenden Finanzbedarf durch Gesellschafterbeiträge zu decken.

Entsprechend den Regelungen des Konsortialvertrages verteilen sich die Gesellschafterbeiträge wie folgt:

- 40% auf das Land Berlin
- 40% auf das Land Brandenburg
- in Summe 20% auf alle kommunalen Gesellschafter zu gleichen Teilen

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Susanne Henckel

- *Gesellschafterversammlung*

Vertreter des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung ist der Bürgermeister der Stadt Brandenburg an der Havel, Herr Steffen Scheller.

Im Geschäftsjahr 2016 fand eine Gesellschafterversammlung statt.

- *Aufsichtsrat*

Die Mitglieder des Aufsichtsrates waren 2016:

Mitglieder des Aufsichtsrates 2016	
Name	Funktion
Herr Christian Gaebler	Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (Aufsichtsratsvorsitzender bis 15.03.2016, erster stellv. Aufsichtsratsvorsitzender seit 15.03.2016)
Frau Katrin Lange	Staatssekretärin Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung Land Brandenburg (Aufsichtsratsvorsitzende vom 15.03. bis 18.04.2016)
Frau Ines Jesse	Staatssekretärin Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung Land Brandenburg (Aufsichtsratsvorsitzende seit 30.06.2016)
Herr Carsten Bockhardt	Erster Beigeordneter im Landkreis Barnim
Herr Burkhard Exner	Bürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam
Herr Detlef Gärtner	Beigeordneter des Landkreises Teltow-Fläming
Frau Grit Klug	Erste Beigeordnete des Landkreises Oberspreewald-Lausitz
Frau Stephanie Landgraf	Referentin in der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz des Landes Berlin
Herr Rudolf Keseberg	Ministerialdirigent im Ministerium des Innern des Landes Brandenburg (bis 31.10.2016)
Herr Ralf Reinhardt	Landrat im Landkreis Ostprignitz-Ruppin
Herr Markus Derling	Beigeordneter Stadt Frankfurt/Oder
Frau Dr. Heike Richter	Abteilungsleiterin im Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg
Herr Joachim Künzel	Referatsleiter der Senatskanzlei Berlin (bis 30.06.2016)
Frau Dr. Anna Hochreuter	Abteilungsleiterin der Senatskanzlei Berlin (seit 25.07.2016)
Herr Stephan Loge	Landrat im Landkreis Dahme-Spreewald
Frau Edelgard Schimko	Geschäftsbereichsleiterin im Landkreis Prignitz
Herr Hans-Werner Michael	Referatsleiter im Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg
Herr Christian Heinrich-Jaschinski	Landrat des Landkreises Elbe-Elster
Herr Steffen Scheller	Bürgermeister der Stadt Brandenburg an der Havel
Herr Gernot Schmidt	Landrat im Landkreis Märkisch-Oderland
Herr Bernd Brandenburg	Beigeordneter im Landkreis Uckermark
Herr Dr. Burkhard Schröder	Landrat im Landkreis Havelland (bis 31.03.2016)
Herr Roger Lewandowski	Landrat im Landkreis Havelland (seit 22.06.2016)
Herr Ludger Weskamp	Landrat im Landkreis Oberhavel
Herr Günter Schulz	Referatsleiter in der Senatsverwaltung für Finanzen des Landes Berlin
Herr Christian Stein	Erster Beigeordneter im Landkreis Potsdam-Mittelmark
Frau Marietta Tzschoppe	Beigeordnete der Stadt Cottbus
Herr Carsten Billing	Dezernent im Landkreis Spree-Neiße
Herr Manfred Zalenga	Landrat im Landkreis Oder-Spree (zweiter stellv. Aufsichtsratsvorsitzender)

Im Geschäftsjahr 2016 fanden vier Aufsichtsratssitzungen statt.

- *Beiräte*

Entsprechend den gesellschaftsrechtlichen Grundlagen bestehen gemäß § 7 in Verbindung mit § 14 des Gesellschaftsvertrages zwei Beiräte.

Der Beirat der Gesellschafter setzt sich aus je vier Vertretern der Länder Berlin und Brandenburg sowie je einem Vertreter der übrigen Gesellschafter zusammen.

Der Beirat der Verkehrsunternehmen setzt sich aus Vertretern der im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg kooperierenden Verkehrsunternehmen zusammen. Beide Beiräte haben lediglich beratende Funktion.

Gegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der nachfrage- und bedarfsgerechten Sicherung und Entwicklung der Leistungsfähigkeit und Attraktivität des ÖPNV im Sinne der ÖPNV-Gesetze der Länder Berlin und Brandenburg sowie des Einigungsvertrages und der Grundsatzvereinbarungen der Länder Berlin und Brandenburg vom 30. Dezember 1993.

Hieraus ergeben sich u. a. für die Gesellschaft im Wesentlichen folgende Aufgaben:

- Erarbeitung eines den regionalen Bedingungen angepassten Bedienungskonzeptes und Erstellung eines daraufhin gerichteten Fahrplans
- Konzipierung, Einführung und Fortentwicklung eines einheitlichen Beförderungssystems, eines einheitlichen Beförderungstarifes für den Verbundverkehr, einheitliche Tarif- und Beförderungsbedingungen, Fahrgastinformationen, Marketingmaßnahmen und Abfertigungs- und Zahlungssysteme
- Erarbeitung und Anwendung eines Einnahmeaufteilungsverfahrens für das Verbundgebiet
- Mitwirkung bei der Aufstellung und Umsetzung der Investitions- und Finanzierungspläne der Aufgabenträger für den Verkehrsverbund und Ermittlung des Zuschussbedarfs für den Verbundverkehr
- Schaffung einer einheitlichen Bedien- und Nutzeroberfläche des ÖPNV im Verbundgebiet
- Erarbeitung einheitlicher qualitativer und quantitativer Standards für die Verkehrsbedienung des Verbundgebietes nach Maßgabe der Nahverkehrsplanungen, Finanzierungs- und sonstigen Vorgaben der Aufgabenträger

Ziel der VBB GmbH ist die Koordination, die Weiterentwicklung und die Gestaltung der regionalen Zusammenarbeit der Länder Berlin und Brandenburg sowie der Kommunen des Landes Brandenburg im Bereich des ÖPNV.

Der VBB ist eine Gesellschaft der Länder, Kreise und kreisfreien Städte. Dieser Aufbau führt zu einer klar umrissenen Verantwortungsstruktur und ermöglicht eine eindeutige Trennung zwischen politischer (Besteller) und unternehmerischer (Ersteller) Verantwortung. Die Gesellschafter sind in ihren Entscheidungen unabhängig von den Verkehrsunternehmen. Die Gesellschafter sind zuständig für die Bestellung von Verkehrsleistungen, die von den 43 Verkehrsunternehmen erbracht werden.

Öffentlicher Zweck

Gemäß § 2 Abs. 2 in Verbindung mit § 131 BbgKVerf gehört die Gewährleistung des öffentlichen Verkehrs zu den Selbstverwaltungsaufgaben der kreisfreien Städte und Landkreise.

Im § 2 des Gesellschaftsvertrages sind die Aufgaben der Gesellschaft zur Erfüllung des öffentlichen Zwecks festgelegt. Der Verkehrsverbund wirkt über seine Gremien auf den notwendigen Interessenausgleich zwischen Verkehrspolitik, ÖPNV-Kundenanforderungen, Erwartungen der Verkehrsunternehmen und der Interessen seiner Gesellschafter hin. Dazu plant, bestellt, koordiniert und kontrolliert er z.B. den SPNV (Schienenpersonennahverkehr) und den übrigen ÖPNV über die kommunalen und Ländergrenzen hinweg.

Technische Daten 2016

Verkehrsunternehmen:	44
Einwohner:	
Berlin	3.520 Mio.
Brandenburg	2.485 Mio.
Berlin/Brandenburg (Dez. 2015)	6.005 Mio
Flächen:	
Berlin	892 km ²
Brandenburg	29.654 km ²
Berlin/Brandenburg (2012)	30.546 km ²
Einwohnerdichte:	
Berlin	3.948 je km ²
Brandenburg	84 je km ²
Berlin/Brandenburg (gesamt)	195 je km ²
Länge SPNV-Netz:	ca. 2.707 km
Anzahl der Fahrgäste (Stand 2016):	
Berlin/Brandenburg (täglich)	ca. 3,95 Mio.
Berlin/Brandenburg (gesamt)	ca. 1.442 Mio.
Zugkilometer im SPNV 2016 (S-Bahn und Regionalverkehr):	ca. 70,9 Mio. km
Wagenkilometer (U-Bahn, Straßenbahn, Bus):	
Berlin	232 Mio. km
Brandenburg	87 Mio. km
Berlin/Brandenburg (gesamt)	319 Mio. km

Mit seinen ca. 30.546 km² gehört der VBB flächenmäßig zu den größten Verkehrsverbänden in Europa. Fahrgäste, die mit Bus und Bahn in Berlin und Brandenburg unterwegs sind, erleben einen einheitlichen, kundenorientierten Nahverkehr mit aufeinander abgestimmten Fahrplänen, vielfältigen Verkehrsanbindungen, einem Tarif und einer umfassenden Fahrgastinformation.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2014	2015	2016
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	9%	13%	13%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	7%	6%	6%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	175%	143%	143%
Zinsaufwandquote	0	0	0
Liquidität 3. Grades	107%	106%	105%
Cashflow	-39 T€	714 T€	-332 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	VBB GmbH weist keinen Gewinn u. keine FK-Zinsen aus	VBB GmbH weist keinen Gewinn u. keine FK-Zinsen aus	VBB GmbH weist keinen Gewinn u. keine FK-Zinsen aus
Umsatz	1.097 T€	1.124 T€	1.015 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0 T€	0 T€	0 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	44%	39%	44%
Anzahl der Mitarbeiter	99	100	99

Lagebericht der Gesellschaft

Im Kerngeschäft der VBB GmbH wurden im Geschäftsjahr 2016 gemeinsam mit den Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen wichtige Meilensteine erzielt:

Tarif: Das indexbasierte Tarifentwicklungsverfahren wurde im Jahr 2016 erneut erfolgreich umgesetzt. Tarifmaßnahmen wurden systematisch in zehn Stufen gemeinsam mit Verkehrsunternehmen sowie Gesellschaftern entwickelt und abgestimmt. Wie vorgesehen, erfolgte die Umsetzung zum 1. Januar 2017.

Einnahmenaufteilung: Die Feldarbeit zur Verkehrserhebung 2016 wurde planmäßig durchgeführt. Zur Erhöhung der Auskunftsbereitschaft der Fahrgäste wurde die Erhebung von vielfältigen kommunikativen Mitteln begleitet. Ferner wurde die Einnahmenaufteilung für die Jahre 2012 und 2013 abgeschlossen. Für die Jahre 2014 und 2015 konnten darüber hinaus die wichtigsten Einnahmenpools bereits abgerechnet werden. Für die Handyticketsysteme im VBB wurde ein einheitliches Liquiditätssicherungsverfahren entwickelt. Die Datenbank Meldewesen wurde um eine Schnittstelle zur VBB-Tarifdatenbank sowie ein Modul zur Erfassung und Auswertung der Semesterticketeinnahmen erweitert. Ein weiterer thematischer Schwerpunkt bestand in der Evaluation der Brandenburger Semestertickets, mit dem Ziel zukünftig eine Weiterentwicklung zu ermöglichen.

Angebotsplanung: An den Verknüpfungspunkten im Verbundgebiet fanden Erhebungen statt, um die Anschlüsse zwischen Bus und Bahn weiter zu optimieren. Die Einführung neuer PlusBus-Linien verfolgt ebenfalls das Ziel, die Abstimmung von regionalen Bus- und Bahnangeboten zu verbessern. Im Jahr 2016 wurde das PlusBus-Konzept evaluiert und dabei auf einzelnen Linien deutliche Fahrgaststeigerungen festgestellt. Daneben wurden ein Fachaustausch mit VertreterInnen anderer Verbünde, Verkehrsunternehmen und Aufgabenträgern realisiert sowie Abstimmungen zur Einführung weiterer Linien geführt. Überdies erfolgte die Aktualisierung der ÖPNV-Anbindungskonzeption des Flughafens BER in enger Abstimmung mit den kommunalen Aufgabenträgern. Einen weiteren thematischen Schwerpunkt bildete die Neufassung des Handbuchs „Alternative Bedienung“. Sie zielt darauf, auch künftig eine genehmigungsfähige Gestaltung von Rufbusverkehren zu gewährleisten. Weiterhin unterstützte die VBB GmbH das brandenburgische Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung kontinuierlich bei der Erarbeitung der Mobilitätsstrategie 2030 für das Land Brandenburg.

Fahrgastinformation: Das Forschungsprojekt m4guide, das ein Navigationssystem für blinde und sehbehinderte Menschen entwickelt hat, konnte erfolgreich zu einem Abschluss geführt werden. Die Projektergebnisse werden in einem nächsten Schritt in die elektronischen VBB-Fahrgastinformationsmedien integriert. Deren Erweiterung war auch im Jahr 2016 maßgeblich: So zeigt die VBB-Livekarte nun auch Car- und Bikesharing-Angebote in Berlin auf. Diese Daten sind seit dem Jahr 2016 ebenfalls in der VBB-App Bus & Bahn enthalten. Neu integriert in die App wurde zudem die Auskunft über den planmäßigen Fahrzeugeinsatz für die Linien im Regionalverkehr. Die Livesuche in der VBB-Fahrinfo berücksichtigt derweil ebenfalls verspätete Fahrten bei der Suche von Anschlussverbindungen. Über die neue VBB-Abfahrinfo können NutzerInnen die echtzeitdatenbasierte Abfahrtstafel einer individuell beliebigen Haltstelle aufrufen. Um eine Verbesserung der Datenqualität zu erreichen, erfolgte die Weiterentwicklung des Echtzeitdatenkonzeptes. Die Verfügbarkeit von Echtzeitdaten wurde ferner auf weitere Verkehrsunternehmen ausgeweitet. Weiterhin begann die Aktualisierung der VBB-Richtlinien zur Fahrgastinformation, mit dem Ziel eines einheitlichen Gesamterscheinungsbildes.

Vertrieb: Im Rahmen des Projektes INNOS-START-VBB-2 erfolgte die Umsetzung der verbundweiten Ausgabe der VBB-fahrCard für nahezu alle VBB-Abonnementprodukte. Ferner wurde ein „Rahmenkonzept und Strategie Vertrieb“ entwickelt, das die Grundlage zur

Weiterentwicklung des Vertriebs im Verbundgebiet bildet. Insbesondere für den digitalen Vertrieb formulierte und erörterte die VBB GmbH gemeinsam mit den Verkehrsunternehmen Leitlinien für die Zusammenarbeit. Die Vereinbarungen zum VBB-Handyticket wurden daneben verlängert. Sodann vollzog sich die Integration des DB Navigators als neues Handyticketsystem im VBB.

Marketing: Der Abschlussbericht der VBB-Aufgabenevaluation aus dem Jahr 2014 formuliert den Ausbau und die Präzisierung der VBB-Dachmarke als Handlungsempfehlung, um eine verbundweite Klammer bei der flächendeckenden Information über die ÖPNV-Leistungen anzubieten. In diesem Zusammenhang wurde das Corporate Design der VBB GmbH weiterentwickelt und die Marke VBB in diesem neuen grafischen Zusammenhang gestärkt. Es erfolgte eine Ausweitung der VBB-Präsenz in den Kundenmagazinen der Verbundverkehrsunternehmen durch verbundweit gültige Fachbeiträge. Ferner wurden für den Auftritt der Verkehrsunternehmen auf Veranstaltungen unterschiedliche Module konzipiert (u.a. Aufsteller und Zelte); auf diese Weise sollen die Verkehrsunternehmen deutlicher als Verbund-Unternehmen in das Blickfeld der Fahrgäste treten. Des Weiteren wurde die Zielgruppenansprache geschärft und die Präsenz der VBB GmbH auf Social-Media-Kanälen (Twitter, Facebook und YouTube) gefestigt.

Ertragslage

Positionen	2014 T Euro	Anteile in %	2015 T Euro	Anteile in %	2016 T Euro	Anteile in %
Gesellschafterbeiträge	7.164	53	8.946	58	7.472	52
Gesellschafterbeiträge Center	3.455	26	3.421	22	3.533	25
Umsatzerlöse / sonstige betriebliche Erträge	1.371	10	1.750	11	1.702	12
Akquiseprojekte	1.088	8	1.137	7	1.452	10
Einnahmen aus Kooperationen	375	3	273	2	53	1
Gesamt	13.453		15.527		14.212	

Die Mittelzuflüsse umfassen alle Erträge im Rahmen des Wirtschaftsplanes und der zusätzlichen Forschungsprojekte.

Die nominale und anteilige Verringerung der Gesellschafterbeiträge ist durch die geleisteten Gesellschafterbeiträge für das Projekt INNOS-START-VBB-2 begründet.

Finanzlage

Die Kapitalstruktur der VBB GmbH ist von einem stabilen hohen Anteil an Gesellschaftermitteln gekennzeichnet. Das Fremdkapital ist jeweils durch die ausgewiesenen liquiden Mittel finanziert.

Die Bilanzpositionen auf der Passivseite entwickeln sich wie folgt:

Kapitalposition	2014 T Euro	Anteile in %	2015 T Euro	Anteile in %	2016 T Euro	Anteile in %
Eigenkapital	324	7	324	6	324	6
- Stammkapital	324	7	324	6	324	6
Fremdkapital	4.224	93	5.558	94	5.534	94
- Sonderposten *)	411	9	727	11	723	12
- Rückstellungen	1.286	28	1.317	23	1.380	24
- Erhaltene Anzahlungen	430	10	707	12	988	16
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	251	6	414	7	677	11
- Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern, davon aus noch nicht verwendeten Gesellschafterbeiträgen	1.422 (1.422)	31 (31)	1.266 (1.266)	22 (22)	1.099 (1.099)	19 (19)
- sonstige Verbindlichkeiten	419	9	1.095	18	637	11
- Rechnungsabgrenzungsposten	5	0	32	1	30	1

*) Die passiven Sonderposten nehmen eine Sonderstellung ein. Die hier ausgewiesenen Sonderposten aus Zuschüssen zur Finanzierung des Anlagevermögens stellen einen Korrekturposten zum Anlagevermögen und damit kein frei verfügbares Kapital für die Gesellschaft dar. Sie sind dementsprechend nicht dem Eigenkapital zuzurechnen.

Investitionsstruktur

Im Geschäftsjahr 2016 wurden Investitionen in Höhe von insgesamt rd. 203 T€ getätigt, davon rd. 126 T€ in Lizenzen und ähnliche Rechte, rd. 41 T€ in die EDV-Hard- und Software sowie rd. 36 T€ in die Büro- und Geschäftsausstattung und Sonstiges.

Vermögenslage

Die wichtigsten Bilanzpositionen entwickelten sich wie folgt:

Vermögenspositionen	2014 T Euro	2015 T Euro	2016 T Euro
Bilanzsumme	4.547,5	5.882,4	5.857,6
Anlagevermögen	420,8	737,1	733,2
Kundenforderungen	348,3	271,4	526,3
Liquide Mittel	3.057,3	3.771,5	3.439,9

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2017 wurde am 30. Juni 2016 vom VBB-Aufsichtsrat festgestellt.

Die Abteilung Marketing, die für einen Übergangszeitraum direkt an die Geschäftsführung angeschlossen worden war, ergänzt nun den Bereich Planung und Fahrgastinformation. Als

Abteilung Kommunikation widmet sie sich neben der klassischen Marketingtätigkeit unter anderem auch der Veranstaltungskommunikation.

Die Zusammenarbeit über die VBB-Datenbox wurde darüber hinaus weiter intensiviert und ausgebaut. Sie stellt inzwischen eine wichtige organisatorische Grundlage für die Arbeit der VBB GmbH dar; sowohl MitarbeiterInnen des Unternehmens als auch externe Partner sind im Umgang mit der Plattform vertraut.

Die Internetplattformen Twitter, Facebook und YouTube gewinnen für die Außendarstellung des Unternehmens zunehmend an Bedeutung; stetig steigende Nutzer- und Follower-Zahlen zeigen dies an. Die VBB GmbH nimmt auf diese Weise an der digitalen Kommunikation mit und über die Verkehrsbranche teil und hat zusätzlich die Möglichkeit, neue Kundengruppen zu erschließen.

Im Jahr 2017 werden vor allem folgende Themen maßgeblich sein:

Tarif: Im Fokus des Tarifentwicklungsverfahrens im Jahr 2017 stehen die Weiterentwicklung der Brandenburger Semestertickets, die Prüfung des Maßnahmenpakets zu Anschlussfahrausweisen, die Umstellung der Schülertickets im Tarifgebiet Berlin AB auf die VBB-fahrCard unter Berücksichtigung der Aufsichtsratsvorgabe vom 29. September 2016, die Erstellung einer Konzeption für tarifliche Änderungen anlässlich der Brandenburger Verwaltungsstrukturreform sowie Überlegungen zur weiteren Überführung des VBB-Tarifs in digitale Medien. Bei allen Maßnahmen soll der Aspekt Tarifgerechtigkeit zwischen Berlin und Brandenburg berücksichtigt werden.

Einnahmenaufteilung: Die Einnahmenaufteilung der Jahre 2014 und 2015 soll im Lauf des Jahres 2017 endgültig abgeschlossen werden. Parallel dazu soll die Datenbank Meldewesen um ein Modul zur Verwaltung der im Rahmen der Einnahmenaufteilung erfolgenden Zahlungen erweitert werden. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Fortschreibung der Einnahmenaufteilung für den Berliner Raum ab Ende 2017.

Vertrieb: Die Entwicklung gemeinsamer Leitlinien zum Umgang mit digitalen Vertriebswegen, die Weiterentwicklung des Handytickets und die Fortschreibung der Vertriebsstrategie bilden die Schwerpunkte der Zusammenarbeit mit den Verkehrsunternehmen.

Kommunikation: Die Intensivierung und zielgruppenspezifische Ausrichtung der Kommunikation über digitale Kanäle werden weiter forciert.

Planung: Die Aktualisierung der ÖPNV-Anbindung des Flughafens BER, die Vorbereitung der Einführung neuer Plus Bus-Linien sowie die Konzeption und Umsetzung von Stadt-Umland-Konzepten in weiteren Korridoren bilden die thematischen Schwerpunkte. Ferner wird eine Arbeitsgruppe das Thema Barrierefreiheit aufbereiten, um gemeinsame Wege der bis zum Jahr 2022 umzusetzenden Anforderungen aus dem Personenbeförderungsgesetz zu konzipieren.

Fahrgastinformation: Im Vordergrund steht die Weiterentwicklung der VBB-Fahrinfo-Familie um die Integration eines inter- und multimodalen Routenplaners, die Berücksichtigung von Aufzugsstörungen, die Erweiterung um die Ergebnisse des Projektes m4guide sowie die

Aufnahme nationaler Fahrplandaten aus der DELFI-Kooperation. Zudem wird die Einführung eines Wohn- und Mobilitätskostenrechners forciert.

Center für Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement: Das ÖPNV-Konzept 2030 wird im Jahr 2017 weitergeführt und analysiert unter dem Titel „i2030“ die infrastrukturellen Erfordernisse sowie die finanziellen Notwendigkeiten zur Umsetzung der verkehrlichen Ergebnisse aus dem ÖPNV-Konzept 2030. Im Übrigen wird das Projekt „Rad im Regio“ auch im Jahr 2017 fortgeführt. Das Qualitäts- und Vertragsmanagement wird daneben kontinuierlich vollzogen. Zur weiteren Entwicklung der Verkehre nach Polen sind intensive Abstimmungen mit den beteiligten Partnern vorgesehen. Darüber hinaus beginnt das Vergabeverfahren für das Netz Elbe-Spree. Die laufenden Vergabeverfahren der Berliner S-Bahn wird die VBB GmbH auch im Jahr 2017 fachlich und organisatorisch begleiten.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2014	2015	2016
Aktivseite			
A. Anlagevermögen	421	737	733
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	47	387	414
II. Sachanlagen	374	350	320
B. Umlaufvermögen	4.054	5.069	5.037
I. Vorräte	411	634	886
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	586	664	711
III. Kassenbestand, Guthaben	3.057	3.771	3.440
C. Rechnungsabgrenzungsposten	73	76	88
Passivseite			
A. Eigenkapital	324	324	324
I. Gezeichnetes Kapital	324	324	324
B. SoPo für Investitionszuschüsse	19	15	11
C. Gesellschafterbeiträge zur Finanzierung des AV	392	712	712
D. Rückstellungen	1.286	1.317	1.380
E. Verbindlichkeiten	2.522	3.482	3.401
F. Rechnungsabgrenzungsposten	5	32	30
Bilanzsumme	4.548	5.882	5.858

Ertragslage der Gesellschaft

GuV	(Angaben in T€)		
	2014	2015	2016
1. Umsatzerlöse	1.097	1.124	1.015
2. Erhöhung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	248	225	246
2. Erträge aus Gesellschafterbeiträgen	9.112	8.941	9.156
3. Sonstige betriebliche Erträge	2.282	4.130	2.968
4. Materialaufwand	-1.010	-1.063	-906
5. Personalaufwand	-5.557	-5.644	-5.744
6. Abschreibungen	-122	-155	-207
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-6.058	-7.560	-6.523
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	24	17	9
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-16	-15	-14
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,8	0,2	0,9
11. Außerordentliche Erträge	0,0	0,0	0,0
11. Sonstige Steuern	-0,8	-0,2	-0,9
12. Jahresergebnis	0,0	0,0	0,0

III.3.4 PWU Potsdamer Wasser- und Umweltlabor GmbH

Geschäftsbereich

Dienstleistungen

Firmensitz

Schlaatzweg 1 A

14473 Potsdam

Tel.: 0331/27 75 0

Fax: 0331/27 75 106

E-mail: info@pwu-potsdam.de

Gründung

Die HWG Havelländische Wasser GmbH (HWG GmbH) wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 10.11.1993 gegründet und nahm zum 01.07.1994 ihren Geschäftsbetrieb auf. Im Juli 2015 beschlossen die Gesellschafter des Unternehmens die Zusammenlegung der HWG Havelländische Wasser GmbH mit dem Tochterunternehmen PWU Potsdamer Wasser- und Umweltlabor GmbH & Co. KG zum 01.01.2016 mittels der vereinfachten Anwachsung. In diesem Zusammenhang wurde die HWG Havelländische Wasser GmbH in PWU Potsdamer Wasser- und Umweltlabor GmbH umbenannt. Die Eintragung dieser Umfirmierung im Handelsregister wurde im April 2016 vollzogen. Die PWU GmbH ist im Handelsregister unter HRB 6874 beim Amtsgericht Potsdam eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 260.000,00 €

Das Stammkapital wird von folgenden Gesellschaftern gehalten:

Landeshauptstadt Potsdam	17,80%	Trink- und Abwasserzweckverband Lindow-Gransee	1,11%
OWA Osthavelländische Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlung	15,32%	Zweckverband Fließtal	1,06%
Stadt Brandenburg an der Havel	13,34%	Wasser- und Abwasser Blankenfelde Mahlow	1,01%
MAWW Märkischer Wasser- und Abwasserzweckverband	6,93%	Stadt Beelitz	0,90%
Zweckverband Rathenow	4,46%	Stadt Belzig	0,67%
PWU Potsdamer Wasser- und Umweltlabor GmbH	3,72%	Wasser- und Abwasserzweckverband Erster	0,63%
Wasser- und Abwasserzweckverband "Der Teltow"	3,42%	Gemeinde Schwielowsee	0,62%
Stadt Luckenwalde	3,22%	Stadt Rheinsberg	0,61%
Stadtwerke Neuruppin GmbH	3,08%	Wasser- und Abwasser Nieplitztal	0,56%
Zweckverband Havelland	2,82%	Gemeinde Glienicke Nordbahn	0,48%
WARL Wasser- und Abwasserzweckverband Region Ludwigsfelde	2,50%	Stadt Fürstenberg an der Havel	0,41%
Wasser- und Abwasserzweckverband Jüterbog-Fläming	2,14%	Stadt Ziesar	0,28%
Zweckverband Werder- Havelland	2,08%	Stadt Mittenwalde	0,21%
Zweckverband Pritzwalk	2,06%	Wasser- und Abwasserzweckverband Ziesar	0,17%
Zweckverband Komplexsanierung Mittlerer Süden	1,53%	Stadt Baruth/Mark	0,13%
Wasser- und Abwasserzweckverband "Dosse"	1,43%	Gemeinde Nüthe-Urstromtal	0,10%
Stadt Hohen Neuendorf	1,33%	Trink- und Abwasserzweckverband Freies Havelbruch	0,04%
Stadt Zehdenick	1,32%	Stadt Nauen	0,01%
Wasser- und Abwasserzweckverband Mittelgraben	1,31%	Gemeinde Gräben	0,01%
Wasserverband Hoher Fläming	1,19%		

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist zum 31.12.2016 an der PWU Potsdamer Wasser- und Umweltlabor Verwaltungs-GmbH i.L. in Höhe von 100% sowie an der TGZ Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH in Höhe von 1,02% des Stammkapitals beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag datiert vom 10. November 1993, zuletzt geändert am 01. Juli 2015.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Michael Kalisch

- *Gesellschafterversammlung*

Vertreter des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung ist der Bürgermeister der Stadt Brandenburg an der Havel, Herr Steffen Scheller.

Im Berichtsjahr fanden zwei Gesellschafterversammlungen statt.

- *Aufsichtsrat*

Der Aufsichtsrat bestand im Geschäftsjahr 2016 aus folgenden Mitgliedern:

Aufsichtsrat 2016	
Als Mitglieder des Aufsichtsrates waren bestellt:	
Herr Dipl.-Ing. Günter Fredrich	Geschäftsführer der Osthavelländischen Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlung GmbH (Vorsitzender)
Frau Bärbel Gärtner	Geschäftsführerin WAZV Werder-Havelland (stellv. Vorsitzende)
Herr Dipl.-Ing. Peter Sczepanski	Verbandsvorsteher des Märkischer Abwasser- und Wasserzweckverband, Königs Wusterhausen
Herr Thomas Schenke	Bereichsleiter Verwaltungs- und Finanzmanagement, Landeshauptstadt Potsdam
Herr Steffen Scheller	Bürgermeister der Stadt Brandenburg an der Havel
Herr Felix von Streit	Geschäftsführer Mittelmärkische Wasser- und Abwasser GmbH
Herr Ingo Reinelt	Amtsleiter der Stadt Luckenwalde

Der Aufsichtsrat traf im Geschäftsjahr 2016 zu vier Sitzungen zusammen.

Gegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Betrieben und Anlagen der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und -behandlung für Dritte auf Grund von Betreiberverträgen oder Dienstleistungsverträgen. Die Gesellschaft ist berechtigt, alle den Gesellschaftszweck fördernden Geschäfte zu tätigen sowie alle Geschäfte, die damit mittelbar oder unmittelbar im

Zusammenhang stehen, insbesondere Rechte und andere Gegenstände zu erwerben, zu nutzen, zu übertragen und zu veräußern sowie Grundeigentum und Rechte an Grundstücken zu erwerben, zu veräußern und daran Grundpfandrechte zu bestellen, Grundstücke, Räume oder andere Gegenstände zu bestellen, Grundstücke, Räume oder andere Gegenstände oder Rechte zu pachten, zu verpachten, zu mieten bzw. Leasingverträge abzuschließen.

Öffentlicher Zweck

Gemäß § 2 Abs.1 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) erfüllt die Gemeinde in ihrem Gebiet alle Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung. Hierzu gehört gemäß § 2 Abs. 2 BbgKVerf auch die Versorgung mit Wasser sowie die Abwasserableitung und -behandlung. Diese wird konkretisiert durch § 59 bzw. § 66 des Brandenburgischen Wassergesetzes. In der Stadt Brandenburg an der Havel bedient sich die Stadt zur Erfüllung dieser Aufgaben der BRAWAG. Insoweit nimmt sie im Rahmen der PWU GmbH lediglich Aufgaben der Vermögensverwaltung wahr.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2014	2015	2016
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	46%	58%	70%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	98%	98%	95%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	214%	168%	135%
Zinsaufwandquote	2,4%	2,7%	0,0%
Liquidität 3. Grades	3316%	2198%	739%
Cashflow	290 T€	75 T€	443 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	2,2%	0,2%	2,8%
Umsatz	492 T€	408 T€	2.259 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	152 T€	-27 T€	201 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	50%	33%	60%
Anzahl der Mitarbeiter	7	3	39

Lagebericht der Gesellschaft

Im Schwerpunkt erbringt die PWU GmbH –so wie im Gesellschaftszweck beschrieben– Dienstleistungen für Unternehmen der Wasserversorgung und Abwasserbehandlung. Dies beinhaltet unter anderem physikalische, physikalisch-chemische und chemische Untersuchungen und Probenahmen

- bei Wasser aller Art (Grundwasser, Oberflächenwasser, Regenwasser, Rohwasser, Trinkwasser, Sickerwasser, Kühlwasser, Wasser in Haushalten und Bädern),
- von Schlämmen, Sedimenten, Böden, kontaminierten Böden, Abfall, Kompost, Baustoffen, Baustoffgemischen, Bodenluft, Raumluft, Außenluft und anderen Substanzen

Die Geschäftstätigkeit des Unternehmens umfasst weiterhin die Vermietung von Büro- und Gewerbeflächen aus dem eigenen Grundbesitz in Potsdam sowie der Verpachtung des Ferien- und Schulungszentrums Süderhaus, Neuendorf/Hiddensee.

Die PWU hat sich in den vergangenen Jahren aus ihrer Präsenz und Verfügbarkeit als Dienstleister rund um die Uhr und aufgrund der hohen Fachkompetenz der Mitarbeiter in Beratungsgesprächen eine entsprechende Marktposition hart erarbeitet.

Das Jahr 2016 war geprägt von zufriedenstellender Auslastung bei mäßiger Auftragslage. Besonders die Auftragslage im ersten Quartal blieb weit hinter den Erwartungen zurück. Im Laufe des Jahres hat sich die Auftragslage jedoch leicht erholt.

Es werden stetig Anstrengungen unternommen, auf Markterfordernisse einzugehen. Die Preise für Dienstleistungen für Probenahme und Analytik wurden gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen nicht verändert.

Die im Geschäftsjahr 2016 erzielten Umsatzerlöse kommen hauptsächlich aus dem Kerngeschäft Probenahme und Analytik insbesondere von Grundwasser, Oberflächenwasser, Regenwasser, Rohwasser, Trinkwasser, Kühlwasser, Sickerwasser, Badegewässern und Bades Beckenwasser, Schlämmen, Sedimenten, Böden, Abfall, Kompost, Baustoffen, Baustoffgemischen, Bodenluft und Ölen.

Neben der Erstellung von branchenspezifischen Gutachten übernahm die Gesellschaft auch behördliche Aufgaben im Rahmen von örtlichen Untersuchungen entsprechend der vorliegenden Zulassungen nach der Untersuchungsstellenverordnung des Landes Brandenburg. Die Gesellschaft profitierte von der bereits langjährig und flächendeckend angebotenen Serviceverfügbarkeit in der Region Berlin/Brandenburg. Es wurden im Berichtszeitraum Aufträge einer großen Anzahl von Eigenbetrieben, Betriebsgesellschaften und Zweckverbänden aus dem Bereich der Wasserversorgung und Abwasserbehandlung bearbeitet. Es konnten trotz stark angespannter Personallage alle Großkunden aus dem Vorjahr gehalten werden.

Im Geschäftsjahr 2016 konnten Umsatzerlöse in Höhe von 2,26 Mio. € realisiert werden. Davon entfielen 97% der Umsätze auf das Laborgeschäft. Die verbleibenden 3% wurden aus der Vermietung und Verpachtung generiert.

Die einmaligen sonstigen betrieblichen Erträge aus der Anwachsung der ehemaligen PWU GmbH & Co. KG an das Unternehmen führen insgesamt zu einem sehr positiven Jahresergebnis. Diese Erträge sind aber nicht dem operativen Geschäft zuzuordnen.

Abzüglich der bereits erwähnten dargestellten einmaligen, operativ nicht beeinflussbaren Sondereffekte konnte ein Jahresüberschuss in Höhe von 201 T€ erzielt werden.

Ertragslage

Die Erlöse aus Dienstleistungen aus dem Laborgeschäft lagen im Berichtszeitraum bei 2.169 T€. Im Vorjahr wurden durch die Tochtergesellschaft PWU GmbH & Co. KG in diesem Bereich Umsätze in Höhe von 2.178 T€ erzielt. Der leichte Rückgang ist auf die geringe Auftragslage im ersten Quartal 2016 zurückzuführen.

Weiterhin erzielte die Gesellschaft Erträge aus Mieteinnahmen in Höhe von 80 T€. Es konnten insgesamt Umsatzerlöse in Höhe von 2.258 T€ generiert werden.

Die sonstigen betrieblichen Erträge setzen sich im Schwerpunkt aus den Erträgen aus der Anwachsung der ehemaligen PWU GmbH & Co. KG an die Gesellschaft, der Auflösung von Rückstellungen sowie aus Lohnfortzahlungserstattungen zusammen. Diese Erträge aus der Anwachsung in Höhe von 353 T€ sind einmalig und nicht dem operativen Geschäft zuzuordnen.

Ein Vergleich der betrieblichen Aufwendungen mit den Vorjahren ist bedingt durch die Zusammenführung von Mutter- und Tochtergesellschaft wenig aussagekräftig. Die Aufwendungen zur Aufrechterhaltung des Kerngeschäfts sind im Allgemeinen mit den Vorjahren vergleichbar.

Weiterhin fielen einmalige, nicht übliche Kosten im Jahresverlauf an. Das Abstoßen nicht betriebsnotwendiger Immobilien verursachte signifikante Aufwendungen. Die damit verbundenen Erlöse der Vermarktung fallen nicht in dieser Periode an.

Darüber hinaus belasteten interne Umzugsmaßnahmen, die Behebung von Schäden und unerwartete technische Anpassungsmaßnahmen der Betriebs- und Geschäftsausstattung das Jahresergebnis. Auch diese Maßnahmen sind nicht wiederkehrend.

Das Geschäftsjahr 2016 schließt insgesamt mit einem Jahresüberschuss von 201 T€ ab.

Finanzlage

Die Gesellschaft weist unverändert eine sichere Finanzlage aus. Die Finanzlage ist solide und das Unternehmen ist trotz umfangreicher Inanspruchnahme der Liquidität aufgrund von Investitionen nicht auf Kredite angewiesen.

Das Unternehmen verfügt über einen hohen Finanzmittelbestand, welcher zum Anfang des Geschäftsjahres 2.410 T€ betrug und sich im Berichtszeitraum planmäßig reduzierte. Der Rückgang der liquiden Mittel resultiert aus den getätigten Investitionen. Gleichzeitig erhöhten sich durch die Übernahme der Tochtergesellschaft zusätzlich die liquiden Mittel. Zum Ende der Periode betrug der Bestand der liquiden Mittel 1.651 T€.

Der Finanzmittelbestand reicht aus, um die Verbindlichkeiten und Rückstellungen jederzeit ausgleichen zu können. Die Geschäftsführung sieht derzeit die Zahlungsfähigkeit nicht gefährdet.

Die Kennzahlen der Vermögens- und Finanzlage stellen sich wie folgt dar:

- Eigenkapitalquote liegt bei 94,92%
- Liquidität 1. Grades beträgt 585,43%
- Die Anlagendeckung (Verhältnis Eigenkapital/Anlagevermögen) erreichte den Faktor 1,35

Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist ausgewogen. Das langfristige Vermögen ist durch das Eigenkapital vollständig gedeckt.

Das Eigenkapital erreicht einen Wert von 6.808 T€.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

In den folgenden Jahren liegt der Schwerpunkt der Investitionen in der schrittweisen Erneuerung des überalterten Geräteparks. Für Ersatzbeschaffungen und Neuinvestitionen im Laborbereich werden im Geschäftsjahr 2017 circa 300 T€ veranschlagt.

Für die Maximierung der Vermietung sind im laufenden Jahr kleinere Umbaumaßnahmen vorgesehen, welche die Aufwendungen zur Instandhaltung der betrieblichen Räume einmalig in nicht unerheblicher Weise belasten werden.

Das Unternehmen gelangt zusätzlich an moderate Erlöse aus Vermietung, welche sich positiv auf die Liquiditätslage des Unternehmens auswirken. In Laufe des Jahres 2017 werden neben den bisher vermieteten Flächen weitere 580 m² für eine Fremdnutzung vorbereitet.

Für das Geschäftsjahr 2017 werden durch Mieterträge und Einnahmen aus Labordienstleistungen Umsatzerlöse von > 2.390 T€ geplant und ein Jahresüberschuss in Höhe von 25 T€ erwartet.

Den Risiken durch den entstandenen Instandhaltungs- und Investitionsstau an den verbleibenden Immobilien wurde aktiv durch Baumaßnahmen bzw. Veräußerung entgegengewirkt. Diese Risiken wurden weitestgehend minimiert.

Der Maschinen- und Gerätepark des Labors ist nur noch an unwesentlichen Stellen veraltet, aber weiterhin funktionsfähig.

Die Untersuchung von Trinkwasser und Abwasser im Rahmen der Daseinsvorsorge ist eine konstante Aufgabenstellung in der Branche. Da sich nahezu das gesamte Geschäftsmodell des Unternehmens auf die gesetzlich notwendige Untersuchung von Matrices, wie Wasser, Boden, Bauschutt oder Klärschlamm stützt, kann von einem beständigen bis leicht wachsenden Markt ausgegangen werden. Als Unternehmen mit vielfachen Genehmigungen und Berechtigungen, auch behördliche Untersuchungsaufgaben durchzuführen hat das Unternehmen zwar eine gute Ausgangsposition, muss aber auf Veränderungen im Geschäftsumfeld jederzeit gefasst sein.

Es ist darüber hinaus geplant, die Angebotspalette in den Bereichen der Spurenanalytik weiter auszubauen, um so dem bestehenden Kundenkreis weitere Dienstleistungen anbieten zu können und darüber hinaus weitere Kundenkreise zu erschließen.

Eine Vollvermietung der derzeit nicht genutzten Flächen wird das Betriebsergebnis positiv beeinflussen.

Insgesamt lässt die Einschätzung der Risikolage die Feststellung zu, dass im abgelaufenen Geschäftsjahr keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Risiken bestanden haben. Nach gegenwärtigem Erkenntnisstand wird den verbleibenden Risiken kurz- und auch mittelfristig entgegengewirkt.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2014	2015	2016
Aktiva			
Anlagevermögen	3.114	3.927	5.039
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	166
Sachanlagen	2.061	2.875	4.772
Finanzanlagen	1.052	1.052	101
Umlaufvermögen	3.583	2.769	2.083
Vorräte	351	111	31
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	366	248	401
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.865	2.410	1.651
Rechnungsabgrenzungsposten	5	5	3
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	54	46	47
Passiva			
Eigenkapital	6.635	6.607	6.808
I. Gezeichnetes Kapital	251	250	250
II. Kapitalrücklage	11.459	11.459	11.459
III. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-5.227	-5.075	-5.103
IV. Jahresfehlbetrag / Jahresüberschuss	151	-27	201
Rückstellungen	69	70	77
Verbindlichkeiten	32	30	282
Rechnungsabgrenzungsposten	20	41	6
Bilanzsumme	6.756	6.748	7.172

Ertragslage der Gesellschaft

GuV	(Angaben in T€)		
	2014	2015	2016
1. Umsatzerlöse	492	408	2.259
2. Sonstige betriebliche Erträge	140	11	461
3. Materialaufwand	-204	-157	-465
4. Personalaufwand	-249	-134	-1.360
5. Abschreibungen	-134	-101	-243
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-100	-108	-440
7. Erträge aus Beteiligungen	217	63	0
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	14	11	6
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-12	-11	-10
10. Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	164	-19	208
12. Außerordentliche Erträge	0	0	0
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
14. Sonstige Steuern	-12	-9	-7
15. Jahresergebnis	152	-27	201

III.4

Zweckverbände

III.4.1 Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion

Geschäftsbereich

Ausrichtung des städtebaulichen und landschaftsplanerischen Projektes „Bundesgartenschau 2015 Havelregion“

Sitz des Zweckverbandes

Fabrikenstr. 11
14727 Premnitz
Tel.: 03386/21 28 00
Fax: 03386/21 28 014

Gründung

Die Satzung des Zweckverbandes und ihre Genehmigung durch das Ministerium des Innern des Landes Brandenburg wurden im Amtsblatt für Brandenburg am 19. August 2009 veröffentlicht und somit entstand der Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion satzungsgemäß am 20. August 2009.

Mitglieder des Zweckverbandes und Beteiligungsverhältnisse

Stadt Brandenburg an der Havel	40 %
Stadt Rathenow	15 %
Stadt Premnitz	5 %
Amt Rhinow	3 %
Hansestadt Havelberg	4 %
Deutsche Bundesgartenschau Gesellschaft mbH (DBG)	33 %

Organe des Zweckverbandes

- *Verbandsvorsteherin*

Dr. Dietlind Tiemann

- *Verbandsvorstand*

Verbandsvorstand 2016

Verbandsvorsteherin	Frau Dr. Dietlind Tiemann (Stadt Brandenburg an der Havel)
stellv. Verbandsvorsteher	Herr Ronald Seeger (Stadt Rathenow)
weitere Mitglieder	Herr Jochen Sander (Deutsche Bundesgartenschau Gesellschaft mbH)
	Frau Britta Kormmesser (Stadt Brandenburg an der Havel bis 28.09.2015)
	Herr Bernd Poloski (Hansestadt Havelberg)
	Herr Roy Wallenta (Stadt Premnitz)
	Herr Jens Aasmann (Amt Rhinow)

- *Verbandsversammlung*

Die Verbandsversammlung für den Zweckverband setzte sich 2016 wie folgt zusammen:

Verbandsversammlung 2016	
Vorsitzender	Herr Roy Wallenta (Stadt Premnitz, bis 31.08.2016)
stellv. Vorsitzender	Herr Bernd Poloski (Hansestadt Havelberg)
weitere Mitglieder	Herr Helmuth-Günter Schwarz (Deutsche Bundesgartenschau Herr Hanns-Jürgen Redeker (Deutsche Bundesgartenschau Gesellschaft Herr Jochen Sander (Deutsche Bundesgartenschau Gesellschaft mbH) Herr Karl-Heinz Plum (Deutsche Bundesgartenschau Gesellschaft mbH) Frau Britta Kommesser (Stadt Brandenburg an der Havel, bis 28.09.2015) Herr Renè Kretschmar (Stadt Brandenburg an der Havel) Herr Thomas Fletling (Stadt Brandenburg an der Havel) Frau Dr. Dietlind Tiemann (Stadt Brandenburg an der Havel) Herr Gerhard Imig (Hansestadt Havelberg) Herr Ralf Tebling (Stadt Premnitz) Frau Karin Dietze (Stadt Rathenow) Herr Wilfried Verter (Stadt Rathenow) Herr Ronald Seeger (Stadt Rathenow) Herr Jens Aasmann (Amt Rhinow) Frau Iris Hoffmann (Amt Rhinow)

Seit dem 01.11.2010 ist Herr Erhard Skupch Geschäftsführer des Zweckverbandes (ab 01.09.2016 auf Honorarbasis).

Gegenstand

Die Aufgabe des Zweckverbandes bestand in der Ausrichtung des städtebaulichen und landschaftsplanerischen Projektes „Bundesgartenschau 2015 Havelregion“.

Öffentlicher Zweck

Nach § 2 Abs. 2 BbgKVerf ist die Entwicklung der Freizeit- und Erholungsbedingungen eine Aufgabe der örtlichen Gemeinschaft. Damit erfüllt die Stadt Brandenburg an der Havel durch die Ausrichtung der Bundesgartenschau im Jahr 2015 zusammen mit den anderen beteiligten Kommunen einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes

Kennzahl	2014	2015	2016
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	6,7%	0,9%	0%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	0%	0%	45,0%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	3.884.079 €	11.037.740 €	0 €
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	0%	0%	-
Zinsaufwandquote	0,5%	0,2%	-
Liquidität 3. Grades	26%	12%	182%
Cashflow	-3.081 T€	-6.814 T€	11.456 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	-55%	-56%	2806%
Umsatz	0 T€	15.165 T€	0 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-3.154 T€	-7.154 T€	11.220 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	49%	16%	-
Anzahl der Mitarbeiter	38	64	4

Rechenschaftsbericht des Zweckverbandes

Die Stadt Brandenburg an der Havel, die Stadt Rathenow, die Stadt Premnitz, das Amt Rhinow und die Hansestadt Havelberg bildeten zusammen mit der Deutschen Bundesgartenschau Gesellschaft mbH (DBG) unter dem Namen „Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion“ einen Zweckverband. Der Sitz des Zweckverbandes war die Stadt Premnitz.

Im Durchführungsvertrag zwischen den Verbandsmitgliedern wurde u. a. die Absicht zur Umsetzung der Bundesgartenschau 2015 erklärt und die Finanzierung für die entstehenden Aufwendungen für die Durchführung der Bundesgartenschau geregelt.

Im Vorfeld zur Durchführung wurden die Kommunalstrukturen und die regionale Infrastruktur weiterentwickelt, die ökologisch bedeutenden Bereiche der Havelregion gesichert, die

Leistungsfähigkeit des gärtnerischen Berufsstandes dargestellt und die regionale Identität gestärkt. Durch die BUGA-Städte wurden individuelle Konzepte für die Dauernutzung in der Zeit nach Beendigung der Bundesgartenschau 2015 Havelregion entwickelt.

Der Zweckverband hat die Kommunen bei der Herrichtung der für die Veranstaltung Bundesgartenschau 2015 erforderlichen Landschaftsbaumaßnahmen und Infrastruktur in Hinblick auf die erforderlichen BUGA-Qualitäten und auch im Rahmen der Nachnutzung beraten. Zum Jahresende 2016 war die temporäre Infrastruktur in den BUGA-Flächen rückgebaut und an die Kommunen rückübertragen worden.

Die grundsätzliche strategische Zielstellung war die BUGA-Durchführung im Jahr 2015 und die Weiterentwicklung der Havelregion als attraktives Reiseziel. Am 18. April 2015 wurde nach sechsjähriger Vorbereitung ab der Gründung im Jahr 2009 die erste Bundesgartenschau an fünf Standorten eröffnet und bis zum 11. Oktober 2015 erfolgreich durchgeführt. Bei dieser erstmals dezentralen Schau wurden den Besuchern Fachausstellungen des deutschen Gartenbaus mit hervorragenden Ausstellungsbeiträgen präsentiert.

Die BUGA ist bei den Besuchern gut angekommen. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, die gesamte Region kennenlernen zu wollen, aktiv unterwegs zu sein und länger in der Region zu verweilen.

Der klassische Tagesbesuch stand hierbei nicht im Vordergrund, was sicherlich auch Auswirkungen auf die Besucherzahlen hatte.

Im Haushaltsjahr 2016 fanden drei Zweckverbandsversammlungen, vier Zweckverbandsvorstandssitzungen und zwei Finanzausschusssitzungen statt.

Der Zweckverband löste seine Geschäftsstelle in Premnitz auf. Im Haushaltsjahr 2016 wurden die Organisation und die Struktur des Zweckverbandes planmäßig reduziert.

Für die Sicherung der Tätigkeit des Zweckverbandes wurden 2016 folgende wesentlichen Beschlüsse gefasst:

- Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2016
- Festsetzung der Umlage für das Haushaltsjahr 2016
- Überplanmäßige Mittel für Teilhaushalte 2015
- Jahresabschluss 2014
- Entlastung der Hauptverwaltungsbeamtin für das Jahr 2014
- Jahresabschluss 2015
- Entlastung der Hauptverwaltungsbeamtin für das Jahr 2015
- Finanzangelegenheiten
- Vertrag zwischen dem ZV BUGA 2015 Havelregion und der Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH bezüglich Absicherung der Restarbeiten im Rahmen der Abwicklung des ZV BUGA 2015 Havelregion

Die für das Haushaltsjahr 2016 gesetzten Meilensteine, die hauptsächlich den Rückbau der BUGA-Flächen und die Rückgabe an die Kommunen betrafen, wurden erfolgreich umgesetzt.

Die Meilensteine in 2016 waren:

- Abschluss des Rückbaus und Rückgabe der Ausstellungsflächen
- Verkauf der restlichen Ausstattungsgegenstände
- Archivierung aller Unterlagen und Übergabe an das Archiv der Stadt Brandenburg
- Auflösung des Verwaltungsstandortes in Premnitz

Aufgrund der niedrigeren Besucherzahlen als erwartet und damit deutlich niedrigerer Einnahmen wurde ein Kassenkredit zur Sicherung der Liquidität des Zweckverbandes zum Jahresende 2015 in Höhe von 11.500 T€ erforderlich.

In der genehmigten Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Jahr 2016 wurden die Umlagen der Verbandsmitglieder, in Verbindung mit dem Umlagebeschluss für das Haushaltsjahr 2016, in Höhe von 12.160 T€ festgesetzt. Mit der Umlage konnte der Kassenkredit bis zum Ende des Jahres 2016 zurückgezahlt werden. Die Liquidität ermöglichte außerdem ein uneingeschränktes Handeln für die noch ausstehenden Abwicklungsaufgaben des Zweckverbandes.

Auf Basis des Personalplanes erfolgten im Haushaltsjahr 2016 weitere Personalreduzierungen. Im Stellenplan waren laut Haushaltssatzung 2016 zehn Stellen zu Beginn des Jahres und 1,4 Stellen per 31.12.2016 vorgesehen. Im Ist waren seit 01. Oktober 2016 keine Stellen mehr besetzt. Die zum Stichtag nicht besetzten Stellen resultieren hauptsächlich aus bereits vorzeitig beendeten oder geänderten Arbeitsverträgen von Mitarbeitern. Der Geschäftsführer Erhard Skupch war ab 01.09.2016 auf Honorarbasis tätig. Eine Mitarbeiterin der Finanzbuchhaltung wechselte zum 01.10.2016 in ein Anstellungsverhältnis bei der Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH, wo sie die restlichen Aufgaben des Zweckverbandes erfüllt.

Im Haushaltsjahr 2016 waren ausschließlich die Bereiche Geschäftsführung, Verwaltung und Gärtnerisch-Technische Durchführung aktiv tätig.

Die im Wirtschaftsjahr 2016 anfallenden Aufwendungen resultieren aus dem restlichen Rückbau der BUGA-Flächen und der Nutzung und Abwicklung der Geschäftsstelle in Premnitz. Außerdem wurden alle noch zu erwartenden Aufwendungen und auch Reserven für nicht vorhersehbare Aufwendungen bis zur kompletten Abwicklung des Zweckverbandes berücksichtigt.

Finanzen

Zur Sicherung der Liquidität im Zweckverband, im Wesentlichen aufgrund der niedrigeren Besucherzahlen als erwartet und damit deutlich niedrigerer Einnahmen, bestand ein Kassenkredit zum Bilanzstichtag des Vorjahres in Höhe von 11.500 T€. Dieser wurde zur Finanzierung fälliger laufender Ausgaben sowie zur Zwischenfinanzierung des entstandenen Gesamtdefizites benötigt. Durch die Umlagezahlung im Haushaltsjahr 2016 konnte der Kassenkredit getilgt werden.

Das Haushaltsjahr 2016 wurde mit einem Jahresergebnis von rund 11.220 T€ abgeschlossen (2015: -7.154 T€). Damit konnte der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag auf der Aktivseite der Bilanz ausgeglichen werden.

Die geringeren Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit als geplant resultieren hauptsächlich aus geringeren Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen im Rahmen der Rückbauarbeiten.

Die Plan-Ist-Abweichung des Ergebnisses aus der laufenden Verwaltungstätigkeit beträgt 74 T€.

Vergabe von Aufträgen:

Die gesamte Finanzplanung zur BUGA 2015 Havelregion über alle Jahre wurde abschließend 2011 erstellt. Zu diesem Zeitpunkt waren bestimmte Entwicklungen, z. B. Einführung Mindestlöhne, Preisentwicklung Energie/Treibstoffe, nicht konkret erkennbar. Es kam bei den Ausschreibungen zum Rückbau zu Mehrbedarf, welcher teilweise in der Haushaltsplanung 2016 berücksichtigt wurde. Dieser spiegelt sich in den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen wider.

Ausbuchung von Forderungen/Wertberichtigungen:

Die bereits im Vorjahr wertberichtigten Forderungen, hauptsächlich aus den Bereichen Pacht und Sponsoring, wurden im Haushaltsjahr 2016 größtenteils als Forderungsausfälle ergebnisneutralisiert.

Im Jahresabschluss 2016 sind restliche Wertberichtigungen auf Forderungen aufgrund der Nichtzahlung vereinbarter bzw. abgerechneter Leistungen aus dem Bereich Ticketkommission enthalten. Zur Kompensierung des evtl. Ausfalles wurden diese Forderungen nach dem Prinzip der kaufmännischen Vorsicht bewertet und wertberichtigt.

Dem Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion sind zum 31.12.2016 über die Rückstellungen hinaus keine weiteren gefährdenden Risiken im Hinblick auf die geplante Rückabwicklung der Bundesgartenschau 2015 Havelregion bekannt.

Voraussichtliche Entwicklung des Zweckverbandes

Verbandssatzung des Zweckverbandes BUGA 2015 Havelregion

- § 26 – Auflösung des Zweckverbandes:

Der Zweckverband wurde zum Ablauf des 31. Dezember 2016 aufgelöst und wickelt seitdem nur noch seine Geschäfte ab.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Durch Umlagezahlung in 2016 konnte das Gesamtdefizit gedeckt werden.
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Zwischen der Stadt Brandenburg an der Havel, der Stadt Rathenow, der Stadt Premnitz, der Hansestadt Havelberg und dem Amt Rhinow und der Deutschen Bundesgartenschau Gesellschaft mbH (DBG) besteht ein Vergabe- und Durchführungsvertrag (DV).
Entsprechend der Satzung des Zweckverbandes Bundesgartenschau 2015 Havelregion erhebt der Zweckverband Umlagen zum Ausgleich des nicht durch Gebühren, Entgelte und sonstige Einnahmen gedeckten Finanzbedarf von der Stadt Brandenburg an der Havel, der Stadt Rathenow, der Stadt Premnitz, der Hansestadt Havelberg und dem Amt Rhinow im Verhältnis der Einwohnerzahlen.		
Die Personal-Dienstleistungen wurden durch die Stadt Brandenburg an der Havel erbracht. Ein separater Vertrag zu den Personaldienstleistungen wurde im Februar 2013 mit der Stadt Brandenburg an der Havel abgeschlossen.		
Ein weiterer Dienstleistungsvertrag über die Prüfung des Zweckverbandes besteht zwischen dem Zweckverband und dem städtischen Rechnungsprüfungsamt.		
Für die Erledigung der Aufgaben im Rahmen der Restabwicklung schloss der Zweckverband BUGA 2015 Havelregion eine Dienstleistungsvereinbarung mit der Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH ab.		
Laut Verbandssatzung wurde der Zweckverband BUGA 2015 Havelregion zum Ablauf des 31. Dezember 2016 aufgelöst. Er wickelt seitdem ausschließlich die restlichen Geschäfte ab.		

Vermögens- und Finanzlage des Zweckverbandes

(Angaben in T€)			
Bilanz	2014	2015	2016
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	386	108	0
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	24	0	0
II. Sachanlagen	362	108	0
B. Umlaufvermögen	1.242	1.530	404
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	611	986	96
III. Kassenbestand, Guthaben	631	543	308
C. Rechnungsabgrenzungsposten	17	3	0
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	3.884	11.038	0
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	0	0	182
I. Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	0	0	0
II. Gewinnrücklagen	0	0	182
III. Jahresfehlbetrag	0	0	0
B. Rückstellungen	147	104	201
C. Verbindlichkeiten	4.319	12.575	21
D. Rechnungsabgrenzungsposten	1.063	0	0
Bilanzsumme	5.529	12.679	404

Ertragslage des Zweckverbandes

(Angaben in T€)			
GuV	2014	2015	2016
1. Zuwendungen und allgemeine Umlage	2.460	0	12.160
2. Bestand an unfertigen Leistungen	0	0	0
3. Sonstige ordentliche Erträge	201	1.120	230
4. Privatrechtliche Leistungsentgelte	407	14.045	0
4. Personalaufwendungen	-1.507	-2.372	-181
5. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-3.194	-16.663	-411
6. Abschreibungen	-72	-316	-202
7. Sonstige ordentliche Aufwendungen	-1.439	-2.919	-224
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4	0	0
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-14	-25	-118
10. ordentliches Jahresergebnis	-3.154	-7.130	11.254
11. Außerordentliche Erträge	0	213	74
12. Außerordentliche Aufwendungen	0	-237	-108
13. Außerordentliches Ergebnis	0	-24	-34
14. Gesamtüberschuss / Gesamtfehlbetrag	-3.154	-7.154	11.220

IV. Abkürzungsverzeichnis

ABM:	Arbeitsbeschaffungsmaßnahme
AG:	Aktiengesellschaft
AHG:	Altschuldenhilfegesetz
APM	Abfallwirtschaft Potsdam-Mittelmark
ATZ:	Altersteilzeit
AV:	Anlagevermögen
BA:	Bundesagentur für Arbeit
BEGiN:	Brandenburger Existenzgründer im Netzwerk
BF:	Betriebsführer
BGA:	Betriebs- und Geschäftsausstattung
BHKW:	Blockheizkraftwerk
BilMoG:	Bilanzmodernisierungsgesetz
BK:	Betriebskosten
BSHG:	Bundessozialhilfegesetz
BT:	Brandenburger Theater
CCC:	Cultur- und Congress Centrum Brandenburg an der Havel
CMI:	Case-Mix-Index – Medizinischer Schweregrad
DKB:	Deutsche Kreditbank AG
DMP:	Disease Management Programme
DRG:	Diagnostic-Related-Groups - Fallpauschalensystem
DSD:	Duales System Deutschland
EB:	Eigenbetrieb
EEG:	Erneuerbare-Energien-Gesetz
EK:	Eigenkapital
ESF:	Europäischer Sozialfonds
EstG:	Einkommensteuergesetz
EuGH:	Europäischer Gerichtshof
FA:	Finanzanlagen
FAG:	Finanzausgleichgesetz
FAQ's:	„frequently asked questions“ = immer wieder vorkommende Fragen
FBL:	Fachbereichsleiter
FBS:	Förderverein der Brandenburger Symphoniker
GB:	Geschäftsbereich
GE:	Gewerbeeinheiten
GF:	Geschäftsführer/-ung

GLM:	Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement der Stadt Brandenburg an der Havel
GJ:	Geschäftsjahr
GmbH:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH i.L.:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Liquidation
GmbHG:	GmbH-Gesetz
GMF:	Gesellschaft für Management und Entwicklung von Freizeitsystemen mbH & Co. KG, Neuried
GuV:	Gewinn- und Verlustrechnung
GVFG:	Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
GzA:	Gemeinnützige zusätzliche Arbeit
HGrG:	Haushaltsgrundsätzegesetz
HH:	Haushalt
HKW:	Heizkraftwerk
HOT:	Hans-Otto-Theater
IHK:	Industrie- und Handelskammer
ILB:	Investitionsbank des Landes Brandenburg
InvZulG:	Investitionszulagengesetz
ITS:	Intensiv-Therapiestation
KA:	Konzessionsabgabe
KAV:	Kommunaler Arbeitgeberverband
KGST:	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement
KHG:	Krankenhausfinanzierungsgesetz
KG:	Kommanditgesellschaft
KLR:	Kosten- und Leistungsrechnung
KonTraG:	Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich
KoKo:	Kommunalkombi
KWK:	Kraft-Wärme-Kopplung
KWKG:	Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz
LASA:	Landesagentur für Struktur und Arbeit
LSP:	Leitsätze für die Preisermittlung auf Grund von Selbstkosten
L.u.L.:	Lieferungen und Leistungen
LUGV:	Landesamt für Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz
LVP:	Leichtstoffverpackungen
MA:	Mitarbeiter
MAE:	Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung
MASGF:	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen

MDK:	Medizinischer Dienst der Krankenkassen
MUGV:	Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz
MWFK:	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur
MVZ:	Medizinisches Versorgungszentrum
NV Solo:	Normalvertrag für Solokünstler
NWkm:	Nutzwagenkilometer
OTA:	Operationstechnische Assistenten
ÖPNV:	Öffentlicher Personennahverkehr
ÖPP:	Öffentlich-Private Partnerschaften (PPP – Public Private Partnership)
PPP:	engl.: Public Private Partnership (Öffentlich-Private Partnerschaften)
Pkm:	Personenkilometer
PM:	Landkreis Potsdam-Mittelmark
PV-Anlagen:	Photovoltaik-Anlagen
RAP:	Rechnungsabgrenzungsposten
SAM:	Strukturanpassungsmaßnahme
SGB:	Sozialgesetzbuch
SoPo:	Sonderposten
SPNV:	Schienenpersonennahverkehr
STG:	Stadtmarketing- und Tourismusgesellschaft
StromNEV:	Stromnetzentgeltverordnung
SVV:	Stadtverordnetenversammlung
TASi:	Technische Anleitung Siedlungsabfall
TIBS:	Technologie- und Innovationsberatungsstelle an der TH Brandenburg
T.IN.A:	Technologie- und Innovations-Agentur
TN:	Teilnehmer
TVK:	Tarifvertrag für Musiker in Kulturorchester
TV-N	Tarifvertrag Nahverkehr Brandenburg
UR:	Urkundenrolle
UmwG:	Umwandlungsgesetz
Ust.:	Umsatzsteuer
UV:	Umlaufvermögen
VbE:	Vollbeschäftigte Einheiten
VKA:	Vereinigung Kommunaler Arbeitgeberverbände
WBG:	Wohnungsbaugenossenschaft
WE:	Wohneinheiten

V. Erläuterungen

Formeln und Definitionen der Kennzahlen

Kennzahl	Formel	Definition der einzelnen Kennziffern
Anlagenintensität	$\frac{AV \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	<p><u>Anlagevermögen</u>: Zum Anlagevermögen gehören nach § 247 Abs. 2 HGB nur die Gegenstände, die bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen; für Kapitalgesellschaften besteht gemäß § 266 Abs. 2 HGB eine detaillierte Aufgliederungspflicht</p> <p><u>Bilanzsumme</u>: Die Bilanzsumme ist der Betrag, der sich ergibt, wenn in einer Bilanz sämtliche Aktiva (Gesamtvermögen) oder sämtliche Passiva (Gesamtkapital) addiert werden.</p>
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	<p><u>Eigenkapital</u>: § 272 Abs.1-4 HGB (ohne anteilige SOPO) i.V.m. § 266 Abs. 3 HGB, Zum Eigenkapital zählen jene Mittel, die von den Eigentümern einer Unternehmung zu deren Finanzierung aufgebracht oder als erwirtschafteter Gewinn im Unternehmen belassen wurden.</p> <p><u>Bilanzsumme</u>: siehe oben</p>
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	aus Bilanz	Ist das bilanzielle Eigenkapital der Gesellschaft durch im abgelaufenen Geschäftsjahr oder in vorangegangenen Jahren angesammelte Verluste aufgebraucht und ergibt sich ein Überschuss der Passiva über die Aktiva der Bilanz, so ist gem. § 268 Abs. 3 HGB als letzte Position auf der Aktivseite der Fehlbetrag unter der Bezeichnung "Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag" auszuweisen. In diesem Fall liegt eine bilanzielle Überschuldung vor, was die Pflicht zur Prüfung einer tatsächlichen Überschuldung (Überschuldungsbilanz) nach sich zieht (eventuell Eröffnung eines Insolvenzverfahrens).
Anlagendeckungsgrad II	$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{langfr. Fremdkapital}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$	<p><u>Eigenkapital</u>: siehe oben</p> <p><u>Fremdkapital</u>: Zum Fremdkapital zählen die in der Bilanz ausgewiesenen Schulden der Unternehmung, d.h. Verbindlichkeiten und Rückstellungen mit Verbindlichkeitscharakter gegenüber Dritten, welche der Finanzierung des Unternehmensvermögens dienen und rechtlich entstanden oder wirtschaftlich verursacht sind; für Kapitalgesellschaften besteht gemäß § 266 Abs. 3 HGB eine detaillierte Aufgliederungspflicht.</p> <p><u>Langfristiges Fremdkapital</u> steht dem Unternehmen länger als 5 Jahre zur Verfügung.</p> <p><u>Anlagevermögen</u>: siehe oben</p>

<p>Zinsaufwandsquote</p>	<p>$\frac{\text{Zinsaufwand} \times 100}{\text{Umsatz}}$</p>	<p><u>Zinsaufwand</u>: Position „Zinsen und ähnliche Aufwendungen“, § 275 Abs. 2 Nr. 13 HGB</p>
<p>Liquidität 3. Grades</p>	<p>$\frac{\text{Umlaufverm.} \times 100}{\text{kurzfr. Fremdkapital}}$</p>	<p><u>Umlaufvermögen</u>: Kurz- und mittelfristige Vermögensgegenstände eines Unternehmens; Kassenbestand, Bankguthaben, Forderungen und Vorräte werden im Umlaufvermögen (§ 266 Abs. 2 HGB) erfasst.</p> <p><u>Fremdkapital</u>: siehe oben</p> <p><u>Kurzfristiges Fremdkapital</u>: Zum kurzfristigen Fremdkapital im Sinne dieses Rundschreibens zählen vereinfacht alle Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr gemäß § 266 Abs. 3 HGB i.V.m. § 268 Abs. 5 HGB, die Steuerrückstellungen (§ 266 Abs. 3 HGB), die sonstigen Rückstellungen (§ 266 Abs. 3 HGB) sowie die passiven Rechnungsabgrenzungsposten (§ 266 Abs. 3 HGB).</p> <p>Als Formel ergibt sich somit:</p> <p>Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr + Steuerrückstellungen + sonstige Rückstellungen + passive Rechnungsabgrenzungsposten = kurzfristiges Fremdkapital</p> <p><u>Verbindlichkeiten</u>: Verbindlichkeiten zählen zu den Schulden und sind im Gegensatz zu den Rückstellungen prinzipiell dem Grunde und der Höhe nach gewiss. Für Verbindlichkeiten besteht gemäß §§ 242 und 246 HGB Passivierungspflicht, sie sind in der Bilanzgliederung von Kapitalgesellschaften im § 266 Abs. 3 HGB unter C der Passivseite aufgeführt.</p>
<p>Cashflow</p>	<p>Jahresergebnis + Abschreibungen + /- Zun./ Abn. der langfristigen Rückstellungen + außerordentliche Aufwendungen - außerordentliche Erträge = Cashflow</p>	<p>Der Cashflow zeigt den Zahlungsmittelüberschuss der Periode und stellt den um nicht zahlungswirksame Erträge und Aufwendungen – welche nicht in derselben Periode zu Einnahmen bzw. Ausgaben führen - bereinigten Geschäftserfolg dar.</p> <p>Der Cashflow soll hier lediglich mit Hilfe der sog. „Praktikerformel“ ermittelt werden. Da bei außerordentlichen Aufwendungen/ Erträgen nicht erkennbar ist, in welchem Umfang sie zahlungswirksam sind, werden sie aus Vorsichtsgründen eliminiert.</p>

Gesamtkapitalrentabilität	$\frac{(\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkapitalzinsen}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	<p><u>Jahresüberschuss</u>: § 275 Abs. 2 Nr. 20 HGB bzw. § 275 Abs. 3 Nr. 19 HGB</p> <p><u>Fremdkapitalzinsen</u>: unter § 275 Abs. 2 Nr.13 HGB bzw. § 275 Abs. 3 Nr. 12 HGB</p> <p><u>Bilanzsumme</u>: siehe oben</p>
Umsatz	aus GuV	§ 275 Abs. 2 Nr. 1 HGB bzw. § 275 Abs. 3 Nr. 1 HGB, § 277 Abs. 1 HGB (Vorschriften zu einzelnen Posten der GuV, Umsatzerlöse)
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	aus GuV	<u>Jahresüberschuss/ -fehlbetrag</u> : siehe oben
Personalaufwandsquote	$\frac{\text{Personalaufw.} \times 100}{\text{Umsatz}}$	<p><u>Personalaufwand</u>: § 275 Abs. 2 Nr. 6 HGB</p> <p>Neben den Löhnen und Gehältern sind in den Personalaufwand die sozialen Abgaben sowie der Aufwand für Altersversorgung einzubeziehen. Bei der Anwendung des Umsatzkostenverfahrens (§ 275 Abs. 3 HGB) ist im Anhang des Jahresabschlusses gemäß § 285 Nr. 8 b HGB der Personalaufwand gegliedert nach § 275 Abs. 2 Nr. 6 HGB anzugeben.</p> <p>Im Konzernanhang ist ebenfalls der Personalaufwand auszuweisen (§ 314 Abs. 1 Nr. 4 HGB).</p> <p><u>Umsatz</u>: siehe oben</p>
Anzahl der Mitarbeiter	im Berichtsjahr durchschnittlich beschäftigtes Personal	

Abschreibung

Die Abschreibung drückt den Wertverlust von Vermögensgegenständen aus. Dieser kann durch den technischen Fortschritt, Alterung und Verschleiß oder außergewöhnliche Ereignisse eintreten.

Anlagevermögen

Das Anlagevermögen stellt die Vermögensgegenstände eines Unternehmens dar, die diesem langfristig dienen sollen wie beispielsweise Gebäude, Fuhrpark usw.

Anlagenintensität

Die Anlagenintensität ist eine Bilanzkennzahl, die beschreibt, wie hoch der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtkapital eines Unternehmens ist. Sie gibt Auskunft über die Wirtschaft-

lichkeit der im Unternehmen eingesetzten Anlagen. Eine zu niedrige Anlagenintensität hingegen kann als Anzeichen für vernachlässigte, erforderliche Investition interpretiert werden.

Bilanz

Die Bilanz ist die Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiva) und Kapital (Passiva). Sie ist zum Schluss des Geschäftsjahres zu erstellen und ist neben der Gewinn- und Verlustrechnung Teil des Jahresabschlusses. Die Bilanz hat eine Gegenüberstellung der aktiven und der passiven Vermögensgegenstände zu liefern.

Aktiva sind danach die der Leistungserstellung dienenden Wirtschaftsgüter („Wofür wurden die Mittel verwendet?“), **Passiva** sind die hierfür verwendeten Finanzmittel („Woher kamen die Mittel?“).

Cash-Flow

In der betriebswirtschaftlichen Literatur gibt es viele unterschiedliche Ansätze zur Cash-Flow-Berechnung. Bei der einfachsten Form werden die Abschreibungen und die Zuführungen zu langfristigen Rückstellungen zum Jahresüberschuss addiert. Der Cash-Flow verdeutlicht, ob ein Unternehmen sein in der Bilanz abgebildetes Vermögen durch den Umsatzprozess wieder gewinnen kann und inwieweit es Mittel für die Substanzerhaltung und für Erweiterungsinvestitionen selbst erwirtschaftet. Somit wird der reine Einzahlungsüberschuss aus der wirtschaftlichen Tätigkeit einer Periode abgebildet (positiver Cash-Flow).

Bei einem negativen Cash-Flow sind dem Unternehmen mehr finanzielle Mittel abgeflossen als zugeflossen und es muss Kapital zugeführt werden.

Eigenkapital

Eigenkapital sind alle eigenen Mittel eines Unternehmens zusammengefasst wie z. B. das eingebrachte Kapital der Eigentümer bzw. Gesellschafter einer Unternehmung oder der Jahresgewinn oder -Verlust des Vorjahres.

Eigenkapitalquote

Sie drückt das Verhältnis von Eigenkapital zu Gesamtkapital aus und ist ein Maß für die finanzielle Unabhängigkeit und Krisenfestigkeit eines Unternehmens. Je höher die Eigenkapitalquote ausfällt, desto höher ist die finanzielle Sicherheit und Unabhängigkeit eines Unternehmens.

Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) ermittelt den Unternehmenserfolg. Aus ihr sind alle Aufwendungen und Erträge, die aus der Buchführung gewonnen werden, und damit Ursachen und Zusammensetzung des Erfolgs ersichtlich. Während bei der Bilanz der vollständige Vermögens-, besonders der Schuldennachweis, im Vordergrund steht, stellt der Ausweis des Periodenerfolgs und dessen Zustandekommen das Hauptmotiv der GuV – auch Erfolgsrechnung genannt - dar.

Lagebericht

Der Bericht soll Aufschluss über gegenwärtige und zukünftige Unternehmenschancen- und Risiken geben.

Liquide Mittel

Liquide Mittel sind i.d.R. Kassen- und Bankbestände.

Rechnungsabgrenzungsposten

Sie entstehen, wenn Aufwand bzw. Ertrag und die dazugehörige Auszahlung bzw. Einzahlung nicht in einem Geschäftsjahr stattfinden. Die Abgrenzungsposten sollen eine periodengerechte Erfolgsermittlung ermöglichen. Die Rechnungsabgrenzungsposten auf der Aktivseite stellen praktisch eine Leistungsforderung dar, d. h. eine Leistung, wie beispielsweise Beiträge für Versicherungen, welche bereits in diesem Geschäftsjahr bezahlt wurden, die Leistungserfüllung aber erst im Folgejahr erfolgt. Zu den Rechnungsabgrenzungsposten auf der Passivseite gehören Erträge, die im abzuschließenden Geschäftsjahr bereits vereinnahmt wurden, wirtschaftlich aber erst dem neuen Jahr zuzurechnen sind, z. B. im Voraus erhaltene Miete; sie stellen also Leistungsverbindlichkeiten dar.

Rücklagen

Rücklagen dienen der Selbstfinanzierung und der Stärkung der Eigenkapitalbasis des Unternehmens. Die Rücklagen eines Unternehmens sind aus der Bilanz ersichtlich, z.B. Gewinnrücklagen.

Rückstellungen

Rückstellungen sind Verbindlichkeiten für Aufwendungen, die am Bilanzstichtag zwar ihrem Grunde nach feststehen, aber nicht in ihrer Höhe und dem Zeitpunkt der Fälligkeit, z. B. Prozesskosten, Pensionsrückstellungen. Sie dienen der periodengerechten Ermittlung des Jahresergebnisses.

Sonderposten mit Rücklageanteil

Rücklagen, die aus un versteuerten Gewinnen nur für die im Einkommenssteuergesetz ausdrücklich genannten Fälle gebildet werden können. Da sie i.d.R. in späteren Perioden aufzulösen sind und dann das Ergebnis erhöhen, stellen sie nicht in vollem Umfang Eigenkapital dar, sondern beinhalten Fremdkapitalbestandteile in Höhe der späteren Steuerbelastung.

Umlaufvermögen

Zum Umlaufvermögen zählen alle Vermögensposten, die nur kurzfristig im Unternehmen verbleiben, weil sie ständig umgesetzt werden wie z. B. Bargeld, Postgiro- und Bankguthaben etc.

Verbindlichkeiten

Als Verbindlichkeiten werden alle bestehenden Zahlungsverpflichtungen zusammengefasst, deren Grund, Höhe und Fälligkeit bereits bekannt sind, beispielsweise Zahlungsverpflichtungen gegenüber Kreditinstituten aus Darlehen, aus Lieferungen und Leistungen etc.